

17. Dezember 1928

## LUDWIG QUESSEL · WAS SIND DIE DEUTSCHEN ZIELE BEI DEN KOMMENDEN REPARATIONS-VERHANDLUNGEN?

**S**EIT der öffentlichen Verfechtung der deutschen Rechtsansprüche durch Hermann Müller in Genf und Gustav Stresemann in Berlin sind die Wege der deutschen Außenpolitik so reichlich mit harten Steinen der Enttäuschung überschüttet worden, daß sie selbst den Linksparteien auf die Dauer nicht mehr als recht gangbar erscheinen. Wieder sind diejenigen, für die in den juristischen Einfällen der Wilhelmstraße der sublimste Geist diplomatischer Kunst und außenpolitischer Weisheit steckt, arg in Verlegenheit gesetzt worden. Ihre Wunschvorstellung bei der Einleitung der Reparationsverhandlungen die angelsächsischen Völker in feindlicher Front gegen die romanischen zu finden ist schnell wie eine Seifenblase zerplatzt. Entgegen den Hoffnungen unserer Anglomanen, deren krankhafte Illusionsfähigkeit Lord d'Abernon jetzt in seinen Tagebuchaufzeichnungen so ergötzlich bloßgestellt hat, ist Austen Chamberlain pünktlich zu angegebener Stunde in Lugano eingetroffen; er hat nicht, wie sie annahmen, die Erkrankung des englischen Königs als Vorwand benutzt sich von der Ratstagung fernzuhalten. Die Schwenkung Englands nach der französischen Seite, die sich während seiner Krankheit vollzog, hat Chamberlain keineswegs mit Scham oder Gram erfüllt. Trotz allen Rechtsansprüchen, die die Vertretung unserer auswärtigen Politik erhebt, und in denen sich viel von dem zusammengefaßt findet, was England zur Veruneinigung des Kontinents für notwendig ansieht, zeigt Chamberlain, in Lugano und anderswo, Deutschland, daß London in allen Fragen, die Deutschland betreffen, an der Seite Frankreichs steht.

Diese Lage ist übrigens keineswegs so unerklärlich wie es einstweilen noch den meisten deutschen Politikern erscheint. Tatsache bleibt, auch wenn das Auswärtige Amt noch nicht viel davon bemerkt hat, daß sich seit 1914 ein grundstürzender Wandel in Europa vollzogen hat. Man muß hier auf den militärischen Umschwung hinweisen, der für die Außenpolitik nicht ohne Bedeutung ist. Wer heute mit schwerer Artillerie an der französischen Kanalküste steht, kann die Städte und Dörfer Südenglands in Trümmer

schießen; für eine solche militärische Operation ist, wie wir aus den Denkschriften des britischen Munitionsministers Winston Churchill wissen, der Kanal kein Hindernis mehr. Natürlich kann auch umgekehrt, wer mit schwerer Artillerie an der englischen Südküste Aufstellung nimmt, den Norden Frankreichs unschwer in ein Trümmerfeld verwandeln. Gewiß gibt es auch hiergegen ein Abwehrmittel. Das wäre den Norden Frankreichs und den Süden Englands in unbewohnte Zonen zu verwandeln. Man begreift jedoch, daß sich hierzu Paris und London nicht leicht entschließen werden. Doch damit nicht genug. Chamberlain und Briand sind jetzt auch darüber unterrichtet, daß französische Luftgeschwader London und englische Paris vernichten können. Über die notwendigen und unvermeidlichen Folgen eines englisch-französischen Krieges nachdenken heißt für sie unvermeidlich zu der Erkenntnis kommen, daß er die Zerstörung beider Länder zugunsten einer deutschen Hegemonie über Europa bedeuten würde. Die aber wünscht man in London noch weniger als in Paris. Die Erhaltung des Friedens zwischen Frankreich und England ist nun keine einmalige Handlung sondern ein kontinuierlicher politischer Prozeß, der die Verständigung über alle durch die Zeit erzeugten Streitfragen mit Notwendigkeit in sich schließt. Dazu gehören jetzt die Reparations-, Räumungs- und Abrüstungsfrage. Die Einigung Frankreichs und Englands hierüber ist auf dem Marsch, und Deutschland kann sie in dem Maß beschleunigen als es sich intransigent und feindlich gegen Frankreich einstellt. So liegen die Dinge. Alle von der Wilhelmstraße formulierten Rechtsansprüche, mögen sie auch der Balance-of-power-Doktrin noch so getreulich angepaßt sein, ändern daran nichts. In London weiß man, daß man in ganz Europa einen friedlichen Nachbarn als den vor deutscher Invasion bangenden Franzosen nicht finden kann. Wer in Frankreich die Meinung erzeugt oder wachhält, daß Deutschland auf Revanche sinne, dient England treu, weil er Paris an die Seite Londons drängt. England seinerseits braucht Deutschland militärisch nicht mehr zu fürchten; es weiß, daß Berlin ohne englische Zustimmung nicht leicht zu den Waffen greifen wird. Doch sieht es in Deutschland immer noch einen unbequemen Konkurrenten auf allen europäischen Märkten, was für die Reparationsfrage ja keineswegs ganz ohne Bedeutung ist.

Das Verhältnis Chamberlains zu Stresemann hat sich gewiß nicht gebessert. Chamberlain hat Stresemanns Politik einen kräftigen Stoß versetzt, als er am 3. Dezember im Unterhaus kalt, klar und bestimmt erklärte, daß die Rheinlandräumung erst vorgenommen werden könnte, wenn Deutschland die Zahlung der gesamten Reparationsverpflichtungen geleistet habe; es sei nicht genügend, daß die Verpflichtungen hinsichtlich der laufenden Reparationszahlungen pünktlich erfüllt würden. Zweifellos stellt diese Erklärung des britischen Außenministers einen wohlgezielten Faustschlag gegen die deutsche landläufige Meinung dar, ein Niederboxen Stresemanns, der am 19. November im Reichstag noch die These verfocht, Deutschland erlange schon durch Erfüllung der laufenden Reparationszahlungen einen Rechtsanspruch auf die Räumung des Rheinlands. Wie Chamberlain so verfocht jetzt auch der amerikanische Reparationsagent Parker Gilbert die Auffassung, daß von einem Recht auf Räumung erst gesprochen werden dürfe, wenn Deutschland alle notwendigen Garantien dafür gegeben habe, daß die Gläubiger Deutschlands aus dem Versailler Vertrag die von Deutschland

zu zahlende Kriegsentschädigung ohne Unterbrechung auch wirklich bis zur letzten Goldmark erhalten werden. Darum schlug Parker Gilbert nach einer Meldung des Wolffschen Bureaus die folgende Formel vor: »Die Räumung wird erfolgen, sobald die Regelmäßigkeit und Kontinuität der deutschen Reparationszahlungen einen solchen Stand der Dinge geschaffen haben wird, daß Deutschland es nicht mehr möglich finden würde seine Reparationszahlungen zu unterbrechen, ohne seinen eigenen Kredit zu schädigen.«

Aus diesem Vorschlag Parker Gilberts läßt sich die Folgerung ableiten, daß England und Amerika über ihren Standpunkt bei den Reparationsverhandlungen sich geeinigt haben. Die von der deutschen Presse genährte Hoffnung, daß Amerika in der Reparationskonferenz als Anwalt Deutschlands auftreten werde, erweist sich schon jetzt, wie alles derartige, als eine Illusion.

**W**ER die Berichte des Reparationsagenten kennt, dem sagt dessen Formel, die sich mit dem deckt, was auch Poincaré und Chamberlain erstreben, nichts Neues. Was die innere Aufbringung der Reparationssummen anlangt, die für die Zeit des Teilmoratoriums vorgesehen waren, so haben die den Gläubigerstaaten verpfändeten Einnahmen des Reichs weit mehr gebracht als die Sachverständigen 1924 annehmen konnten. Die aus der Überfülle der verpfändeten Einnahmen sich ergebenden Zuschußzahlungen sind bekanntlich durch eine Vereinbarung zwischen Parker Gilbert und Peter Reinhold besonders geregelt worden. Weiter geht aus Parker Gilberts Übersichten hervor, daß auch die Beförderungssteuer weit mehr gebracht hat als aus ihr für Reparationszwecke vorgesehen worden ist. Auch bekommt man aus ihnen keinen Anhaltspunkt dafür, daß bisher zu irgendeinem Zeitpunkt der Betrieb der Reichsbahn durch die Verzinsung und Tilgung ihrer Reparationsobligationen gefährdet gewesen sei. Die Jahresberichte der Reichsbahn haben übrigens seit 1925 immer wieder auf die Tatsache hingewiesen, daß ihre Finanzen ein viel günstigeres Bild aufweisen würden, wenn sie nicht auf Grund der Beamtenbesetzung gezwungen wäre mehrere hundert Millionen Mark jährlich an Wartestandsbeamte zu zahlen, für die man keine produktive Verwendung im Eisenbahnbetrieb finden könne. Diese Feststellung stellt, nebenbei gesagt, eine wuchtige Anklage gegen die Personalpolitik der Reichsverkehrsminister der Inflationszeit dar, die man nicht mit der Behauptung entkräften kann, sie hätten aus sozialen Gründen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ungeeignete Elemente in den Eisenbahnbetrieb hineinnehmen müssen; denn man kann nicht zugeben, daß es notwendig war Arbeitslose gleich in das Beamtenverhältnis überzuführen. Fest steht, daß die Reichsbahn von 1924 bis 1928 die Verzinsung der Reparationsobligationen von 200 auf 660 Millionen Mark hat steigern können, ohne ihre Beamten, Wartegeldbezieher und Pensionäre deshalb finanziell ungünstiger zu stellen als die Beamten-schaft im Reich, in den Ländern und Gemeinden.

Eine besondere Stellung nimmt im Zahlungsplan des Dawesabkommens die Belastung des Reichshaushalts mit Reparationszahlungen ein. Diesen haben die Sachverständigen in den 4 Moratoriumsjahren besonders schonend behandelt. Im 1. Moratoriumsjahr blieb der Reichshaushalt ganz unbelastet, im 2. hatte er 250, im 3. 300, im 4. 500 Millionen Mark zu zahlen. In dem jetzt laufenden Normaljahr 1928-1929 beträgt die Reichshaushalts-

belastung 1250 Millionen Mark. Eine Steigerung um 750 Millionen Mark ist seit dem letzten Moratoriumsjahr eingetreten. Es ist bekannt, daß der Finanzminister Heinrich Franz Köhler zu einer Zeit, als die stärkere Heranziehung des Reichshaushalts zu Reparationszwecken schon vor der Tür stand, eine Erhöhung der Beamtenbezüge in Reich, Ländern und Gemeinden um 1½ Milliarden Mark einleitete, ohne diese Aktion aber mit der dringend erforderlichen Verwaltungsreform (im Sinn der Verminderung der Kosten des Beamtenapparats) zu verbinden. Gegen dieses Vorgehen erhob Parker Gilbert Einspruch. So zurückhaltend seine Kritik sich auch gab, so klang aus ihr doch deutlich der Vorwurf heraus, daß die Ausschüttung von zusätzlichen 1½ Milliarden Mark jährlich für die Beamtenbesoldung, und zwar ohne Verwaltungsreform, ohne Eröffnung neuer Steuerquellen, den Zahlungsplan des Dawesabkommens gefährde.

Man kann nach den Artikeln, die in dem vom Auswärtigen Amt beeinflussten Teil der deutschen Presse über die Reparationsfrage erschienen, annehmen, daß die deutschen Sachverständigen für die Herabsetzung der Zahlungen einmal auf das 700-Millionen-Defizit im Reichshaushalt hinweisen werden, das Rudolf Hilferding mit dauernden Einnahmen höchstens zur Hälfte zu decken vermöge, und daß von ihnen ferner das Argument vorgebracht werden wird, Deutschland habe die Reparationen bisher aus auswärtigen Anleihen bezahlt. Man weiß jedoch aus Erfahrung, daß die Argumente der Wilhelmstraße auf die Gegenseite keinen starken Eindruck ausüben. Als 1924 von ihr die These verfochten wurde, die Inflation in Deutschland habe alle arm gemacht, antworteten die Sachverständigen darauf, Deutschland sei trotz Krieg und Inflation eines der reichsten Länder der Welt, allerdings sei nirgendwo anders der Reichtum so ungleich verteilt wie hier. Das 700-Millionen-Defizit des Reichshaushalts, das Parker Gilbert schon im Sommer 1927 deutlich kommen sah, wird bei den Reparationsverhandlungen keinen großen Eindruck machen, weil die Gegenseite dessen Ursprung aus den Berichten des Reparationsagenten besser kennt als gemeinhin die deutsche Öffentlichkeit. Und was die Zahlung der Reparationen aus ausländischen Anleihen betrifft, so antwortet die Presse der Gegenseite darauf folgendes:

1. Die Reichsbahn hat ihre Reparationsobligationen bisher ohne auswärtige Anleihen verzinsen können und wird dazu auch in Zukunft imstande sein.
2. Sieht man von der internationalen Anleihe im Jahr 1924 im Betrag von 800 Millionen Mark ab, so hat auch der Reichshaushalt seine Zahlungen bis 1928 ohne auswärtige Anleihen aufbringen können. Aus auswärtigen Anleihen können also nur die Industrieobligationen verzinst worden sein, wozu in 4 Jahren lediglich 675 Millionen Mark erforderlich gewesen wären. Diese Summe stelle nur einen kleinen Betrag der von deutscher Seite auf 5300 Millionen Mark geschätzten langfristigen Auslandsverschuldung der deutschen Industrie dar. Im übrigen habe das Ausland an deutsche Unternehmungen auch nur insoweit Kapital verliehen, als es Sicherheit dafür erhielt, daß das Geliehene zu einer ausreichend rentablen Vergrößerung und Rationalisierung des Produktionsapparats verwandt werde. Den 5300 Millionen langfristiger Auslandsverschuldung ständen deshalb entsprechende rentable Neuanlagen in Deutschland gegenüber. Von einer restlosen Verwendung dieser gewaltigen Kapitalmassen zu Reparationszwecken könne schon aus dem Grund keine Rede sein, weil Deutschland von 1924 bis 1928 aus eigenen



Mitteln an Parker Gilbert nur 4670 Millionen Mark gezahlt habe, während die produktive Auslandsverschuldung seiner rentablen Unternehmungen in dieser Zeit auf 5300 Millionen Mark angewachsen sei. So die Auffassung der Gegenseite, über deren Bestehen man sich klar sein muß, wenn man sich nicht selber täuschen und darum schädigen will. Daß die große Industrie Deutschlands unter der Verzinsung der Dawesobligationen zusammenbrechen wird, glaubt im Ausland kein Mensch. Dagegen wird man mit Aussicht auf Erfolg an den Beweis herantreten können, daß die mittleren Industriebetriebe und vor allem die landwirtschaftlichen Betriebe in der Tat die Verzinsung der Dawesbelastung vielfach aus der Substanz zahlen mußten.

Wenden wir uns nun der Frage zu, welche Haltung Deutschland in den Reparationsverhandlungen einzunehmen hat, so ist zu sagen, daß das Kabinett Müller, entgegen englischen Wünschen, im deutschen Interesse unbedingt an der Entrichtung eines möglichst großen Teils der Reparationen in Sachlieferungen festhalten sollte. Wir wissen, daß England die deutschen Sachlieferungen verabscheut. Es ist wahrscheinlich, daß es bei seinem Vorstoß gegen sie die Unterstützung Amerikas erhält. In dieser Frage aber muß die deutsche Parole lauten: Reichskanzler, bleibe hart! Das andere deutsche Ziel muß sein durch Verlängerung der Zahlungszeit jenes Teils der Reparationen (Haushaltszahlungen, Beförderungssteuerzahlungen), für den eine Tilgung noch nicht festgelegt ist, den Betrag der Jahreszahlungen möglichst herabzudrücken. Damit könnte auch für den Fall, daß die Gegenseite an sich eine wesentliche Verminderung der Daweslast nicht zuläßt, doch eine erhebliche Herabsetzung des jetzt zu Entrichtenden erreicht werden, die gerade in der gegenwärtigen kritischen Situation des Reichshaushalts sehr zu wünschen wäre. Wird eine Sicherung der Sachlieferungen bis zu einem ausreichenden Betrag und die Herabsetzung der Jahresraten, wenn auch nur durch Verlängerung der Zahlungszeit, erreicht, so verliert dadurch der Transferschutz an Bedeutung und kann unter Umständen aufgegeben werden, um den Verkauf der Reparationsobligationen zu erleichtern.

Das müssen die deutschen Ziele bei den Reparationsverhandlungen sein. Sie stehen den englischen freilich diametral entgegen. Aber es sind europäische Ziele. Unsere Vertreter sollten endlich die Tatsache erkennen, daß die Zukunft Deutschlands in der solidarischen Zusammenarbeit des Kontinents liegt, und daß Deutschland sich selber nützt, wenn es beim Neuaufbau des Kontinents mit Frankreich zusammengeht. Zur rechten Zeit hat jetzt, am 8. Dezember, auf einem Bankett des Republikanischen Komitees für Handel und Industrie in Paris, der französische Justizminister Louis Barthou sich an den deutschen Botschafter Leopold von Hoesch mit diesen Worten gewandt: »Unseren Gegnern von gestern sagen wir, daß wir ohne Haß und Groll sind. Niemals wollen wir einen Druck ausüben. Wir reichen ihnen loyal die Hand und sagen ihnen, daß es nur von ihnen abhängt, daß der Friede endgültig auf unzerstörbarer Grundlage festgelegt wird. Unseren Gegnern von gestern wiederholen wir, daß es von ihnen allein abhängt unsere Freunde zu werden.« Hier ist uns der Weg nach Europa gezeigt. Möge ein gütiges Geschick das deutsche Volk davor bewahren, daß seine Unterhändler wiederum, wie schon so oft, in englisches Fahrwasser geraten. Wer die angelsächsisch orientierte deutsche Presse liest, weiß, wie groß die Gefahr ist.



## MAX COHEN · KOLONIALWIRTSCHAFT IST NOTWENDIG

**B**EREITS vor dem Krieg hatte die industriell am stärksten entwickelte Macht des europäischen Festlands, Deutschland, einen viel geringern Kolonialbesitz als nach dem Überschuß seiner produktiven Kräfte ihm, eine rationelle Verteilung vorausgesetzt, zukam. Heute hat es gar keinen mehr. Bei Kriegsende sind ihm die Kolonien fortgenommen worden, ohne daß irgendein Aufhebens davon gemacht worden wäre, ja, ohne daß man im deutschen Volk überhaupt etwas davon gemerkt hätte. Den weitaus größten Teil dieser Kolonialgebiete hat sich Großbritannien in der Form der Mandatsverwaltung einverleibt. Aber diese einfache Wegnahme wurde von den Deutschen als solche zumeist gar nicht empfunden. Begann doch bald mit Waffenstillstand eine von angelsächsischer Seite inspirierte systematische antifranzösische Agitation in Deutschland; dem deutschen Volk wurde Frankreich, das Entschädigung für die Kriegsverwüstung verlangte, als hartherziger Gläubiger aufgeredet. Und im Schatten dieser Agitation konnte man in Deutschland leicht übersehen, daß England sich durch die einfache lautlose Wegnahme der Schiffe wie der Kolonialgebiete schon von vornherein so schadlos gehalten hatte wie Frankreich es nach all diesen Jahren der Hin-und-Her-Verhandlungen nicht erreicht hat. Selten ist in der deutschen Öffentlichkeit auf den Verlust der Kolonien aufmerksam gemacht worden. Und auch dann wurde von der herrschenden anglophilen Presse jede England unliebsame Erörterung darüber rasch hintertrieben. Und doch muß dem deutschen Volk, muß ganz Europa im Interesse der übergeordneten produktiven Pflichten klargemacht werden, daß die so eifertig vorgenommene Mandatsverteilung unmöglich endgültig sein darf. Deutschland hat, seit es Mitglied des Völkerbunds geworden ist, ein Anrecht darauf, daß die Frage einer neuen deutschen Kolonialbetätigung vor der Gesellschaft der Nationen zur Beratung gestellt wird. Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann hat in einer am 3. November 1925 in Karlsruhe gehaltenen Rede darauf hingewiesen, daß Deutschland als gleichberechtigtes Völkerbundsmitglied auch auf Kolonialmandate Anspruch erheben könne, und daß dieses moralische Recht ihm in Locarno bestätigt worden sei. In der Mandatskommission des Völkerbunds ist Deutschland seit einiger Zeit durch einen Delegierten, durch das Vorstandsmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie Ludwig Kastl, einen ehemaligen deutschen Kolonialbeamten, vertreten.

Wenn die berechtigten deutschen Ansprüche auf Wiederaufnahme seiner kolonialen Tätigkeit bisher bei den Beratungen weder des Völkerbundsrats noch der Mandatskommission erhoben worden sind, so liegt jetzt die Frage nahe, ob man diese Angelegenheit nicht bei den demnächst beginnenden Verhandlungen über die Neugestaltung der Reparationsverpflichtungen erörtern solle. Man könnte dabei den engen Zusammenhang betonen, der zwischen der Durchführung der Wiedergutmachung und der Möglichkeit der Rohstoff-erzeugung in eigenen Kolonialgebieten besteht. Es handelt sich dabei um die nur eben in Angriff genommenen Gebiete Afrikas, des natürlichen Rohstoffreservoirs des europäischen Kontinents. Nur hier in Afrika ist der Boden, auf dem deutsche Kolonialarbeit wieder aufgenommen werden

könnte: ein Landkomplex, dessen größter Teil von allen Sachkennern als fruchtbar, entwicklungsfähig und in einem beträchtlichem Maß auch für europäische Siedler als geeignet geschildert wird. Der Hauptnutznießer des ehemaligen deutschen Kolonialbesitzes ist Großbritannien. Frankreich hat nur mehr pro forma auch etwas abbekommen. Indem England die fettesten Bissen aus dem afrikanischen Besitz Deutschlands verschluckte, hatte es nachher leicht anderen Mäßigkeit zu empfehlen. Und gerade in England werden jetzt viele Stimmen laut (es sei nur auf die Äußerung des Staatssekretärs für die Kolonien Amery hingewiesen), die die Mandatsübertragung in eine richtige Annexion umzuwandeln anregen; offenbar will man auch jede mögliche Erörterung darüber einer nichtenglischen Körperschaft ein für allemal entziehen. Gerade deshalb täte aber Deutschland gut daran die Frage der Neuverteilung der Kolonialmandate aufzurollen.

Es ist dies gar nicht eine rein deutsche, es ist ebensosehr eine europäische Angelegenheit. Die sichere Versorgung des europäischen Kontinents mit ausreichenden Rohstoffmengen auf allen lebensnotwendigen Gebieten wird, angesichts der zunehmenden Industrialisierung und des damit verbundenen steigenden Eigenverbrauchs an Rohstoffen in den rohstoffzeugenden überseeischen Ländern, immer mehr in Frage gestellt, wenn man nur auf Austausch mit anderen Staaten angewiesen ist, über keine eigenen Rohstoffquellen verfügt. Aus diesem Grund bedarf der Vereinigte Europäische Kontinent, auf den wir hinarbeiten, einer notwendigen Ergänzung durch ein afrikanisches Kolonialgebiet, das dann später mit Europa selber eine Einheit bilden wird. Die Frage der künftigen Rohstoffversorgung Europas kann nur im Sinn einer relativen Autarkie des Kontinents gelöst werden, und diese ist nur möglich, wenn die europäischen Länder vereint und systematisch an die Erschließung der Rohstoffgebiete Afrikas herangehen. Diese wird auf die Dauer nur in enger Gemeinschaftsarbeit aller europäischen Nationen wirklich durchgeführt werden können: ohne Rücksicht darauf, welchem der europäischen Länder die einzelnen Gebiete gerade jetzt gehören oder früher gehört haben, rein nach den Erfordernissen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit, für deren Feststellung vor allem die technische Leistung zugrunde zu legen wäre. Doch ist natürlich eine Verständigung der Völker auf dem europäischen Festland selber die Voraussetzung. Wenn hierzu leider bis jetzt erst die allerprimitivsten Anfänge vorhanden sind, und wenn die Keime dieser Einigung auch immer wieder durch die Einwirkung dritter Mächte zerstört werden, so müssen wir doch ständig darauf hinweisen und vor allem uns selber bewußt bleiben, daß die Entwicklung Afrikas zu einem Erdteil produktiver Kultur eine gesamteuropäische Aufgabe ist, daß darum auch Deutschland nicht beiseite bleiben darf sondern gerade aus seiner europäischen Pflicht heraus seine Ansprüche anmelden muß.

Für eine wirklich rationelle Kolonialpolitik sind die europäischen Völker ebenso auf einander angewiesen wie für die Rationalisierung der Wirtschaft in Europa selber. Keinem der europäischen Völker steht alles das ohne Einschränkung zur Verfügung, was für die Kolonisierung eines solchen Riesengebiets nötig ist. Jede Nation hat einiges davon, und jede zum Teil etwas anderes. Frankreich hat, neben dem Kapital, eine vorzügliche Art der Verwaltung, deren glänzende Ergebnisse viel zu wenig bekannt sind; aus dem Geburtsland der Menschenrechte kommt eine Art der Menschen-

behandlung, die Rassenhochmut nicht kennt, die daher in kolonialen Ländern besondere Früchte tragen muß; zudem ist Frankreich die politische Vormacht des europäischen Kontinents. Alles das bringt es als Aktiva in die Kolonialpolitik. Aber dieses Land ohne Arbeitslosigkeit hat keine überschüssigen Arbeitskräfte. Solche nun, voll von Leistungswillen und gut ausgebildet, gibt es vor allen Dingen in Deutschland, auch in Italien und in Osteuropa. Deutschland verfügt außerdem über eine vorbildlich fähige Industrie und Technik, über einen Willen zur Systematisierung, der die Ergebnisse der Wissenschaft auch der unmittelbaren Wirklichkeit zuführt; es wird, wenn man es arbeiten läßt, die Gesundheitsverhältnisse Afrikas derartig verbessern, daß für europäische Siedler ein dauernder Aufenthalt dort möglich ist, daß aber auch für die Eingeborenen neue und vor allem ihnen selbst zugute kommende Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden können.

Und hier ist der Ort eindringlich darauf hinzuweisen, daß die Entwicklung der Wirtschaftskräfte Afrikas durch die europäischen Völker keineswegs etwa im Gegensatz zum Selbstbestimmungsrecht der eingeborenen Bevölkerung steht, daß dieses erst dadurch überhaupt eine Substanz bekommt. Das Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Völker ist, von bestimmten Gebieten Nordafrikas abgesehen, praktisch ohne Bedeutung, solange die im afrikanischen Boden schlummernden Schätze nicht gehoben sind; Naive Seelen glauben noch heute, daß ohne die europäischen Kolonisatoren die einheimische Bevölkerung in paradiesischen Zuständen gelebt hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Der Nahrungsspielraum ist dort, solange keine richtige Arbeit geleistet wird, nur gering. Es gibt in Zentralafrika einen periodischen Hunger, von dem man sich selbst in den Hungergebieten Europas kaum einen Begriff machen kann; in dem Film der Citroenexpedition hat die deutsche Öffentlichkeit einiges davon gesehen und schnell vergessen. Ohne intensive Hebung der Bodenschätze und ihre zweckentsprechende Bewirtschaftung würden die Eingeborenen nur langsam herunterkommen und dazu noch von ihren heimischen Herrschern in viel schlimmerer Weise versklavt werden als das bei noch so rücksichtsloser Kolonialwirtschaft möglich wäre. Das wahre Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Völker wird mit der Wirtschaftsentwicklung ganz von selber zur Wahrheit werden. Denn heute darf und wird eine Kolonisierung durch die europäischen Völker nicht mehr in so primitiv die Menschen exploitierender Weise vor sich gehen dürfen wie in den Anfangszeiten der kapitalistischen Kolonialpolitik, die, wie der Kapitalismus überhaupt, nach dem Wort Karl Marx' in Blut und Schmutz in die Erscheinung trat. Jetzt weiß man zum mindesten, daß in den Kolonien die Menschen selbst den wichtigsten produktiven Faktor darstellen, und daß der Kolonisorator nur sich selber schädigt, wenn er das Menschentum der Kolonialvölker mißachtet. Gewiß ist von dieser Erwägung bis zum Durchbruch eines allgemeinen lebendigen Menschengefühls noch ein weiter Schritt. Aber er wird getan werden. Wo die Gesinnung nicht von selber spricht, wird sie durch wirtschaftliche Notwendigkeit erzeugt werden. Heute Afrika sich selbst überlassen hieße nicht nur auf die volle Entwicklung des europäischen Kontinents verzichten und diesen wieder zu einem Gebiet angelsächsischer Balance-of-power-Politik machen sondern auch die Bevölkerung Afrikas selbst im Stich lassen; denn ohne die Anleitung europäischer Nationen vermag sie ihrem eigenen Boden nicht beizukommen.

Diese Tatsache ist auch durch die Beschlüsse des letzten Kongresses der Sozialistischen Internationale in Brüssel anerkannt worden. Die Resolution, die er annahm, weist auf die verschiedenen Entwicklungsstufen der Kolonialvölker hin, stellt fest, daß für manche von ihnen jetzt schon eine Beseitigung der fremden Herrschaft möglich sei, fährt dann aber fort:

»Auf dem entgegengesetzten Pol stehen Kolonialvölker, die vor der fremden Eroberung auf sehr primitiver Entwicklungsstufe standen und diese auch unter der Fremdherrschaft noch nicht wesentlich überschritten haben. In diesen Gebieten beruhen die modernen Produktions- und Transportmethoden noch ausschließlich auf der Fremdherrschaft. Deshalb würde die sofortige Beseitigung dieser Herrschaft hier noch nicht den Fortschritt zu einer nationalen Kultur sondern noch den Rückfall in primitive Barbarei, noch nicht die Entwicklung einer nationalen Demokratie sondern die Unterwerfung der Volksmassen unter die Herrschaft entweder einer Minderheit von weißen Ansiedlern oder einheimischer Despoten oder die Eröffnung einer neuen Ära kapitalistischer Beutezüge und kolonialer Kriege bedeuten.«

Nicht nur die hier zitierte Stelle des Brüsseler Beschlusses, auch viele andere geben den Sozialisten der europäischen Staaten heute eine viel bessere Möglichkeit für positive Kolonialpolitik ihrer Länder einzutreten als das früher der Fall war. Gerade wir deutsche Sozialisten sollten für unser Land eine erweiterte Rohstoffbasis zu schaffen trachten; sie würde auch für die Reparationsleistungen insofern eine Erleichterung bedeuten, als ein gewisses Quantum von Rohstoffen im Lauf der Jahre immerhin aus diesem Kolonialbesitz erworben werden könnte, und Eigenbenutzung und Verkauf solcher Rohstoffe zur Bessergestaltung unserer passiven Handelsbilanz beitragen.

Unter den Argumenten derer, die eine neue deutsche Kolonialbetätigung strikt ablehnen, begegnet man so oft dem Hinweis darauf, daß die Rohstoff-erzeugung in den alten deutschen Kolonien ja nur ganz gering gewesen sei. Dabei wird immer vergessen, daß es sich damals eben nur um Anfänge handelte, und daß wir heute schon viel weiter wären. Die nachstehende von dem frühern Gouverneur Deutsch Ostafrikas Heinrich Schnee vorgenommene Zusammenstellung zeigt deutlich, daß die in den früheren deutschen Kolonien hergestellten Rohstoffmengen keineswegs unbedeutend sind, und daß es, wenn wir die Kolonien noch besäßen, sehr wohl möglich wäre im Lauf der nächsten Jahre die Rohstoffgewinnung so zu steigern, daß sie unsere Abhängigkeit auf manchen Gebieten stark vermindern könnte:

Rohstoffe	Ausfuhr 1927 aus den ehemaligen deutschen Kolonien (in Tonnen; bei Gold in Unzen; bei Diamanten in Karat)	Einfuhr 1927 in Deutschland
Pflanzliche Öle	7 164	91 374
Ölfrüchte und Samen	143 808	921 110
Kaffee	6 628	124 440
Kakao	25 879	72 114
Baumwolle	5 839	590 700
Sisalhanf	33 000	20 861
Häute und Felle	6 153	160 830
Tropische Nutzhölzer	48 530	169 671
Phosphate	384 100	910 100
Bananen	160	66 054
Mangan (roh)	1 540	373 000
Diamanten	741 860	132 000
Gold	94 358	224 000
Rohkupfer	51 000	307 700

In der vorstehenden Tabelle ist nun freilich nicht nur die Produktion des frühern afrikanischen Kolonialbesitzes sondern auch die von Neuguinea und Samoa mit berücksichtigt worden. Wesentlich ist die Produktion in diesen beiden Südseekolonien, die für die deutsche Kolonialzukunft nicht mehr in Betracht kommen, aber nur in Ölfrüchten, Phosphaten und Gold; sie betrug in Ölfrüchten zusammen 69 338 Tonnen, in Phosphaten 384 100 Tonnen, in Gold 84 800 Unzen, dazu kamen noch an Kakao 865 Tonnen. Die Möglichkeit so weit von Europa ab liegende, zum Aktionsgebiet anderer Wirtschaftsimperien gehörende Kolonien, wie es die in der Südsee waren, in irgendeiner Weise bewirtschaften zu können ist für uns von vornherein ausgeschlossen. Was wir dort besessen haben, ist unwiederbringlich dahin. Wir dürfen, wenn wir unsern Anspruch auf koloniale Betätigung anmelden, nicht vergessen, daß es an der Südsee Völker gibt, die das natürliche Bestreben haben für jene Gebiete das zu leisten, was wir in Afrika leisten wollen.

Rohstoffgewinnung und Niederlassungsmöglichkeiten: das sind die beiden Erfordernisse, auf die unser Kontinent sein Augenmerk richten muß, wenn in Europa selbst starke Erschütterungen endgültig unmöglich sein sollen.

## HEINRICH PEUS · WAS DER LANDWIRTSCHAFT NOTTUT

**M**AN hat bei uns in Deutschland, in allen Kreisen, die Empfindung, daß die landwirtschaftliche Produktion nicht in Ordnung sei. In den Städten klagt man, daß sie Deutschland nicht genug versorge; auf dem Land, daß, wer in der Landwirtschaft arbeitet, durch seine Arbeit keinen ausreichenden Wohlstand gewinne. Woran liegt das?

Ohne die bedeutenden, vielfach der ganzen Welt vorbildlichen Leistungen der deutschen Landwirtschaft und ihrer großen Führer in den letzten Vorkriegsjahrzehnten zu verkennen, muß man doch feststellen, daß die landwirtschaftliche Arbeit heute nicht so rationell durchorganisiert ist, wie sie sein müßte, damit sowohl die Produzenten als auch die Konsumenten mit dem Erfolg zufrieden sein können. Die Arbeitskräfte zumal der Landwirtschaft sind die wenigst geschulten und die politisch wie sozial anspruchlosesten geworden. Der intelligentere und nach freier Betätigung ringende Landarbeiter- und Bauernsohn ging in die Stadt. Viel trug dazu bei, daß diejenigen, die die Produktion zu führen berufen waren, den alten Geist der Bevormundung und des Kommandos, der der ländlichen Arbeitermasse jede Selbständigkeit nahm, nicht loswurden. Daher liefen ihnen die deutschen Arbeiter so sehr weg, daß sie sich nach fremden und gar fremdsprachigen Arbeitern aus dem Osten umsehen mußten, die bloß als Hände fungierten, denen aber jegliches Interesse an der heimischen Produktion verlorengehen mußte.

Der städtische Industriearbeiter will billige Lebensmittel. Unvertraut mit den Daseinsbedingungen der Agrarproduktion, glaubt er sie durch die Zufuhr von außen bekommen zu können. Durch eine Öffnung der Grenzen entsteht nun der heimischen landwirtschaftlichen Produktion aus den unter ganz anderen Bedingungen produzierenden überseeischen Agrargebieten heraus eine Konkurrenz, die die an sich schlimme Situation der Landwirtschaft Deutschlands noch mehr verschlimmert.

Höchst bedenklich ist heute die Kapitalbeschaffung für die ländliche Produktion. Das Privateigentum am Hauptproduktionsmittel, am Land, macht den landwirtschaftlichen Unternehmer sehr leicht zum wirtschaftlichen Sklaven des mobilen Kapitals. Auf Grund des Hypothekenrechts kann der landwirtschaftliche Unternehmer sich für jedes Bedürfnis Kapital beschaffen, auch für solches, das mit der Produktion wenig zu tun hat, und sich so zum Zinsk-slaven des Geldkapitals machen. Das geschieht auch in viel zu hohem Maß. Nur zu leicht passiert es, daß Heiratsmitgiften aus der Grundrente gegeben werden, indem die Grundrente in eine Zinslast umgewandelt wird. Auch das Erbrecht macht viele Landwirte zu Zinssklaven für Familien, die dem landwirtschaftlichen Produktionsprozeß fernstehen. Die Entschuldung der Landwirtschaft durch die Inflation hat in wenigen Jahren durch teures Kapital zu einer neuen hohen Verschuldung geführt. Wie viel besser wäre es da für die Landwirtschaft, wenn das Land grundsätzlich Staat und Gemeinde gehörte, und eine private Verschuldung des Bodens gar nicht möglich wäre. Die Pachten wären dann Steuern, es gäbe neben den Pachten andere Steuern vielleicht gar nicht, und in der Zeit wirtschaftlicher Not könnte die Pacht von Staat und Gemeinde verringert werden. Die Belastung der landwirtschaftlichen Produktion mit Heiratsmitgiften und Erbschafts-lasten wäre nicht im entferntesten so wie heute möglich. Der landwirtschaftliche Produzent hätte an Staat und Gemeinde sicher barmherzigere Gläubiger als an den privaten Hypothekengläubigern. Darum ist das mit dem Hypothekenrecht belastete Privateigentum am Boden für den arbeitenden Landwirt nur eine Gelegenheit zu doppelter Belastung. Interesse haben am Privateigentum am Boden die privaten Grundrentenschlucker, die die arbeitenden Landwirte für sich arbeiten lassen. Es sollte daher so schnell wie möglich die in Anhalt bestehende reine progressive Bodensteuer, die allmählich, aber dauernd zu steigern wäre, geschaffen werden, um auf gesetzlichem Weg, wenn auch erst im Lauf von Jahrzehnten, die nach dem Wert des Landes zu bemessende und nach der Größe des Besitzes progressiv zu steigernde Grundwertsteuer zur Pacht an Staat und Gemeinde werden zu lassen. Wenn dadurch parasitärer Grundbesitz mehr und mehr unmöglich wird, wenn die Ausbeutermacht des Hypothekenskapitalisten über den arbeitenden Landwirt gebrochen wird, so ist das gerade das, was so dringend wie möglich notwendig ist, um die Landwirtschaft gesunden zu lassen.

Not tut ferner das Bodenankaufsgesetz, das besagt, daß, wer Land verkaufen will, das Land zum Steuerpreis oder doch höchstens mit einem kleinen Prozentsatz mehr an Staat oder Gemeinde verkaufen muß, wenn diese das Land haben wollen. Wenn diese Sozialisierung des Landes zunächst nur mit dem Land geschieht, dessen Besitzer das Land selber nicht mehr haben will, so bedeutet die Pflicht eines Verkaufs zum Steuerpreis nur eine möglichste Billighaltung des Landes für den spätern Bearbeiter. Das heutige freie Verkaufsrecht, wohl gar verbunden mit der Gnade als Hypothekengläubiger das Kaufkapital zur Verfügung zu stellen, bedeutet das Recht einen tüchtigen Menschen, der sich getraut aus dem Land etwas Ordentliches herauszuholen, zum dauernden Wirtschaftssklaven eines Parasiten zu machen.

Grundwertsteuer und Bodenankaufsrecht, von Staat und Gemeinde ausgeübt, machen die Gesamtheit zur Herrin über das Land und damit auch über die landwirtschaftliche Produktion.

Damit entsteht auch die Möglichkeit deutsche Arbeiter wieder mehr auf dem Land anzusiedeln und, wenn nicht die Rückwanderung der Städter zu erzielen, so doch die Zuwanderung der Masse der Landarbeiter und Bauernsöhne in die Stadt aufzuhalten. Nichts ist wichtiger, als daß der auf dem Land arbeitende Mensch auch ein Stück Land habe, nicht unter zwei Morgen, wenn er will, von dem er sagen kann, das sei sein, über das sei er mit seiner Familie Herr. Alles muß getan werden, um auf dem Land gute und doch billige, mit billigstem Kapital herzustellende Eigenheime zu schaffen, in denen sich die Menschen wohl fühlen können. Wir müssen das Land systematisch bevölkern. Das kommt dann, wenn wir den Menschen Land und Heim als sichere Grundlage ihres Daseins bieten. Kein landwirtschaftlicher Unternehmer sollte einen Arbeiter beschäftigen dürfen, der nicht ein Stück Land in der Mindestgröße von etwa 1000 Quadratmeter als Besitztum unter sich hätte, und er sollte es ihm selber geben, wenn der Arbeiter es nicht schon hat. Man brauchte nicht einmal die Bedingung daran zu knüpfen, daß er dann auch dauernd bei ihm arbeite. Es genügte die Bedingung, daß er das Land dauernd selber bewohne und selber bearbeite, da auch dadurch ganz allgemein eine auf dem Land arbeitende Bevölkerung mehr und mehr herangezogen würde. Nichts Abscheulicheres kann man sich vorstellen, als wenn auf dem Land, etwa mitten in gewaltig sich ausdehnenden Rübenfeldern, sich 4- und 5stöckige Mietskasernen erheben, in denen so wie in der Stadt in Stube-Kammer-Küche- oder wohl gar in Stube-Küche-Wohnungen die allerelendesten Proletarier in verwanzten Betten liegen, die außer ihrem bißchen Möbelkram und den paar Lappen, die sie auf dem Leib tragen, nichts besitzen. Was die freie Wirtschaft an Elend erzeugt, das erführe man in grauenhafter Weise, wenn man in Stadt und Land von allen Wohnungen die Dächer oder Decken abheben könnte. Sah ich doch selber vor einigen Monaten eine Domänenlandarbeiterwohnung von Stube und Kammer nebst kleinster, kaum 2 Quadratmeter großer Küche, wo in der 8 Quadratmeter großen Kammer in einem Bett das Ehepaar und im andern eine 19jährige Tochter schlief, während über ihnen aus Raummangel (man denke: mitten in dem weiten, kaum übersehbaren Feld) die geräucherten Speckseiten und Würste hingen, die im süßlichen Schlafduft der 3 Menschen noch einmal geräuchert wurden. Hier gilt es durch Vorschriften von oben im Einklang mit dem Willen der organisierten Arbeiter Ordnung zu schaffen. Nichts leichter als Land für die Landarbeiter zu schaffen, wenn man nur will. Und auch das Heim ist auf dem Land billiger als in der Stadt, weil die in der Stadt so teuren Straßen- und Anliegerkosten hier sehr leicht völlig auf die Gesamtheit übernommen werden können, da sie viel niedriger sind, aber auch nicht deshalb denen, die sich ein Heim verschaffen wollen, aufgebürdet werden sollten. Gibt man jedem Landarbeiter, der will, möglichst mindestens 2 Morgen Land und daneben eine mäßige Arbeitszeit, dann hat er schon durch sein Land und sein Heim ein Stück Existenz, das auch zum Vorteil der Gesamtlandwirtschaft die Belastung der Produktionskosten in mäßigeren Grenzen halten kann, als wenn elendeste, körperlich schwache und seelisch kranke, von Verzweiflungsstimmung erfüllte Proletarier zuletzt die Krankenhäuser, die Siechenheime und die Irrenanstalten bevölkern. Von allen Teilen des deutschen Volkes hat die Klasse der Grundbesitzer für sozialistisches Streben bis jetzt das geringste Verständnis bekundet. Sie sollte sich aber zum mindesten mit der Tatsache vertraut machen, daß die



Sozialdemokratie im Verlauf von 60 Jahren zur politisch maßgeblichen Macht geworden ist. Der Organisationsgedanke hat sich völlig durchgesetzt, und nur im selben Maß, wie die bisher zersplitterte Welt organisiert, zu einem solidarischen Ganzen entwickelt wird, kommt man vorwärts, kann man den Wettkampf mit anderen bestehen. Leider hat die agrarische Unternehmerschaft nichts tiefer zu hassen gelernt als das Wort Genosse. Damit ist der Landwirtschaft aber auch der genossenschaftliche Gedanke und das genossenschaftliche Empfinden sehr fremd geblieben. Der Generalsekretär der Anhaltischen Landwirtschaftskammer kann sich gar nicht scharf genug darüber aussprechen, daß die Landwirte es nicht fertig brächten sich genossenschaftlich zu organisieren; eher bringe man zehn Flöhe in ein Sieb als zehn Landwirte in eine Genossenschaft. Das ist aber die Folge dessen, daß man den Genossen so verhaßt gemacht hat.

Sowohl für den Einkauf wie für den Verkauf müssen die Landwirte sich genossenschaftlich organisieren. Es genügt nicht, daß sie sich zu Kreditgenossenschaften zusammentun, sie müssen ihre Bedarfsartikel genossenschaftlich einkaufen und, was das Allerwichtigste ist, alle ihre Erzeugnisse genossenschaftlich verkaufen. Der ausbeutende Zwischenhandel muß ausgeschaltet werden. Nur wenn der Absatz aller Agrarprodukte systematisch organisiert wird, kann zwischen Bedarf und Versorgung ein so angemessenes Verhältnis entstehen, daß nicht so gewaltige Preisunterschiede, daß nicht so niedrige Preise werden, die für den verkaufenden Landwirt oft so sehr ruinös sind. Nur wenn etwa die Schweine durch Zentralen verkauft werden, die den Bedarf berechnen können, ist es möglich vor einer Überzucht zu warnen und dadurch vor Schaden zu bewahren. Die Konsumgenossenschaften der Arbeiterklasse organisieren mehr und mehr den Verbrauch. Ihnen sollten die landwirtschaftlichen Unternehmer sich als Verkaufsgenossenschaften gegenüberstellen, mit dem ehrlichen Bemühen das organisierte Bedürfnis der Verbraucher durch organisierte Bedarfserzeugung zu decken. Die Landwirte sollten selber Mitglieder der Konsumgenossenschaften werden, Einrichtung von Verteilungsstellen der Konsumvereine auf dem Land fordern und auch dadurch das friedliche Einvernehmen zwischen Produzenten und Konsumenten zu fördern suchen. Nur im selben Grad wie die landwirtschaftliche Grundbesitzerschaft es begreift, daß die Sozialdemokratie sich für die Gesamtproduktion des Landes verantwortlich fühlt und wahrlich kein Interesse daran hat die landwirtschaftliche Produktion im eigenen Land zu lähmen, ist zu hoffen, daß durch Fortfall der Feindseligkeit zwischen den agrarischen Unternehmern und der städtischen wie ländlichen Arbeiterschaft eine Befruchtung der landwirtschaftlichen Produktion eintreten wird.

Der Beruf des Landwirts ist, wenn man es so nehmen will, an sich der friedlichste der Welt, und Bauern wie Grundbesitzer sollten froh sein, daß die Frage des sogenannten Militarismus aufhören kann ein Zankapfel zwischen ihnen und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu sein. Wir können auf dem europäischen Boden keinen Krieg mehr brauchen (womit nicht gesagt ist, daß er jemals hätte geführt werden dürfen), wir müssen unter allen Umständen ein friedliches Europa schaffen, einen zusammenarbeitenden Vereinigten Europäischen Kontinent. Und da kann eine friedlich blühende Landwirtschaft ein wahrer Jungbrunnen für die europäischen Völker werden. Durch ein neues Bodenrecht wird der lediglich von Grund-

rente lebende Grundbesitz verschwinden, der bäuerliche und selbst der familienhafte Gartenbetrieb werden mehr in den Vordergrund treten, und was als rationelle Produktion den Großbetrieb fordert, wird als Genossenschaftsbetrieb der organisierten Kleinlandwirte aufgebaut werden können. Darum muß alles geschehen, was dem kleinen und mittlern Betrieb in der Landwirtschaft seine Existenz ermöglichen kann. Neben dem neuen Bodenrecht wird dazu auch ein billiges Kapital besonders helfen können. Gerade die Klein- und Mittelbetriebe brauchen billigen Kredit.

Auch das muß mit aller Energie versucht werden, selbst aus der Klasse der Landarbeiter, wo immer es geht, Kleinbauern werden zu lassen, was dann wieder leicht geschehen kann, wenn man dafür sorgt, daß Staat und Gemeinde durch das Bodenreformgesetz und die Grundwertsteuer zu Herren des Bodens werden. Denn dann kann der Staat oder die Gemeinde einem Landarbeiter, der vielleicht noch weniger als 2 Morgen guten Landes hat, auch einmal, wenn er Neigung und Fähigkeit dafür aufbringt Landwirt zu werden, mehr Land geben, auf dem er ein nützlicher und erfolgreicher Landwirt werden kann. Da nach neuem Bodenrecht, das für alle solche, die mit Land ausgestattet werden, schon vertraglich festgelegt werden kann, eine Spekulationsmöglichkeit nicht gegeben, ein Verkauf mit Profit nicht möglich ist, so kann solch ein Kleinbauer nur helfen die landwirtschaftliche Produktion sehr erheblich zu steigern. Nur wenn wir das Interesse der ganzen landwirtschaftlichen Bevölkerung durch eigenen Landbesitz zum guten Gebrauch, aber ohne Mißbrauchsmöglichkeit, mit heißem Bemühen zu steigern suchen, wird die landwirtschaftliche Produktion zugunsten des Gesamtvolks an Ergebnis sehr stark zunehmen können.

Freilich gehört auch noch ein anderes dazu, das bisher stark vernachlässigt worden ist: Die der landwirtschaftlichen Produktion anzupassende Schulbildung des Landvolks kann gar nicht gut genug sein. Nichts ist verhängnisvoller gewesen als die Vernachlässigung der ländlichen Schule. Heute sollte es möglich werden die Konzentration der ländlichen Schulen auch mit Hilfe des Automobils, das die Kinder hinbringt und abholt, herbeizuführen und dadurch eine viel leistungsfähigere Schule möglich zu machen. Natürlich ist die heutige Schuljugend auf das ganze Leben schon in der Kindheit vorzubereiten. Staat und Wirtschaft sowie Lebens- und Weltanschauung sind auch der Dorfjugend nahezubringen. Sie muß erfahren, wozu sie später da ist, das ganze Wesen der menschlichen Gesellschaft und ihrer Produktion muß auch ihr klar werden. Nichts Verhängnisvolleres kann es geben als den Wahn, die arbeitende Landbevölkerung werde um so besser für das Land passen, je bescheidener ihre Ansprüche an Wissen und Erkenntnis bleiben. Automobil, Telephon und Radio werden ohnehin die Kluft zwischen Stadt und Land immer mehr verringern. Und wenn mit jeder Schule ein Kino, auch für die Erwachsenen, verbunden würde, so wäre das nur im höchsten Grad nützlich. Die Kultur muß in jeder Beziehung aufs Land getragen werden. Die Menschen müssen es lernen die Technik der Großstadt mit den Reizen der Natur auf dem Land zu verbinden, was aber nur geschehen kann, wenn die Grundlage des Lebens, eine vorteilhafte Produktion, auf dem Land geschaffen wird.

Dazu gehört allerdings auch eine Weitung des Gesichtskreises der Menschen. Auch der Landbewohner muß es lernen das Empfinden dafür zu bekommen,



unablässig an der Verbreitung und Vertiefung der neuen Anschauungen in der Masse gearbeitet wurde. Hier war der Platz, an dem theoretische Fragen des Sozialismus erörtert wurden.« Man kann sagen, daß die sozialdemokratische Presse auch noch einige Jahre nach dem Ausnahmegesetz vorwiegend mit agitatorischer sozialdemokratischer Parteipolitik ausgefüllt war.

In der deutschen Sozialdemokratie war die Zeitung von Anfang an das Hauptagitationsmittel der Partei. Kaum ist der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von Ferdinand Lassalle ins Leben gerufen worden, so gibt eine kleine Gruppe Hamburger Lassalleaner den Nordstern heraus, in dem allerdings ein enger sektiererischer Geist atmete. Ein Blatt andern Stils war schon der Sozialdemokrat Jean Baptist von Schweitzers. Aber diese Zeitung war auch nicht ganz als das Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins anzusprechen. Der Sozialdemokrat war mit den Mitteln des Leutnants von Hofstetten gegründet worden, und Schweitzer ging politisch seine eigene Bahn. Aus dem Programm Schweitzers leuchten 3 große Prinzipien auf: die Solidarität der Völkerinteressen, der freie demokratische deutsche Einheitsstaat, die Beherrschung der Gesellschaft durch die Arbeit. Schweitzer betätigt sich in seiner Zeitung nicht als bloßer Agitator, er will deutsche politische und soziale Geschichte formen. Er bestrebt sich das Parlament des Norddeutschen Bundes durch die Arbeiterklasse der nationalen Sache dienstbar zu machen. Die nationale Aufgabe sei nicht in der Wiederherstellung des Dualismus gegeben. In Berlin sei das Machtzentrum, und dieses müsse zur Begründung der deutschen Einheit beeinflußt werden. Und Schweitzer bekennt sich mit diesen Worten zum großdeutschen Gedanken: »Nicht nur die süddeutschen Staaten müssen zu dem jetzt vorhandenen Kerne herangezogen werden; auch Deutsch Österreich gehört zu uns und wird zu uns gehören, solange dort eine deutsche Zunge klingt.« Den Versuch Schweitzers wirkliche Machtpolitik im großen Stil zu treiben hat Friedrich Stampfer in der Pressasondernummer der Rheinischen Zeitung vom 12. Mai 1928 ganz richtig gewürdigt. Er sieht in der politischen Haltung Schweitzers gegenüber Bismarck eine Fortsetzung der Politik Lassalles. Schweitzer drängte die junge sozialdemokratische Bewegung als Macht in den Kampf zwischen Bismarck und den Liberalen, zwischen den Anhängern der preußischen Lösung der deutschen Frage und den Großdeutschen einzusetzen. »Inwiefern dieser Versuch auf realen Grundlagen beruhte, ist hier nicht zu untersuchen. Wurde er aber unternommen, dann war der Sozialdemokrat ein Organ, das nicht zu werben sondern auch für eine politisch aktive Gruppe Verantwortung zu tragen hatte. Er war nicht nur für den Mann in der Werkstatt geschrieben, seine Worte sollten auch ein Gewicht haben, wo politische Entscheidungen fielen, und mußten dementsprechend abgewogen werden. Der Versuch hat gelehrt, daß für einen sozialistischen Staatsmann-Journalisten, wie ihn Schweitzer mit großem Talent zu spielen versuchte, im Deutschland der sechziger Jahre kein Raum war.« Diese Bemerkung Stampfers trifft das Richtige. Der sozialistische Politiker der Nordbundszeit hatte keine Macht hinter sich, er mußte sich diese erst durch Massenwerbung sozialistischer Rekruten für eine geschlossene einheitliche politische Armee schaffen.

Die Sozialdemokratie war bis zum Gothaer Einigungskongreß 1875 eine Sektenpartei oder, besser und richtiger, eine aus 3 Sekten bestehende Parteibildung. Aus der Phase der Agitationspartei konnte die Sozialdemokratie bis

zu diesem Kongreß noch nicht heraustreten. Die sozialdemokratische Zeitung der sechziger Jahre hängt noch durchweg von den persönlichen Opfern politischer Enthusiasten oder enger politischer Parteigruppen ab. Der Sozialdemokrat Schweitzers wird, wie schon erwähnt, von Hofstetten gespeist, und der Neue Sozialdemokrat gründet sich ganz auf die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Als der Neue Sozialdemokrat am 1. Juli 1871 erscheint, präsentiert er sich als »Organ und Eigentum des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins«. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft der sechziger Jahre vereinigte in sich eine außerordentlich geringe ökonomische Macht. Sozialistische Agitatoren mußten sozusagen im Nebenberuf Zeitungsverleger und Redakteure spielen. Als die bürgerlichen Verleger dagegen die politische bürgerliche Presse schufen, hatten sie bereits feste wirtschaftliche Machtgrundlagen unter den Füßen, und sie konnten die von ihnen ins Leben gerufenen Presseorgane an dem wachsenden Wohlstand einer ökonomisch aufstrebenden Klasse emporranken lassen.

Die sozialdemokratische Zeitung konnte anfänglich ihre Existenz nur aus ihrer direkten Bindung an politisch organisierte Parteigruppen, an Partei-genossenschaften bestreiten. Auf dem Stuttgarter Parteitag von 1870 befürwortete August Bebel einen Antrag der Hamburger Genossen, der die Einrichtung einer Aktiengesellschaft zur Herstellung und Verbreitung von Volkschriften empfahl. Die Sozialdemokratie sollte nach und nach instand gesetzt werden ihre Blätter auf genossenschaftlichem Weg selbst herzustellen. Wilhelm Liebknecht befürwortete die Gründung einer eigenen Genossenschaftsdruckerei, in der nicht allein der Volksstaat, sondern auch die Flugschriftenliteratur gedruckt werden sollte. Auf dem Mainzer Parteitag im September 1872 konstatierte Theodor York in dem Ausschußbericht mit großer Genugtuung, daß das sogenannte literarische Unternehmen so weit geregelt wäre, daß schon im Lauf des nächsten Monats mit dem Druck des Volksstaats in eigener Druckerei begonnen werden könnte. Die Zeitungen der Eisenacher, der Bebel-Liebknecht-Gruppe, gingen aus den ersparten Groschen der sozialdemokratischen Genossenschaft hervor. Der größte Teil der sozialdemokratischen Blätter wurde vor dem Ausnahmegesetz auf genossenschaftlichem Weg hergestellt. Auf dem vom 19. bis zum 23. August 1876 in Gotha abgehaltenen Parteitag verlas Ignaz Auer einen Bericht über den Stand der Agitation und die Tätigkeit des Vorstands der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Der Bericht verbreitet sich ausführlich über die sozialdemokratische Parteipresse: »Seit Konstituierung der Partei, also während eines Zeitraums von 14 Monaten, wurden von unseren Genossen nicht weniger als 12 politische und 1 belletristisches Organ, Die Neue Welt, ins Leben gerufen. Die deutsche Sozialdemokratie verfügt also jetzt über 23 politische Organe und 1 Unterhaltungsblatt mit zusammen fast 100 000 Abonnenten. Von diesen 23 Blättern erscheinen 8 wöchentlich 6mal, 8 wöchentlich 3mal, 4 wöchentlich 2mal, 3 wöchentlich 1mal. Von diesen Blättern werden einschließlich des Unterhaltungsblattes 15 in den von den Parteigenossen der betreffenden Orte begründeten Genossenschaftsdruckereien hergestellt.«

Die sozialdemokratischen Zeitungen führten vor dem Ausnahmegesetz einen sehr harten Existenzkampf. Verhältnismäßig klein ist der Kreis der politisch interessierten Leser, die sich eine sozialdemokratische Zeitung halten. Wirtschaftliche Vorteile ersprießen bürgerlichen Geschäftsleuten im allgemeinen

nicht aus dem Halten der sozialdemokratischen Zeitungen. Daher treten sie in ihrer Eigenschaft als Käufer, Verkäufer, Mieter und Vermieter mit diesen Zeitungen nicht in Verbindung. Die wirtschaftliche Basis der sozialdemokratischen Zeitung ist außerordentlich schmal. Nur der ununterbrochene Opferdienst ihrer Redakteure, Mitarbeiter und Verbreiter hält sie am Leben. Der Redakteur bezieht häufig nur ein Gehalt von 60 bis 75 Mark, das vielleicht durch eine Zulage des Parteivorstands von 40 bis 50 Mark auf 100 bis 120 Mark ergänzt wird. Der Redakteur ist zugleich Volksredner, Agitator, Organisator und auch Parlamentarier. Er befindet sich in der sozialen Position eines Lohnarbeiters. Die schwankende ökonomische Grundlage der sozialdemokratischen Zeitung kann keinen berufsmäßigen sozialistischen Berufs"stand" tragen. Der agitierende Redakteur oder der redigierende Agitator verstärkt natürlich die agitatorische Grundrichtung der sozialdemokratischen Zeitung, die sich so wie so in ihren Anfängen ganz auf die Werbearbeit einstellen muß. Die Sozialdemokratie entfaltet ihre politische Massenkraft zuerst bei den Reichstagswahlen, und als wesentlichstes Propagandamittel zur Eroberung von Wahlkreisen dient die sozialdemokratische Lokalzeitung. Der gewandte sozialdemokratische Redakteur Karl Hirsch prägt das Wort: »Kein Blatt, kein Wahlsieg!«

Die Fortschritte der sozialdemokratischen Presse nach dem Gothaer Einigungskongreß werden durch die charakteristischen Zahlen der Parteitagsberichte beleuchtet. So gebot die Sozialdemokratie auf dem Gothaer Parteitag von 1877 über 42 Blätter, von denen über die Hälfte, nämlich 25, in Genossenschaftsdruckereien hergestellt wurden. Die sozialdemokratische Zeitung wird in wachsendem Maß Parteieigentum. Als ausschließliche Parteizeitung stellt sich der Leipziger Vorwärts dar. Seine Haltung wird durch Parteitagsbeschlüsse und Parteikonferenzen bestimmt. So legt der Gothaer Parteitag im Jahr 1877 die Haltung des Vorwärts in dem großen grundsätzlichen Streit Engels contra Dühring fest. Aus der in Paris beschlagnahmten und dem Kriminalkommissar Krüger ausgelieferten Korrespondenz Karl Hirsch' erschließen sich uns die Ängste und Nöte der sozialdemokratischen Parteipresse vor dem Ausnahmegesetz. »Die Briefe Auers«, so berichtet dieser Kriminalkommissar, »geben einige nicht unwichtige Aufschlüsse über die Presseverhältnisse innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Partei. Der Verfasser klagt fortwährend über den Mangel an geeigneten Redakteuren, er meint, es zeige sich fast alle Tage zur Evidenz, daß es auf die Länge nicht möglich sein werde alle die großen und kleinen Parteiblätter mit nur halbwegs tüchtigen Leuten zu besetzen. Die kleinen Lokalblätter seien ohnehin ganz unüberlegt ins Leben gerufen worden, und es zeige sich nun, daß die Partei gar nicht die Mittel zu ihrer Erhaltung aufbringen könnte. Selbst die großen Zeitungen erforderten fortwährend bedeutende Zuschüsse. In Barmen-Elberfeld habe man die Katastrophe abwenden können, indem man auf einmal 10 000 Mark geopfert habe. Auch die Berliner Presseverhältnisse sind nach Auer ganz zerfahren.« Und doch kann man von der Berliner Freien Presse sagen, daß sie sich schon bemüht zu einem die mannigfaltigen sozialen und kulturellen Bedürfnisse ihrer Leser befriedigenden Organ zu werden.

Der Aufstieg des sozialdemokratischen Agitationsblatts zu einer wirklichen Zeitung wird dann jäh durch das Sozialistengesetz unterbrochen. Unter der Herrschaft dieses Gesetzes laufen neben einander die legalen und die illega-

len sozialistischen Blätter. Das illegale Zentralorgan der Partei, der Sozialdemokrat, ist fast ganz Agitationsblatt; es steht stark unter dem Einfluß Friedrich Engels', rechnet mit einer baldigen sozialen Revolution und ist revolutionär-agitatorisch geschrieben. Die Gesinnung der sozialdemokratischen marxistischen Flüchtlingskreise in Zürich, Paris, London und der radikalen Korrespondenten der Geheimbünde der kleinen Belagerungsgebiete von Berlin, Hamburg, Leipzig, Frankfurt färben stark auf den Sozialdemokraten ab. Die Beeinflussung der Haltung dieses Blatts durch den radikalen Marxismus der vorher bezeichneten Kreise hat Apitzsch in seinem oben genannten Buch nicht näher untersucht. Hier standen ihm auch die Quellen nur zum Teil offen. Es seien hier von diesen nur genannt: die handschriftlichen Aufzeichnungen über den Wydener und den Kopenhagener Kongreß von 1880 und 1884 und über die sozialdemokratische Abgeordnetenkonferenz vom August 1882, der Engels-Bebelsche Briefwechsel, die Korrespondenz Engels' mit Eduard Bernstein, die Briefe Ignaz Auers, Carl Grillenbergers usw. über den Dampfersubventionskonflikt. Die legale Presse der Sozialdemokratie unter dem Ausnahmegesetz (die Apitzsch erfreulicherweise nicht übergangen hat) ist bisher in der Geschichte der Sozialdemokratie vielfach ganz stiefmütterlich behandelt worden. Der Sozialdemokrat als das zentrale Wochenblatt der Partei kann nicht enge Fühlung mit den lokalen öffentlichen Massenbewegungen halten, mit der Krankenkassenbewegung, mit der Fachvereinsbewegung, mit der kommunalen Wahlbewegung. Der Sozialdemokrat hatte in seiner größten Blüte höchstens 12 000 Abonnenten. Die sozialdemokratische Tageszeitung, das Berliner Volksblatt, hat 1888 bereits 11 000 Abonnenten, das Hamburger Echo beginnt 1887 bereits mit einem Abonnentenstand von 12 000, die Nürnberger Arbeiterchronik Grillenbergers erschien in 30 000 Exemplaren. Die legale Presse sammelte die sozialdemokratischen Genossen am Ort und exerzierte sie für alle öffentlichen, politischen und gewerkschaftlichen Aktionen ein. Unter dem Ausnahmegesetz entstehen 60 legale Blätter, von denen 19 in der Woche 6mal erscheinen; vor diesem Gesetz erschienen nur 42 Blätter, und zwar 13 nur 6mal in der Woche. Die Auflage der sozialdemokratischen Zeitungen vor dem Ausnahmegesetz wurde auf 160 000 bis 170 000 geschätzt. Im Jahr 1890, als das Ausnahmegesetz fiel, schätzte man die Gesamtauflage der sozialdemokratischen Blätter auf 260 000.

Die legale Presse der Sozialdemokratie mußte sich unter dem Sozialistengesetz sehr vorsichtig bewegen. Sie faßte, um nicht der Guillotine des Ausnahmegesetzes zu verfallen, auch den unpolitischen Menschen ins Auge. Sie baute den lokalen und den Gerichtsteil der Zeitung aus und ging auf die literarischen Strömungen der Zeit ein. Der aufstrebende Naturalismus fand namentlich im Berliner Volksblatt und in der Berliner Volkstribüne Max Schippels weitsichtige Förderung. Am Schluß des Ausnahmegesetzes entsteht die Volksbühnenbewegung. Der Kunst-, Theater- und Musikreferent bürgert sich in der sozialdemokratischen Zeitung ein. Doch blieb diese im wesentlichen noch Agitationsblatt. Namentlich bewahrte der Vorwärts unter Wilhelm Liebknechts Leitung noch lange diesen Charakter; denn Liebknecht war ein geborener Agitator, und er predigte förmlich den Sozialismus in jeder Zeile, die er schrieb. Sein auf die sozialistische Zukunft gerichteter Blick schaute oft über die politischen Tagesereignisse hinweg. Der "alte" Liebknecht war, wie Stampfer ihn charakterisiert, »ein Tagesschrift-

steller, der seinem Blatt wertvolle Beiträge lieferte. Kein Presse­mann im modernen Sinn, kein auf taktische Notwendigkeiten des Augenblicks bedachter Stilist, auch kein Gestalter der Zeitung mit Rücksicht auf ihre Wirkung in die Breite. Liebknecht war der Typ des um sonst nichts bekümmerten Überzeugungsjournalisten, der stets bereit ist für das, was ihm als richtig erscheint, zu kämpfen, wenn er muß, bis zum letzten Abonnenten und bis zum letzten Stück Brot für seine eigene Familie.«

Erst im Jahre 1894 wurde Bruno Schön­lank der Reformator der sozialdemokratischen Presse; er schuf die erste wirkliche sozialdemokratische Tageszeitung. Dem aktuellen Nachrichtendienst räumte Schön­lank zuerst eine gebührende Stellung in der sozialdemokratischen Presse ein. Er wollte den ganzen Menschen mit seinen vielseitigen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen Interessen für die sozialdemokratische Zeitung erobern. Der Pulsschlag der Stunde sollte im deutschen sozialdemokratischen Blatt leben, und die Zeitung sollte alle großen Gebiete der körperlichen und geistigen Kultur umspannen. Man darf sagen: Die sozialdemokratische Presse ist im allgemeinen in die Fuß­tapfen Schön­lanks getreten. Man vergleiche den Vorwärts der Jahre 1890 und 1891 selbst mit irgendeinem sozialdemokratischen Provinzblatt unserer Tage, und man kann mit Händen die Wandlung des frühern Agitationsblatts in eine wirkliche Tageszeitung greifen. In der Zeitung hat sich das Tages- und Lokalinteresse einen weiten Spielraum erobert. Dank dem Sozialdemokratischen Pressedienst ist die Zeitung aktuell geworden. Die Depesche führt nicht mehr auf der 4. oder 5. Seite des Blatts in Petitschrift ein kümmerliches Dasein. Das politische Leben der Sozialdemokratie erzeugt heute eben selbst Nachrichten in Hülle und Fülle. Die Sozialdemokratie formt, gestaltet jetzt selber Tagespolitik. Und der sozialdemokratischen Presse ist damit die große Aufgabe erwachsen ihre Leser zu tätigen, nicht nur redenden Politikern zu erziehen. Das agitatorische Wort ist heute oft durch die aufbauende Tat zu ersetzen. Wir können uns nicht mehr wie einst auf die in den wirtschaftlichen Verhältnissen treibenden Kräfte verlassen, wir haben diese selbst planvoll zu entwickeln.

Unzweifelhaft muß der heutige sozialdemokratische Journalist ein ganz anderes Maß von Wissen und Können mit in sein Handwerk oder, besser, in seine berufliche Kunst bringen als in jenen Zeiten, da der Agitator noch durchweg zum Redakteur aufstieg. Auch die sozialdemokratische Presse besitzt heute einen berufsmäßigen Journalisten"stand", dessen Lebensbedingungen durch das tatkräftige Eingreifen des Vereins Arbeiterpresse sich erfreulich gebessert haben. Dieser Verein hat die Schriftstellerhonorare in Mindestsätzen festgelegt und unabdingbare Vertragsbestimmungen für die Parteiredakteure herausgegeben. Er hat schon 1902 eine Unterstützungsver­einigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten ins Leben gerufen, die die Sicherung einer angemessenen Pension im Alter und bei Eintritt der Invalidität sowie Sicherung der Witwen und Waisen bezweckt. Die sozialdemokratische Arbeiterpresse ist heute eine wirtschaftliche Macht geworden, an die sich die wirtschaftlichen Interessen großer Bevölkerungsgruppen anlehnen. Diese Presse gebietet über ein sehr ansehnliches Vermögen. Adolf Rupprecht berechnete in der oben erwähnten Pressasondernummer der Rheinischen Zeitung, daß sich bei Gegenüberstellung der Vermögen und der Verpflichtungen aller Parteibetriebe im Jahr 1927 eine Bilanzsumme



von 47 576 000 Mark Stammkapital ergab. Die offenen Reserven betragen 22 018 113 Mark und die Goldbestände, Kasse, Bank-, Postscheck- und ausgeliehenen Gelder 6 408 444 Mark. Der Grundstücksbesitz der Parteibetriebe stand 1927 insgesamt mit 17 625 000 Mark zu Buch, die Maschinen hatten einen Buchwert von insgesamt 7 590 000 Mark. Die sozialdemokratischen Parteibetriebe mit ihren 191 Parteizeitungen umschließt heute eine wirtschaftliche Zentrale: die Konzentration.

Die Presse der Sozialdemokratischen Partei baut sich also heute auf einer ökonomisch machtvollen Grundlage auf. Sie ist imstande ihre geistigen Kräfte gründlich fortbilden zu lassen, damit sie an den deutschen Arbeitern und Angestellten eine wirklich schöpferische politische, wirtschaftliche und kulturelle Erziehungsarbeit verrichten. In Worten ist bisher die gewaltige Aufgabe der Emanzipation der Arbeiter von der sozialdemokratischen Presse verkündet worden. Jetzt geht es um ihre praktische Lösung. Zu ihrer Anbahnung ist nicht zuletzt die sozialdemokratische Presse berufen.

## FRITZ NAPHTALI · DER KAMPF IN DER EISEN-INDUSTRIE

**D**IE Aussperrung von 2- bis 300 000 Arbeitern der Eisen schaffenden und verarbeitenden Industrie im Ruhrrevier, die am 1. November trotz der Schlichtung des Lohnstreits durch einen vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruch erfolgte, nahm durch diese Art des Vorgehens der Arbeitgeberverbände den Charakter eines über das Sondergebiet weit hinausgreifenden sozialen und politischen Kampfes an. Daß die Arbeitgeber ihn zu einem Rechtsstreit zu machen suchten, indem sie die Rechtsgültigkeit des Schiedsspruchs bestritten, kann daran nichts ändern, daß sie, ohne den Ausgang des Rechtsstreits abzuwarten, durch die Schließung der Betriebe den offenen Kampf gegen das System des geltenden Schlichtungsrechts, im besondern gegen die Autorität der Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister, aufgenommen haben. Angesichts dieser Kampfansage gegen das politische Mittel zur Einschränkung verheerender Arbeitskämpfe, das sich in den Jahren des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft nach der Währungsstabilisierung bewährt hat, trotz manchen Mängeln, die auf allen Seiten empfunden worden sind, mußte die Abwehr notwendigerweise in erster Linie zu einer politischen Frage werden, wobei das besondere wirtschaftliche Problem der Industrie, in der sich der Kampf abspielte, in den Hintergrund trat.

Es versteht sich von selbst, daß in einem Augenblick, in dem in der Arbeiterklasse selbst die Nützlichkeit des Rechts des Staats in Lohnkonflikte von besonderer Bedeutung durch Verbindlichkeitserklärungen einzugreifen umstritten ist (neben den sogenannten Kommunisten, denen jede Verminderung von Arbeitskämpfen aus agitatorischen Gründen verhaßt ist, steht auch eine nichtkommunistische Minderheit in den Gewerkschaften dem System ablehnend gegenüber), dieses Prinzip nicht aufrechtzuhalten wäre, wenn sich in der Praxis zeigen sollte, daß es im Fall einer Obstruktion der Arbeitgeber kein Mittel gäbe, um der Verbindlichkeitserklärung des Sachwalters des Staats, des Reichsarbeitsministers, Wirksamkeit zu verschaffen. Es war deshalb durchaus richtig, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei

der Behandlung des Ruhrkampfes im Parlament nicht etwa an die Reichsregierung die Aufforderung einer sachlichen Vermittlung richtete, sondern daß sie als Initiativantrag den Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung zu Unrecht ausgesperrter Arbeitnehmer einbrachte. Der Sinn dieses Gesetzentwurfs war: die Unterstützung der Arbeitslosen zu sichern, deren Arbeitslosigkeit durch die Aussperrung bedingt ist, die sich gegen einen geltenden Tarifvertrag oder einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch richtet, die Mittel für diese Unterstützungen sofort durch das Reich zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Schadenersatzpflicht dem Reich gegenüber denjenigen Arbeitgebern aufzubürden, die an einer zu Unrecht vorgenommenen Aussperrung beteiligt sind. Durch ein derartiges Gesetz würde in der wirksamsten Weise das Reich seine Macht gegen diejenigen einsetzen, die allein auf Grund ihres Besitzes an den Produktionsstätten glauben einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch mißachten zu können. Nicht weil es an sich unmöglich gewesen wäre im Reichstag eine Mehrheit für dieses Gesetz zu finden, wohl aber, weil infolge des Widerstands des Reichswirtschaftsministers Julius Curtius und wegen der Notwendigkeit ein neues Gesetz auch dem Reichsrat vorzulegen das Tempo seiner Verabschiedung zum Schaden der Aussperrten zu langsam geworden wäre, entschloß man sich zu einem Kompromiß: Die Reichsregierung wurde ermächtigt den Gemeinden die Mittel zur Unterstützung der Aussperrten zur Verfügung zu stellen. In den Richtlinien, die für die Verabgabung dieser Mittel zwischen dem Reich, der preußischen Verwaltung und den Gemeinden vereinbart wurden, legte man die Unterstützungssätze fest. Es wurde anerkannt, daß die Unterstützungsbedürftigkeit bei jedem Aussperrten ohne besondere Prüfung als gegeben zu betrachten ist, und daß die Sonderunterstützungen, die die organisierten Arbeiter durch ihre Gewerkschaften erhalten, nicht auf die öffentlichen Unterstützungen anzurechnen sind. Durch diese Maßnahmen wurde eine schnelle Stärkung der Widerstandskraft der im Kampf stehenden Arbeiter erreicht, was ohne Zweifel ein Weg ist auch die angegriffene Staatsautorität in diesem Fall zu verteidigen. Allerdings ist dabei der wirksame Druck, der auf die Arbeitgeber von der Festlegung ihrer Haftbarkeit für die dem Reich erwachsenden Unterstützungsausgaben ausgehen sollte, aufgegeben worden. Wenn dies im Interesse einer schnellen Aktion im vorliegenden Fall nicht zu vermeiden war, so muß doch dringend gefordert werden, daß unabhängig von diesem Einzelfall durch ein Gesetz derart, wie es der sozialdemokratische Initiativantrag vorgeschlagen hat, ein Riegel gegen Tarifbruch und Mißachtung von Verbindlichkeitserklärungen durch Aussperrungen vorgeschoben wird.

Diese Forderung wird nur noch wichtiger dadurch, daß in der 1. Dezemberwoche durch die Vermittlung der Reichsregierung zunächst die Wiedereröffnung der Betriebe erreicht wurde, ohne daß die grundsätzliche Frage der Mißachtung des verbindlich erklärten Schiedsspruchs klar beantwortet wurde. Über diese Vermittlungsaktion, die auf der Unterwerfung beider Parteien unter die später zu fällende Entscheidung Carl Severings beruhte, kann, solange Severings Spruch noch nicht gefällt ist, nicht abschließend geurteilt werden. Den Gewerkschaften ist die Zustimmung zu dieser Lösung nicht leicht geworden, da sie mindestens formal den Schiedsspruch, den der Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt hatte, beiseite schob. Das kam sowohl in der Erklärung der Essener Metallarbeiterkonferenz als auch in

einem Artikel der Gewerkschaftszeitung zutage. Wenn trotzdem der Weg, dessen Vorteil in der Verminderung der Erschütterung des gesamten Wirtschaftslebens liegt, beschritten werden konnte, so beruhte das auf dem hohen Ansehen, das die Person Severings bei allen Beteiligten genießt. Die Bereitschaft zur Verantwortung, die in der Übernahme des undankbaren Amtes durch Severing liegt, verschaffte dem sozialdemokratischen Innenminister einen moralischen Erfolg, der selbst von denen gewürdigt wird, die eine andere Form der Beendigung der Aussperrung gewünscht hätten.

Wenn aus den dargelegten Gründen unbedingt die politische und arbeitsrechtliche Seite des Kampfs in der Eisenindustrie im Vordergrund stehen mußte, und wenn wir auch bedauern müssen, daß sie nicht befriedigend durchgeführt wurde, so enthebt uns dieser Umstand nicht der Verpflichtung die wirtschaftlichen Tatsachen zu prüfen, aus denen dieser besondere Streit erwachsen ist. Die Arbeitgeber der Eisen schaffenden und verarbeitenden Industrie des Ruhrreviers bezeichneten ihre Aktion als einen Verzweiflungsakt gegenüber den unerträglichen Belastungen, die für sie aus dem verbindlich erklärten Schiedsspruch erwachsen sollten. Man kann diese Erklärung für einen bloßen Vorwand halten. Um so eher, als wohl anzunehmen ist, daß, trotz dem konjunkturell für eine zeitweise Schließung der Betriebe günstigen Augenblick, der Schade, der den Unternehmungen in ihrer Gesamtheit aus der Stilllegung erwuchs, größer ist als die Differenz der Lohnsumme, die gegenüber dem alten Tarif nach dem Schiedsspruch für die ganze Dauer seiner  $1\frac{1}{2}$  jährigen Geltung zu zahlen gewesen wäre. Es ist am Platz die Frage aufzuwerfen, was eigentlich die Aufsichtsräte der großen beteiligten Aktienunternehmungen, in denen auch alle Großbanken vertreten sind, in diesem Fall getan haben, um pflichtgemäß die Aufsicht gegenüber dem Vorgehen der Direktoren auszuüben. Indes, so sehr wir davon überzeugt sind, daß hier eine falsche autoritäre Orientierung und eine schlechte Führung der beteiligten Arbeitgeber zum Schaden der von ihnen verwalteten Unternehmungen und zum Schaden der Gesamtwirtschaft geführt haben, so wichtig wäre es auf der andern Seite, schon im Interesse der weiteren Entwicklung in diesen wichtigen Industriezweigen, die Berechtigung der von den Unternehmern aufgestellten Behauptung von der unmittelbar gefährdeten Rentabilität auf Grund der eintretenden Mehrbelastung zu prüfen.

Bei jedem Versuch solcher Prüfung muß man vor allem zwischen der Eisen schaffenden und der Eisen und Metall verarbeitenden Industrie unterscheiden.

Wenn die Mehrbelastung unter Einschluß aller Auswirkungen auf Akkord- und Prämienlöhne von den Arbeitgebern selbst auf etwa 5 % der bisherigen Lohnsumme veranschlagt wird (was sicherlich zu hoch gerechnet ist, eine Berechnung des Reichsarbeitsministeriums kam zu  $3\frac{1}{2}$  bis 4 % Erhöhung der Lohnsummen), so bedeutet das für die Eisen schaffende Industrie, bei der die Lohnkosten höchstens 20 bis 25 % ausmachen, eine Selbstkostensteigerung von höchstens 1 bis  $1\frac{1}{4}$  %, und, am Werkserlös gemessen, einen noch etwas geringern Satz. Daß von diesen 1 % der Selbstkostensteigerung auf dem Lohnkonto das Wohl und Wehe der Industrie abhängen soll, kann wirklich keinem nüchternen Beobachter als glaubhaft erscheinen. Die Behauptung von der nicht zu tragenden Belastung wird aber um so mehr dem allgemeinen Mißtrauen begegnen müssen, als die Industrie jeden ernsthaften

Einblick in die Selbstkostenrechnung und in die Entwicklung ihrer Erlöse verweigert. Ein solcher ernstzunehmender Einblick kann natürlich nicht durch eine Kommission und auch nicht durch einen Minister (der eine politisch bedeutende Persönlichkeit sein kann, ohne doch vom Bilanz- und Kalkulationswesen viel zu verstehen) gewonnen werden, die oder der etwa während eines Lohnkonflikts in wenigen Tagen sich ein Bild machen soll. Denn, wie wenig man sich auf die Angaben der schwerindustriellen Wortführer im einzelnen verlassen kann, ohne sorgfältigste Nachprüfung, das haben gerade die Debatten der letzten Wochen wieder bewiesen. Um nur ein paar Beispiele herauszugreifen, sei erwähnt, daß die Eisenindustriellen, noch bevor die Einzelheiten der Reichsbahntariferhöhung in der Öffentlichkeit bekannt waren, damit Stimmung machten, daß sie die Mehrbelastung durch die Tariferhöhung pro Tonne Fertigerzeugnis mit 1,50 bis 2 Mark angaben. Als sich dann auf Grund der Nichterhöhung der Erzausnahmetarife aus Lothringen und dem Siegerland ergab, daß die tatsächliche Mehrbelastung pro Tonne Stahl viel geringer war, jedenfalls noch wesentlich unter 1 Mark blieb, fand es die Eisenindustrie gleichwohl nicht nötig ihre Behauptung zu korrigieren. Was die Erlöse anlangt, so ist es interessant zu beobachten, wie sich im Lauf der Diskussion die Behauptungen von Unternehmerseite steigerten. Während man auf Grund der Heraufsetzung der Inlandspreise und der Erhöhung der Weltmarktpreise in den letzten Monaten annehmen mußte, daß die Eisenindustrie gegenüber dem Vorjahr mehr Erlöse erzielt oder mindestens die Aussicht haben mußte in der nächsten Zeit nicht unerhebliche Mehrerlöse zu erzielen, wurde in einer Pressebesprechung der Arbeitgeber am 12. Oktober an der Hand der Zahlen der Vereinigten Stahlwerke dargelegt, daß, trotz erhöhten In- und Auslandspreisen auf Grund der Verschiebung des Verhältnisses von Inlands- und Auslandsabsatz, die Erlöse bei fast allen Produkten seit dem Ende des vorigen Jahres entweder überhaupt nicht oder nicht genügend gestiegen seien, um die Erhöhung der Selbstkosten voll auszugleichen. Etwas später schritt man schon weiter vor, indem jetzt behauptet wird, daß der durchschnittliche Tonnenerlös seit Jahresfrist gesunken sei. Zum Beweis führt man allerdings nicht die Gesamterlöse sondern nur die Bewegung der Erlöse des A-Produkten- und des Stabeisenverbands an, die nicht ganz die Hälfte der auf den Markt gelangenden Walzprodukte darstellen. Des weitern schließt man diese Vergleichsrechnung mit den 4 Monaten bis August ab, so daß die Wirkung der Steigerung der Weltmarktpreise in den letzten Monaten sicherlich über Gebühr verringert wird. Diese ganze Art der Diskussion ist nicht sehr vertrauenerweckend. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man zu einer sachlichen Fundierung dieser Debatten nur dadurch kommen kann, daß man ein ständiges Organ schafft, durch das auch den Vertretern der Arbeitnehmer ein zuverlässiger Einblick in die Lage der Selbstkosten- und Erlösentwicklung innerhalb der Eisenindustrie gewährt wird.

Aber nehmen wir einmal an, die Klagen der Eisenindustrie wären frei von Übertreibungen und an sich berechtigt. Ich glaube sogar, mit einigen Abstrichen für Übertreibungen, daß in der Tat die Situation der Großunternehmungen der deutschen Eisenindustrie nicht rosig ist, und daß das Herauswirtschaften von Dividenden, die unter Berücksichtigung des heute geltenden Zinsfußes als angemessen zu betrachten sind, den Direktoren der Werke einiges Kopfzerbrechen bereiten mag. Da muß man doch die Frage aufwerfen,

wen die Verantwortung dafür trifft, daß sich die Eisenindustrie in einer nicht beneidenswerten Lage befindet. Denn von der Beantwortung dieser Frage nach der Verantwortung muß es schließlich auch abhängen, ob man es für angängig hält die Besserung dadurch erzielen zu wollen, daß man mit niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten auf die Arbeiter drückt, oder ob nicht der gegebene Sanierungsweg der einer gründlichen Kapitalzusammenlegung und einer entsprechenden Neuorganisation der Industrie auf einer schmälern Basis ist. Daß die Arbeiter in der Eisenindustrie nicht nur immer schwer gearbeitet haben, sondern daß auch unter den Folgen der betrieblichen Rationalisierung (die die Leistung pro Kopf in der Eisen- und Stahlerzeugung in den letzten Jahren scharf und weit über die Vorkriegshöhe gesteigert hat) die Anspannung ihrer Arbeitskraft wesentlich zugenommen hat, wird niemand ernsthaft bestreiten, der die Betriebe der westdeutschen Eisenindustrie kennt. Ebenso ist es aber auch wahr, daß die Unternehmer beim Wiederaufbau der deutschen Eisenindustrie nach dem Krieg Fehldispositionen in größtem Ausmaß getroffen haben. Man muß sich nur vergegenwärtigen, was auf dem Gebiet vom Jahr 1919 ab geschehen ist.

Im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg war das Schwergewicht der deutschen Eisenerzeugung mehr und mehr von der rechtsrheinischen Kohlenbasis zur lothringisch-luxemburgischen Erzbasis übergegangen. Die Beschickung der luxemburgisch-lothringischen Werke mit Ruhrkoks war vorteilhafter als die Beschickung westfälischer Werke mit lothringisch-luxemburgischem Erz. Nach dem Krieg wurden die lothringischen Werke zwangsweise liquidiert. Die Ruhrindustrie erhielt schneller als die anderen Liquidationsgeschädigten vom Reich große Entschädigungssummen, zu einer Zeit, als die ausgezahlten Markbeträge noch erhebliche Kaufkraft hatten. Aber auch dort, wo es zu einer Zwangsliquidation nicht kam, nämlich bei den in Luxemburg liegenden Werken, nahm die deutsche Schwerindustrie, im besondern die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, jetzt in den Vereinigten Stahlwerken, freiwillig eine Zerreißung ihres bisherigen Besitzes durch die Veräußerung ihrer linksrheinischen Bergwerke vor. Man tat hier also freiwillig, was auf anderen Gebieten erzwungen war, man löste die Verbindung von Kohle und Erz auf und nahm einen produktionstechnischen Rückschritt in Kauf, der für die Volkswirtschaft einen Verlust darstellen mußte. Die Begründung für dieses übereilte Losschlagen des linksrheinischen Besitzes von Gelsenkirchen, die in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung vom 3. April 1919 erschien, war interessant genug: »Die Verwaltung gibt als Erklärung für ihr Vorgehen an, daß sie in erster Linie die Belange ihrer Aktionäre zu berücksichtigen habe, selbst wenn dadurch vaterländische Interessen beeinträchtigt werden sollten. Nach den Maßnahmen unserer Feinde gibt es aber nach ihrer Ansicht keine Möglichkeit ihren linksrheinischen Besitz unserm Vaterlande zu erhalten.« Welch weise Voraussicht spricht aus diesen Worten der Eisenindustrie, die 7 Jahre später den Weg zur engsten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der französischen, belgischen und luxemburgischen Eisenindustrie wiederfand<sup>1</sup>.

1) Es sei gestattet darauf hinzuweisen, daß ich hier nicht ein erst nachträglich gewonnenes Urteil ausspreche sondern schon vor 9 Jahren, in einem Artikel Gelsenkirchen, Deutschland und Europa, im *Plutus* 1919 Seite 118 und folgende, nachdrücklich auf den wirtschaftlichen Unfug solcher Zerreißung hingewiesen und betont habe, daß auch das wirtschaftliche Interesse der Franzosen und Luxemburger es erheischen werde zu verhüten, daß politische Feindschaft die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Gebiete hindere, die sich ergänzen und zur Entwicklung höchster Produktivität auf einander angewiesen sind.

Noch schlimmer aber als diese freiwillige Zerreißung, die man der erzwungenen hinzufute, war die Art, wie man die Entschädigungen und Verkaufserlöse verwendete. Man tat so, als ob die Eisenproduktionssttten, die in ausländischen Besitz ubergegangen waren, damit vom Erdball verschwunden wären, und man benutzte das verfügbare Kapital, um frisch und fröhlich rechtsrheinisch die deutsche Eisenindustrie so auszubauen und so zu erweitern, daß ihre Produktionskapazität der Vorkriegskapazitt der deutschen Industrie einschließlich der linksrheinischen Anlagen in Lothringen und Luxemburg mindestens wieder entsprach. Man baute drauflos, technisch natürlich auf der Höhe, und hielt jede Erweiterung für eine Krafftleistung, ohne sich die Frage vorzulegen, wie in der Welt die vermehrte Eisenproduktionsmglichkeit zu verwerten sein würde. Man vergaß auch offenbar, daß man früher doch selbst erkannt hatte, daß als Standort der Eisen schaffenden Industrie das Ruhrrevier gegenüber Lothringen und Luxemburg im Nachteil sei. Das Ergebnis dieser falschen Investitionen in der Eisenindustrie waren dauernde Absatzkrisen, deren Schäden durch den kontinentaleuropäischen Eisenpakt von 1926 nicht völlig uberwunden werden konnten. Ein Versuch zur Rationalisierung durch Zusammenfassung der Produktion bei den günstigsten Produktionsstätten wurde durch die große Trustgrndung der Vereinigten Stahlwerke gemacht (wobei aber die Höhe der Kapitalisierung dieses Unternehmens in der Handelspresse stark umstritten war).

Wenn es sich nun also wirklich herausstellt, daß die deutsche Eisen schaffende Industrie das Aktienkapital, mit dem ihre Unternehmungen ausgestattet sind, nicht angemessen zu verzinsen vermag, so leuchtet es doch wohl ein, daß für die Fehler der Vergangenheit die Risikoträger, die Aktionäre, eintreten müssen, daß man eine Sanierung durch Zusammenlegung der Kapitalien auf der einen und durch Stilllegung der ungünstigsten Produktionsstätten auf der andern Seite erstreben muß, daß es aber nicht angeht die Verluste, die durch Fehldispositionen entstanden sind, durch einen Druck auf die Löhne oder durch eine volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigte Verlängerung der Arbeitszeiten der Arbeiter wieder hereinbringen zu wollen.

Von den von der Aussperrung unmittelbar betroffenen Arbeitern entfielen etwa 100 000 auf die Eisen schaffende Industrie und etwa 120 000 auf die Eisen verarbeitende Industrie. Wenn wir uns jetzt der verarbeitenden Industrie zuwenden, so liegen dort die Verhältnisse zweifellos komplizierter als bei der Eisen schaffenden. Zunächst fällt die Selbstkostensteigerung einer höchstens 5prozentigen Lohnerhöhung auf diesem Gebiet schwerer ins Gewicht, weil hier der Lohnanteil an den Selbstkosten auf durchschnittlich 35 bis 45 % zu veranschlagen sein mag, so daß also mit der Steigerung der Selbstkosten um höchstens  $1\frac{3}{4}$  bis  $2\frac{1}{4}$  % gerechnet werden muß. Soweit es uberhaupt möglich ist bei der Vielgestaltigkeit der verarbeitenden Industrie ein einheitliches Urteil abzugeben, wird man wohl sagen müssen, daß die Ursachen der unzulänglichen Rentabilität, die auf Grund der vorliegenden Abschlüsse der Aktiengesellschaften im allgemeinen glaubhaft erscheinen mag, hier nicht so sehr wie bei der Eisenerzeugung in ausgesprochenen Fehldispositionen der Unternehmer liegen sondern mehr in Unterlassungssnden. Man hat in der Zeit seit 1925 im besondern im Maschinenbau ohne Zweifel eine starke betriebliche Rationalisierung durchgeführt. Nach der Statistik des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten ist von Anfang 1925 bis 1927 der

Versand an Maschinen (nach Gewicht) pro Kopf des Normalarbeiters von 100 auf rund 140 gestiegen. In dieser Steigerung der Produktion kommt technische und organisatorische Rationalisierung zum Ausdruck. Während sie so im Betrieb erheblich fortschritt, hat die Rationalisierung im Gewerbe, die Zusammenfassung gleichgerichteter Betriebe, die Arbeitsteilung mit der Einstellung auf Reihenfabrikation, die Umstellung auf Wandlungen des Weltmarkts noch nicht den möglichen und für eine Besserung der Rentabilität notwendigen Umfang angenommen. Zu berücksichtigen ist weiter auch hier, daß offenbar die Kapitalien in der Maschinenindustrie bei der Goldumstellung der Bilanzen vielfach zu hoch angesetzt worden sind. Nach einer Statistik des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, die sich auf 110 Aktien- und Privatfirmen erstreckt, nahmen gegenüber der Vorkriegszeit die Kapitalien von 377 auf 544 Millionen zu. In dem Wirtschaftsheft der Frankfurter Zeitung, das im Jahr 1927 dem Maschinenbau gewidmet war, kommt ein so fachkundiger und unvoreingenommener Beurteiler wie der Chefredakteur des Handelsteils der Frankfurter Zeitung Albert Oeser bei der Erörterung der Kapital- und Umsatzzahlen aus den Bilanzen der Maschinenfabriken zu diesem Ergebnis: »Das Anlagekapital war zu hoch angesetzt, auch je Tonne möglichen Umsatzes. Vielleicht war es nicht einmal angepaßt der Leistungsmöglichkeit, die für 1925 in der Genfer Denkschrift für alle deutschen Werke zusammen mit 5 Milliarden Reichsmark gegriffen wurde (das ist auf 3,36 Milliarden Vorkriegswert gegenüber einer in der 1913er Hochkonjunktur voll ausgenutzten Kapazität von 2,7 Milliarden Reichsmark). Die gegenwärtige Finanz-, Betriebs- und Organisationspolitik wird dieser unzeitgemäßen Sachlage noch viel weiter Rechnung tragen müssen.«

Also auch für die verarbeitende Industrie ergibt sich das Bild, daß ihre Nöte in erster Linie auf planlosen Erweiterungen der Produktionskapazitäten, auf Überkapitalisierung und Mangel an Zusammenfassung beruhen. In einer solchen Lage wäre es weder gerecht noch nützlich den Ausweg in einem Druck auf die Löhne zu finden. Gerade von der Aufrechterhaltung eines angemessenen Lohnniveaus muß der Druck auf die Unternehmer ausgehen, um von der betrieblichen zur gewerblichen Rationalisierung vorzuschreiten. Natürlich könnte der notwendige Gesundungsprozeß erschwert werden, wenn den Unternehmungen in diesem Augenblick unvernünftig hohe Mehrbelastungen auf dem Lohnkonto zugemutet werden würden. Daß davon im vorliegenden Fall keine Rede sein kann, dürfte schon die Tatsache beweisen, daß der Schiedsspruch die Löhne im Ruhrrevier nur auf einen Stand brachte, der in der benachbarten Kölner Metallindustrie auf Grund freiwilliger Tarifvereinbarung bereits seit dem April 1928 in Geltung ist.

Auf Grund dieser Würdigung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird man die Behauptung, daß es sich bei der Massenaussperrung an der Ruhr um einen Verzweiflungsakt der Unternehmer aus wirtschaftlichen Erwägungen handelte, zurückweisen müssen. Es war vielmehr ein wohlüberlegter Angriff auf das, gerade in der Periode der sinkenden Konjunktur den Unternehmern sehr unangenehme Schlichtungswesen unter Einschaltung des Staats. Dementsprechend müssen nun die gesetzgeberischen Folgerungen gezogen werden: zur Ergänzung der Schlichtungsordnung, deren Wirksamkeit unter allen Umständen sichergestellt sein muß.



# BALTHASAR WEINGARTZ · PROBLEME DER WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE



LICKT man rückschauend in die Periode der Aufwallung, die dem Kriegsende folgte, so bleibt der geistige Umschwung, den der Hamburger Kongreß der Freien Gewerkschaften seinen Vorgängern gegenüber zeigte, nicht ohne Reiz. Daß die Ausschaltung des Betriebsrätewesens bei der Besprechung der Probleme der Wirtschaftsdemokratie befremdend wirkte, bewies eine Äußerung Fritz Münters, des Vorsitzenden des Staats- und Gemeindearbeiterverbands, darüber. Bemerkenswert war die Erklärung, die Fritz Naphtali dazu abgab: »Ich schätze die Betriebsräte als Möglichkeiten des Ansatzes, als Möglichkeiten der Vertretung von Arbeiterinteressen in der Wirtschaft, im Betrieb außerordentlich hoch ein ... Die Betriebsräte haben eine ungeheuer wichtige Funktion in allen Fragen, die die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses und die praktische Arbeitsgestaltung im Betrieb betreffen ... Dagegen müssen wir uns darüber klar sein, daß der Einfluß auf die Führung der Wirtschaft, auf die Gestaltung der Wirtschaft nicht entscheidend von ihnen ausgehen kann, und zwar aus dem sehr einfachen Grund, weil sie eben Funktionäre, Räte des Betriebs sind, und weil die wirtschaftliche Entwicklung, an die die Demokratisierung der Wirtschaft anknüpft, die entscheidende Führung immer mehr über den Betrieb hinaus verlegt in die gewerblichen Organe und Bindungen ...<sup>1</sup> Dann ist vom Artikel 165 gesprochen worden. Ich selbst neige wenig dazu, wenn ich von Demokratisierung der Wirtschaft spreche, den Paragraphen in den Vordergrund zu rücken.«

Das ist eine überraschende Einengung des ursprünglich in Aussicht genommenen Aufgabenkreises des Betriebsrätewesens. Allerdings bedarf, wie Naphtali bemerkte, die »Rolle der Betriebsräte im System der Demokratisierung der Wirtschaft« noch der »Klärung«, schon deshalb, weil das System bis jetzt über das erste Entwicklungsstadium nicht hinauskam. Die Kernfrage hatte Theodor Leipart kurz vor dem Kongreß noch einmal präzisiert:

»Die Reichsverfassung ist, das darf ich wohl sagen, in diesem Teil wesentlich beeinflusst durch die Verhandlungen unseres Gewerkschaftskongresses in Nürnberg 1919. Wir haben auf dem damaligen Kongreß bei Behandlung all der großen Fragen, die im Zusammenhang mit der Räteidee (Arbeiterräte) die gesamte Arbeiterschaft bewegten, auch die Forderung aufgestellt, daß Bezirksarbeiterräte »mit entsprechend zusammengesetzten Vertretungen der Betriebsleiter gemeinsam sozial- und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsorgane der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) behandeln, Gesetzentwürfe ausarbeiten und begutachten sowie Vorschriften für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftszweige zu deren Sozialisierung ausarbeiten« sollten. Die Reichsverfassung hat dem Sinne nach die damaligen Forderungen angenommen. Wir haben daselbst ausgesprochen, daß die Gewerkschaften nicht selber Träger der Produktion sein können, sondern daß als solche die Wirtschaftskammern zu gelten hätten.«<sup>2</sup>

Herrschte auch über die Frage, wie der Artikel 165 in die Praxis umzusetzen ist, Unklarheit, so glaubte man doch ehrlich einen guten Kern in ihm zu erblicken. Clemens Nörpel war zwar kein Freund des Zweikammersystems, der Errichtung einer Kammer der Arbeit, aber auch er trat mutig für die »Fabrikdemokratie« ein. Erklärte er sich doch noch 1925 für »Stärkung der Stellung der Betriebsräte, Produktionskontrolle in allen Nuancen des umfassenden Wortes bis zur schließlichen Erringung der Wirtschaftsdemokratie«, die zum »Inhalt der Politik der Arbeiterorganisationen« zu erheben sei. Er meint, daß es »viel Mühe« machen werde dieses Ziel zu erreichen:

1) Siehe dazu auch Weingartz Ein Streifzug durch die geistige Entwicklung des englischen Tradeunionismus in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 685 und folgende.

2) Siehe Leipart Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie? /Berlin 1928/ Seite 5 und folgende.



»Wir glauben aber auch, daß es den Einsatz des Lebens lohnt sich mit Überzeugung und Ausdauer dieser Aufgabe zu widmen. In diesen Prozeß sind die Betriebsräte eingeschaltet. In diesem Rahmen [des Artikels 165] können sie nur ihre große Aufgabe erfüllen. Aus der trüben Vergangenheit und Gegenwart muß diese Auffassung eines wirklichen Mitbestimmungsrechts rein und klar sich herausheben. Dann wird das Ziel des Sozialismus zum Segen der Menschheit seine Verwirklichung finden.«  
Natürlich müssen die Betriebsräte vorbereitet werden:

»Es setzt die Kenntnis der Privatwirtschaft, der Volkswirtschaft, des Handelsrechts usw. voraus. Diese theoretischen Kenntnisse, verbunden mit der praktischen Erfahrung werden eine immer größer werdende Zahl von Arbeitnehmern in den Stand setzen auf einem Gebiet heimisch zu werden, wo sie bisher nur "tätig" waren. Dieses praktische Wissen kann dann mit immer größerem Erfolg weltanschaulich eingesetzt und verwertet werden. Die dadurch entstehende Umformung der Verhältnisse wird die Aufgaben immer mehr erleichtern, weil, wie erwähnt, von einem gewissen Punkt ab die bisherigen Unternehmer und ihre leitenden Angestellten in immer größerer Zahl sich dieser neuen Entwicklung anschließen werden.«<sup>3</sup>

Der geistige Umschwung ist natürlich dadurch nicht erklärt, daß »die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Wirtschaftsverfassung unvollständig blieb, da außer den Betriebsräten zwar der Vorläufige Reichswirtschaftsrat, nicht aber die Bezirkswirtschaftsräte noch die Bezirksarbeiterräte noch der Reichsarbeitererrat geschaffen wurden, so daß zwischen den Betriebsräten einerseits und dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat als parlamentarisch gutachtlicher Körperschaft andererseits eine fruchtbare Verbindung nicht entstehen konnte«<sup>4</sup>; was besonders in den Sozialistischen Monatsheften eindringlich dargelegt wurde<sup>5</sup>. Kamen also die Gründe dieses Umschwungs sowohl in den Kongreßdebatten als auch in Naphtalis Buch über Wirtschaftsdemokratie nicht klar und deutlich zum Ausdruck, so sind sie doch nicht schwer zu erraten. Man schreckte eben vor der organischen Gestaltung der Wirtschaft, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften gezeichnet wurde, zurück und glaubte durch Konzessionen an den Zeitgeschmack, der die Terminologie des Rätegedankens ohne dessen Substanz verlangte, den Neuaufbau ersetzen zu können.

Im Ausland aber betrachtete man Deutschland von jenen ersten Nachkriegsjahren her als das klassische Land dieses Gedankens, das sich zum Ziel gesetzt hatte ein Stück Wirtschaftsdemokratie durch das Experiment des wirtschaftlichen Rätewesens in die Praxis umzusetzen. Deshalb verdient ein Buch, das kürzlich in England erschien, und das nach dem Erfolg dieses Experiments forscht, besondere Beachtung<sup>6</sup>. Reichen auch die mit großem Fleiß geführten Untersuchungen nur bis 1926, so genügen sie doch zur Darstellung des jetzigen Standes der Entwicklung. Der Verfasser, William Guillebaud, entwirft ein getreues Bild der revolutionären Periode Deutschlands und legt das Schwergewicht auf die Feststellung, der Artikel 165 der Reichsverfassung verdanke seine Entstehung einer doppelten Vaterschaft: einer konstitutionellen und einer revolutionären. Und er fährt dann fort:

»Als man in der Periode revolutionärer Aufwallung an die Ausarbeitung des Entwurfs ging, waren die Führer der Gewerkschaftsbewegung sehr bedacht darauf zu verhindern, daß die Räte zu Rivalen der Gewerkschaften wurden, wodurch schließ-

3) Siehe *Nörpel* Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer, in dem Sammelwerk *Soziale Probleme des Betriebes* /Berlin 1925/ Seite 91 und folgende.

4) Siehe *Naphtali* Wirtschaftsdemokratie /Berlin 1928/ Seite 152.

5) Siehe dazu *Cohen* Der Rätegedanke im ersten Revolutionsjahr, in den *Sozialistischen Monatsheften* 1919 II Seite 1043 und folgende.

6) Siehe *Guillebaud* The Works Council: A German Experiment in Industrial Democracy /Cambridge 1928/; die Zitate Seite 1, 69, 120, 236, 247 und folgende.

lich auch deren Stoßkraft als Träger des kollektiven Arbeitsvertrages gefährdet worden wäre. Bewies doch die Geschichte der russischen Revolution, daß man dieses Machtmittel den Händen der Gewerkschaften entreißen konnte, um es einer Körperschaft unerfahrener Leute zu überlassen, die den Aufgaben und Traditionen des gewerkschaftlichen Kampfs fremd oder sogar feindlich gegenüberstehen können. Es kam darauf an eine ähnliche Entwicklung für Deutschland von vornherein im Keim zu ersticken. Wenn auch die Gewerkschaften schließlich Herren der Situation blieben, so machten die Räte ihnen anfänglich doch viel zu schaffen. Aber durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918, die Carl Legien als die Charte der deutschen Arbeiterklasse bezeichnete, noch mehr aber durch das System der Allgemeinverbindlichkeitserklärung, waren die Gewerkschaften instand gesetzt die kontrollierende Gewalt zu behalten<sup>7</sup>.«

Guillebaud glaubt im Listenwahlsystem (fälschlich Proportionalwahlsystem genannt), das bekanntlich glatt dem politischen Wahlrecht entlehnt ist, das Mittel zu sehen, durch das zersetzenden Elementen größere Macht in den Schoß fällt als ihnen auf Grund ihrer wirklichen Stärke zukommt. (Der verderbliche, ja demoralisierende Einfluß des Listensystems wird allmählich auch im Politischen bei uns in Deutschland mehr und mehr erkannt, ohne daß man darangeht es zu beseitigen.)

Werfen wir nun einen Blick auf das Gebiet des wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechts als das wichtigste des Gesetzes. Niemand wird Guillebaud widersprechen wollen, wenn er schreibt:

»Zur Zeit, als die Agitation für das Betriebsrätewesen hochging, träumte man von wirtschaftlicher Selbstbestimmung. Und es ist klar; Die Väter des Artikels 165 betrachteten die Betriebsräte als die unterste Stufe eines Generalsystems der wirtschaftlichen Vertretung. [Taten sie das wirklich, oder wollten sie sich nur eines Schlagworts bedienen?<sup>8</sup>] Dieser Artikel läßt ja auch Raum für die Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten sowie eines Reichswirtschaftsrats, der mit Vertretern der Unternehmer und der Verbraucher zu gemeinsamen Beratungen zusammentritt.«

Bekanntlich sollen diesen so zusammengesetzten Körperschaften weitgehende Befugnisse übertragen werden. Wurde aber damit auch nur im mindesten Ernst gemacht? Ist es nicht vielmehr so, daß der Artikel längst der Vergessenheit anheimfiel?

Zum Problem "Arbeiterkammern oder Arbeitskammern?" sagt Guillebaud:

»Der Gewerkschaftskongreß von Breslau /1925/ entschied sich endgültig für Arbeitskammern und forderte eine vollständige Reorganisation der bestehenden öffentlichen rechtlichen Berufsvertretungen<sup>9</sup>. Allerdings sind die Gewerkschaften entschlossen über die zu wählenden Arbeitervetreter in den Kammern die Kontrolle zu behalten. In mancherlei Hinsicht wären die Betriebsräte keine geeigneten Vertreter, schon wegen der Fluktuation in der Zusammensetzung der Räte. Auch ist die Auswahl der Tüchtigsten erschwert. Dann aber besteht die Gefahr, daß die an den Betrieb gebundenen Räte keine Übersicht über einen ganzen Industriezweig haben, also über den Gesichtskreis des Betriebs nicht hinauskämen, und ihre Urteilskraft getrübt bliebe:«

Es ist schon so: In ihrer jetzigen Zusammensetzung bilden die Betriebsräte kein Glied in der Kette zur Herbeiführung weitgehender wirtschaftlicher Mitbestimmung. Die Arbeiterräte sind nicht nur an den engen Rahmen des eigenen Betriebs gebunden, sie bleiben auch ohne Einfluß auf die Gestaltung des Gemeinwohls, da jedwede feste Form der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum über den Betrieb hinaus fehlt. Ursprünglich wollte Guillebaud, wie er im Vorwort schreibt, eine umfassende Studie über die

7) Siehe dazu auch *Aufhäuser* Betriebsrat--Werksgemeinschaft, in der Arbeit 1924 Seite 272 und folgende.

8) Siehe dazu auch *Koch* Politische und wirtschaftliche Selbstverwaltung in der Gestaltung des deutschen Einheitsstaats, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 763 und folgende.

9) Siehe dazu *Cohen* Der Reichswirtschaftsrat und die Errichtung einer Kammer der Arbeit, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 I Seite 91.

englische Shopstewardsbewegung und die Whitley Councils mit der Untersuchung über die deutschen Betriebsräte verbinden, um die Verhältnisse beider Länder mit einander zu vergleichen. Diesen Plan mußte er aus Mangel an Zeit aufgeben. Das ist sehr bedauerlich. Bekanntlich unterscheiden sich die Whitley Councils von den deutschen Betriebsräten gerade dadurch, daß sie in erster Linie eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Vertretern der Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer darstellen.

Über die praktische Betätigung der deutschen Betriebsräte, die besonders an der Hand der Jahresberichte der Gewerbeaufsicht untersucht wird, hat Guillebaud gar manches Ungünstige zu berichten. Aus dem Bericht des Gewerberats für Wiesbaden zitiert er eine Stelle, in der den meisten Betriebsratsmitgliedern ein zu geringer Bildungsgrad zugeschrieben wird, auch fehle es nicht selten an gutem Willen. Das größte Übel aber, heißt es in jenem Bericht, liege darin, daß die Räte meistens auf Grund ihrer Redegewandtheit auf den Posten gesetzt werden und sich hauptsächlich nur mit der Lohnfrage beschäftigen; häufig scheuten sie auch sich zu der Mehrheit des Betriebs in Gegensatz zu setzen, der Schutzmaßnahmen zur Verhütung von Unfällen meist nur lästig erschienen. Dann heißt es bei Guillebaud:

»In den Berichten der Gewerberäte findet man keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß die Räte sich um die Überwachung der Arbeiterschutzbestimmungen besonders viel kümmern. In manchen Berichten findet die Tätigkeit der Betriebsräte keinerlei Erwähnung. Andererseits liest man auch von Klagen der Gewerberäte, von den Betriebsräten sei keinerlei Hilfe zu erwarten. Günstige Hinweise sind recht selten und beeinträchtigen das Gesamtbild nicht, können allerdings als Beweis dafür dienen, was auf diesem Gebiet geleistet werden könnte, wenn die Räte die an sie gestellten Anforderungen erfüllten. Erwähnenswert ist, daß man den Problemen der Hygiene mehr Aufmerksamkeit widmet als denen der Unfallverhütung. Durch das Eingreifen der Betriebsräte sind häufig Verbesserungen betreffend Licht, Heizung, frische Luft, Abfuhr von Staub, Wasch- und Klosettgelegenheit eingeführt worden... Die Gewerkschaftsführer sind nach Kräften bemüht die Betriebsräte an ihre Pflichten zu erinnern und weisen auch auf die hohe Bedeutung der wenigen eindeutigen Bestimmungen hin, die im Gesetz enthalten sind.«

Guillebaud stützt sich bei seinen Wahrnehmungen hauptsächlich auf die Jahre 1920 bis 1923, also auf eine Periode höchster Beunruhigung und der Krise. Die Betriebsräte waren noch unerfahren und tasteten vielfach im Dunkeln herum. Zu ruhiger Überlegung gaben die Ereignisse kaum Zeit. Die Betriebsräte wurden mit tausenderlei Fragen bestürmt. Es ist auch begreiflich, daß nach den katastrophalen Ereignissen, die der Stabilisierung folgten, Interesselosigkeit eintrat. Wie aber die Gewerbeaufsicht im Bericht für 1926 mitteilt, scheint Interesselosigkeit das Vorherrschende zu sein. Einige Proben sollen dies beweisen<sup>10</sup>. Vom Frankfurter Bezirk wird berichtet:

»Während manche Betriebsräte für dieses wichtige Gebiet des Arbeiterschutzes volles Verständnis haben, konnte auch beobachtet werden, daß hier und da dieser Frage nur wenig Interesse entgegengebracht wurde, was sich insbesondere darin äußerte, daß aus irgendeinem Grunde von den Maschinen abgenommene Schutzvorrichtungen nicht wieder angebracht waren..., daß manche Betriebsräte über die Grenzen ihrer Befugnisse nicht genügend unterrichtet sind, bewiesen einige Einzelfälle, in denen die Betriebsräte mit den Arbeitgebern oder Meistern eine über das gesetzliche Höchstmaß hinausgehende Arbeitszeit vereinbart hatten.«

Im übrigen trifft man in sehr vielen Fällen gar keine Betriebsräte an. Im Bericht für Erfurt heißt es:

<sup>10</sup> Siehe *Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten 1926 I* (Berlin 1927) Seite 60, 75, 100, 265, 324 und andere.

»Die Zahl der Betriebe ohne Betriebsrat mehrt sich, oder aber dort, wo sie bestehen, sind sie bedeutungslos, da die Betriebsräte sich ängstlich bemühen nicht in Gegensatz zu den Wünschen und Ansichten des Arbeitgebers zu treten, um sich nicht der Gefahr persönlicher Nachteile auszusetzen.«

Im Bericht für Merseburg lesen wir:

»Anregungen über Verbesserungen an Schutzvorrichtungen oder den Ausbau von Wohlfahrtseinrichtungen werden von den Betriebsräten in den seltensten Fällen gegeben. Auch hier wird über sehr geringes Interesse am Betriebsrätewesen geklagt.«

Vom Bezirk Magdeburg wird berichtet:

»Das Interesse der Arbeitnehmer an den Betriebsräten hat im Berichtsjahr wieder abgenommen. Immer erneut werden selbst größere Betriebe angetroffen, deren Belegschaft auf eine gesetzliche Betriebsvertretung keinen Wert legt. Vielfach ist von dem früheren Betriebsrat nur ein sogenannter Vertrauensmann übriggeblieben, der die Vermittlerrolle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer übernommen hat. In den Betrieben mit überwiegend weiblicher Belegschaft werden kaum noch Betriebsräte angetroffen.«

Die hohe Bedeutung der Überwachung der Arbeiterschutzbestimmungen haben leider auch manche Gewerkschaften nur mangelhaft erfaßt, auch sind nicht alle Gewerkschaftsbeamten solcher Aufgabe gewachsen. Deshalb ist es zu begrüßen, daß der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds entschlossen ist auch in dieser Richtung aufklärend zu wirken. Diesem Zweck diente am 14. Oktober eine in Leipzig abgehaltene Konferenz der Gewerbekontrolleure und -kontrolleurinnen, die aus den Reihen der Freien Gewerkschaften hervorgegangen sind. Ein innigeres Zusammenarbeiten zwischen Gewerbeaufsicht, Gewerkschaften und Betriebsräten wurde dort als dringend notwendig hingestellt.

Bei der Betrachtung dieser Dinge darf man allerdings nicht vergessen, daß die Arbeiterklasse sich hier immer noch auf Neuland befindet. Die Anforderungen an die Betriebsräte sind groß. Nur die wenigsten sind von der Arbeit befreit; sie müssen für ihren Lebensunterhalt sorgen und nach Feierabend sich in Kursen das notwendige Wissen aneignen. Guillebaud schreibt: »Die Gewerkschafts- und Betriebsrätepresse versucht in besonderen Aufsätzen das Interesse für die Arbeiterschutzesetzgebung zu wecken. Diesem Zweck dienen auch die Arbeiterseminare und Betriebsräteschulen. Das Gebiet der Unfallverhütung ist auch nicht so einfach, daß es vom Arbeiter, der doch nur eine mangelhafte Volksschulbildung aufzuweisen hat, sofort in allen Einzelheiten begriffen werden könnte. Hier kann nur durch Hebung des allgemeinen Bildungsgrads nachgeholfen werden.«

Mit der Bildungsfrage, die von Guillebaud eingehend gewürdigt wird, beschäftigt sich insbesondere G. D. H. Cole recht eindringlich:

»Wollen die Gewerkschaften in die Lage kommen kontrollierenden Einfluß auf die Produktion zu haben, so müssen sie nicht nur über volkswirtschaftlich ausgebildete Gewerkschaftsbeamte verfügen, sondern es müssen auch die führenden Mitglieder der Betriebsräte zu Sachverständigen herangebildet werden, damit sie dem Unternehmer geistig ebenbürtig gegenüber treten können. Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, das Problem sei durch ein paar Gewerkschaftsbeamte zu lösen. Diese könnten wohl die Grundlage für ein wissenschaftlich ausgearbeitetes System schaffen. Notwendig ist, wie dargelegt, daß sich in jedem Betriebsrat wohlausgebildete Sachverständige befinden.«<sup>11</sup>

Befaßt sich auch Cole nur mit dem Problem der Lohnzahlung, so widmet er der wissenschaftlichen Betriebsführung doch besondere Aufmerksamkeit, und so zeigen sich auch hier die Schwierigkeiten, die der Arbeiterschaft bei der Erringung des Selbst- oder auch nur Mitbestimmungsrechts hindernd im

11) Siehe Cole *The Payment of Wages* /London 1928/ Seite 100.

Weg stehen. Diese Feststellung ist um so wichtiger, als die Gildensozialisten mit Cole an der Spitze den Gedanken der Produktionskontrolle zuerst propagierten. Guillebaud, der sich mit der Materie des Betriebsrätewesens durch jahrelanges Studium vertraut gemacht hat, kommt zu folgendem Urteil:

»Zur Zeit, als der Artikel 165 geschaffen wurde, gab es in Deutschland viele, die den naiven Glauben hatten, die Arbeiterklasse sei mit einer geheimen Kraft beseelt, die nur geweckt zu werden brauche, um als Mittel zur Ergreifung der Kontrolle der Industrie und darüber hinaus zur Beseitigung ökonomischer Bedrückung dienen zu können. Heute gibt es selbst unter den Kommunisten niemand, der an diese Dinge ernstlich glaubt. Die Erfahrungen der letzten Jahre genügten zur Zerstörung dieser Illusionen. Großspurige Pläne, auf dem Betriebsrätewesen basierend, sind in Vergessenheit geraten. Es ist bezeichnend, daß in keinem der von verantwortlichen Stellen der Gewerkschaftsbewegung ausgearbeiteten Pläne zur Demokratisierung der Wirtschaft die Funktion der Betriebsräte größer ist als im Gesetz vorgesehen. Man hat eingesehen, daß die großen Linien der Wirtschaftspolitik und der Beziehungen der Wirtschaftsgruppen zu einander nur von zentralen Körperschaften auf Grund genau ausgearbeiteter Pläne zu bestimmen sind. Jeder andere Weg führt zu den üblen Folgen des Syndikalismus. Das moderne Wirtschaftssystem bedarf der Disziplin und der Zusammenarbeit, der Unterordnung vieler unter wenige. Was immer man sich unter einer demokratischen Kontrolle der Industrie vorstellt, eins ist klar: Die Freiheit des einzelnen oder auch einer ganzen Gruppe tritt zurück, wenn es im Interesse eines Gesamtplanes notwendig ist... Was auch die Grundlage einer zukünftigen Wirtschaftsführung sein mag, so wird die Rolle der Betriebsräte doch recht beschränkt bleiben. Allerdings wäre die Rolle der Räte in der demokratischen Wirtschaft von viel größerer Bedeutung als im privatkapitalistischen Regime. Je demokratischer die Wirtschaftsverfassung, desto mehr hängt ihr Erfolg vom guten Willen der Massen ab ihren einmal gewählten Vertretern in der Kontrolle Folge zu leisten.«

Schließlich heißt es:

»Ob trotz allen gesetzlichen Schranken das Betriebsrätewesen zu einem brauchbaren Mittel zur Erringung wirtschaftlicher Demokratie benutzt werden kann, hängt mehr von den Arbeitern als von den Unternehmern ab. Das deutsche Volk ist dafür bekannt sich vor dem Willen der Obrigkeit zu beugen. Im Gegensatz zur großen Masse der englischen Arbeiter sind die deutschen Arbeiter wohl voller Phantasien, sonst aber schwer zu überzeugen.«

Es ist recht bemerkenswert, daß Guillebaud die soziale Gesetzgebung unter dem Titel Betriebsräte und wirtschaftliche Demokratie behandelt, und auch dies steht im Einklang mit den auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß entworfenen Richtlinien. Voller Begeisterung gibt er ein Bild der deutschen Sozialgesetzgebung, die einen erstaunlich hohen Grad der Entwicklung erreicht habe, was in anderen Ländern nur mangelhaft gewürdigt werde:

»Im Gegensatz zum alten Prinzip des individuellen Arbeitsvertrags, der allerdings, wenn auch in beschränktem Maß, gesetzlichen Schutz genoß, beruht das gesamte Gebiet der sozialen Gesetzgebung auf dem kollektiven Vertrag, wodurch der einzelne Arbeiter nur noch sehr wenig Einfluß auf sein Arbeitsverhältnis hat; er ist an den Kollektivvertrag gebunden, und ein persönliches Eingreifen steht ihm eigentlich nur durch die Organisation zu. Der Staat als dritte Person hat ein wichtiges Wort zu den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu sagen... Auch im Betriebsrätegesetz spiegelt sich die wundervolle Aufwärtsbewegung des deutschen Arbeitsrechts wider, das großen Teilen der Arbeiterschaft in Handel und Industrie erlaubt repräsentative Körperschaften zu wählen. Diese Körperschaften haben eine doppelte Aufgabe. Zunächst sollen sie die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber wahrnehmen, dann aber auch den Unternehmer in der Erreichung eines möglichst hohen Stands der Produktivität unterstützen. Einesteils sind die Betriebsräte zur Verteidigung der Klasseninteressen der Arbeiter berufen, zum andern können sie im Betrieb als Führer der Arbeiter einer Arbeitsgemeinschaft im Prozeß zur Herstellung des kollektiven Produkts angesehen werden. Mit der Verteilung des Produkts hat der Betriebsrat nichts zu tun, da dieses Verhandlungsobjekt zwischen Gewerkschaft und Unternehmer bleibt.«

Mit Naphtali zu sprechen, ist es so, »daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Vertretung, des Eindringens der Arbeiterschaft in die Wirtschaftsführung, bei den überbetrieblichen Organen liegt und dann ausgehen muß von der Berufsvertretung, in der höchsten Spitze wahrscheinlich sogar von der Gesamtvertretung der Gewerkschaften, aber nicht entscheidend ausgeübt werden kann im Betrieb«.

Trotz allen Mängeln und Schwächen bleibt das deutsche Betriebsrätegesetz eine wichtige Etappe auf dem Weg des Mitbestimmungsrechts. Deutschland hat dieses Prinzip in der Gesetzgebung festgelegt. Auch in England entstanden, in den Whitley Councils, »überbetriebliche Organisationen«, aber ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Mitbestimmung ist zu jung, auch zu unbestimmt, um bis jetzt etwas Ersprießliches aufweisen zu können. Dazu waren sich die Gewerkschaftsführer gar nicht klar darüber, was aus der Kontrolle der Industrie, wie man in England sagt, zu machen, oder wie diese Kontrolle in die Praxis umzusetzen sei. Vielleicht ist es aber kein schlechtes Zeichen, daß die englische Gewerkschaftsbewegung dort wieder ansetzt, wo sie im Jahr 1919 begann: bei der Arbeitsgemeinschaft oder der Zusammenarbeit der Klassen, die sich ganz im stillen als Ergänzung des Klassenkampfes herausbildete, die 1920 im Strudel der Ereignisse jener Periode verlorengegangen war und jetzt wieder auflebt. Es sei dahingestellt, ob Franz Josef Furtwängler diese Phase richtig charakterisiert, wenn er sagt:

»Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der englische Gewerkschaftskongreß ganz von Mißtrauen gegen die sozialpolitische Rolle der Regierung erfüllt war, und daß die Gewerkschaften es vorzogen, statt auf Hilfe dieser Regierung zu rechnen, mit einer mächtigen Unternehmergruppe in Verbindung zu treten und mit dieser nicht nur über Lohnpolitik, Arbeitszeit, Tarifvertrag und Betriebsvertretung sondern auch über Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Einsetzung von Schlichtungsausschüssen, Wohnungswirtschaft, Berufsschulung und Sozialhygiene zu verhandeln. Denn diese und viele andere Punkte sind Gegenstand der bekannten "Mondkonferenzen", die sogar über die Schaffung eines Ständigen Ausschusses für die Behandlung wirtschaftlicher Fragen beraten.«<sup>12</sup>

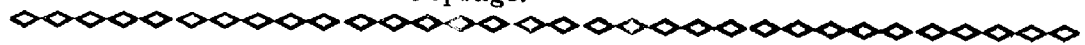
Von größtem Interesse ist, daß ein englischer Gewerkschaftsführer, William Milne-Bailey, der Sekretär des Mond-Turner-Ausschusses, in einer Artikelserie, die dem Hamburger Gewerkschaftskongreß als Material unterbreitet wurde<sup>13</sup>, sich zum wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrecht also äußert:

»Die Kontrolle des Produktionsprozesses mit allen seinen kaufmännischen, technischen und finanziellen Begleiterscheinungen ist, wie ich bereits gesagt habe, in der Hauptsache eine Funktion für Sachverständige der industriellen Verwaltung und nicht eine Sache des Stimmzettels für die große Masse.«

Von dieser Warte aus betrachtet, erhält das Wort Wirtschaftsdemokratie eine neue Begründung. Vor allem sind sich die englischen Gewerkschafter klar darüber, »daß die Wirtschaftsführung ein hochqualifizierter Beruf ist, für den eine besondere Schulung notwendig ist, und nicht eine Liebhaberei, für die jeder geeignet ist«:

»Die Lehre von der Kontrolle der Industrie hat daher ihr altes Pathos verloren. Sie hat gewissermaßen einen neuen Schwerpunkt gefunden. Man denkt über ihre praktische Gestaltung anders, man denkt realistischer als früher.«

Diese realistische Gedankenrichtung gibt dem Hamburger Kongreß der Freien Gewerkschaften das Gepräge.



12) Siehe Furtwängler Zwei Gewerkschaftskongresse, in der Gewerkschaftszeitung vom 3. November 1928.

13) Siehe Milne-Bailey Die englische Gewerkschaftsbewegung und die Wirtschaftsdemokratie, in der Arbeit 1928 Seite 371, 433 und folgende.

# ANNA SIEMSEN · NOCH EINMAL JUNGSOZIALISMUS UND JUNGE GENERATION



GENOSSE Walther Pahl schrieb hier<sup>1</sup> vor 2 Monaten: »Die immer wieder gestellte Frage nach dem Sinn einer selbständigen Organisation der jungen Sozialisten neben der Arbeiterjugendbewegung verdeutlicht die Unfähigkeit der gegenwärtigen jungsozialistischen Organisation von ihrem autonomen Wert zu überzeugen.« Und er geht dann dazu über festzustellen, daß wohl eine Aufgabe der jungen Generation vorhanden sei, die aber von den Jungsozialisten bisher nicht einmal in Angriff genommen sei; denn »die politischen Ideologien der Jungsozialisten stammen ebenso wie die Ideologie der sächsischen Opposition aus verflornten Jahrzehnten. Also eine Jugend, die einen überalterten Geist pflegt. Der Sinngehalt des Begriffs junge Generation läßt sich eben nicht durch eine Lebensaltersbegrenzung einengen, er stellt eine Gesinnungsgemeinschaft in einer bestimmten Zeitlage dar.« Damit wird, nicht klar festgehalten, aber immerhin deutlich genug, ein Begriff eingeführt, der sich mit dem Begriff der Altersklasse überkreuzt, nämlich der einer auf Zeiterleben gegründeten Gesinnung, die wohl etwa die Bereitschaft darstellt neue und erweiterte, aus der Zeit erwachsende Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Mir liegt daran zunächst diese beiden Begriffe der Jugend zu trennen und ihre Bedeutung für das Werden und Wesen der jungen Generation verständlich zu machen.

Es ist nämlich so, daß die Altersklasse allein heute schon eine Sonderlage und Sonderschwierigkeiten schafft, die eine Sonderorganisation rechtfertigen. Und zwar entstehen diese Schwierigkeiten notwendig, sobald eine so umfassend und fest organisierte Partei wie die Sozialdemokratie über ihr Entstehungsalter hinauskommt und sich nun mit sachlichen und persönlichen Traditionen belastet. Wir haben daher diese Schwierigkeiten in allen älteren Parteien der Sozialistischen Arbeiterinternationale, am stärksten in den am festesten organisierten Parteien. Während in den Tagen des ersten Aufstiegs jede neu hinzukommende Kraft und die Jüngsten und Aktivsten am ersten überraschend schnell zu verantwortlicher führender Arbeit kamen, fühlen sich die Jungen heute vielfach von den "großen Männern" der alten Generation überschattet, sie sehen diese Generation vor sich wie eine geschlossene Mauer, die sie von verantwortlicher Tätigkeit absperrt, und sie fürchten, daß, bis auf natürliche Weise diese Mauer sich lockert, ihre beste Zeit und ihre frischeste Kraft schon vergangen sind. Das Bild unserer Parlamente, die ausgesprochene Alterskörperschaften sind, wiederholt sich mehr oder minder in all unseren Funktionärskörpern. Die Ochsentour der Beamtenschaft wird beinahe schon für eine Parteikarriere zur Norm, und, das ist nun das eigentlich Wichtige, diese Zusammensetzung des Funktionärskörpers bringt es mit sich, daß Überlieferung in politischer Theorie und Praxis, Routine in der Handhabung der Geschäfte vorherrschen, neue Ansichten und neue Methoden der Arbeit als Unreife und Unerfahrenheit abgetan werden. Der jüngere Parteigenosse stößt immer wieder auf das Argument: Warte du nur

<sup>1</sup>) Siehe Pahl Der Jungsozialismus und die junge Generation, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 855 und folgende.

mal 10 Jahre, dann wirst du die Sache auch schon anders ansehen und angreifen. Natürlich kann er nicht warten. Natürlich wäre es äußerst bedauerlich, wenn er mit diesem Warten seine Zeit vergeudetete. So bleibt nur die eigene Organisation, um Raum für freie theoretische Auseinandersetzung und für Übung in organisatorischen Dingen zu gewinnen. Wer nur ein wenig in die Arbeit gerade kleinerer und mittlerer Ortsgruppen hineingesehen hat (und auf diesen beruht doch die Stärke der Partei), der weiß, wie unentbehrlich diese Schulungsarbeit ist, wie fruchtbar sie auch werden kann und überall da bereits geworden ist, wo günstige Arbeitsbedingungen vorlagen. Daß ihre Wirkungen nicht größer und allgemeiner sind, liegt an den mancherlei Hemmungen, mit denen diese Arbeit zu kämpfen hat. Und die größte dieser Hemmungen ist das vielfach herrschende Mißtrauen, die nicht selten offene Abneigung älterer Funktionäre gegen die jungen Grünschnäbel, die immer alles besser wissen wollen, bevor sie noch trocken hinter den Ohren sind. Es ist der sehr natürliche und unvermeidliche Gegensatz der Konservativen gegen die sich wandelnde Zeit. Selbstverständlich muß von dieser Seite auch immer wieder die Frage aufgeworfen werden, was für einen Sinn denn eine selbständige Organisation der jungen Sozialisten habe, die nur Unruhe stifte und den gleichmäßigen Ablauf des Parteilebens störe. Der Arbeiterjugend gegenüber werden solche Bedenken nur deswegen nicht laut, weil die Vierzehn- bis Achtzehnjährigen noch gar nicht der Partei angehören. Täten sie es, träten sie in persönliche Fühlung mit der Masse der älteren Funktionäre, ich möchte die Flut der Entrüstung nicht erleben, mit der man sich bemühen würde die Jungens hinwegzuschwemmen.

Einsicht in die wechselnde Eigenart wechselnder Altersstufen (auch und insbesondere der eigenen), pädagogisches Verständnis und endlich die Weisheit der Fontaneschen Altersstellung der Jugend gegenüber: »Sie haben die Stunde, sie sind dran«: das alles ist eben auch dem vorzüglichsten politischen Funktionär durchaus nicht immer gegeben. Daher glaube ich, daß die »immer wieder gestellte Frage nach dem Sinn einer selbständigen Organisation der jungen Sozialisten« unvermeidlich so lange immer wieder aufgeworfen werden wird, als diese Jugendorganisation ihre Funktion erfüllt die Unruhe in der Uhr zu sein, die Bewegung immer wieder weiterzutreiben, und daß ihr Verstummen das sicherste Zeichen wäre, daß die Organisation aufgehört hat irgendjemand unbequem zu sein: daß sie eingeschlafen ist.

Aber Walther Pahl nimmt ja gerade an, daß die junge Generation sich habe einspannen lassen von einer bestimmten »überalterten« Richtung, dem »sächsischen Radikalismus« und dadurch ihre Mission verfehle. Da ich gerade mit den Jungsozialisten und den Sachsen sehr viel gearbeitet habe, ohne Jungsozialist (meines Alters wegen) oder Sachse (meiner Abstammung wegen) zu sein, darf ich vielleicht dazu meine Erfahrung und meine Meinung sagen. Es gibt, meines Erachtens, so wenig einen einheitlichen sächsischen Radikalismus wie es einen einheitlichen Jungsozialismus gibt. Es gibt durch ganz Deutschland verstreut eine große Anzahl Genossen, die unsere heutige Staatspolitik für nicht sehr erfolgreich halten, und die diesen Mangel an Erfolg auf Mangel an Klarheit in der Grundauffassung zurückführen, die weiterhin glauben in der marxistischen Methode der Gesellschaftsanalyse ein Mittel zu haben diese Klarheit allmählich herzustellen. Daß diese Genossen in Sachsen eine größere Möglichkeit haben ihre Ansicht zu vertreten als in



anderen Teilen des Reichs, liegt an der Struktur der sächsischen Arbeiterschaft. Innerhalb Sachsens ebenso wie bei den Nichtsachsen, deren Haltung mit der in Sachsen herrschenden übereinstimmt, gibt es im übrigen alle nur denkbaren Unterschiede der Persönlichkeit, der Interessen, der Methoden und der Einzelanschauungen; genau wie in der übrigen Partei. Darauf einzugehen hieße aber eine geschichtliche Würdigung der Partei in einem Augenblick versuchen, da alles im Fluß und Werden ist. Und mit den Jungsozialisten ist es nicht anders. Pahl führt den Herausgeber der Jungsozialistischen Blätter Engelbert Graf an, als denjenigen, der die Aufgabe habe die Jugend für die »vermeintliche linke Opposition« zu gewinnen. Nun steht neben den Jungsozialistischen Blättern die Jungsozialistische Schriftenreihe, deren Herausgeber neben Max Adler und Engelbert Graf auch die Verfasserin dieses Aufsatzes ist. Ich glaube, daß wir 3 die denkbar größten Abwandlungen einer allerdings in der grundsätzlichen Stellung zum Marxismus einheitlichen Auffassung darstellen.

Walther Pahl hat den geschichtlichen Ablauf der jungsozialistischen Bewegung so gezeichnet, wie er sich wohl uns allen darstellt: zunächst die Ziellosigkeit der "autonomen" Jugendbewegung, die sehr bald von den lebendigsten Jugendlichen verlassen wurde für die bestimmten Aufgaben, die die Bindung an das Proletariat stellte; die Verworrenheit der Hofgeismarer, die den Marxismus zu überwinden dachten; und schließlich die »Bindung an die proletarische Klasse und an den marxistischen Sozialismus«, eine Lehre, die »dieser Klasse erst die Kraft gibt aus ihrem Solidaritäts- und Klassenbewußtsein heraus politisch und gewerkschaftlich planmäßig zu handeln«. Hier aber sieht er das Versagen des Jungsozialismus. Dieser, meint er, verkenne die Gegenwartsaufgaben, die dem Marxismus gestellt seien, und begnüge sich mit dem Nachbeten alter Formeln. Wenn man von einem solchen Urteil mitbetroffen ist, ist es natürlich sehr schwer dagegen zu opponieren, denn das kommt schließlich auf eine Verteidigung der eigenen Arbeit heraus. Trotzdem darf ich wohl sagen, daß eine Prüfung der bisher geleisteten Arbeit zur Erkenntnis führen sollte, daß die Aufgaben nicht nur gesehen werden, sondern daß man sie durchaus in Angriff genommen hat. Die sehr starke Beschäftigung mit Erziehungsfragen im weitesten Sinn, die praktische Auswirkung, die sie in der Kinderfreundbewegung gefunden hat (es bestehen sehr nahe persönliche Beziehungen zwischen dieser und dem Jungsozialismus), der Versuch kulturelle Gebiete, die bisher noch wenig beachtet waren, marxistisch zu durchleuchten, das Bestreben neue Erscheinungen in der beruflichen Gliederung zu erfassen und in ihrer Bedeutung zu verstehen: das alles kann man nicht als nicht vorhanden abtun, selbst wenn die Resultate dieser Arbeit einem nicht gefallen oder als unzulänglich erscheinen.

Es scheint mir auch bedenklich, wenn ein bestimmter Fraenkelscher Aufsatz über sozialistische Heldenverehrung als Beweis für die »Monstrosität« angeführt wird, zu der die »dogmatische Haltung« des Jungsozialismus führe. Was will Fraenkel denn sagen? Daß in der Sozialdemokratie wie in jeder Massenbewegung, die auf eine Geschichte zurücksieht, die Neigung besteht den Inhalt der Bewegung mit irgendeinem Führer zu identifizieren, der als eine Art Glaubenssymbol erscheint, so daß ein "Er selbst hat es gesagt" uns der unbequemen Aufgabe des eigenen Nachdenkens und Urteilens enthebt. Ist das nicht eine immer wiederkehrende gesellschaftliche Erscheinung? Können

wir sie nicht in der Sozialdemokratie Tag für Tag beobachten? Ist es nicht wünschenswert, dadurch, daß auf sie hingewiesen wird, daß diese unsere Neigung uns bewußt gemacht wird, ihre Wirkungen einzuschränken? Ich kann darin keinen marxistischen Dogmatismus sehen, um so weniger, als ich in dieser soziologischen Betrachtung nicht einmal etwas spezifisch Marxistisches finde, es sei denn die Neigung allgemeine Regeln aufzustellen, nach denen Einzelercheinungen betrachtet werden.

Wenn Pahl die junge Generation berufen sieht eine neue Staatstheorie auszuarbeiten, »die Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, daß das Proletariat heute in dem Staat die Brechstange in den Händen hält das privatkapitalistische System aufzulockern«, so wird wohl niemand in der Partei ihm widersprechen, daß wir die staatliche Gewalt so brauchen wollen, wenn wir sie, und sei es nur zum Teil, haben. Mir scheint es freilich, als fehle uns noch allerhand, bis wir sie in Händen halten. Beweis: die nicht endenden Regierungskrisen, noch vor Bildung einer Reichsregierung, die doch wohl allesamt daher rühren, daß die bürgerlichen Parteien nicht wünschen uns die Brechstange in die Hand zu geben, die wir wahrhaftig gern genug anwenden würden. Es ist möglich, daß alle die irren, die, innerhalb und außerhalb der jungsozialistischen Bewegung, diese Meinung teilen. Das steht dann zum Beweis. Solche Debatte zu führen ist durchaus fruchtbar. Doch darf man dabei nie vergessen, daß es sich um eine in schwerer Arbeit vorwärtsstrebende und suchende Bewegung handelt. Um das Verdammten des andern, dieses unerfreulichste Stück Parteitradition, darf es in dieser (und in jeder) Parteidiskussion niemals gehen. Wir haben Stoff genug zu kameradschaftlicher Auseinandersetzung und Arbeit. Um sie zu fördern, sind meine Bemerkungen zu den Ausführungen des Genossen Walther Pahl gemacht worden.

Das Verhältnis der jungen Generation zum Jungsozialismus hat nicht nur eine Seite. Der Meinungs austausch, der nun begonnen wurde, wird die Vielgestaltigkeit dieses Problems erkennen lassen. Das Gemeinsame bei aller Auffassungsverschiedenheit aber ist (und muß sein): daß die Jugend im Sozialismus, nicht gehemmt von den Barrieren alter Routine, ihrem eigenen Drang zu schaffender Arbeit folgen kann.

## LUDWIG HILBERSEIMER · BERLIN UND SEINE BAUPROBLEME



UF Antrag des Magistrats hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschlossen ein 4jähriges Bauprogramm für die Jahre 1929 bis 1932 aufzustellen, das jährlich etwa 32 000 zu bauende Wohnungen umfaßt, und sich an der Finanzierung, Vorbereitung, Durchführung dieser Wohnungsbauten zu beteiligen. Endlich wird nun ein Teil der Forderung verwirklicht, die alle Einsichtigen schon lange aufgestellt hatten, und um deren Durchführung der Berliner Stadtbaurat Martin Wagner schon so viele vergebliche Kämpfe geführt hat. Denn nur durch ein langjähriges, finanziell gesichertes Wohnungsprogramm ist es möglich die heutige Wohnungsnot mit Erfolg zu bekämpfen und die bestehenden Wohnansprüche zu befriedigen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß dieses neue Berliner Wohnungsbauprogramm nur als eine Etappe eines größeren anzusehen ist, das unbedingt kommen muß, wie denn

auch das Reichsarbeitsministerium dem Wohnungsausschuß des Reichstags und damit der Öffentlichkeit ein Programm für eine langfristige und planmäßige Reichspolitik auf dem Gebiet des Wohnungswesens vorlegt. Was für das Reich eine Notwendigkeit ist, ist aber für Berlin eine Lebensfrage. Denn von allen anderen Großstädten ist in Berlin die Wohnungsnot am größten und dauernd im Wachsen begriffen.

Im Deutschen Wohnungsarchiv nahm kürzlich der frühere Berliner Stadtkämmerer Ernst Karding anlässlich der Frage des Bauprogramms Stellung gegen den »unbegründeten« Beschluß des Reichstagsausschusses für Wohnungswesen, daß der Wohnungsbedarf bis 1935 zu decken sei. Er wies dabei auf eine Erscheinung hin, die der moderne Städtebau aus der natürlichen Entwicklung des Arbeitsprozesses erklärt. Unsere Wohnungsnot, führte er da aus, beruhe auf der starken Verschiebung der Bevölkerung unter dem Druck des Zuzugs zu den Großstädten; von 1919 bis zum Frühjahr 1928 habe der Bevölkerungszuwachs in Berlin über 400 000 Köpfe betragen, ein Zuwachs, gegenüber dem auch eine gesteigerte Bautätigkeit versage.

Die Durchführung eines Wohnungsbauprogramms für einen so riesigen Bedarf hat eine Festlegung in finanzieller Hinsicht zur Voraussetzung. Schon damit ist eine freie Wirtschaft im Wohnungswesen, die von vielen Seiten so sehr ersehnt wird, ausgeschlossen. Im Gegenteil, die Art, wie bisher aus allgemeinen Mitteln gebaut wurde, bedarf durchaus einer strengen Korrektur und zwingt auch zur Aufstellung eines Produktionsprogramms, das die Interessen aller, nicht die einzelner, zum Ziel hat. Zur Finanzierung der Wohnungsbauten erhalten die Bauenden zu einem erheblichen Teil aus öffentlichen Mitteln billiges Baugeld. Sie haben aber bei der Festsetzung der Miete freie Hand. Das hat zur Folge, daß für eine gleichwertige Wohnung einmal ein verhältnismäßig niedriger, aber den Umständen entsprechender, ein andermal ein unberechtigt hoher Preis, womöglich mit Zuschüssen, gefordert wird. Daher ist der geringe Teil des bisherigen Wohnungsbaus, der wirklich dem Proletariat zugute kam, eher als karitative denn als wirtschaftlich-politische Maßnahme aufzufassen. Schuld daran hat die immer noch verbreitete Auffassung, daß der Wohnungsbau keine "produktive" Kapitalanlage sei. In diesem Zusammenhang sei an die Ausführungen erinnert, die Rudolf Wissell hier gemacht hat: »Sollte wirklich eine Anlage unproduktiv sein, die in besonderm Maß dazu beiträgt das wichtigste Produktionsmittel, die menschliche Arbeitskraft, in ihrer Wirksamkeit zu steigern? Ich will auf den viel erörterten Begriff der Produktivität hier nicht näher eingehen. Aber eines erscheint mir doch zweifelsfrei zu sein: Die Produktivität des Wohnungsbaus ist in vollem Umfang überall da gegeben, wo der Mangel an Wohnungen so groß ist, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeitenden dadurch beeinträchtigt wird. So aber liegen die Dinge zurzeit bei uns.«<sup>1</sup>

Zur Ausschaltung des spekulativen Moments im Wohnungsbau und zur Förderung einer wirklichen Produktivität gibt es 2 Möglichkeiten: entweder eine volle Finanzierung aus öffentlichen Mitteln oder eine Bindung der Privatwirtschaft an einen festliegenden Finanzierungsplan, das heißt Berechnung der Mieten nach den wirklich jeweils zu zahlenden Zinssätzen.

1) Siehe *Wissell* Arbeitspolitik, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 652.

Neben der Finanzierung sind es 3 Fragen, die für den Wohnungsbau von entscheidender Bedeutung sind: Wie soll gebaut werden? Wo soll gebaut werden? Von wem soll gebaut werden?

Wie gebaut werden soll, das geht die städtebauliche Anordnung der Wohnung an, die Bebauungsdichte und die Art der Grundrißgestaltung. Die Bebauungsdichte bestimmt, ob Hoch- oder Flachbau angewandt werden soll. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß der Hoch- wie der Flachbau durchaus ihre Berechtigung haben und entsprechend der Notwendigkeit und den Voraussetzungen angewandt werden können. Auch der Hochbau ist bei genügend großen Abständen der Blocks und Vermeidung abgeschlossener Höfe hygienisch einwandfrei. Eine relativ höhere Bebauung ist dann zweckmäßiger, weil sie größere Abstände zuläßt. Denn es ist angenehmer in großem Abstand und hoch als flach bei geringeren Abständen zu wohnen.

Beim Grundriß handelt es sich zunächst einmal um die Festlegung der Wohnungsgröße. Traditionell ist man gewohnt durch die übliche Zimmerteilung die Größe einer Wohnung nach der Anzahl der Zimmer zu bestimmen. So gibt es 1-, 1½-, 2-, 2½-, 3-, 3½- usw.-Zimmer-Wohnungen. Nichts ist falscher als mit solchen dehnbaren Begriffen wie Zimmer und ihre Anzahl die Größe einer Wohnung festzulegen. Heute bestimmt man die Wohnungsgröße nach der Größe der Wohnfläche. So sollen nach den neuesten Bestimmungen der Berliner Wohnungsfürsorgegesellschaft Kleinstwohnungen eine Fläche von 48, 52, 62 Quadratmeter haben, wobei 48 Quadratmeter einer 1½-Zimmer-Wohnung, 54 Quadratmeter einer 2-Zimmer-Wohnung, 62 Quadratmeter einer 2½-Zimmer-Wohnung entsprechen; daraus geht hervor, daß diese Flächenbemessung genau so wie die Bemessung nach Zimmern von traditionellen Gewohnheiten abhängig ist, womit für eine freiere Grundrißgestaltung, die auf das wirkliche Bedürfnis der Bewohner eingeht, noch keine Basis geschaffen ist. Die in sich richtige Methode die Größe nach der Fläche zu bemessen scheitert daran, daß man dabei auf die alte Zimmerteilung zurückgeht.

Die erste Überlegung bei Festlegung der Flächengröße für eine Wohnung muß die sein: Wieviel Personen sind darin unterzubringen, und wie sind die Räume auf der Fläche zu verteilen? Und zwar ist die Wohnungsgröße für 1, 2, 3, 4, 5, 6 usw. Personen zu ermitteln, wobei zu berücksichtigen ist, daß für jede Wohnung, gleichgültig, für wieviel Personen sie gedacht ist, der nötige Wohn- und Schlafräum, Bad, Küche notwendig sind. Die Wohnfläche richtet sich also nach der Anzahl der unterzubringenden Personen, wobei im Minimum für 1 Person 25 Quadratmeter, für 2 Personen 36 Quadratmeter, für 4 Personen 50 Quadratmeter, für 6 Personen 60 Quadratmeter zu rechnen sind. Um die Unsitte des gemeinsamen Schlafzimmers von Eltern und Kindern und Bruder und Schwester zu beseitigen, müssen je nach der Familienzusammensetzung 2 bis 4 Schlafzimmer vorgesehen werden.

Entscheidend für die Güte eines Grundrisses ist es also, wie die gegebene Wohnfläche organisiert ist, das heißt, inwieweit durch die Art der Grundrißaufteilung die Ansprüche aller unterzubringenden Personen erfüllt sind.

Wo gebaut werden soll, ist die nächste Frage. Gibt es auch hierfür ein Programm, oder soll, wie bisher, gebaut werden, wo gerade gebaut wird? Diese Frage kann nur vom Gesamtkomplex Groß Berlin aus geklärt werden.

Betrachtet man die Entwicklung Berlins, so sieht man, daß sie ganz und gar im Gegensatz zu der von Paris und auch von London steht. Diese beiden Weltstädte sind organische Gebilde. Namentlich Paris stellt das vollkommenste Ergebnis eines lebendigen Wachstums dar, das wie aus planvoller Anlage eines schöpferischen Geistes hervorging. Es ist der Geist von Paris selber: dieser Geist des ständig Neuen, der sich seine Stadt schuf, so daß alle revolutionären Eingriffe (man denke nur an den letzten, den des Präfekten Haussmann unter dem Zweiten Kaiserreich) der Kontinuität dieses stets wachsenden und sich erneuernden Organismus dienen. So wuchs Groß Paris zur 5-Millionen-Stadt und wird auch jetzt, davon darf man überzeugt sein, die neuen Probleme, vor die es gestellt ist, aus dem sich stets erneuernden Pariser Geist heraus lösen. Anders steht es mit Berlin, das nicht organisch gewachsen sondern nur durch eine Art Schwemmland vergrößert wurde. Es kam hier nie zu geistiger Gemeinschaft, die die Weiterentwicklung bestimmte. Durch den Zusammenschluß Berlins mit seinen Vororten zu einem Groß Berlin ist zwar die verwaltungstechnische Einheit hergestellt, die Vielgemeindigkeit relativ aufgehoben, in ihrer Auswirkung ist sie aber keineswegs beseitigt. Die administrative Vereinheitlichung Berlins ist nur Voraussetzung seiner zweckentsprechenden Körpergestaltung. Selbst die kleinste Bauaufgabe ist nur in ihrem Verhältnis zum Ganzen zu beurteilen, wie auch eine noch so bewundernswerte Einzellösung ihren Wert erst im Zusammenhang mit dem Stadtganzen erhält. Aber solange der Plan des Ganzen fehlt, solange diejenigen Persönlichkeiten, die sich mit der Organisation des neuen Berlins beschäftigen, kein klares Bild dessen haben, was aus Berlin werden soll, so lange sind auch Teilplanungen unmöglich.

Der bisher von den weitestgehenden Gesichtspunkten aufgestellte Plan für Umgruppierung und Neugestaltung Berlins ist der Martin Mächlers, der, von allgemeinen landes- und städtebaulichen Gesichtspunkten bestimmt<sup>2</sup>, Berlins weltpolitische und weltwirtschaftliche Leistung formuliert und nun auf der bestehenden energiepolitischen Grundlage, dem Arbeitsvorgang, seine konstruktiven Sanierungsversuche macht. In einer Denkschrift betreffend eine Ergänzung des Gesetzentwurfs zur Bildung eines Stadtkreises Groß Berlin zeigte er seinerzeit, daß die Stadt nicht einfach größer zu machen sondern völlig umzugestalten ist; daß ihre Teile so zu ordnen sind, daß der günstigste Lebensablauf in ihnen und zwischen ihnen gesichert ist. Damit wird das Grundproblem der Umsiedlung berührt, das für die Zukunft Berlins von entscheidender Bedeutung ist. Berlin verfügt über den größten Markt qualifizierter Arbeiter. Eine vollständige Abwanderung der Industrie aus Berlin ist also ausgeschlossen, wenn sie auch aus der unmittelbaren Stadtnähe, vor allem aus dem Stadtkern, beseitigt werden muß. Diese durch Umsiedlung zu bildenden Industriesiedlungen müssen so ausgebildet werden, daß sie auch zugleich Raum für die Arbeitersiedlungen bieten, denn Industrie und Arbeiterschaft gehören zusammen. Die Industrie muß sich daher dort ansiedeln, wo die Arbeiter eine allen Anforderungen entsprechende Wohnmöglichkeit haben. Bei einer solchen planmäßigen Umorganisation wird auch die Frage geklärt, wo Wohnungen zu bauen sind. Ebenso ergibt sich dabei die Lösung des bisher unlösbar scheinenden Verkehrs-

<sup>2</sup>) Siehe Mächler Das Siedlungsproblem, Wie ist das Siedlungsproblem zu lösen?, Die Großstadt und der Städtebau, Zum deutschen Neubau, in den Sozialistischen Monatsheften 1921 I Seite 182, 222, 1922 I Seite 408, 1923 Seite 610 und folgende.

problems; denn der Verkehr wird nicht durch Häufung der Verkehrsmittel sondern nur durch ihre Unnötigmachung verbessert. Aber auch aus strategischen Gründen werde man über kurz oder lang gezwungen sein entweder die Großstädte durch mächtige Umbauten und Vorrichtungen bomben- und gassicher zu machen, um die Großstadtbevölkerung gegen die Gefahren eines Luftangriffs schützen zu können, oder die Großstädte aufzulösen, das heißt in erster Linie die industriellen Betriebe und Massenquartiere aus dem Großstadtkörper herauszunehmen und sie in einem weiten Umkreis so verteilt unterzubringen, daß sie kein nennenswertes Angriffsziel mehr bieten. Der verbleibende Stadtkern wird, nachdem die Wohnungen aus ihm entfernt sind, systematischer als bisher als Innenstadt ausgebaut werden können. Für den Neubau solcher sogenannten City ist es durchaus möglich das Hochhaus als einzige Bauform anzuwenden, wenn es über einem dem Hochhaus entsprechenden Stadtgrundriß errichtet wird. Nicht wie in Amerika, dessen Hochhausstädten das aus dem Mittelalter stammende System des Einzelhauses zugrundeliegt, sondern unter Gesichtspunkten, die nicht nur eine geregelte Verkehrsabwicklung sondern auch unter Wahrung genügender Abstände die nötige Luft- und Lichtzufuhr möglich machen<sup>3</sup>.

Von wem soll gebaut werden? Das ist das Grundproblem. Damit ist nicht der zufällige Unternehmer oder Auftraggeber gemeint sondern die Gesellschaft als Bauherrin. Aber wer ist diese Gesellschaft? Das 19. Jahrhundert ist durch den materiellen Aufstieg des Bürgertums charakterisiert und gleichzeitig durch seine geistige Niederlage. Der Individualismus des Bürgertums der kapitalistischen Gesellschaft ist noch nicht durch den Kollektivismus einer neuen aufbauenden Gesellschaft abgelöst. Das eigentliche Problem ist die Konstituierung dieser neuen Gesellschaft, die imstande ist ihrem schöpferischen Willen Ausdruck und Gestalt zu verleihen. Wie sehr diese Anarchie noch jeder aufbauenden Arbeit entgegensteht, kommt etwa in dem Verhältnis des Berliner Stadtbaurats zu den ihm beigeordneten Körperschaften zum Ausdruck und kann als ein Symbol dieser Anarchie bezeichnet werden. Es ist bisher nicht möglich gewesen eine Konzentrierung aller für das gesamte Bauwesen in Frage kommenden Instanzen zu erreichen. Statt des Zusammenarbeitens aller in Frage kommenden Stellen unter der gegebenen Führung des Stadtbaurats erleben wir ihr ständiges Gegeneinanderarbeiten, zum Schaden des Neuaufbaus Berlins.

Hier verlassen wir nun das Gebiet der Berliner Bauprobleme und betreten das der konstruktiven Politik, die dem Deutschland der Nachkriegszeit das kontinentaleuropäische Problem zur Lösung stellt. Von dem zu schaffenden Vereinigten Europäischen Kontinent werden die Gesichtspunkte zur Rationalisierung der gesellschaftlichen Arbeit, zur Verteilung der Produktion jeweils an den günstigsten Standort, damit zu einer neuartigen Siedlungspolitik und zu einer völlig veränderten Verkehrspolitik gegeben. Dieser neue Komplex bestimmt nun die Lösung der den einzelnen Zentren gestellten Bauaufgaben. So geht diese nicht mehr nach Einzel- oder Gruppeninteressen sondern nach dem übergeordneten Interesse der sich bildenden neuen Gemeinschaft.

3) Siehe dazu *Le Corbusier Städtebau / Stuttgart 1928*, *Hilberseimer Großstadtarchitektur / Stuttgart 1927*/ *Häring Zwei Städte, in der Form 1926* Seite 172 und folgende.

# MAX HODANN · DER GEGENWÄRTIGE STAND DER WISSENSCHAFTLICHEN GEBURTENREGLUNG



WILLKÜRLICHE Beeinflussung respektive Beschränkung der Anzahl der Nachkommen ist eine uralte Erscheinung aller bekannten menschlichen Gesellschaftsbildungen. Waren früher Kindesmord und Kindesaussetzung die üblichen Mittel zur Erreichung dieses Zwecks, so ist es heute vorzugsweise die Abtreibung. Jeder Sachkundige wird bestätigen, daß in keinem Land der sogenannten zivilisierten Welt die Gesetze zum Schutz des keimenden Lebens, also etwa Bestimmungen, wie sie der § 218 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich enthält, eine erhebliche Hemmung gegen die Vornahme von Abtreibungen geschaffen haben. Nach den erneuten Berechnungen Wilhelm Liepmanns, des Leiters des Deutschen Instituts für Frauenkunde in Berlin, haben wir zurzeit in Deutschland mit einer Mindestzahl von 876 000 Abtreibungen pro Jahr zu rechnen, auf die, bei der Annahme von nur 5 %, mindestens 44 000 Todesfälle kommen. Wenigstens die Hälfte aller langwierigen "Unterleibsleiden" der Frauen gehen auf verpfuschte Abtreibungen zurück. Also ein Maß von Verschwendung mütterlicher und volkswirtschaftlicher Kraft, das jeden, der davon hört, zur Besinnung bringen sollte.

Denn so notwendig eine vernünftige Regelung der Geburtenfolge angesichts des wirtschaftlichen Notstands der Mehrzahl unserer Familien ist, die Abtreibung ist keineswegs als geeignetes und zeitgemäßes Mittel für Nachkommenbeschränkung anzusehen. Das törichtste Mittel indessen ihr entgegenzuwirken ist das absolute Verbot: Es hindert nicht das Zustandekommen der Eingriffe, es macht sie aber gefährlich, weil es die Frauen in die Winkel der Pfuscher treibt, anstatt in die medizinisch einwandfreien Operationsräume der Fachärzte. Da jedoch das Verbot vorderhand besteht, und starke Kräfte am Werk sind es auch im neuen, derzeit im Rechtsausschuß des Reichstags zur Beratung stehenden Strafgesetzentwurf zu verewigen, erscheint es angesichts der schwerwiegenden gesundheitlichen Bedeutung des Problems geboten eine Lösung auf dem Weg vorbeugender Fürsorge zu erreichen.

Vorbeugende Fürsorge heißt in diesem Fall: Schwangerschaften, die aus wirtschaftlichen Gründen oder anderen Voraussetzungen nicht erwünscht sind, sollen nicht erst zustande kommen. Da wir auch fernerhin mit einer Wirtschaftslage zu rechnen haben, die eine jahrelange Spanne zwischen den Zeitpunkt der Erreichung der Geschlechtsreife einerseits, der Erreichung einer Existenzfestigung, die für eine Eheschließung ausreicht, andererseits schiebt, so muß mit einer großen Reihe vor- respektive auch nebenehelicher Sexualvorgänge gerechnet werden. Indes, auch für die legitim Verheirateten, ja eigentlich für diese erst recht, ergibt sich die Notwendigkeit vorbeugende Fürsorge zur Vermeidung unerwünschter Schwangerschaften zu treiben. Aus diesen Gründen heraus erwuchs das jüngste Gebiet der sozialhygienischen Fürsorge, die Sexualberatung. Es ist nur eine Konzession an die Vorstellungsweise des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wenn die dafür geschaffenen oder zu schaffenden Fürsorgestellen Eheberatungsstellen getauft werden. Denn es handelt sich keineswegs allein um die Beratung von Eheanwärtern oder Eheleuten im juristischen Sinn sondern um Beratung all derer, die Nöte auf sexuellem Ge-

biet empfinden. Damit ist schon angedeutet, daß begreiflicherweise der Arbeitskreis einer angemessen geleiteten und arbeitenden Sexualberatungsstelle weit über die Aufgabe der Geburtenreglung hinausreicht: Sexuelle Jugendberatung vorzüglich im Hinblick auf die Onanie, Beratung von potenzschwachen Männern oder nicht zur Sexualauslösung kommenden (sogenannten frigiden) Frauen, Beratung von Eheschwierigkeiten, die sich aus Charakterverschiedenheiten oder etwa aus Alkoholsucht eines Teils ergeben, Beratung von Triebstörungen (Homosexuellen, Fetischisten), all das gehört in die Sexualberatungsstelle. Aber an erster Stelle ihrer Aufgaben steht doch eben die Beratung der Bevölkerung in Dingen der Geburtenreglung.

Eine Sexualberatungsstelle, die diese Aufgabe umgeht, die also den wesentlichsten Punkt gesundheitlicher Fürsorge auf geschlechtlichem Gebiet, die Bekämpfung der Abtreibung und der Schwangerschaftsangst der Frauen, aus ihrer Arbeit ausschließt, ist nicht wert begründet zu werden. Mehr noch: Es genügt nicht, daß die Beratungsstelle Rat erteilt. In ihr muß die Sicherung gegeben sein, daß die ratsuchenden Frauen brauchbare Verhütungsmittel auch erhalten können, gegebenenfalls kostenlos (wie es in den Geburtenreglungsstellen der Berliner Krankenkassenambulatorien sowie einem Teil der Berliner Städtischen Sexualberatungsstellen geschieht). Das sollte wenigstens für alle Fälle gelten, in denen der Wunsch des einzelnen mit dem gesundheitlichen Interesse der Allgemeinheit übereinstimmt. Nach den sehr begrüßenswerten Richtlinien, die die beschlußfassende Körperschaft des Bezirksamts Treptow der Stadt Berlin am 7. November 1928 einstimmig angenommen hat, ist eine solche Übereinstimmung für vorliegend zu erachten:

1. aus gesundheitlichen Gründen, a. wenn durch eine neue Schwangerschaft das Leben der Mutter gefährdet wird, b. wenn durch eine neue Schwangerschaft die Gesundheit der Mutter eine erhebliche Beeinträchtigung erfahren würde, c. wenn seit der letzten Entbindung noch nicht 2 Jahre vergangen sind;
2. aus eugenischen Gründen, wenn anzunehmen ist, daß das Kind mit erheblichen Erbübeln behaftet sein wird;
3. aus sozialen Gründen, a. wenn ein Familienzuwachs die gesundheitlichen Verhältnisse der Familienmitglieder verschlechtern würde, b. wenn die äußeren Verhältnisse eine Aufzucht mit normaler gesundheitlicher Entwicklung nicht gewährleisten.

Jede Stadt- oder Krankenkassenverwaltung, die sich anschickt eine Sexualberatungsstelle zu gründen, kann diese Richtlinien als Grundlage nehmen.

Wenn damit Notwendigkeit und Umfang der Geburtenreglung anerkannt sind, entsteht nunmehr die Frage ihrer praktischen Durchführung. Zweifellos ist ein großer, wenn nicht bereits der größere Teil des Geburtenrückgangs auf Anwendung von Verhütungsmethoden oder Verhütungsmitteln zurückzuführen und nicht allein auf den immer noch erheblichen Prozentsatz der Abtreibungen. Die Methoden, die bei der willkürlichen Einschränkung der Nachkommenschaft in der nicht beratenen Bevölkerung angewandt werden, sind entweder die vorzeitige Unterbrechung des Beischlafs oder allerhand vielfach durch Handverkauf oder ausgesprochene Hausiererei vertriebene Mittel, deren Sicherheit, ja deren Unschädlichkeit meistens höchst fraglich ist, deren Preis dagegen in gar keinem Verhältnis zu ihrem Wert zu stehen pflegt. Es vollzieht sich hier etwas ganz Ähnliches wie bei der Abtreibung. Zwar besteht in Deutschland kein Verbot des Vertriebs empfängnisverhüten-



der Mittel. Aber der Vertrieb ist dadurch eingeengt, daß »öffentliche Anpreisung« usw. verboten ist, also eine freie Auswahl gehemmt wird, aus Angst, es könnte an solcher Anpreisung jemand öffentliches Ärgernis nehmen (§ 184 des Strafgesetzbuchs). Die Folge dieser Einengung öffentlicher Diskussion der Frage ist, daß eine Unmasse absolut sinnloser, teilweise gesundheitsschädlicher (wenn auch patentamtlich geschützter) Mittel umläuft, die geheimnisvoll und mit den blödesten Versprechungen angepriesen, bei den unter dem Druck der Not zugreifenden Menschen ertragreich abgesetzt werden. Jede weitere Einengung der Möglichkeit des freien Handels mit brauchbaren Verhütungsmitteln würde nur eine Verschlechterung der Ware und eine Vermehrung der Irreführung der Bevölkerung zur Folge haben. Das ist der Grund, warum mit allem Nachdruck gefordert werden muß, daß der § 301 aus dem neuen Strafgesetzentwurf verschwindet, nach dem die »sonstige Verbreitung« der fraglichen Mittel bestraft werden soll.

Die Unterbrechung des Beischlafs ist die in der Bevölkerung gebräuchlichste Verhütungsmethode, weil sie "nichts kostet". Indessen hat sie neben ihrer relativen Unsicherheit 2 Kardinalfehler, die zu ihrer Ablehnung führen müssen: Einmal gibt sie, durch das Bewußtsein "auf den Mann angewiesen zu sein", der Frau nicht das Maß an innerer Beruhigung, das notwendig ist, um die Schwangerschaftsangst zu beseitigen. Dann aber ist sie das sicherste Mittel, um die Frau um die ihr angemessene sexuelle Auslösung zu bringen, also "Geschlechtskälte" zu provozieren (die ihr nachher womöglich als "Frigidität" ausgelegt wird) und damit die Grundlage für eine nervöse Zerrüttung des Sexualverhältnisses der beiden Partner zu schaffen.

Die mechanischen Schutzmittel für das männliche Geschlecht bieten, richtig angewandt, ein großes Maß an Sicherheit; von Fall zu Fall werden sie empfohlen werden dürfen. Indessen sind auch sie als Mittel, das der Mann anzuwenden hat, keine genügende Sicherheit für die Frau, die doch schließlich bei einem Mißerfolg der leidtragende Teil bleibt.

So scheint nach den bisherigen Forschungen der maßgebenden Stellen (Birth Control Clinic Margaret Sanger in New York, Haire in London, Leunbach in Kopenhagen, Brupbacher in Zürich, Institut Mutter und Kind Lurje in Moskau, Deutsches Komitee für Geburtenreglung in Berlin) das zweckmäßigste die Verbindung der Wirkung eines mechanischen Muttermundschutzes für die Frau mit der Anwendung eines chemischen Schutzmittels zu sein. Welches der vielen im Handel befindlichen oder aber durch Rezept zusammenzustellenden Schutzmittel angeraten werden darf, das richtet sich nach der Eigenart des Einzelfalls. Daraus ergibt sich, daß man nicht schlechterdings theoretisch sagen kann: Die und die Mittel sind empfehlenswert. Wissenschaftlich begründete und damit gesundheitlich einwandfreie Empfängnisverhütung respektive Geburtenreglung setzt eben Beratung und gegebenenfalls Überwachung jedes einzelnen Falles voraus, und dazu brauchen wir die Sexualberatungsstellen. Überdies ist nur bei einwandfreier wissenschaftlicher Kontrolle der empfohlenen und angewandten Methoden auf die Dauer eine Klärung gerade der heute noch strittigen Punkte des Problems zu erhoffen; vor allem, ob wir nicht, was recht eigentlich erst eine Lösung der Frage wäre, eine Möglichkeit finden auf chemischem Weg den Körper der Frau zeitweilig gegen Befruchtung "immun" zu machen. Dieser Weg,

nennen wir ihn den serologischen, wird von der weitem Forschung beschritten werden müssen, um vielleicht einmal eine hochgradige Sicherheit zu geben, dann aber, um die Anwendung der "Methode" vom eigentlichen Sexualakt zeitlich zu trennen und damit eine Menge sonst vielfach störender Momente für die sexuelle Harmonie auszuschalten. Vorläufig geht man bei solcher Forschung noch in den Kinderschuhen; es ist aber zu hoffen, daß ihre Weiterverfolgung, wenn sie mit Ernst und unbeeinflußt von gesellschaftlicher Konvention wie von wissenschaftlich vorgefaßten Meinungen betrieben wird, zu einem brauchbaren Ergebnis führen wird.

Bei dem gegenwärtigen Stand der Frage kommt alles darauf an, daß Gemeindeverwaltungen und Krankenkassen die Bedeutung der Geburtenreglung und Sexualberatung erkennen und dementsprechende Stellen nicht nur einrichten sondern vor allem mit ebenso technisch wie psychologisch und sozial erfahrenen Ärzten oder Ärztinnen besetzen. Es wäre sehr zu wünschen, daß das von diesen zusammengetragene Erfahrungsmaterial in internationalem Maßstab verarbeitet werden würde. Es sei daher zum Schluß auf die Erhebungsmethode hingewiesen, die das Deutsche Komitee für Geburtenreglung mit den von ihm benutzten Kartothekkarten verfolgt. Es wird dort folgendes festgestellt: die soziale Lage der Ratsuchenden nach Personalien, Familienstand, Berufsausbildung, Beschäftigung beider Geschlechtspartner, Wohnungsverhältnissen und Beziehung zu anderen Fürsorgeorganisationen kommunaler, versicherungsrechtlicher und privater Natur; ferner im ärztlichen Teil der Konstitutionstypus, das psychische Verhalten, die gynäkologischen Verhältnisse und die Folge der Schwangerschaften einschließlich Fehlgeburten; schließlich die Sexualgeschichte (Entwicklung, erster Geschlechtsverkehr, bereits benutzte Verhütungsmethoden, Beziehungen zwischen Schwangerschaft und Triebleben). Daraufhin wird eine kurze Bemerkung über Art der erteilten Beratung angefügt. Die Methode dieses Komitees, wie sie in solcher Karte (die Ärzte respektive Beratungsstellen oder Kommunal- und Kassenbehörden jederzeit vom Stadtarzt am Bezirksgesundheitsamt Berlin-Reinickendorf erhalten können) zum Ausdruck kommt, ist vorläufig die am besten durchgearbeitete. Auch sie bedeutet natürlich, wie aus alledem hervorgeht, nur einen ersten Versuch auf dem schwierigen Gebiet der wissenschaftlichen Geburtenreglung, das nur derjenige fruchtbar bearbeiten kann, der tiefgehendes soziales Verantwortungsgefühl mit höchster Achtung vor menschlicher Selbstbestimmung verbindet.

## MAX KALTHOFF · VOM SIEG



**I**MPULSE alles geistigen Menschenseins sind 3 harte Gegensätze: leidvolle Gebundenheit, qualvoller Drang nach Freiheit und schmerzende Sehnsucht nach Einheit. Aus diesem Dreiklang in Moll gebiert sich das Dur des siegreichen Menschen. Alle jene, die menschenwesentlich sind, haben die Tragik dieses Dreiklangs innerlich und tief erleben müssen: Jesus und Buddha, Beethoven und Goethe, Schopenhauer und Kant und viele andere; alle artfremd unter einander, doch alle wesensgleich. Jeder schuf aus diesem Dreiklang seine Dichtung; denn absolut konnte keiner sein; das Absolute ist das Unmögliche. *Eine Wahrheit ist die Utopie des Furchtsamen, der sich vor der Isoliertheit und der*

Selbständigkeit ängstigt, oder des Nachbetenden, des Unschöpferischen. Die Weltseele offenbart sich in milliarden Formen, sie offenbart sich in Jesus und Buddha, in Goethe und Bach gleichermaßen. Sie offenbart sich in jedem ringenden Menschen, und wenn die Resonanzfläche dieser vielen, vielen Gezeichneten in der Ausdehnung so sehr verschieden ist, so ist auch das Sandkorn der Weltseele gleiches. Und nicht nur die Sonnen. Jedes kleinste Menschenkind, das am Kreuz gehangen hat und den Dreiklang durchlebt hat, ist Teil der Weltseele. Dem Kosmos gegenüber ist der ganze Menschheitskomplex unendlich klein. Und darauf kommt es an: Alle ringenden und deshalb schöpferischen Menschen, vom kleinsten bis zum größten hin, bilden eine Einheit, spielen das gleiche Instrument in der kosmischen Symphonie.

Es waren nur Andeutungen, die gegeben werden sollten, nur Hinweise auf einen der vielen Wege, durch die eine Einheit erreicht werden kann. Und auch ein anderes: ein Weg zur Freiheit, soll nur angedeutet werden; denn es sollen keine Dogmen festgelegt werden.

Der Wille zur Freiheit ist der Wille zur Überwindung der Gebundenheit. Das Empfinden und Erkennen der Gebundenheit gebiert unweigerlich in irgendeiner Form die Sehnsucht die Gebundenheit zu meistern, indem diese aus einem negativen Pol in ein positives Kraftzentrum gewandelt wird. Gebundenheit ist die Macht der Tatsachen. Wobei der Begriff Tatsache in seiner weitesten Bedeutung gefaßt werden muß. So weit, daß alles, was mit dem Menschen von außen geschieht, eingegliedert wird in das Reich der Tatsachen: ausgehend von den Kümmerlichkeiten des Alltags, hinübergleitend zu allen Schicksalsschlägen und allen Geschehnissen, die den einzelnen und die Gesamtheit treffen, und mündend in die kosmische Verwurzelung von Leben und Tod. All dieses Tatsachengewirr ist zusammengefaßt in dem Sinn der Gebundenheit.

Niemals wird der Mensch die Tatsachen beseitigen. Er muß sie hinnehmen, denn jeder seiner Brüder in der Welt der Erscheinungen muß sie ebenfalls hinnehmen. Aber der Wille zum Sieg kann auch diese Tragik umbiegen; er kann diese Fesseln nicht sprengen, er kann ihnen aber eine andere Deutung geben. Er kann sich zum souveränen Herrn machen; er kann eine große und wesentliche Änderung seines Lebenszentrums schaffen, wenn er erkennt, daß jede Tatsache subaltern ist.

Es ist doch so, daß die Summe der Tatsachen, die die Menschen bedrängen, in ihrer Vielfältigkeit nur sehr klein ist; ihre Varianten sind sehr gering. Ihre Bedeutung erreichen sie erst durch die Quantität der Menschen, von denen jeder einzelne die wenigen Varianten immer wieder neu durchleben muß. Furcht in jeder Form, Verlust in jeder Form, erzwungener Verzicht in jeder Form: das sind die Modulationen, deren die Tatsachen überhaupt nur fähig sind. Es ist also wohl so, daß den 1700 Millionen Menschen, die die Erde bevölkern, nur einige und ihrem Sinn nach gleiche Grundtöne als Gegenpol der Freiheitspflicht des Menschen entgegenstehen. Aber durch dieses Erkennen ist die Tatsache noch nicht zum Subalternen umgeformt. Sie wird es nur dadurch, daß der Blick, mit dem sie betrachtet wird, schöpferisch wird. Zwei Menschen (und dieses Gleichnis kann in jeder Weise umgestellt werden), denen das Wertvollste, was sie kannten, durch den Tod oder durch andere Umstände geraubt wurde, erleben sicher den selben Tat-

bestand. Der eine vergeht kraftlos und gottlos unter diesem Leid; der andere krümmt sich in gleichem Maß, aber er bildet die erlebte Tatsache um, er wird schaffender Mensch und knetet aus dem Lehm des Lebens mit bebenden Händen eine wesentlichere Form. Der Tatbestand war bei beiden der selbe. Bei beiden war die Tatsache subaltern. Souverän war der Mensch.

Souverän ist der Mensch. Er kann alles tun mit den Tatsachen, was er will. Nur auf ihn allein kommt es an. Seine große, tragende Verantwortung liegt darin, daß er im Sinn der Weltseele handle; daß er Dichter sei in ihrem Sinn.

Darin liegt die Pflicht des Menschen, daß er die Tatsache unter seine Füße tritt und sie mit seinen beiden Händen greift und ins Fortschreitende umformt, ins Schöpferische.

## WALLY ZEPLER · ROSA MAYREDER

**R**OSA Mayreder wurde am 30. November 70 Jahre alt. Was bedeutet diese Tatsache unserer Zeit? Weiß die heute im Vordergrund agierende Generation, weiß es namentlich die allerjüngste, was diese Frau ihr gegeben hat? Hat sie es auch nur richtig aufgenommen? Denn fast scheint es so, als ob das Eigentliche der Gesamtschöpfung dieses bedeutenden Lebens erst der kommenden Generation vertraut sein wird.

Im letzten halben Jahrhundert vollzog sich ein Umsturz im Frauenleben. Die äußeren Ziele der Frauenbewegung erscheinen heute schon so unbestritten, daß man den Fanatismus wie die berausenden Zukunftshoffnungen ihrer Vorkämpferinnen kaum mehr begreift. Alles ist auf einer neuen Stufe wiederum problemlos eingeordnet. Dennoch sind die geistes- und kulturgeschichtlich wesentlichen Fragen ungelöst: Worin differenziert sich weiblicher von männlichem Artcharakter? Wo liegt bei teleologischer Erfassung des Weltgeschehens die kulturelle "Aufgabe" der Frau? Wie kann der Dualismus der mann-weiblichen Anziehung und Abstoßung gelöst werden? Die Literatur um diese Fragen hat uns wenig einleuchtende Resultate gegeben. Die früher so oft in frauenfeindlicher Absicht ausgemünzte Verhimmelung der Mutterschaft als angeblich unvergleichbarer seelischer Leistung der Frauen, verschwommene, zu keinerlei konkretem Sinn verdichtete Ideologien über einen spezifisch weiblichen Kultureinschlag charakterisieren die meisten dieser neueren Frauenbücher.

Da erschien im Jahr 1904 ein Buch, vor dessen unangreifbarer Sachlichkeit und aufhellender Analyse das Dunkel aller dieser, von Geschlechtervorliebe und -abneigung gezeugten Meinungsnebel ins Nichts zu rinnen schien: Rosa Mayreders Kritik der Weiblichkeit. Hier gab es keine Urteile, die wie die meisten anderen nur aus Wünschen kamen, keine Lobpreisungen der weiblichen Kulturtat, aber auch nicht die Negierung jeder aus eigenen Lebens-tiefen schöpfenden Persönlichkeit im weiblichen Geschlecht, wie sie als weitere Phase der Entwicklung die Frauenbewegung selbst hervorgebracht hatte. In geschichtlicher Erfassung, in klarem Erkennen des Primats der ökonomisch-soziologischen Faktoren wie der Vorzugsstellung, die der Mann von vornherein gegenüber der physischen Beschwertheit der Frau gewinnen

mußte, mit feinsten psychologischer Fühlung und überlegener Klugheit wurden in diesen Essays die Probleme des Frauenlebens, des Geschlechtscharakters, der Sexualität, der irdischen und der himmlischen Liebe aufgerollt. Als man das Buch zum erstenmal gelesen hatte, war es, als ob sich hier endlich ein Stück des Schleiers vor der Wirklichkeit der Dinge höbe. Gegenüber allen Spekulationen über das "Wesen des Weibes" stellt Rosa Mayreder mit ironischer Objektivität einfach die Ergebnisse ihres umfassenden Wissens in zahlreichen Aussprüchen von Dichtern, Soziologen und sonstigen Forschern neben einander, und all diese so unwiderleglich sicheren Überzeugungen widersprechen einander in solchem Grad, daß sie sich gegenseitig töten. So ist der Schlußstein unserer Erkenntnis über die gesuchten geistigen Sexualcharaktere, daß wir darüber absolut nichts Sicheres wissen. Und zwar, wie das Buch uns zeigte, schon deshalb gar nichts wissen konnten, weil unsere Definitionen über der Verallgemeinerung immer die ungeheure Spannweite der Einzeldifferenzierungen vergaßen. Zum Schluß aber gesteht dann die Verfasserin in schlichter Wahrhaftigkeit: »Nachdem wir der Freiheit der Individualität eine unbegrenzte Perspektive eröffnet . . . , hindert uns nichts nochmals ausdrücklich einzuräumen, daß die Mehrzahl der Frauen weder in den Eigenschaften des Charakters noch in denen des Intellekts dem Manne gleich ist. Ja, diese Tatsache ist nicht zu leugnen; und sie wiegt schwer, sehr schwer für das Leben auch derjenigen Frauen, die nicht zur Mehrzahl gehören.« Für Rosa Mayreder wiegt diese Tatsache schon deshalb schwer, weil sie sie von der typischen Erscheinung ihres eigenen Geschlechts, dem sie im Gefühl natürlich eng verbunden ist, weit entfernen muß. Denn die starke weibliche Persönlichkeit, bemerkt sie einmal gegen die sehr irrtümliche Behauptung Laura Marholms, alle Frauen läsen unter einander in einem Blick die »Geheimschrift ihrer inneren Erlebnisse«, findet umgekehrt ihre Wahlverwandten meist eher unter Männern. Wohl weil das männliche Geschlecht, soweit bis heute die geschichtliche Erfahrung eben spricht, unendlich reichere geistige Nuancierungen hervorbringt.

In der besondern Belastung, die die Natur der Frau mit der Mutterschaft auferlegte, sieht auch Rosa Mayreder einen Faktor tiefgehender Entwicklungshemmung gegenüber der Ungebundenheit des Mannes. Aber als »innerlicher Zustand« ist ihr die Mutterschaft weder ein »allgemeingültiges Kriterium der Weiblichkeit«, noch verschleiert sich ihr sonst der Blick vor der Gloriöle dieses mit immer neuen Sentimentalitäten herausstaffierten natürlichen Instinkts. In völlig originaler, biologisch-historischer Erörterung erhebt sie später in einer Essaysammlung, Geschlecht und Kultur genannt, der Fortsetzung des erstgenannten Buchs, die Vater- neben der Mutterliebe zu ihrer richtigen Wertung, indem sie den auch ihr eigenen, schon in der Tierheit angelegten Instinktcharakter enthüllt. Nach der Phraseologie jenes verkappten, von Frauen wie von Männern vertretenen Antifeminismus, der den Frauen die "Gleichwertigkeit" der "weiblichen" Aufgaben mit männlich produktivem Schaffen einreden möchte, ist vor allem die Erziehung solch eine höchste schöpferische Leistung. Die Unvoreingenommenheit der Denkerin sieht die Hintergründe auch dieses Selbstbetrugs; sie weiß, wie wenig übrigens Erziehung überhaupt für die persönliche Entwicklung bedeutet. »Unter allen verlogenen Direktiven, an denen die bürgerliche Ethik reich ist, gibt es kaum eine schlimmere als diese.«

Doch nicht nur in ihrer treffenden Analyse liegt die Bedeutung jener beiden Werke. In ihnen baut sich auch eine neue Gedankenwelt auf, die, nicht nur biologisch sondern vor allem nun auch teleologisch begründet, die Entwicklung der Geschlechtsbeziehungen vom primitivsten Empfinden bis zur höchsten Durchseelung in dem Ausschließlichkeitsgefühl einer individuellen Liebe zeichnet. Dieses Liebesproblem hat Rosa Mayreder nie losgelassen. In späteren Abhandlungen: Erotik und Askese, Ideen der Liebe, Zur Krise der Ehe, setzt sie sich noch einmal damit auseinander. Den ganzen Reichtum dieser Erörterungen kann man in einer Wiedergabe schlecht ausschöpfen. Nur auf den Kern dieser Ideen sei noch hingewiesen: Die Sexualität, einstmals durch religiöse Verknüpfungen geheiligt, dann durch den zwiespältigen Menschen der christlichen Askese als Teufelswerk gebrandmarkt, wird im »synthetischen« Menschen, dem höchsten Gegenwartstypus, zum sinnlich-seelischen Einklang zweier gleich starker, durch das mystische Band der Liebe verketteter Persönlichkeiten und empfängt so eine neue Weihe. Und die Mission der Frauen, denen die Zügellosigkeit des Sexualtriebs nicht so leicht wie den Männern vorzeitig die Reinheit der Empfindung raubt, ist es »im Sinne der Einheitsseele die Einheitsmoral zur Geltung zu bringen«.

Über das mit unseren Erkenntnismitteln wohl unlösbare Problem der geistigen Produktivität bei Mann und Weib sagt Rosa Mayreder nichts aus. Aber, in ganz anderm Sinn als etwa Otto Weininger, erschließt sich ihr die Mischung beider Geschlechtscharaktere in jedem Einzelwesen, das um so mehr von beiden Komponenten in sich trage, je höher die Stufe sei, auf der es stehe. »Nicht als eine Steigerung der spezifisch männlichen Natur ist das Genie zu begreifen sondern als eine Ausdehnung über die Grenzen der einseitigen Geschlechtsdifferenzierung, als eine Synthese der männlichen und weiblichen Natur: was sich auch darin offenbart, daß geniale Frauen gleichfalls nicht die extreme Geschlechtsdifferenzierung zeigen sondern eher männliche Wesenszüge.« In ausgeprägter Weise trifft diese Bemerkung auf unsere Denkerin selber zu. Und es lohnt wohl der Mühe sich an dem Beispiel ihrer geistigen Erscheinung darüber klar zu werden, was wir denn unter diesen »männlichen Wesenszügen« verstehen, und was uns dennoch immer von ihr sagen ließe: In ihr erscheint der *weibliche* Genius in seiner schönsten Gestalt. Es ist wohl so, wie sie selber meint: In dem bedeutenden Menschen vollzieht sich eine Synthese des Weiblichen und des Männlichen, und es wächst aus beider Eigenart ein wahrhaft Ganzes, ein in sich vollendetes Menschliches empor. Wollten wir das Bild dieser außerordentlichen Frau in all seinen vielfarbigen Linien deuten, wir könnten keinen treffendern Ausdruck finden, als daß in ihr sich reinstes Menschentum verkörpert. Soll man die absolute Objektivität, mit der sie, die doch tiefstes Mitempfinden auch für die besondere Tragik des Frauenschicksals hat, die weiblichen Schwächen enthüllt, soll man die zwingende Kraft ihrer Logik, die reine Klarheit des Stils, soll man die Weite ihrer Interessen männlich nennen? Sie sind es, wenn man damit nur konstatieren will, daß diese Qualitäten einer unendlich größern Anzahl von Männern als von Frauen zugesprochen werden müssen. Und wenn aus Rosa Mayreders Gesamtwerk dennoch die Frau zu uns spricht, so deshalb, weil wohl, so wenig wie im Körperlichen, im Geistig-Seelischen das eigene Timbre der Geschlechtlichkeit je auszulöschen ist, in dem sich erst der besondere Zauber des Persönlichen vollendet.

Dürfen wir Rosa Mayreder überhaupt zu den Kämpferinnen für die Befreiung der Frauen zählen? Gewiß, sie hat sich in der Öffentlichkeit, in vorderster Reihe und leidenschaftlich für ihr Geschlecht eingesetzt; sie leitete zusammen mit Auguste Fickert und Marianne Hainisch die österreichische Frauenbewegung und gab zusammen mit Marie Lang die schöne Zeitschrift *Dokumente der Frauen* heraus. Sie beschäftigte sich eingehend mit dem Schicksal der Elendesten unter den Frauen, der Prostituierten, und rief das Gewissen der Gesellschaft in ihrem Interesse auf. Im wesentlichen aber ist doch ihr Geist noch anderen, allgemeineren Problemen zugewandt. Das Wesen des menschlichen Geistes überhaupt, die Entwicklung der sozialen Institutionen, das Dasein selbst mit seinen Irrungen, das Rätsel von Leben und Tod, die ewige Frage nach dem Woher und Wohin der Menschenschöpfe, nach dem Ziel all der qualvollen Zuckungen, die die Menschengeschichte bilden: das sind die Dinge, die stets vor ihrem Sinnen stehen. In einer Abhandlung, über die nach ihrem Erscheinen, vor 11 Jahren, hier eingehend berichtet wurde, gab sie eine Darlegung des typischen Verlaufs geistig sozialer Bewegungen, einen tiefen Einblick in das Wesen des menschlichen Denkens: in seine Spaltung durch den Dualismus der Sollens- und Seinsantriebe, die sich in der Entwicklung der großen Neuererideen ausprägt.

Aber, so vielseitig ihre Denkerarbeit, mehr noch als in ihrem wissenschaftlichen Werk enthüllt sich die reiche Menschlichkeit dieser lebensvollen Natur in Rosa Mayreders Dichterschöpfung.

Fabeleien über göttliche und menschliche Dinge nennt sich ein Band heitererster dichterischer Phantasieen, von denen viele zuerst in den Sozialistischen Monatsheften erschienen waren, und die eine ganz eigene poetische Spezies geschaffen haben. Sie sind Märchen für die erwachsenen Kinder. Allerlei Träume sind da lebendig geworden. Erzengel, Feen und Teufel, die Könige des Morgenlands und Gottvater selbst, Gestalt werdende Schöpfungsgedanken des bohrenden Menschengestes, der hoffnungslos blind vor seinem eigenen Willen steht, deuten in tiefsinnigen Spekulationen oder lächelnder Selbstironie die Welt. Das Menschenleid, der echtste Humor durchzieht alle diese köstlichen, noch längst nicht richtig gewürdigten Geschichtchen. In ihnen symbolisiert sich die skeptisch-gläubige Lebensweisheit der Dichterin. Die armen Menschlein, die, als göttliche Puppen an Drähten gelenkt, ihr Leben lang rennen und zappeln, stößt der böse Gott aus ihrer vorgesetzten Ordnung, bis sie einander in ihrer Wirrnis in Haß zerfleischen. Der andere aber, der gute, der mit ihm verwachsen ist, bringt ihnen die Liebe, die sie erlösen soll. Darum ist die Welt »voll eines Gottes, der mit sich uneins ist, wer kann daran zweifeln?« Herrlich auch die Unterredung, wo der Erzengel Gabriel, verzweifelt über die elende Dutzendware, die in der Menschenwerkstatt nur geformt wird, den Schöpfer bittet sich doch der armen Erdengeschöpfe zu erbarmen und ihnen noch einmal klarzumachen, was er eigentlich mit ihnen wollte. Aber der Herr mag nichts mehr wissen von seinem mißglückten Werk: »Eine Jugendarbeit! Offen gestanden, sie hat kein Interesse mehr für mich.« Und er enthüllt dem frommen Gabriel, daß er durch Luzifer den Menschen absichtlich das Böse sandte; denn »sein Leben sollte sein Werk sein, frei sollte er sein von meinem Willen, sein eigener Schöpfer und Überwinder, er sollte werden wie Gott«. Doch die Menschen hätten nicht verstanden die beiden Mächte, denen

sie ihr Dasein verdanken, zu versöhnen, das »Schöpfungsrätsel des Gegensatzes« von Gott und Teufel zu lösen. Dennoch gebe Luzifer, der um ihretwillen in die Hölle ging, wohl die Hoffnung für sie noch immer nicht auf. »Von Zeit zu Zeit kommt er in meine Sphäre heraufgestiegen: dann geschieht allemal ein Neues unter den Menschen.« Überall ist es dieser Gedanke der Versöhnung des Zwiespalts: »Evoe dem Gott des Lebens! Hallelujah dem Erlöser aus Sünde und Zwiespalt . . ., dem Herrn des Dritten Reichs, Jesus Apollo!« Die Fee Myriadora, die in die Welt der Wirklichkeit hinuntersteigt, um den Menschen Freude zu bringen, kommt zwar traurig zurück, weil die da unten ihr Feenschloß für ein elendes Wirtshaus hielten; aber bald versucht sie es von neuem; denn »immer wieder siegte ihr Glaube an die Fülle der Möglichkeiten. Die trug sie in ihrem eigenen Herzen.«

Die Wanderer und das Ziel hieß die erste dieser Geschichten; die Sozialistischen Monatshefte brachten sie im Jahr 1908. Sie ist eine der aller schönsten. Die heiligen 3 Könige, die in Bethlehem das Jesuskind angebetet haben, suchen seit vielen hundert Jahren vergeblich den Weg zurück in ihre Heimat. Sie ziehen wieder zur heiligen Stätte, von der sie kamen. Dort aber ist alles ausgestorben und leer; nur ein düsterer Fremdling, der Ewige Jude, begegnet ihnen, der ihnen höhrend zuruft: »Also wandern auch die, die glauben, ziellos durch die Welt, und nicht nur der, der zweifelt? . . . Das ihr suchet, das Ziel, das werdet ihr nimmer finden. Ich, der ich wandere, so lange wie ihr, und kenne die Reiche der Welt von Aufgang bis Untergang, ich weiß es und sag' es euch.« Und er kündigt ihnen, daß das Reich des Gotteskinds nicht gegründet, die Erlösung nicht gekommen ist. »Aller Wandel ist nur Schein. Die Welt, sie bleibt sich ewig gleich, sie läuft in einem Kreise ihre Bahn, und immer wieder muß sie dahin zurückkehren, von wo sie ausgegangen ist.« Ihre Reiche aber seien von Haß und Zwietracht zerrissen worden, während sie im Glauben an den Erlöser wanderten. So vernichtet der Ewige Jude den Glauben. Aber nur, weil er selber mit ewiger Macht glaubt und den Glauben in sich täglich neu vernichten will. Er ruft zum Himmel: »Zerschmettere mich, damit ich nicht länger mitansehen muß, wie die Welt ziellos durch die Nacht der Ewigkeit irrt!« Und er, der Glaubensleugner, »starrte in den Himmel, gleich als erwarte er ein Zeichen«. Aber es kommt keins. Da geht der Ewige Jude fort. »Und wie er sich entfernte, schien er zu wachsen; sein schwarzer Bettlermantel verfinsterte die Dämmerung des Morgens, und seine Gestalt glich in der Ferne den zerklüfteten Felsenbergen, die weit draußen die Wolken berührten.« Eine großartige Vision einer großen Dichtung. Wer auch nur von ihr liest, der sieht sie, und den läßt sie nicht los. Und auch die heiligen 3 Könige wissen nun: »Solange dieser unselige Wanderer durch die Welt irrt, sollen auch wir unsern Weg fortsetzen und sollen verkünden, wohin wir kommen, daß das göttliche Kind geboren ist, das Kind, das die Welt erlösen wird.«

In einem Band Sonette, die sie Zwischen Himmel und Erde nennt, gestaltete Rosa Mayreder die leidenschaftlich leidvolle Geschichte einer Liebe, die sich schicksalsschwer in eine Menschenseele senkt, in berauscher Erfüllung alle Schranken durchbrochen wähnt, die Menschen von einander trennen, um dann doch wieder die Seelen in tiefer Einsamkeit zurückzulassen. Die Dichterin schrieb auch eine Reihe von Novellen und Romanen, den ersten, viel später veröffentlichten, als 22jähriges Mädchen. Charakteristisch für



sie zeichnet er den Gegensatz zwischen dem Menschen der festgefügtten gesellschaftlichen Form und dem "Sonderling", der diese Form durchstößt, um aus Eigenem schöpfend den Menschen neue Wege zu weisen. Auch sei hier noch ihres Textbuchs zu Hugo Wolfs Corregidor gedacht: einer der schönsten und reizvollsten Operndichtungen, die je geschrieben worden sind, in allem Humor von ergreifender Menschlichkeit und weitem Horizont. Daß dieses Buch von der schablonenhaft wagnerisierenden Opernkritik vor 30 Jahren nicht erfaßt werden konnte, ist begreiflich; daß das damalige "Urteil" noch heute nachgesprochen wird, zeigt den an die bequeme Gewohnheit verhafteten Geist unserer berufsmäßigen Urteilsfäller.

Wie bei manchen bedeutenden Menschen ist auch Rosa Mayreders äußeres Leben ohne hervortretende Ereignisse hingeflossen. Sie war ein Wiener Kind aus kleinem bürgerlichen Haus, mußte sich die geistige Freiheit langsam selbst erringen. Nach hartem Kampf wird sie Malerin, bald auch Kunstkritikerin und Novellistin. Von 1893 an tritt sie führend in der Frauenbewegung hervor; 10 Jahre lang ist sie Vizepräsidentin des Allgemeinen Österreichischen Frauenvereins. Aber erst die Kritik der Weiblichkeit macht ihren Namen weithin in der Welt bekannt. Der Weltkrieg erschüttert sie im tiefsten. Schweres persönliches Schicksal trifft sie noch dazu. Dabei entfaltet sie immer neues Schaffen. Immer weiter wird der Gesichtskreis, in den sie uns führt. Jetzt bringt sie uns eine neue Schrift, Mensch und Menschlichkeit genannt. Und wir haben noch vieles von ihr zu erwarten.

Zu ihrem 70. Geburtstag erschien, von Käthe Braun-Prager herausgegeben, eine Rosa Mayreder gewidmete Festschrift, unter dem Titel Der Aufstieg der Frau. Zahlreiche Frauen und Männer sprechen da aus, was ihnen Rosa Mayreder bedeutete. Jenen dort niedergelegten Bekenntnissen sei auch das unsrige angeschlossen: Unter den Namen literarisch schaffender Frauen unserer Zeit ist keiner uns tiefer ins Herz gegraben als der Rosa Mayreders. Sie hat uns mehr gegeben als Erkenntnis und Werk. Ihre Leistung gilt nicht nur dem einen der beiden Geschlechter (was schon viel und groß genug wäre), sie war beiden notwendig. Denn es verkörpert sich in dieser weiblichen Persönlichkeit der wahre Menschengestalt, der für alle sein soll und ist.

## AUGUST BRÜCHER · LIED EINER GEESCHA · DEUTSCHE NACHDICHUNG



OR meinen Vögeln, in ihrem Käfig,  
Seufze ich vor Liebe auf.  
Klein sind meine Klageschreie, wie die einer Maus.  
Dann kommen meine Vögelchen und necken mich  
Und picken mich mit ihrem Schnabel schelmisch,  
Und dies ist mir ein süßer Trost  
In meinem eingeschlossenen Leben.

Der Sake ist kalt geworden.  
Zermürbt bin ich von Qual,  
Die ohne Unterlaß mich drückt,  
In dieser Schmerzenswelt — und eingeschlossen.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Hans Simons

Partelnöte

**Reichsreform** Am Ende des Jahres, das mit der Länderkonferenz zur Beratung über Verfassungs- und Verwaltungsreformen begonnen hat, kann man feststellen, daß jedenfalls die Vorbereitung solcher Reformen wesentliche Fortschritte gemacht hat. Freilich steht es mit der Durchführung hier wie überall so, daß zweifelhaft bleibt, wie weit eine Organisation sich mit ihren eigenen Menschen und Mitteln ändern kann, oder wie weit sie auf den Einbruch anderer Kräfte angewiesen ist. Aber technisch ist eine Reihe wichtiger Einzelfragen geklärt. Nur wenn man vergißt, daß auch bei großen Umwälzungen alles, was nicht ausdrücklich geändert wird, so bleibt wie es ist, kann man die theoretische Vorbereitung unterschätzen, die im Lauf dieses Jahres für die Reichsreform geleistet worden ist. 2 Ergebnisse sind besonders erwähnenswert. Einmal hat sich in den Erörterungen des Ausschusses, der am 5. Mai 1928 und vom 22. bis zum 24. Oktober 1928 tagte, gegenüber allen in der öffentlichen Diskussion vorgeschlagenen Einzellösungen (nur für Preußen, nur für den Norden, nur für die kleinsten Länder) immer deutlicher der Wunsch nach einer Gesamtlösung herausgestellt, die freilich im einzelnen durchaus verschieden für den Norden und den Süden, für die kleinen und großen Länder, für dieses oder jenes Sonderbedürfnis sein könnte. Ferner ist klar geworden, daß gewisse Fragen der Zuständigkeit und der Aufgabenteilung zwischen Reich und Ländern von der größten nicht nur praktischen sondern auch grundsätzlichen Bedeutung sind. Man ist daher, zunächst überraschend bei der ursprünglich ganz politischen Absicht der Verhandlungen, dazu gekommen das Institut der Auftragsverwaltung als ein brauchbares Hilfsmittel für die Vereinheitlichung des Reichs besonders zu untersuchen und gegebenenfalls in die Reichsverfassung einzuführen. Demgemäß haben sich die Unterausschüsse, die am 10. November zusammentraten, vor allem die Aufgabe gestellt bestimmte technische Fragen dieser Art zu klären. Gelingt es hier zu praktischen Vorschlägen zu kommen, so könnte das Jahr 1929 politisch wirkliche Fortschritte bringen.

Am 16. November wurde der Antrag der Sozialdemokraten den Bau des Panzerschiffs A einzustellen mit 255 gegen 201 Stimmen abgelehnt. Um dieses Ergebnis zu erreichen, hatte der Reichswehrminister sein stärkstes Geschütz aufgefahren; nicht nur hatte er mit seinem Rücktritt gedroht, der offenbar fast allen Parteien sehr unangenehm gewesen wäre; er hatte auch dafür gesorgt, daß man besondere Schritte des Reichspräsidenten für den Fall voraussetzen mußte, daß das Panzerschiff nicht gebaut würde. Es lohnt sich nicht auf die Einzelheiten dieses höchst unerfreulichen parlamentarischen Schauspiels näher einzugehen. Soweit die ganze Frage eine grundsätzliche außenpolitische Bedeutung hat, gehört sie nicht hierher; denn es wäre dabei auseinanderzusetzen, wie wenig es Deutschland verstanden hat die negativen Elemente seiner Entwaffnung außenpolitisch ins Positive zu wenden. Soweit sie aber innenpolitisch wichtig ist, hat man sie allgemein mit Recht für eine Angelegenheit der *Sozialdemokratischen Partei* gehalten. Als solche ist sie nun taktisch beigelegt worden, nicht aber im Rahmen grundsätzlicher politischer Entscheidungen. Der Kampf um sie steht der Partei noch bevor. Er wird von der Tatsache mitbestimmt sein, daß die Partei, wenn sie den Bau des Panzerschiffs wirklich hätte verhindern wollen, dafür sehr viel stärkere politische Mittel gehabt hätte als den Antrag im Reichstag. Aber bei ihr wie bei den anderen Regierungsparteien hat der Wille in der Koalition zu bleiben das Unbehagen über die eigene Inkonsequenz überwogen. Eine andere Frage ist, ob die Partei nicht in ihrem eigenen Aufbau stärker auf die Fehler hätte reagieren können, die von der Führung gemacht worden sind. Der Parteiapparat hat jedoch die Erschütterung die eingetreten war, ziemlich starr aufgehalten. Es ist kein Wunder, daß infolgedessen Risse im Bau entstanden sind, die eines Tages stärker hervortreten werden. Es wird alles davon abhängen, ob bis dahin Erfolge in der Regierung den Preis angemessen erscheinen lassen, der für das Regieren gezahlt worden ist. Auch die anderen Parteien sind noch damit beschäftigt ihre Wahlerfahrungen zu verarbeiten. Sie sind unzweifelhaft freier darin als die Partei, die zurzeit in der Reichsregierung führt.

Die Deutschnationalen tragen überhaupt keine parlamentarische Verantwortung, und das Zentrum hat sich von allen Koalitionsparteien bisher am wenigsten engagiert. Die *Deutschnationale Volkspartei* hat sich zur Opposition umformiert. Es ist wichtig und für die Klarheit der innenpolitischen Verhältnisse erfreulich, daß sie diese Opposition mit anderen Persönlichkeiten zu führen wünscht als die vom Parteistandpunkt aus in jeder Hinsicht erfolglose und ungünstige Mitarbeit in der Regierung. Die Wahl des Abgeordneten Alfred Hugenberg zum Parteivorsitzenden, die am 21. Oktober erfolgte, und die Abänderung der Satzung, die am 8. Dezember angenommen wurde, sind als Konsequenzen aus der Wahlniederlage schon durch ihre Entschiedenheit und Eindeutigkeit beachtenswert. Wie weit sie wirken werden, hängt entscheidend von der Stärke der Gegenkräfte, besonders also von der Festigkeit und Aktivität der Regierungskoalition, ab. Für sie war auch die Auseinandersetzung im *Zentrum* wichtig, die, auch am 8. Dezember, mit der Wahl des Abgeordneten Ludwig Kaas zum Parteivorsitzenden endete. Hier ist die Entscheidung vorsichtiger. Auch wenn der neue Vorsitzende selbst es abgelehnt hat seine Wahl als Betonung des konfessionellen Charakters seiner Partei aufzufassen, ist doch offenbar im Kampf zwischen wirtschaftlich entgegengesetzten Kräften der Partei der besonders für die Arbeiterklasse enttäuschende Rückzug auf die weltanschauliche Gemeinsamkeit als Ausweg erschienen. Es ist zu erwarten, daß das Zentrum sich nun stärker an der Außenpolitik interessiert als es das lange getan hat, sowohl um auszuweichen und abzulenken, als auch um Raum für ungefährlichere politische Initiative zu bekommen. Grundsätzlich haben diese Vorgänge in den beiden großen Parteien noch eine besondere Bedeutung. Sie zeigen, daß auch innerhalb demokratisch organisierter Körperschaften die Führerfrage befriedigend gelöst werden kann. Man muß hoffen, daß diese wichtige Erfahrung auch die Sozialdemokratische Partei noch machen wird, wenn sie einmal wieder frei wird die eigene Reorganisation zu unternehmen.

**Deutschland: Koalitionsverhandlungen** Den Verhandlungen über die Umbildung der Regierung, die noch kaum in Gang gekommen sind, werden diese Klärungen nur nützlich sein. Ob sie rasch

von statten gehen werden, ist trotzdem zweifelhaft. Bisher ist die Koalition einer Reihe von Belastungen ausgesetzt gewesen, die bei einer starrern Bindung der Parteien an einander sicherlich schon zu offener Krise geführt hätte. C'est le provisoire qui dure; nur wegen seiner Vorläufigkeit hat das Kabinett die Panzerschiffabstimmung und den Arbeitskampf im Ruhrgebiet überstanden. Dieser Arbeitskampf, der zunächst eine allgemeine innenpolitische Auseinandersetzung einzuleiten schien, ist geradezu krampfhaft auf das wirtschaftspolitische Gebiet zurückgedrängt worden. Seine Betrachtung gehört also nicht hierher. Aber auch er hat gezeigt, daß künftige Koalitionsverhandlungen immer stärker zu programmatischen Auseinandersetzungen über alle Gebiete der Politik zu werden drohen. Unter diesem Gesichtspunkt ist nur zu wünschen, daß losere Formen der Zusammenarbeit, wie sie nach den Versuchen dieses Sommers schließlich gefunden worden sind, beibehalten bleiben, damit angesichts der Unmöglichkeit zu großen grundsätzlichen Klärungen zu kommen, wenigstens die praktische Zusammenarbeit als Binde-mittel wirksam wird. Inzwischen sollte allerdings die programmatische Klärung in den einzelnen Parteien weitergehen. Denn nur von einem festen Gegenwarts- und Zukunftsprogramm aus, das den Mut zu bestimmten aktuell-politischen Vorschlägen hat, wird jede Partei bemessen können, wie weit sie um eines gemeinsamen Weges mit anderen willen von ihrem eigenen abweichen darf. Solange die Programme als taktisch und die Verhandlungen darüber als grundsätzlich aufgefaßt werden, ist es für die ausdrückliche Etablierung der Großen Koalition noch zu früh.

**Frankreich: Regierungs-umbildung** Nach der Annahme des Gesetzes über die Stabilisierung des Franc, die am 25.

Juni erfolgte, ließ die Nationale Einigkeit sich nicht lange mehr wahren. Die Sozialradikale Partei kam auf ihrem Parteitag, der am 2. November 1928 in Angres zusammentrat, zu Beschlüssen, die es ihren Ministern unmöglich machten im Kabinett zu bleiben. Poincaré demissionierte daraufhin mit dem gesamten Kabinett. Wesentlich mit Rücksicht auf die inzwischen eingeleiteten Reparationsverhandlungen ließ er sich bestimmen ein neues Kabinett zu bilden, das bereits am 12. November zustande kam. Es ist dadurch gekennzeichnet,

daß die Sozialradikalen durch Mitglieder der kleinen Fraktion der Republikanischen Sozialisten ersetzt worden sind. Besonders bemerkenswert ist, daß Poincaré die Ministerpräsidentenschaft ohne Portefeuille übernommen hat, mit der ausgesprochenen Absicht sich dadurch für die Reparationsverhandlungen freizuhalten. Das Innenministerium übernahm André Tardieu, das Finanzministerium Henry Chéron. Am 15. November erhielt das Kabinett auf Grund einer kurzen und vorsichtigen Regierungserklärung das Vertrauen mit 330 gegen 129 Stimmen bei etwa 140 Enthaltungen; die gesamte Fraktion der Sozialradikalen enthielt sich der Stimme. Damit ist eine Verschiebung nach rechts eingetreten, die der anfänglichen Entwicklung in der Kammer nicht entspricht. Sie zeigt sich aber auch bei anderer Gelegenheit. Während im Juni bei der Konstituierung der Kommissionen und des Präsidiums die Linke fast alle Stellen besetzen konnte, hat bei der am 24. November vorgenommenen Wahl des Vizepräsidenten der zur Gruppe Marin gehörende Abgeordnete Péronet mit 280 Stimmen den Kandidaten der Linken geschlagen, der nur 212 Stimmen erhielt.

**Kurze Chronik** In Österreich hat sich die Stellung der Christlichsozialen Partei im Staat weiter gestärkt. Das zeigten schon jene Symptome wie die Wahl der Vertrauensmänner im Bundesheer am 16. Oktober 1928. Die Liste des "unparteiischen" Wehrbunds, der christlichsozial gerichtet ist, erhielt von im ganzen 281 Mandaten 212 (gegen bisher 78), während der sozialdemokratische Wehrverband nur 62 Mandate behielt (von 118). Nun hat auch der Kandidat der Christlichsozialen für die Bundespräsidentenschaft, Wilhelm Miklas, am 5. Dezember mit den Stimmen seiner Partei gegen die Stimmen der Großdeutschen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten gesiegt.  $\diamond$  Die Danziger Volksbegehren über die Verfassungsreform sind im Volksentscheid gescheitert; bei der Abstimmung am 9. Dezember erhielt der Gesetzentwurf der bürgerlichen Oppositionspartei 73 151, der Gesetzentwurf der Koalitionsparteien 58 498 Stimmen. Die erforderliche Stimmenzahl von 108 000 wurde also von keinem der beiden Entwürfe erreicht.  $\diamond$  Am 22. September fanden in Dänemark die Wahlen zum Landthing statt; es handelte sich nur um eine Teilergänzung der Ersten Kammer,

die keine wesentliche Veränderung gebracht hat.  $\diamond$  Nach dem Rücktritt des Freisinnigen Ekman stellte am 1. Oktober der Führer der Konservativen in Schweden in der Zweiten Kammer, der Admiral Arvid Lindman, sein rein konservatives Kabinett fertig.  $\diamond$  Am 29. Oktober fanden in der Schweiz die Wahlen zum Ständerat und Nationalrat statt, die verhältnismäßig sehr geringe Veränderungen ergaben. Die Sozialdemokraten gewannen im Nationalrat, wo sie als die zweitstärkste Partei vertreten sind, ein Mandat, verloren dafür aber im Ständerat die beiden Mandate, die sie dort innehatten.  $\diamond$  Nachdem das Gesetz über die Erhebung des Großen Fascistenrats zum verfassungsmäßigen Organ in der Form, in der es von dieser Körperschaft selbst ausgearbeitet war, Senat und Kammer Italiens passiert hatte, wurde es am 9. Dezember vom König unterzeichnet. Damit ist der verfassungsrechtliche Umbau des frühern Staats im wesentlichen beendet.  $\diamond$  Nachdem in Rumänien der Ministerpräsident Vintila Bratianu am 3. November die endgültige Demission des Kabinetts erklärt hatte, entschloß sich der Regentschaftsrat nach einigem Zögern den Führer der Nationalen Bauernpartei Julius Maniu mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Ihm gelang es am 10. November ein Kabinett vorzustellen, in dem Vajda Wojwod Innenminister, Georg Mironescu Außenminister und Woitu Nitescu Minister für Siebenbürgen sind. Am 12. Dezember brachten dann die allgemeinen Wahlen einen großen Sieg Manius und damit eine Bestätigung dieses innenpolitischen Umschwungs in Rumänien.  $\diamond$  Am 15. Juni nominierten in den Vereinigten Staaten die Republikaner auf ihrem Parteikonvent den Staatssekretär Herbert Hoover mit 837 von 1089 Stimmen, am 29. Juni die Demokraten den Gouverneur von New York Alfred Smith, ohne daß diesen Nominierungen die üblichen Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten vorausgegangen wären. Daher ging der Wahlkampf mit der zu erwartenden Einheitlichkeit und Konzentration vor sich. Er brachte der Republikanischen Partei am 6. November einen nicht in der Sache, aber im Umfang überraschenden Sieg und damit Hoover die Gewißheit in der eigentlichen Wahlhandlung zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt zu werden.  $\diamond$  Am 10. November begannen in Japan die großen Krönungsfeierlichkeiten für den Mikado Hirohito.

**Wirtschaft / Gerhard Kreyssig****Konjunktur**

Betrachtet man den Verlauf der Wirtschaft während der letzten Monate rückschauend, so kann man als Merkmal feststellen, daß die abstiegshemmenden Kräfte so stark gewirkt haben, daß von einer nachhaltigen Verschlechterung der Wirtschaftslage nicht gesprochen werden konnte, wozu nicht zuletzt auch der gute Ernteausfall mit beigetragen hat. Eine ausgesprochen stabile Produktion charakterisierte die Situation der Schwerindustrie; abnehmender Einfuhrüberschuß (im August 58 Millionen, im September nur 28 Millionen Mark) die Außenhandelsentwicklung, ein kaum veränderter Beschäftigungsgrad (Gesamtzahl der Arbeitslosen im Juli 899 000, im August 885 000, im September 898 000) die günstige Lage des Arbeitsmarkts. Mit den Vorbereitungen für das Weihnachtsgeschäft belebte sich die Wirtschaft im Oktober, und wenn auch die Umsatzgestaltung in den einzelnen Industriezweigen unterschiedlich verlief, so ließ sich doch erkennen, daß die Saison die Wirtschaftskräfte wieder ankurbelte. Gegenüber dem Vorjahr ist die Belebung jedoch geringer.

Zu den umstrittensten Fragen der Konjunkturforschung und -theorie, die gerade bei der Aufstellung solcher Behauptungen immer wieder zu denken geben, ist im 2. Teil der Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte, die Karl Diehl herausgibt, als 173. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik /München, Duncker & Humblot/ eine Reihe von Beiträgen zusammengefaßt, die unter anderen von Eugen Altschul, Albert Hahn, Robert Liefmann und Julius Wolf stammen. Auf die Arbeit Oskar Morgensterns über die Aufgaben und Grenzen der Institute für Konjunkturforschung sei besonders hingewiesen. Zugleich soll auf die Veröffentlichungen der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung aufmerksam gemacht werden, die von Eugen Altschul herausgegeben werden. Oskar Andersons Beitrag Zur Problematik der empirisch-statistischen Konjunkturforschung/Bonn, Kurt Schroeder/ kritisiert die statistische Methode des Havardinstituts und weist ihre Unzulänglichkeit nach.

**Ruhrkonflikt**

Mit der großen Aussperrung im Ruhrgebiet am 1. November hat die nordwestdeutsche Schwerindustrie dem ges-

amten Wirtschaftsleben einen Stoß versetzt, dessen soziale und wirtschaftliche Tragweite noch nicht abzusehen ist. Abgesehen davon, daß die Schwerindustrie die Verantwortung dafür trägt, daß Hunderttausende gerade in der schweren Zeit zwischen Herbst und Winter auf die Straße gesetzt wurden, hat sie es auch zu verantworten, wenn die Belebung der Wirtschaft, die vor der Aussperrung begann, jäh unterbrochen wurde. Das Zusammenfallen des Ruhrkonflikts mit der Saisonbelebung läßt heute noch die Folgen dieses Kampfs nicht voll erkennen. Die Ruhrindustriellen haben sich zum Sachwalter der gesamten Industrie aufgeworfen, indem sie die Lohnerhöhung mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer stabilen Preislage ablehnten. Nachdem sie sich dieser konjunkturpolitischen Einsicht bisher stets verschlossen hatten, und gerade die Preiserhöhungen für Kohle und Eisen immer wieder Ursache zu neuen Preisauftrieben gewesen waren, gab das "stabile Preisniveau" einen willkommenen Vorwand ab, um den Angriff gegen das Schlichtungswesen zu decken.

Was die deutsche Gesamtwirtschaft diesem "Dienst an der Konjunktur" zu verdanken hat, soll mit ein paar Daten festgehalten werden: Die arbeitstägliche Kohlenförderung betrug vom 25. bis zum 31. Oktober 386 000 Tonnen, vom 2. bis zum 7. November 334 000 Tonnen; der Produktionsausfall im November ist auf 1,5 Millionen Tonnen zu schätzen. Feierschichten sind von arbeitstäglich 6312 in der Zeit vom 21. bis zum 27. Oktober auf 31 000 in der Zeit vom 1. bis zum 8. November gestiegen. Die Hüttenzechen legten ganze Schachtanlagen still, da der Selbstverbrauch der aussperrenden Eisenwerke fast 25 % des Gesamtabsatzes betrug. Zwei Drittel der deutschen Hochofenproduktion wurden lahmgelegt; von 106 Öfen arbeiteten vor der Aussperrung 60, die sämtlich gedämpft wurden. Im übrigen Deutschland arbeiteten nur noch zirka 50. Im Verkehr hatten wir den starken Rückgang der Rheinschiffahrt. Eisen-, Stahl- und Kohlenverschiffung nahmen ab, Erzzufuhren hörten auf; Sturz der Frachtsätze, Arbeitslosigkeit der Schiffer, Rückgang der Wagengestellung der Reichsbahn im Ruhrgebiet um etwa 30 %. Dazu Handelsbilanzverschlechterung; Sperre des Schrottausfuhrkontingents für November; Verlust ausländischer Absatzmärkte, Rohmaterialver-

knappung in den eisenverarbeitenden Industrien, die zu Arbeitsverkürzung führt; Gefährdung zahlreicher Gemeinden, denen die Fürsorgeverpflichtung für die Ausgesperrten zum Ruin wird; Drosselung des Konsums und des Umsatzes durch den Lohnausfall.

Diese jüngsten Ereignisse an der Ruhr demonstrierten gewissermaßen die Notwendigkeit und Berechtigung der Materialsammlung, die Hans Spethmann unter dem Titel 12 Jahre Ruhrbergbau herausgibt /Berlin, Reimar Hobbing/, und die er den kommenden Geschlechtern widmet. Spethmann will die wirtschaftlichen Geschehnisse im Ruhrgebiet von 1914 bis 1925 dokumentarisch festhalten und legt den 1. Band vor, der Aufstand und Ausstand bis zum 2. Generalstreik April 1919 umfaßt. Obwohl das umfangreiche Gesamtwerk im Auftrag des Vereins für die Bergbaulichen Interessen bearbeitet wird, zeichnet es sich durch den Willen zur Objektivität aus und bringt eine Unmenge wichtiger Dokumente aus den schweren Jahren deutscher Schicksalsgestaltung in originalgetreuer Wiedergabe. Schon dieses dokumentarische Festhalten allein macht das Werk wertvoll. Wenn schon denen, die die Ruhrkämpfe miterlebten, mit Erstaunen zum Bewußtsein kommt, wie vieles davon wieder in Vergessenheit geraten ist, wird es den kommenden Generationen erst recht unschätzbare wertvoll werden.

**Reparation** Nachdem durch die Genfer Verhandlungen das Reparationsproblem aufge-  
rollt worden ist, und die Verhandlungen über die Einsetzung eines neuen Sachverständigenausschusses zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage vor dem Abschluß stehen, erscheint es angebracht nach einem kurzen Rückblick über die bisherige Abwicklung die Kernprobleme herauszustellen, die für die Regelung zur Diskussion stehen.  
Durch das Londoner Ultimatum wurde von der Reparationskommission Deutschlands Schuld am 27. April 1921 auf den Gesamtbetrag von 132 Milliarden Goldmark festgesetzt. Deutschland hat damals Schuldverschreibungen in dieser Höhe ausgehändigt und zwar: eine Serie A über 12 Milliarden, eine Serie B über 38 Milliarden, eine Serie C über 82 Milliarden, mit der Maßgabe, daß die A- und B-Bonds von der Reparationskommission jederzeit ausgegeben

werden konnten, die C-Bonds jedoch erst dann, wenn es als feststehend galt, daß die deutschen Leistungen ausreichen würden, um für alle Bonds die Verzinsung von 5 % und die 1prozentige Tilgung zu zahlen. Als reale Schuld ist also von Anbeginn an tatsächlich nur der Betrag von 50 Milliarden Goldmark angenommen worden, auf Grund dessen nach dem Londoner Zahlungsplan eine Jahresleistung von 2 Milliarden Mark aufzubringen war, wozu noch eine 26prozentige Ausfuhrabgabe kam, die durch den Dawesplan 1924 aufgehoben wurde. Durch den Dawesplan wurde die Frage der Gesamtschuld überhaupt nicht berührt sondern lediglich die Jahresleistung festgesetzt, die in dem am 1. September 1928 begonnenen 1. Normaljahr 2½ Milliarden Goldmark beträgt und wie folgt aufzubringen ist: aus der Reichskasse (wofür die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern als Pfand dienen) 1250 Millionen, der Reichseisenbahn 660, der Beförderungssteuer 290, der Industriebelastung 300 Millionen Goldmark. Mit der Jahresleistung von 2½ Milliarden Goldmark ist jedoch die endgültige Höhe auch noch nicht festgelegt, da bereits von 1929-1930 ab auf Grund des Großen Wohlstandsindex noch Zuschläge hinzukommen können.

Zu der Diskussion über die Fixierung der von Deutschland zu zahlenden Endsumme, die jetzt ins Rollen gekommen ist, hat der Reparationsagent Parker Gilbert selbst den Anstoß gegeben. Da der Dawesplan unter dem Gesichtspunkt der Verpflichtung Deutschlands zur Zahlung der Kriegsschulden der alliierten Mächte aufgebaut ist, bieten deren Schulden an Amerika die Grundlage der voraussichtlichen Mindestforderungen und geben zugleich einen Anhaltspunkt für die Befristung der Tilgung. Im Mellon-Béranger-Vertrag, dem Schuldenabkommen der europäischen Staaten mit den Vereinigten Staaten von Amerika, sind folgende Summen festgelegt worden: England 4600 Millionen Dollars, Frankreich 4025, Italien 2042, Belgien 418 Millionen Dollars, also rund 45 Milliarden Goldmark, die in gestaffelten Raten in der Zeit von 62 Jahren getilgt werden müssen. Kapitalisiert würde diese Summe rund 25 Milliarden Goldmark betragen und bei Zugrundelegung von 5 % Verzinsung und 1 % Tilgung eine jährliche Leistung von zirka 1½ Milliarden Goldmark verlan-

gen. Über diese Summe hinaus hätte Deutschland noch die "marge sacrée", die Kosten für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, zu zahlen, ferner 100 Millionen Goldmark Verzinsung der Dawesanleihe und weitere je 100 Millionen Goldmark unmittelbare Zahlungen an Belgien und Amerika aufzubringen, insgesamt also zunächst mindestens 18 Milliarden Goldmark auf die Dauer von 36 Jahren.

Frankreich hat das Schuldenabkommen mit Amerika vorläufig nicht ratifiziert; es zahlt die Raten zunächst nur provisorisch. Frankreich und auch die anderen europäischen Staaten sind durchaus geneigt die deutschen Leistungen zu ermäßigen, wenn gleichzeitig ihre Schuld an Amerika entsprechend verringert würde. Praktisch hat also Amerika den Schlüssel zur Lösung in der Hand; es hat sich bis jetzt ablehnend verhalten.

Während der Dawesplan eine Tilgung der deutschen Schulden innerhalb von 36 Jahren vorsieht, da die 11 Milliarden Obligationen der Reichsbahn und die 5 Milliarden Obligationen aus der Industriebelastung bei 5 % Zins und 1 % Tilgung in 36 Jahren amortisiert sind (die Dawesanleihe von 800 Millionen hat sogar nur 25 Jahre Laufzeit), würde die Verbindung der deutschen Reparationsleistungen mit den Schulden der alliierten Mächte an Amerika eine Verlängerung der Zahlungen auf 62 Jahre bedeuten, ohne die Jahresleistungen wesentlich zu verringern. Zur Verwirklichung dieser Pläne ist vorgeschlagen worden die deutsche Gesamtschuld in der Form zu kommerzialisieren, daß Deutschland die Schulden der alliierten Mächte Europas übernimmt und sie durch Aufnahme einer internationalen Anleihe ablöst. Das internationale Bankkapital, an seiner Spitze die amerikanischen Bankiers, werden dieses "Geschäft", wenn es so weit ist, "machen". Eine große Gefahr liegt darin eingeschlossen: die voraussichtliche Verstopfung des internationalen Kapitalmarkts für den deutschen Kreditbedarf. Und man muß sich auch weiter darüber im klaren sein, daß das Beschreiten dieses Wegs die Umwandlung der bisher politischen Schuld von Staat zu Staat in eine kommerzielle Verschuldung Deutschlands an das internationale Privatkapital bedeutet. Das schließt den endgültigen Verzicht auf die Hoffnung einer Herabsetzung der alliierten Schuldenlast durch Amerika ein.

Es sei in diesem Zusammenhang auf das Werk Deutschland unter dem Dawesplan /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ hingewiesen, in dem Max Sering ausführlich Entstehung, Rechtsgrundlagen und wirtschaftliche Wirkungen der Reparationslasten behandelt. Zu der aktuellen Diskussion über das Problem der Kommerzialisierung nimmt Moritz Julius Bonn in seinem Buch Befreiungspolitik oder Beleihungspolitik? /Berlin, S. Fischer/ Stellung, in dem er für die »Privatisierung« der Reparationsschulden, wie er es nennt, eintritt. Die endgültige Befreiung von Rheinlandbesetzung und Pfändern erscheint ihm mit ein Argument für das Interesse Deutschlands an der Kommerzialisierung. Bonn unterstreicht die Verkettung der Finanzgebarung von Reich, Ländern und Gemeinden mit der Privatisierung der Reparationslasten; ohne eine gründliche Finanzreform und Einschränkung der öffentlichen Ausgaben verspricht er sich keinen internationalen Krediterfolg (siehe dazu auch den Artikel Quessel Zur Reparationsfrage, in diesem Band Seite 946 und folgende). Zu dem mit der Lösung der Reparationsfrage in engem Zusammenhang stehenden Problem der Auslandskredite liefern die wissenschaftlichen Gutachten wertvolles Material, die im 174. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik /München. Duncker & Humblot/ in den von Walther Lotz herausgegebenen Finanzwissenschaftlichen Untersuchungen als 3. Teil erschienen sind. Die Beiträge, die die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Auslandskredite behandeln, stammen unter anderen von Walther Federn /Wien/, Robert Kuczynski /Berlin/, Theodor Metz /Frankfurt/, Oskar Mulert /Berlin/ und Melchior Palyi /Berlin/. Von den Schuldnerländern sind Deutschland und Österreich und Italien, von den Gläubigerländern die Vereinigten Staaten von Amerika, England, Belgien, Holland und Schweden behandelt.

**Amerikanische Prosperität** Mit der Prosperityparole hat Herbert Hoover im Präsidentschaftskampf einen Sieg mit überraschendem Vorsprung über Alfred Smith davongetragen. Obwohl die Präsidentschaftswahl seit jeher ein beunruhigendes Moment für das amerikanische Wirtschaftsleben war, stand diesmal eigentlich von vornherein ziemlich fest, daß keine andere Politik und Wirtschaftspolitik für Amerika möglich

war als die Fortsetzung der bisherigen. In Hoover ist der Wirtschaftsminister zum Präsidenten geworden, wodurch noch mehr Garantie vorhanden zu sein scheint, daß die bisherige Wirtschaftsführung im großen beibehalten bleibt. Die amerikanische Konjunktur, das Wirtschaftsleben dieses, in einzigartiger Stellung als Gläubiger der halben Welt und fast ganz Europas dastehenden Staats, hat uns oft vor Probleme gestellt, deren Ursachen schwer zu ergründen und oft auch schwer zu verstehen waren. Wie es möglich gewesen ist, daß Amerika »den größten Wohlstand geschaffen hat, den je ein Land seinem Volke geschenkt hat«, sagt uns Paul M. Mazur in seinem Buch *Der Reichtum Amerikas* /Berlin, S. Fischer/, das von Rose Hilferding ins Deutsche übertragen wurde, und zu dem Julius Hirsch, einer der besten Kenner amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse, ein Vorwort geschrieben hat. Mazur will nichts anderes geben als seine persönlichen »unstatistischen und unakademischen« Beobachtungen über die amerikanischen Geschäftsmethoden und enthüllt uns gerade durch seine einfache Art die Geheimnisse der amerikanischen Prosperität. Das Kernproblem, das es in Amerika zu lösen gilt, kennzeichnet er folgendermaßen: »Die amerikanische Wirtschaft steht . . . vor der seltenen Aufgabe die zu füttern, die nicht hungrig sind, und jene zu kleiden, die schon in warmen Kleidern stecken. Sein Problem mag daher als "Ihre Sorgen möcht' ich haben" erscheinen; in Wirklichkeit ist es jedoch eine sehr ernste Angelegenheit. Sein Fabrikssystem, aufgebaut Millionen zu schaffen, hängt in seinen Profiten von diesen Millionen ab. Ein verhältnismäßig geringer Rückgang der Produktion bedeutet, wie jeder begreifen mußte, nicht den Unterschied zwischen übermäßigen Gewinnen und hohen Gewinnen sondern die ganze Spanne zwischen Gewinn und Verlust. Wir sind vor ein schwieriges Problem gestellt, ein Problem, einzig in der Geschichte.« Mazurs Beobachtungen über die einzelnen Geschäftsmethoden, über Taylor und Ford, gipfeln in den Abschnitten über das Zeitalter der Marktplanwirtschaft (des "Merchandising"), über die Zusammenschlüsse und den Kampf um den Verbraucher. Der planwirtschaftlichen Produktion, an der Absatzmöglichkeit orientiert, prophezeit er die Rolle, die einst Taylor innehatte, und die

später Ford zum größten Exponenten der Massenproduktion machte. Er weiß auch, daß Amerika einmal zur passiven Handelsbilanz als dem Schicksal aller Gläubigerstaaten kommen muß. Die Folgen der Rückwirkung der Kapitalausleihungen beurteilt er aber spezifisch amerikanisch. »Daß sie bedeutsam sein werden, scheint sicher; daß sie gefährlich werden können, möglich; daß sie aber verhängnisvoll werden, ganz ungläubhaft.« Dieser "Optimismus" beendet das Buch, zu dessen Schluß er uns noch ein weiteres Geheimnis des amerikanischen Erfolgs verrät: Der Amerikaner ist, nach Mazur, Spieler, das Geschäft wird zum Sport, und die erfolgreichen Spieler lieben das Spiel im Geschäft aus Freude am Spiel selbst. Freilich, es gibt in Amerika Bergarbeiterelend und Farmernot, und im verdoppelten Tempo des Siegreichen sinkt der nicht erfolgreiche Spieler ab. Aber das sind soziale Probleme, und »dieser Gegenstand entzieht sich meiner Kenntnis«. Mazur bekennt, daß er von dem »schwierigen und ungreifbaren Problem der Gesellschaft« nichts versteht und überläßt diesen »schweren und hochexplosiblen Stoff« anderen zur Behandlung. Diese Simplizität kennt keine Bedenken, und diese Skrupellosigkeit ist ein Beitrag zur Geistesart des amerikanischen Bank- und Industrieführers. Zu ähnlichen Fragen, wie sie Mazur erörtert, wenn er auf die industrielle Organisation zu sprechen kommt, bringt W. Müllers *Soziale und technische Wirtschaftsführung in Amerika* /Berlin, Julius Springer/ gutes Beurteilungsmaterial, wobei allerdings die »Gemeinschaftsarbeit und der soziale Ausgleich als Grundlage industrieller Höchstleistung«, wie der Untertitel lautet, nach amerikanischem Beispiel für Deutschland propagiert wird, unter Verkenning der völlig anders gelagerten deutschen Verhältnisse. Zu den Fragen der Rationalisierung sei noch auf 3 weitere kleine Schriften hingewiesen: einmal auf die Taylorbiographie Irene Wittes /Stuttgart, C. E. Poeschel/, ferner auf die vom Sozialen Museum in Frankfurt herausgegebenen 5 Vorträge unter dem Titel *Ford und wir* /Berlin, Spaeth & Linde/, die werkpolitische Probleme behandeln, und schließlich auf die Broschüre *Abbe und Ford* von Hilde Weiß /Berlin, R. L. Prager/, die die Ideologie dieser beiden Wirtschaftsführer vom marxistischen Standpunkt aus beleuchtet.



**Informationsmittel** Im Verlag der Österreichischen Gruppe der Internationalen Handelskammer in Wien ist eine auch dem Wirtschaftlichen Ausschuß des Völkerbunds vorgelegte Denkschrift über die *Meistbegünstigung* in den europäischen Handelsverträgen, von Richard Riedl bearbeitet, erschienen. Es wurden alle Verträge bearbeitet, die die europäischen Staaten unter einander oder mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossen haben, und damit eine ausgezeichnete systematische Übersicht über die Anwendung respektive Auslegung aller in Zollverträgen vorkommenden Klauseln überhaupt geschaffen.

Da in Österreich ähnliche amtliche Publikationen wie die Statistischen Jahrbücher des Deutschen Reiches nicht herausgegeben werden, hat sich die Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien dieser Aufgabe gewidmet und gibt mit ihren Wirtschaftsstatistischen Jahrbüchern /Wien, Selbstverlag der Kammer für Arbeiter und Angestellte/ eine als vollwertig zu bezeichnende Materialsammlung heraus. In dem Jahrbuch für 1927, an dem unter Benedikt Kautskys Leitung Karl Auer, Karl Regner, Stephan Wirlandner und andere mitgearbeitet haben, wurden die internationalen Übersichten weiter ausgebaut, und einer Reihe aktueller Fragen, wie der kommunalen Finanzgebarung, den Rationalisierungswirkungen und den Belegschaftsverschiebungen besondere Sorgfalt zugewandt. Über 300 Tabellen sind mit erläuterndem Text in knappster Form ausgezeichnet interpretiert.

Ähnlich wie das österreichische Jahrbuch informiert über die *Tschechoslowakei* das von Burghard von der Decken im Auftrag der Handelskammer Dresden herausgebrachte Buch *Die Wirtschaft der Tschechoslowakei* /München, Duncker & Humblot/. In einzelnen Abschnitten sind Land- und Forstwirtschaft, Bodenschätze, Industrie, Handel, Verkehr, Versicherungs-, Geld- und Bankwesen usw. behandelt. Besonders interessant sind die Abschnitte über Verbrauch und Kaufkraft, Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die allerdings vorwiegend zu Österreich in Beziehung gesetzt sind und also keinen unmittelbaren Vergleich zu Deutschland ermöglichen. Da überwiegend die neuesten Zahlen von 1927 mitberücksichtigt werden konnten, gewinnt die Veröffentlichung an Aktualität.

Gegenüber diesen Veröffentlichungen sind die statistischen Zahlen über den Handelsverkehr des bolschewistischen *Rußlands*, der sogenannten Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, mit Deutschland /Berlin, R. L. Prager/, die von Rudolf Anders erläutert wurden, mit äußerster Vorsicht aufzunehmen. Das verarbeitete Material wird in der Einleitung zwar als weder vollkommen noch als vollständig bezeichnet, es erscheint aber sehr fraglich, ob, wie behauptet wird, trotzdem die Grundtatsachen der Entwicklung des Handelsverkehrs zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem Deutschen Reich »endgültig« geklärt sind. Die Mängel der russischen Erhebungsmethoden sind nicht der einzige Grund zur Skepsis solcher Versicherung gegenüber.

Zum Schluß sei auf 2 kleine handliche *Merkbüchlein* hingewiesen, auf die von der Berliner Handelsgesellschaft herausgegebenen Zahlen zur deutschen Wirtschaftslage, die von Januar 1925 bis zum Juni 1928 reichen, und auf das im 2. Jahr erscheinende Statistische Handbuch für die Deutsche Maschinenindustrie 1928, das vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten herausgebracht wird. Beide Büchlein ermöglichen eine sofortige und zuverlässige Orientierung über die wichtigsten Wirtschaftszahlen, die bei dem Jahrbuch des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten naturgemäß auf das Gebiet des Maschinenbaus zugeschnitten sind.

**Kurze Chronik** Nachdem Holland vorangegangen ist, sind jetzt auch Frankreich, Polen und die Schweiz an die Reform des *Aktienrechts* gegangen. ◊ Nach dem Vorbild der Deutschen Reichsbahn will man auch in Österreich die *Eisenbahntarife* erhöhen, und zwar die Personentarife um etwa 14%, die Gütertarife um etwa 6%. ◊ Nach neuesten Statistiken wurden 1927 in Deutschland 33 Milliarden *Zigaretten geraucht*, von denen 80% auf 4 und 5 Pfennig entfallen. Während damit der Vorkriegsverbrauch um weit über 100% gestiegen ist, bleibt der Bierkonsum in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung noch um rund 25% hinter dem Vorkriegsverbrauch zurück. ◊ In Frankfurt wurde *Bureauwirtschaftslehre als Universitätsfach* eingeführt, und dem Revisionsbeamten und Reorganisator in der Frankfurter Kommunalverwaltung Karl Eicke ein Lehrauftrag für dieses Fach erteilt.

Sozialistische Bewegung / Hanns MüllerEngland: Partei-  
tag 1928

Die Arbeiterpartei steht wieder vor der Möglichkeit durch Wahlsieg zur Regierungspartei zu werden. Diese Aussicht bestimmt wesentlich ihre gegenwärtige Haltung, die nicht nur ein formales Bekenntnis zur Regierungsübernahme darstellt sondern vornehmlich eine vorausschauende Vorbereitung zur fruchtbaren Regierungsführung. Daneben wird der unmittelbare Machtkampf selbst durch schärfste Kritik der schwächsten Stellen der gegenwärtigen Regierungspolitik geführt, vornehmlich der Außenpolitik. Das Wichtige und Beispielgebende dabei ist aber, daß die Kritik ihre Ergänzung in der energischen Vorbereitung zur eigenen Regierungsführung findet, sie ist ein ebenso wichtiger Teil des Machtkampfs, der die Chance gibt, daß die Partei zur Zeit ihrer Berufung durch Bewährung siegt. Dabei herrscht keineswegs geruhsame Einigkeit in der Partei. Hat die Arbeiterpartei zur Vorbereitung und Beschlußfassung auf dem Parteitag ein Wahl- und Aktionsprogramm mit dem Titel Labour and the Nation herausgegeben, so kämpfte der radikale Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei Maxton für ein Programm mit wesentlich gesinnungsreinerem, aber wohl deshalb zunächst undurchführbarerem Inhalt, mit der Überschrift Socialism in Our Time.

Der Parteitag fand Anfang Oktober in Birmingham statt. Lansbury als diesjähriger Parteivorsitzender lehnte den Gedanken eines Zusammengehens mit den Liberalen entschieden ab; mit gleicher Energie wandte er sich gegen die Kommunisten, die bis zur Revision ihres Programms außerhalb der Arbeiterpartei bleiben mußten. Den ersten Hauptgegenstand der Tagung, die Stellung zur Außenpolitik, leitete MacDonald mit einer großen Rede ein, in der er die jetzige Regierung als Führerin der reaktionären Kräfte in Europa bezeichnete und ihr die Hauptverantwortung am Scheitern der Seabrüstungskonferenz aufbürdete. Eine Resolution fordert eine in den gegenwärtigen Verhältnissen begründete sofortige energische Abrüstung, Verbot des Gaskriegs und als Aufgabe einer Arbeiterregierung die Veröffentlichung aller geheimen Abkommen. Auch die Aussprache über das Parteiprogramm (das als Wahl- und Aktionsprogramm gedacht ist) wurde von MacDonald eröffnet. Dieses Programm ist im

wesentlichen ein Programm der Regierungsmaßnahmen, die die Arbeiterpartei in der Regierung durchführen will. Als solches wird man es keineswegs "gemäßigt" sondern vielfach äußerst radikal, mitunter zu diesem Zweck auch wohl noch zu allgemein finden. Wichtig aber ist vor allem, daß die Partei vor der Möglichkeit des Regierungsantritts in voller öffentlicher Aussprache sich und der Öffentlichkeit über das jetzt mögliche Maß sozialistischer Gestaltung Klarheit zu schaffen sucht, durch die Aufstellung praktischer Forderungen, an deren weitgehende Durchführung die Partei wirklich glaubt, und die von ihren Wählern erwartet werden kann. Mit der vollsten öffentlichen Diskussion praktischer Maßnahmen stärkt sie gleichzeitig das Gewicht eines Wahlsiegs; denn er ist dann für die konkret formulierten Forderungen errungen. In der einleitenden Darlegung der Grundsätze der Partei erklärt sie, daß sie nicht als Wortführer einer Klasse sondern als politische Vertretung aller Schichten der arbeitenden Menschen auftritt. Sie bezeichnet sich als sozialistische Partei, deren Sozialismus weder ein gefühlsmäßiges Streben nach einer unmöglichen Utopie, noch eine blinde Bewegung des Aufruhrs gegen Armut und Unterdrückung ist, und betont, daß sie ihr Ziel mit friedlichen Mitteln, durch die Zustimmung der Mehrheit unter Ausnutzung der demokratischen Regierungsform, verwirklichen will. Als Grundprinzip formulierte man unter anderm »Steigerung des Wohlstands durch die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnis und zweckmäßiger Verwaltung auf die Gütererzeugung und Güterverteilung« und als ein Ziel »die Wirtschaft schrittweise und unter Bedachtnahme auf besondere Erfordernisse der einzelnen Berufszweige aus einem schmutzigen Kampf um privaten Gewinn in eine gemeinwirtschaftliche Leistung im Dienst und unter Kontrolle der Allgemeinheit zu verwandeln«. Auf der Grundlage dieser allgemeinen Gesichtspunkte werden nächste Aufgaben bestimmt. So die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, die Verstaatlichung der Arbeitslosenfürsorge, Ausdehnung des Schulalters auf das 15. Lebensjahr, wirtschaftspolitisch die Einsetzung eines Landeswirtschaftsrats zur Beratung und eines Landeswirtschafts- und Arbeitsamts zur Entwerfung von Plänen für den Ausbau der Wirtschafts-

kräfte und Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Weiter steht unter den nächsten Aufgaben die Sozialisierung des Bergbaus, der Energiewirtschaft, der Verkehrsmittel und der Lebensversicherung, besonders die Verstaatlichung der Eisenbahnen, wirksame Kontrolle des Bank- und Kreditwesens und Kontrolle über Wirtschaftsmonopole und Trusts, sowie Organisation und Kontrolle der Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr. Auf dem Gebiet des Agrarwesens, den englischen Verhältnissen entsprechend, langfristiger Pächterschutz neben der Hebung der Lage der Landarbeiter. Dann ein weitgehender Ausbau des Wohlfahrtswesens, ein demokratisches Schulsystem, das vom Kindergarten bis zur Universität reicht. Die Auslese dieser »nächsten Aufgaben« zeigt, daß es doch auch hier noch sehr auf die Durcharbeitung dieser Forderungen und ihre weitere Konkretisierung wesentlich ankommen wird. Doch zeigte sich zum Beispiel bei der Debatte über die Bank-, Währungs- und Kreditpolitik, daß der Partei ein Stab theoretischer und praktisch geschulter Fachleute zur Verfügung steht, und die Erklärung Snowdens gegenüber der Opposition, daß die sozialistische Finanzpolitik nicht in erster Linie eine Verteilungspolitik bedeute sondern auf die Erhöhung der Produktion abzielen müsse, beweist, daß man den Übergang von notwendig allgemeineren Bekenntnissen zur Realisierung unter günstigen Voraussetzungen durchführen wird. Das Programm ist vom Parteitag angenommen worden. Es wäre von außerordentlicher Bedeutung zu sehen, in welchem Maß bei einem sozialistischen Sieg die Arbeiterpartei mit diesem Programm praktische Politik zu machen versteht. Allerdings ist, trotz den so günstig ausgefallenen Kommunalwahlen, die Siegesgewißheit nicht allzu groß. Als unberechenbarer Faktor des kommenden Wahlkampfes werden 5 Millionen neuer weiblicher Stimmen das Resultat erheblich bestimmen.

**Österreich: Par-** Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der vom 14. bis zum

17. September in Wien tagte, war völlig von brennenden Problemen der Tagesarbeit erfüllt; er war vorzeitig einberufen worden, um den parlamentarischen Kampf um Vorlagen der Regierung auf eine breite Grundlage zu stellen. Die Lage der Partei in Österreich kann mit der

keiner andern sozialistischen Partei verglichen werden. Einmal liegt das an dem äußern Gesamtzustand des Landes; dieses Land wird selbst von seinen Bewohnern als in einem unzulänglichen Übergangszustand befindlich empfunden, so daß an dessen Erhaltung für die Dauer nicht allzu viel liegt. Innenpolitisch steht der Sozialdemokratie der Feind, verkörpert in der Christlichsozialen Partei, fanatisch verbissen gegenüber. Dazu kommt, daß die Sozialdemokratische Partei in der restlosen Beherrschung und erfolgreichen und entschlossenen sozialistischen Führung der Gemeinde Wien einen konzentrierten Ausdruck ihrer Kraft und ihres Machtstrebens besitzt, der die Möglichkeit gibt vitale Interessen der von der Gegenpartei geführten Gruppen anzugreifen, wie umgekehrt die Gegenpartei in diesem sozialistischen Kraftzentrum ein entschiedenes Angriffsziel sieht und sehen muß. Einer Zweiparteiengliederung mit an sich schärfster Gegensätzlichkeit der Interessen und Weltanschauungen ist ein äußerst sichtbares und konzentriertes Kampfobjekt gegeben; nämlich die Gemeinde Wien und ihre Verwaltungsarbeit.

Die Themen des Parteitags, der auch durch die Höhe der theoretischen Diskussion Aufsehen erregte, waren der Mieterschutz und die sozialdemokratische Wohnungspolitik, der Kampf um die Abgabenteilung, Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung, der Pächterschutz. Die ersten Punkte bildeten den Hauptinhalt der Tagung. Die Regierung hatte durch 2 Vorlagen, sicher wesentlich zu diesem Zweck, eine gefährliche Untergrabung der Wiener Gemeindegewirtschaft eingeleitet: die Änderung der Mietsgesetzgebung durch Erhöhung des gesetzlichen Mietzinses, dessen niedriger Stand die Grundlage der Wiener Wohnbausteuer ist, und eine Novelle zum Gesetz über die Abgabenteilung (Finanzausgleich), die Wien einen erheblichen Teil seiner Steueranteile nehmen und sie an die übrigen Länder verteilen will. Man muß den österreichischen Genossen zuerkennen, daß sie auf jeden Angriff durch seine Umkehrung zu antworten und jeden sozialistischen Gegenangriff mit großem Geschick zu begründen verstehen. Otto Bauer antwortete der Regierung in seiner großen Rede über die Wohnungspolitik: »Wenn ernste Verhandlungen über die Lösung der Wohnungsfrage möglich wären, wür-

den wir die ersten Verhandlungen lieber heute als morgen führen.« Er erklärte die Zustimmung zur Mieterhöhung, aber nur zum Zweck der Beseitigung der Wohnungsnot, das heißt zum Wohnungsbau. Die Nichtaufwertung der Hausherrenmiete hat nun tatsächlich in Österreich noch mehr sachliche Gründe als bei uns, da keine sonstige Aufwertung erfolgt ist, und der Hausbesitz erheblich gewechselt hat und in spekulative Hände übergegangen ist; die Begründung des öffentlichen Wohnungsbaus mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit einer privaten Lösung der Baufrage ist zwingend, ebenso die Begründung der Mieterhöhung als Opfer der Wohnungsinhaber zugunsten der Wohnungslosen. Dem christlichsozialen Gegner ist so eine schlüssige Kampfpapole mit konkretem und möglichem Ziel entgegengeworfen; aber bei der Stärke beider Partner und dem Fehlen demokratischer Tradition ist keine Lösung des Kampfs, nur Siedehitze der Kampf Stimmung zu erwarten. Die Form des Kampfs kann dabei nicht immer Beispiel sein; sie wird aber durch die Lage im Land wesentlich vorgeschrieben. In ähnlich scharfer Weise wie gegen die Regierungsregelung der Mieterhöhung wandte sich der Parteitag nach einem Referat Robert Dannebergs gegen die geplante Abgabenteilung. Zu den anderen Tagesordnungspunkten wurde vornehmlich Sicherung und Erweiterung des Pächterschutzes und die Inkraftsetzung der Invaliditäts- und Altersversicherung, die zwar gesetzlich festgelegt, aber noch nicht durchgeführt sind, als Aufgabe für die kommende Parlamentsarbeit gefordert. Am Schluß dieses Parteitags der Tagesarbeit betonte der Vorsitzende Seitz: »Wir unterschätzen die Gegenwartsarbeit nicht . . . Wir werden die Tagesarbeit täglich und stündlich leisten mit all dem Fleiß, der uns zu Gebote steht. Aber . . . nie werden wir vergessen, daß wir über den Tag an die Zukunft zu denken haben.«

Aus dem Bericht der Parteivertretung ging hervor, daß eine Mitgliederzunahme um 34 966 männliche und 3500 weibliche Mitglieder stattgefunden hat.

**Schweiz; Partei-** Auch der Parteitag der tag 1928

Schweizer Sozialdemokratie, der am 8. September in Zürich eröffnet wurde, stand unter dem Eindruck des kommenden Wahlkampfes und beschäftigte sich wesentlich

mit der Stellungnahme zu Fragen gegenwärtiger Politik und der Erweiterung des sozialistischen Wirkungskreises durch ein Agrarprogramm. Über das Wahlprogramm referierte Grimm, der aus der Vereinigung aller Gegner der Sozialdemokratie zu einem Block den Schluß zog, daß dies den Kampf der Sozialdemokratie in Wahrheit erleichtere. Neben sozialpolitischen Forderungen war Kritik besonders an der Außenpolitik und hier an der zu schwächlichen Haltung der Schweizer Regierung gegenüber dem eindringenden Fascismus die Hauptparole für den Wahlkampf. Der Entwurf des Agrarprogramms, der dem Parteitag vorlag, erkennt ausdrücklich die Notwendigkeit des bäuerlichen Einzelbetriebs und des bäuerlichen Arbeitseigentums an; mit ihm will man vornehmlich die in der Schweiz große Schicht der Kleinbauern gewinnen, deren Unzufriedenheit gegenüber der Leitung der Bauernpartei in letzter Zeit recht sichtbar geworden ist, ein ermunterndes Zeichen für den Erfolg der sozialdemokratischen Werbung. Der Parteitag diskutierte weiter lebhaft die sehr aktuelle Frage der schweizerischen Politik, das Problem der Getreideversorgung. Zu einem greifbaren Resultat kam man hierbei aber nicht, da ein fertiger Entwurf des Nationalrats noch nicht vorliegt. Die Verlegung des Vororts der Partei von Bern, wo er sich jetzt seit etwa 10 Jahren befindet, nach Zürich, der Stadt der sozialistischen Mehrheit, wurde einer Kommission zur Beratung übertragen. Der Parteitag bot ein Bild starker Geschlossenheit. Der Bericht der Parteileitung ließ für das Jahr 1928 einen nicht unbeträchtlichen Zuwachs an Mitgliedern erkennen. Die allgemeinen Wahlen, die Ende Oktober stattfanden, brachten dann eine Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen um 30 000 auf 270 000, und die Partei gewann 3 und verlor 2 Mandate zum Nationalrat. Mit 50 Vertretern ist sie im Nationalrat jetzt die zweitstärkste Partei. Ihre beiden Sitze im Ständerat hat sie freilich verloren.

**Totenliste**

Anfang 1928 starb in Moskau eine alte russische Revolutionärin, *Natalja Kogan Bernstein*, deren Ehemann und Sohn ebenfalls der sozialrevolutionären Bewegung gedient hatten und der Verfolgung zum Opfer gefallen waren. Kogan Bernstein war eins der bedeutendsten Mit-

glieder der Narodnaja Wolja; sie bewirkte das Attentat auf Alexander II. Ihr Mann wurde nach Jakutsk verbannt und später hingerichtet. Ihr Sohn war Sozialrevolutionär und wurde als solcher 1918 von den Bolschewisten erschossen. Es ist charakteristisch, daß die Prawda in ihrem Nachruf auf Kogan Bernstein diese Tatsache verschleiert und, nach 10 Jahren, statt ihrer eine sentimentale Mitleidsbeteuerung anbringt.

Nach schwerer Krankheit starb Ende Februar, im Alter von 62 Jahren, der Landtags- und Reichstagsabgeordnete *Gustav Stollberg*, der in seiner Heimatstadt Magdeburg und deren Umgebung einer der unermüdetsten Agitatoren für die Sozialdemokratie war. Er hatte sich aus kleinen Verhältnissen zu leitender Stellung hinaufgearbeitet. Er mußte infolge seiner politischen Tätigkeit wegen angeblichen politischen Meineids eine 3jährige Zuchthausstrafe verbüßen; ein Gnadengesuch einzureichen lehnte er ab. Nach seiner Entlassung wählten ihn die Genossen zum Stadtverordneten, später wurde er Stadtverordnetenvorsteher und Landtagsabgeordneter. Im Reichstag folgte er kurz vor seinem Tod dem Genossen Silberschmidt.

Nach einer Gallensteinoperation starb in Mannheim am 28. Mai *Oscar Geck*, in seinem 61. Lebensjahr. Er hatte Volkswirtschaft studiert, wandte sich aber sofort nach Beendigung des Studiums der Journalistik zu. Er wurde 1901 Redakteur der Mannheimer Volksstimme und leitete das Blatt bis zu seinem Tod. 1905 wurde er in Mannheim in die Kommune gewählt und arbeitete dort mit größtem Eifer. 1914, nachdem Ludwig Frank gefallen war, folgte er diesem in den Reichstag. Er gehörte später auch der Nationalversammlung an.

Am 30. Oktober starb in Warschau, 52 Jahre alt, einer der Führer des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds, *Joseph Isbitzkij-Michalewitsch*. Sein Leben war eine Kette von Leiden und Verfolgungen. Er war in Brest Litowsk geboren, wurde mit 17 Jahren Mitglied der geheimen Arbeiterorganisation, um im Alter von 22 Jahren bereits der Ochrana zum Opfer zu fallen. Erst die Märzrevolution 1917 machte ihn frei. Die letzten 10 Jahre war er in Polen tätig. Er wirkte als Vorstandsmitglied des Bundes und als Redakteur des Warschauer Zentralorgans, der Jüdischen Volkszeitung. Im jüdischen Proletariat genoß er größte Verehrung.

Erst 38 Jahre alt, auf der Höhe seiner Kraft und seiner Kampfesfreude, starb an einem Magenleiden Ende Juli einer der hoffnungsvollsten unter den dänischen Arbeiterführern: *Marinus Kristensen*. Er war ursprünglich Setzer, fing schon mit 17 Jahren an für die Interessen der Arbeiterschaft zu schreiben und zu sprechen, und bald galt er als einer der besten Redner der Partei. Von 1920 an war er Redaktionsmitglied des dänischen Zentralorgans, seit 1924 neben Borgbjerg leitender Redakteur. Daneben wirkte er in der Kommune Kopenhagen und leistete rednerisch der Partei die stärkste Propagandaarbeit.

**Kurze Chronik** Ein hoffnungsvolles Vorzeichen für die kommende Parlamentswahl in England ergeben die Munizipalwahlen in London und der englischen Provinz, bei denen die Arbeiterpartei insgesamt 182 Sitze gewann, während alle anderen Parteien Verluste erlitten. Allerdings betrug die Wahlbeteiligung nur 35%, und bei den Parlamentswahlen werden 5 Millionen neuer weiblicher Stimmen mitwirken. ◊ Die Wahlen zur Zweiten Kammer *Schwedens* brachten demgegenüber der Sozialdemokratie einen Verlust von 14 Sitzen, den Kommunisten einen Gewinn um 3 Sitze. ◊ Das erste eigene Haus der Sozialistischen Partei in *Paris* wurde durch den Ankauf eines Hauses durch die Partei und ihre Tageszeitung, den *Populaire*, im 9. Bezirk, unweit der Boulevards, geschaffen. ◊ Das *lettländische* Parteiorgan, der Sozialdemokrat, feierte im November sein 10jähriges Bestehen. Es begann 3 Tage nach der Erklärung der Selbständigkeit Lettlands zu erscheinen. Unter dem bolschewistischen und dem reaktionären Regime wurde es 1919 unterdrückt; bis zum Einzug der Provisorischen Regierung am 5. Juli. Seitdem hat dieses Blatt sich in hartem Kampf behauptet. ◊ In Wetzlar, wo Bebel von 1846 bis 1859 seine Jugend- und Lehrjahre verlebte, wurde im August zur Erinnerung daran von der Partei ein granitener *Bebelgedenkstein* gesetzt.

**Literatur** Im Augenblick, da die englische Arbeiterpartei wieder beginnt die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, scheint es angebracht auf ein Lebensbild ihres Führers hinzuweisen, das in hohem Grad das Verständnis für die Politik dieser Partei vermittelt; auf *Mary Hamiltons*

Biographie *James Ramsay MacDonalds*, übersetzt von Siegmund Feilbogen / Zürich, Orell Füßli/. »Das Buch war die Aufrichtigkeit selbst . . ., aber es war eine Verherrlichung MacDonalds«, so schreibt der Übersetzer, und man kann sich bei der Lektüre des Eindrucks, daß Aufrichtigkeit hier zur Verherrlichung wird und werden kann, nicht entziehen. Dem warmen Eifer der Verfasserin gelingt es durch eindringlichstes Erfassen von Reden, Schriften und anderen Lebensäußerungen des Führers der Labour Party ein Bild von seinem Charakter, Denken und Wirken zu gestalten, von dem als unvermeidliche Wirkung stärkste Erziehungskraft ausgeht. Aufbauender Tatsachensinn, dem Sichberauschen am Wort und durch Selbsttäuschung unerträglich sind, verbunden mit überraschender, vorbildlicher Geschlossenheit und Fähigkeit zur Konsequenz, die in jedem Augenblickshandeln tatsächlich Zukunft gestaltet, machen einen Teil der politischen Bedeutung MacDonalds aus. Er gehört nicht zu jener Art Realisten, die konstruktive Gegenwartsgestaltung mit dem Erjagen jedes denkbaren Augenblickserfolgs verwechseln. Mag man an einzelnen der im Buch aufgezeigten Züge Kritik üben wollen, das Gesamtbild zeigt so viel menschliche und politische Werte, daß man das Buch vor allem auch in die Hände der aufstrebenden sozialistischen Jugend wünschen muß. ◊ Ein Heft der Jungsozialistischen Schriftenreihe /Berlin, E. Laub/ behandelt die *amerikanische Arbeiterbewegung* im Licht der amerikanischen Kritik. Es enthält eine Anzahl Aufsätze Arthur W. Calhouns, eines Lehrers an der amerikanischen Gewerkschaftsschule, dem Brookwood Labor College im Staat New York. Die kritischen Betrachtungen Calhouns gipfeln in der Behauptung, daß eine wirkliche Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten »noch gar nicht bestehe«. A. J. Muste, der Leiter des Brookwood Labor College, sucht dagegen Ansatzpunkte günstigerer Entwicklung aufzuzeigen. Die Schrift ist von Horst Benzen mit einem geschichtlichen Überblick über die amerikanische Arbeiterbewegung eingeleitet. ◊ Im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschien unter Leitung Josef Luitpolds das *Arbeiterjahrbuch 1928*. Es enthält unter anderem einen Beitrag Luise Kautskys: Begegnungen, Erinnerungen und Briefwechsel mit alten führenden Genossen aus vielen Ländern, weiter Holzschnitte von Leschau, Schatz und Masereel.

### Genossenschaftsbewegung / Reinhard Weber

#### Italien

Die Nachrichten über die Entwicklung der Genossenschaften im fascistischen Italien fließen recht spärlich. Die mit dem Fascismus liebäugelnde Presse pflegt für das Genossenschaftswesen wenig Interesse zu haben. Andererseits will die genossenschaftliche und genossenschaftsfreundliche Presse in der Regel vom Fascismus nicht viel wissen. Was aber trotz dieser verschieden begründeten "Interesselosigkeit" neuerdings über die italienische Genossenschaftsbewegung bekannt geworden ist, läßt erkennen, daß es mit den Genossenschaften in Italien wieder tüchtig aufwärts geht, und scheint das vor etwa 2 Jahren in dieser Rundschau (1926 Seite 641 und folgende) versuchte gerechte Urteil zu bestätigen. Die im vorfascistischen Italien blühenden Konsumgenossenschaften (es waren 1921 noch 3986) sind zu Beginn des fascistischen Regimes bekanntlich aus politischen Gründen fast sämtlich vernichtet worden, und sie fehlen auch noch in der amtlichen Genossenschaftsstatistik von 1925 als besonders aufgeführte Genossenschaftsgruppe. Dagegen marschieren 1927 die Konsumgenossenschaften mit 3180 an Zahl und 925 Millionen Lire Umsatz schon wieder an der Spitze der italienischen Genossenschaftsbewegung. Auch eine konsumgenossenschaftliche Großeinkaufsgesellschaft wurde im Oktober 1927 gegründet. Im ganzen gab es Ende 1925 in 9185 italienischen Gemeinden 9420 Genossenschaften, und zwar 3023 landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften, 2643 Spar- und Darlehnskassen, 1325 Einkaufsgenossenschaften, 930 landwirtschaftliche Feuer- und Viehversicherungsgenossenschaften, 331 Arbeitsgenossenschaften und 1141 andere Genossenschaften. Die Statistik von Ende 1927 arbeitet, für die Zwecke des Vergleichs: leider, mit einem andern Einteilungsprinzip, da inzwischen eine Neuordnung der genossenschaftlichen Spitzenorganisationen in Kraft getreten ist und durchgeführt wird. So fehlen in der Zusammenstellung von 1927 anscheinend die städtischen Kreditgenossenschaften. Auch bringt die Statistik von 1927 nur die bereits von dem neuen zentralisierten Genossenschaftssystem erfaßten Genossenschaften, ist also nicht vollständig. Es gab danach Ende 1927 außer den oben erwähnten 3180 Konsumgenossenschaften 1276 Arbeitsgenossenschaften, die im Berichtsjahr für 370 Millionen

Lire Arbeiten ausgeführt hatten, 350 Pachtgenossenschaften, die 40000 Hektar in Pacht genommen hatten, 954 landwirtschaftliche Einkaufsgenossenschaften mit einem Jahresumsatz von 322 Millionen Lire, 90 Winzergenossenschaften mit einer Jahresproduktion von 550 Hektoliter Wein, 37 Molkereigenossenschaften, 227 Hilfsvereine, 237 ländliche Kreditgenossenschaften und 600 landwirtschaftliche Viehversicherungsgenossenschaften mit mehr als 700 000 Mitgliedern und über 1 Milliarde Lire Kapital. Das sind im ganzen 7333 Genossenschaften.

Die erwähnte Neuordnung der genossenschaftlichen Zusammenfassung und Gliederung besteht in der Schaffung des Ente Nazionale della Cooperazione. Dieses Nationalamt für Genossenschaftswesen hat öffentlichrechtlichen Charakter und nimmt gleichzeitig die Funktionen wahr, die in anderen Ländern von freien genossenschaftlichen Zentralverbänden ausgeübt zu werden pflegen. Untergegliedert ist das italienische Nationalamt für Genossenschaftswesen in 4 Verbände und zwar in je einen für Produktions-, Pacht-, Bau- und Konsumgenossenschaften. Außerdem besteht eine Gliederung in Provinzialverbände. Damit scheint sich der italienische Fascismus endgültig das Organisationssystem geschaffen zu haben, das die Entwicklung des italienischen Genossenschaftswesens nach den fascistischen Grundsätzen und zu seinen Zielen garantieren soll.

**England** Wer die antikapitalistische Tendenz der konsumgenossenschaftlichen Bewegung grundsätzlich einräumt, ihre praktische Bedeutung für den Sozialismus aber wegen des verhältnismäßig langsamen Tempos ihrer Entwicklung nicht hoch einzuschätzen pflegt, kann aus den Nachrichten über den Stand der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung in Großbritannien und Irland Ende 1927 neuen Mut schöpfen. Das alte Mutterland der Konsumgenossenschaftsbewegung hat in diesem Jahr Fortschritte gemacht, die wirklich hoffnungsvoll stimmen. Die Mitgliederzahl der britischen und irischen Konsumgenossenschaften vermehrte sich 1927 gegen das Vorjahr um 392 310 auf 5 579 038. Das ist eine Steigerung um 7,56 %. Die Umsätze (ohne die Abgabe von Bedarfsgütern aus konsumgenossenschaftlicher Eigenproduktion) erhöhten sich um 306 918 700 Mark auf 4 078 468 700. Der Wert der in den Genossenschaften abgegebenen

Eigenproduktionsbedarfsgüter betrug 1927 über 700 Millionen Mark. Das Eigenkapital aller britischen Konsumgenossenschaften betrug 1 882 532 500 Mark; das sind 337 pro Mitglied. Die Geschäftsguthaben und Spareinlagen beliefen sich auf 2 239 286 200 Mark. Die Überschüsse in der Bedarfsgüterverteilung aller britischen Konsumgenossenschaften überstiegen 1927 die des Vorjahrs um 50 946 700 Mark und erreichten damit 477 865 400. Nach Abzug der in Großbritannien und Irland noch immer üblichen Verzinsung der Geschäftsanteile verblieb noch ein Überschuß von 397 799 300 Mark. Das sind 9,75 % aller Umsätze beziehungsweise 21,13 % der gesamten Geschäftsguthaben. Die Anzahl der konsumgenossenschaftlichen Arbeitnehmer stieg im Berichtsjahr um 10 429 auf 197 943. Davon waren 69,6 % in der Verteilung und 30,4 % in der Produktion beschäftigt. Sie erhielten an Löhnen respektive Gehältern 416 492 300 Mark. Die dem Konsumgenossenschaftswesen wirtschaftlich angegliederten, aber äußerlich selbständigen 102 Produktivgenossenschaften hatten im Berichtsjahr 38 766 Mitglieder und erzielten einen Umsatz von 128 060 800 Mark gegen 117 916 900 im Vorjahr. Dieser Umsatz macht 3,14 % des Umsatzes aller Konsumgenossenschaften aus. Die Überschüsse betragen 8 931 600 Mark. An Arbeitsentgelt erhielten die 13 291 an der Produktion mitwirkenden Genossen 31 715 000 Mark. Die 3 Großeinkaufsgesellschaften; die englische, die schottische und die irische, setzten 1927 Bedarfsgüter im Wert von 2 150 217 600 Mark um. Das ist ein ausgezeichnetes Ergebnis, denn es bedeutet 52,72 % des gesamten konsumgenossenschaftlichen Umsatzes in Großbritannien und Irland. Die Eigenproduktion der englischen Gesellschaft hatte im Berichtsjahr einen Wert von 648 367 100, die der schottischen von 122 932 200 Mark.

**Bulgarien** Vor 38 Jahren wurde in Bulgarien die erste landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft gegründet, vor 27 Jahren die erste Konsumgenossenschaft. Heute hat Bulgarien ein ziemlich blühendes Genossenschaftswesen und übertrifft darin ohne Zweifel die übrigen Balkanländer. Natürlich übertrifft in diesem Agrarland das ländliche Genossenschaftswesen an Zahl und Bedeutung das städtische. Die Industrialisierung bringt allmählich aber auch die städtischen Genossenschaften zu größerer Entwicklung. Den stärksten

Aufschwung nahm die Genossenschaftsbewegung 1920 und in den folgenden Jahren. Dieser Aufschwung war zum Teil sogar überstürzt, und viele Neugründungen hatten nur ein kurzes Leben. Die Anzahl der Neugründungen betrug 1920 828, 1921 264, 1922 195, 1923 238, 1924 448, 1925 321, 1926 209 und 1927 184. Von diesen 184 im Jahr 1927 neu gegründeten Genossenschaften waren 72 städtisch und 112 ländlich. Sie setzten sich zusammen aus 93 Kreditgenossenschaften (davon 10 städtische), 7 Konsumgenossenschaften (4), 19 Baugenossenschaften (18), 39 Ein- und Verkaufsgenossenschaften (18), 1 Versicherungsgenossenschaft (0), 18 Produktivgenossenschaften (15) und 7 städtischen sonstigen Genossenschaften. Von den Neugründungen des Jahres 1924 waren 126 Kreditgenossenschaften (davon 11 städtische), 1925 133 (20), 1926 79 (10). Heute bestehen in Bulgarien insgesamt 1738 Genossenschaften mit 515 200 Mitgliedern und 1 499 299 432 Lewa Kapital. Die Anzahl der ländlichen Genossenschaften beträgt 1365 mit 197 752 Mitgliedern und 1 032 394 432 Lewa Kapital. Ein großer Teil dieser landwirtschaftlichen Genossenschaften ist in einer Spitzenorganisation zusammengefaßt, die sich in 17 Bezirksorganisationen gliedert und Immobilien und Mobilien im Wert von 27 Millionen Lewa besitzt. Die Zentralgenossenschaftskasse der ländlichen Genossenschaften ist die halbstaatliche Bulgarische Landwirtschaftsbank. Die angeschlossenen Genossenschaften erhielten von ihr 1927 Kredite in Höhe von 923 Millionen Lewa, von denen 861,6 Millionen an die einzelnen Genossen zur Ernte- und Gerätefinanzierung weitergegeben wurden. Unter den städtischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften überwiegen die Volksbanken. Es gab deren 1927 insgesamt 128 mit einem Genossenschaftskapital von 342 Millionen Lewa und Reserven in Höhe von 85 Millionen. Die Einlagen betragen 823 Millionen Lewa, die eingeräumten Kredite 1089 Millionen. Diese Genossenschaften finanzieren zum Teil auch die Elektrifizierung der kleinen Städte. Mit 245 anderen städtischen Genossenschaften sind die Volksbanken einer besonders Zentralgenossenschaftsbank angeschlossen, die kürzlich ihren 17. Genossenschaftstag abgehalten hat. Sie verfügt über ein Kapital von 1 032 394 432 Lewa. Die 373 insgesamt ihr angeschlossenen Genossenschaften haben zusammen 317 448 Mitglieder. Direkt angeschlossen sind allerdings von

den 373 nur 165, während 208 über den Verband der Bulgarischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit dieser genossenschaftlichen Zentralbank verkehren. Mit aus diesem Grund ist die Zentralgenossenschaftsbank nicht so kapitalkräftig, wie es zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig wäre. So konnte sie nur an 39 von insgesamt 180 Wohn- und Baugenossenschaften Kredite geben, und zwar 194 Millionen Lewa, während die übrigen 141 leer ausgehen mußten.

Die Anzahl der bulgarischen Konsumgenossenschaften beträgt 69. Sie haben zusammen 61 761 Mitglieder und ein Kapital von 203 Millionen Lewa. Die interessanteste Erscheinung der bulgarischen Genossenschaftsbewegung sind die Handwerkerproduktivgenossenschaften. Ganz durchsichtig sind die Berichte, die bekannt wurden, nicht. Es scheint sich aber nicht um kombinierte handwerkliche Rohstoff-, Werk- und Magazingenossenschaften zu handeln, die nur ergänzend neben den handwerklichen Einzelbetrieb, der bestehen bleibt, treten, sondern um ein Aufgehen der Einzelbetriebe in Produktivgenossenschaften. Sie wollen den gelernten Handwerker vor der Proletarisierung bewahren, ihm aber trotzdem den Vorteil industriell-maschineller Produktion gewähren und schließlich den Zwischenhandel zu seinen Gunsten ausschalten, was ja in einem Land mit teilweise orientalischem Einschlag von besonderer Wichtigkeit ist. Obwohl bekanntlich in fast allen kapitalistischen Ländern sich solche für den freien Markt produzierenden Produktivgenossenschaften auf die Dauer nicht halten können, scheint man also in Bulgarien dieses Experiment von neuem zu versuchen. Es wurden 1924 in Städten 50 und auf dem Land 8 solcher Handwerkerproduktivgenossenschaften gegründet, 1925 40 und 19, 1926 35 und 23, 1927 15 und 3, im ganzen also 193. Heute bestehen jedoch nur noch 71 mit 788 Mitgliedern. Sie verfügen über 32 Millionen Lewa Eigenkapital und 58 Millionen Leihkapital, das sie von der Zentralgenossenschaftsbank erhalten haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Versuche zu einem Teil dauernden Erfolg haben werden. Denn es kommt hier, wie schon erwähnt, die planmäßige Ausschaltung des Zwischenhandels hinzu. In 4 der größten Städte haben die Handwerkerproduktivgenossenschaften besondere Verkaufsstellen aufgemacht. Möglicherweise liegt hier der Schlüssel des Erfolgs. Aber natürlich verlieren diese Genossenschaften dadurch mehr und



mehr den Charakter echter Produktivgenossenschaften. Sie müssen Arbeitnehmer einstellen für den Verkauf und werden das je nach der Konjunktur auch in der Produktion tun müssen. Es handelt sich dann im Grund um handwerkliche Produktionsgesellschaften mit genossenschaftlicher Rechtsform. Aber es kann auf diese Weise den beteiligten Handwerkern glücken selbständig zu bleiben, statt abhängig zu werden.

**Filmpropaganda** Schon seit längerer Zeit ist der Film in den Dienst der Genossenschaftspropaganda gestellt worden. So hat zum Beispiel der Zentralverband Deutscher Konsumvereine in Verbindung mit seiner Großeinkaufsgesellschaft und seiner Verlagsgesellschaft seit 1925 etwa 20 Lehr- und Werbefilme hergestellt. Ähnliches leisteten die Genossenschaftsverbände anderer Länder. Alle diese Filme waren ausgesprochen der Belehrung gewidmet, also rein sachlich argumentativ gehalten. Nun hat der Reichsverband Deutscher Konsumvereine in Köln einen "richtigen" genossenschaftlichen Romanfilm herausgebracht: Suse Kerkstraten, Erlebnisse einer Genossenschafterin. Es wird darin versucht die Romanspielhandlung immer im Vordergrund stehen zu lassen und den Genossenschaftsgedanken und die Genossenschaftsanlagen organisch in die Handlung einzufügen. Das ist natürlich sehr schwer. Wer wie der Bearbeiter dieser Rundschau die Erstaufführung dieses Films in einem der größten Kölner Lichtspieltheater miterlebt hat, wird sich des Eindrucks nicht haben erwehren können, daß manches für die Romanhandlung an den Haaren herbeigezogen erscheinen muß, was andererseits für die im Grunde doch beabsichtigte Genossenschaftspropaganda natürlich wesentlich ist. Trotzdem müßte man den Versuch als gelungen bezeichnen, wenn man diesen Film wirklich im Wochenprogramm großer, vom allgemeinen Publikum besuchter Lichtspieltheater laufen lassen könnte. Das wird aber, wie die Dinge liegen, vorläufig kaum zu erreichen sein. Für Zuschauer, die bereits Genossenschafter sind, dürfte dagegen eine genossenschaftliche Belehrung auch durch einen Film anziehend zu gestalten sein, der auf das Kinoromanhafte verzichtet. Bleibt als Möglichkeit noch die Vorführung in besonders veranstalteten Massenversammlungen, deren Teilnehmer erst als Genossenschafter geworben werden sollen. Für diesen Zweck mag der Versuch des Reichsverbands diskutabel sein.

**Kurze Chronik** Die Universität Marburg hielt vom 15. bis zum 20. Oktober einen *Genossenschaftskursus* ab. Er wurde von mehr als 200 Teilnehmern besucht. Sie setzten sich aus Vorständen, Aufsichtsräten und Angestellten der Genossenschaften sowie Mitgliedern der Verwaltung des genossenschaftlichen Provinzialverbands zusammen.  $\diamond$  Der *Rheinische Genossenschaftsverband* hielt am 23. und 24. September in Köln seinen 38. Verbandstag ab. Die Tagung wurde von etwa 100 Verbandsvertretern besucht. Unter anderm verhandelte man im Anschluß an Referate über den Ausbau der Revisionen, den Kampf des gewerblichen Mittelstandes um seine wirtschaftliche Freiheit und über Steuerfragen der Genossenschaften.  $\diamond$  In den ersten 3 Quartalen des Jahrs 1928 konnte die Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Feuer- und Sachversicherungsgesellschaft *Eigenhilfe* 63 000 neue Anträge für Feuer- und 4000 für Versicherung gegen Einbruchdiebstahl verzeichnen. Die Prämieinnahmen betrugen 1 646 000 Mark. An Stelle des verstorbenen Heinrich Kaufmann wurde Henry Everling in den Vorstand gewählt.  $\diamond$  Durch Parlamentsgesetz wurde in *Canada* eine staatliche »Beaufsichtigung der genossenschaftlichen Tätigkeit« eingeführt. Ihre Aufgaben decken sich etwa mit der Führung des Genossenschaftsregisters, wie es in vielen Ländern besteht. Den Anlaß zu diesem Gesetzgebungsakt des canadischen Parlaments gab ein vorher im canadischen Staat Alberta beschlossenes Gesetz. Der Inhalt des Gesetzes von Alberta geht weiter als der des gesamtcanadischen. In Alberta soll der leitende Registerbeamte unter anderm bei Neugründungen Ratschläge erteilen, »die Genossenschaften fördern und ihre Entwicklung unterstützen«.

**Literatur** Von dem *Handbuch des Genossenschaftswesens*, das Ernst Grünfeld in Gemeinschaft mit anderen herausgibt /Halberstadt, H. Meyer/, und von dem der 3. und der 4. Band bereits vor längerer Zeit herauskamen, ist nunmehr der vom Herausgeber selbst verfaßte 1. Band, Das Genossenschaftswesen volkswirtschaftlich und soziologisch betrachtet, in einem Umfang von 364 Seiten erschienen. Das wertvolle Werk behandelt im 1. Hauptteil die Theorie des Genossenschaftswesens, im 2. die allgemeine Geschichte des Genossenschaftswesens und im 3. das Genossenschaftswesen in

Deutschland. Am wichtigsten ist ohne Zweifel der 1. Hauptteil. Denn an guten genossenschaftstheoretischen Werken fehlte es bisher sehr, während der Stoff der beiden anderen Teile, wenn auch meist mit geringerm soziologischen Verständnis, schon öfter zusammengetragen worden ist. Da aber das vorliegende Handbuch nicht nur der rein wissenschaftlichen Erkenntnis sondern auch als Lehrbuch dienen soll, rechtfertigt es sich, daß innerhalb seiner 4 Bände auch die allgemeine Geschichte sowie Stand und Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens enthalten sind. Die geschichtlichen Daten sind in der Regel bis 1925 oder 1926 angeführt, für Italien aber im wesentlichen nur bis 1921. Eine Reihe von Ländern fehlt ganz, zum Beispiel Bulgarien. Am meisten aus Eigenem schöpft Grünfeld natürlich in dem wichtigsten 1. Hauptteil, auf dessen neuen und für die Beurteilung und Praxis des Genossenschaftswesens fruchtbaren Gehalt gelegentlich ausführlicher eingegangen werden muß.

◊ Im Verlag H. Meyer in Halberstadt ist nun auch das 4. Heft der in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 814) bereits angezeigten Sammlung *Die Genossenschaft* herausgekommen. Es ist von Franz Helpenstein verfaßt und trägt den Titel *Die Besteuerung der Genossenschaften* (1. Teil). Der Verfasser behandelt darin die allgemeinen Vorschriften und die Körperschaftssteuer. Die Schrift will »nur ein Wegweiser in steuerlichen Fragen« sein und ist unter diesem Gesichtswinkel in der Tat zu begrüßen.

#### Nationale Bewegung / Günter Kelser

**Tschechoslowakei** Am 28. Oktober 1918 gelang der tschechischen Nationalbewegung in Prag, trotz der Abwesenheit fast aller bisherigen Führer, durch ein hervorragend geschicktes diplomatisches Agieren und durch die innere Unsicherheit aller Gegenkräfte die unblutige Nationalrevolution, die Grundlegung des souveränen Staats. Durch die fast gleichzeitig, aber ganz ohne Wissen von den Prager Vorgängen erlassene Deklaration von Sankt Martin manifestierte der Slowakische Nationalrat die Bereitschaft der Slowaken sich mit den Tschechen zu einer staatlichen Einheit zu verbinden. Aber erst nach schwierigen internationalen Verhandlungen konnten die tschechischen Truppen die Slowakei und die magyarischen Grenzstriche besetzen. Da es der letzten Wiener Zentralgewalt nicht mehr ge-

lungen war irgendwelche sichernden Abmachungen für die Ordnung der deutschen Dinge in der Tschechoslowakei zu erreichen, wurden die neugegründeten deutschen Länder Nordböhmen und Sudetenland im Lauf des Novembers und Dezembers mehr oder minder gewaltsam der Tschechoslowakischen Republik einverleibt. Damit war der neue Staat »innerhalb seiner historischen Grenzen« endgültig errichtet, nachdem bereits am 14. November eine Verfassungsgebende Nationalversammlung, in der kein Deutschböhme saß, die Republik proklamiert, und am 21. Dezember der einstimmig gewählte Präsident Thomas G. Masaryk seinen Einzug in Prag gehalten hatte. Tschechische Zähigkeit, tschechisches Blut haben den Staat in seiner heutigen Form errichtet. Es ist darum zu verstehen, daß die Tschechen zunächst diesen Staat als "ihren" empfinden und in den 10 Jahren vor allem nationale Revolution getrieben haben. Aus dem jüngsten Etat geht dieses hervor: Von der Bevölkerung des ganzen Staats sind 23,38 % Deutsche, von der Bevölkerung der Sudetenländer 30,3 %. Demgegenüber entfallen in den Sudetenländern jeweils von den Gesamtausgaben: auf die deutschen Mittelschulen 29,7, auf die deutschen Lehrerbildungsanstalten 24,3, auf den laufenden Aufwand der deutschen Hochschulen 21, auf die deutschen Fachschulen für Frauenberufe 22 %. Von den Gesamtaufwendungen für Neu- und Aufbauten von Schulen fallen nur 5 % auf deutsche Schulen. Von den deutschen Volksschulklassen, die 1918 bestanden, wurden durch den Staat bis heute in Böhmen 26,8, in Mähren 29,9 % geschlossen. Von den insgesamt zirka 1200 sogenannten Minderheitsschulen dienen 23 dem Deutschtum, die anderen im wesentlichen der Tschechisierung des deutschen Kerngebiets. Von zirka 1500 systematisierten Stellen im Ministerium sind nur 2 % von Deutschen besetzt, bei der Polizei ist kein einziger Deutscher, beim Obersten Gericht 16,7 % Deutsche. In der Landesverwaltung Böhmens mit 33 % deutscher Bevölkerung sind von den Rechnungsbeamten 13,5, von den Juristen 16, von den Technikern 11 % deutsch. Tief im Herzen des Tschechen wurzelt eine leidenschaftliche Empörung über den "geo- und ethnographischen Kerker" seines Volksraums, wurzelt der Glaube der Geschichte gegenüber ein Recht auf Wiedergutmachung des seinem Volk dadurch angetanen Unrechts, das heißt ein Recht auf Expansion, zu haben. Tief wur-

zeln weiter der Schmerz über die Unzulänglichkeiten eines kleinen Volks im Herzen Europas und ein daraus sich elementar aufbäumender nationaler Geltungsdrang und, damit verbunden, Mißtrauen gegen den umkreisenden Ring des Deutschtums. So sehr gerade wir geopolitisch nicht minder gebundenen Deutschen diese Rebellion des tschechischen Volks gegen sein geographisch-ethnographisch bedingtes Schicksal verstehen, so wissen wir doch auch aus eindeutiger Erfahrung, daß es für jedes Volk das beste ist sein Schicksal zu erfüllen, nicht ihm zu widerstreben. Die Tschechoslowakei muß und wird über kurz oder lang ihren endgültigen Frieden mit dem Deutschtum machen, ebenso wie die Deutschen die Lebendigkeit und Selbständigkeit des tschechoslowakischen Staates mit voller Offenheit anerkennen müssen und keinen Weg des Ausgleichs und der Verständigung unversucht lassen dürfen. Im letzten ist eine wirkliche Lösung des deutsch-tschechischen Problems nur im großen Rahmen eines sich einenden Europäischen Kontinents möglich.

Einige Bücher über tschechische Probleme haben jetzt, bei der Zehnjahrsfeier der Republik, besondere Aktualität. Der deutsche Botschafter Rudolf Nadolny versucht mit seinem Buch Germanisierung oder Slawisierung /Berlin, Otto Stollberg/ eine Entgegnung auf das Hauptwerk des Präsidenten Masaryk Das neue Europa /Berlin, C. A. Schwetschke & Sohn/, das im Jahr 1922 erschien. Er sieht den Kern des Masarykschen Angriffs in dem Vorwurf des Pangermanismus und in der Konstruktion des deutschen "Drangs nach dem Osten". Obwohl er Abwege und Schattenseiten des deutschen Nationalismus mit klugen und oft kühnen Worten darlegt, glaubt er demgegenüber nachweisen zu können, daß der Panslawismus an Verursachung sowohl des Krieges wie der fortlaufenden Beunruhigung Ost- und Zentraleuropas einen weitaus stärkern Anteil hat als der Pangermanismus. Dem Vorwurf Masaryks gegenüber sucht er durch eine breite historische Untersuchung zu belegen, daß nicht deutscher Drang nach dem Osten, sondern slawischer Drang nach dem Westen und deutsche Abwehr die geschichtliche Wahrheit sei. Fragestellungen und Antworten dieser Art sind wie jeder Historizismus in politischen Lebensfragen der Gegenwart recht müßig, wenn nicht gefährlich, und es ist darum um so mehr zu begrüßen, wenn der Verfasser selbst

im Schlußstück des Buches in bewegten Worten die Unfruchtbarkeit jedes sich verabsolutierenden Nationalismus schildert und von den Völkern und Stämmen der deutsch-slawischen Mischzone die Bereitschaft fordert zu einer Einheit zu verwachsen und mit ihrem ganzen Wesen in ein aus solcher Vereinigung zweier alter Rassen erwachsendes neues Volkstum einzugehen, das er das ostelbische nennt. Im gleichen Geist will auch die Arbeit Gustav Peters' Der neue Herr von Böhmen /Berlin, Verlag der Deutschen Rundschau/ »nicht alte Wunden aufreißen sondern neue schmerzliche vermeiden«. Peters schildert zunächst Werden und Weg der Kräfte, die die Tschechen schließlich zu Herren im Staat machten, und umreißt dann die geopolitische, die volkspolitische, die wirtschaftliche Wirklichkeit des neuen Staats, dabei überall mit reichem und zumeist zuverlässigem Material den Anteil der einzelnen Nationalitäten abwägend und die besonderen Zukunftsprobleme und Lösungswege aufweisend. Daraus zieht er das Fazit für das tschechische Staatsvolk, seine Kräfte und Möglichkeiten, die Grenzen seiner Hoffnung, um schließlich in »mutigem Realismus«, in »allseitigem Umstellen von Gedanken, Idealen und Träumen« den Weg zu weisen, der allein den neuen Staat in Wahrheit Herr über seinen Raum werden läßt: Neutralisierung. Und das heißt Parität, Ausgleich, gegenseitige Achtung. Aufgeben hier der Expansion, da der Negation, Versittlichung jenes Kampfs zwischen Deutschtum und Tschechentum, der nun einmal Inhalt und Sinn der böhmischen Geschichte ist, zu einem Ringen von Kultur mit Kultur. Anlässlich der Zehnjahrsfeier erschienen in dem bekannten tschechischen deutschsprachigen Propagandaverlag Orbis in Prag einige die Staatsgründung beschreibende Werke. Im 7. Band der Sammlung Politische Bücherei, betitelt Der Kampf um die tschechoslowakische Selbständigkeit, stellt Jaroslav Paponschek vor allem den Anteil fest, den die seit 1915 aktive tschechische Außenorganisation an der Schöpfung des Staates hat, also den diplomatisch-militärisch-weltpolitischen Teil des Geschehens. Die Darstellung ist im allgemeinen rein deskriptiv und ohne jede kritische Würdigung und, wo politische Fragen berührt werden, recht primitiv. Gut wird zwischen den Zeilen die konstruktive politische Genialität Benesch' und Masaryks deutlich. In der gleichen Sammlung

schildert, unter dem Titel *Der Untergang Österreichs und die Entstehung des Tschechoslowakischen Staates*, Jan Opatšensky in einer ungemein lebendigen, fast spannenden Form Werden und Sieg der tschechoslowakischen Revolution im Innern des zerfallenden Reichs und die Etablierung des Staats in dem von ihm beanspruchten Raum. Die Darstellung bemüht sich deutlich um möglichste Objektivität und ist fast ganz frei von dem Triumph des "Siegens", wenn sich auch manches Geschehen vom deutschen Standpunkt aus gesehen anders ausnehmen mag. Erfreulich ist auch die politische Würdigung, die der Verfasser der Politik der deutschösterreichischen und deutschböhmisches Sozialdemokratie zuteil werden läßt.

Von großem informatorischen Wert ist das Jahrbuch *Die Tschechoslowakische Republik*, das der Orbisverlag unter der Redaktion des Universitätsprofessors Boh Horak herausgibt. Es enthält gut geordnetes Material über Geographie, Geschichte, politische, wirtschaftliche und nationale Ordnung, Kultur, Schulwesen usw. der Tschechoslowakei aus zumeist gutbekannten Federn sowie eine Skizzierung der Behörden und öffentlichen Institutionen, eine Organisationsliste, statistische Daten, Literaturangaben und dergleichen. Der einzige, allerdings der entscheidende, Nachteil der Sammlung besteht darin, daß sie nicht, wie der Titel sagt, ein Jahrbuch der Tschechoslowakischen Republik ist sondern nur ein Jahrbuch des nationaltschechischen und -slowakischen Teils dieser Republik und im allgemeinen für die übrigen großen Staatsbürgergruppen, wenn überhaupt, so nur in Anhängen und Anmerkungen oder in Angriffen Platz hat.

#### Arabien

In jenem breiten Wüstenstrich von Akaba am nordöstlichen Ausläufer des Roten Meers bis Koweit am Persischen Golf, der den fruchtbareren Landstrichen am Jordan und Euphrat als noch ganz ungeklärte flüssige Grenzzone vorgelagert ist, zuckt überall kriegerische Unruhe; Grenzüberfälle, grausam-wahllose Bombenwürfe als Abwehr, Beutezüge hinüber und herüber, Truppenhäufungen und Rüstungen an allen Zentren. Das nomadische Arabien drängt wieder einmal, von vielfältigen Kräften getrieben, über seinen natürlichen Raum hinaus. Mißwuchs und Hungersnot im Verein mit wachsender Bevölkerung ver-

knappen schmerzlich den zentralarabischen Lebensraum; dazu haben die wahren Erfolge des letzten Jahres den Missionsrausch dieser Sekte maßlos gesteigert, und schon zu lange muß der Führer Ibn Saud die Kriegerkassen seiner Stämme tatenlos halten. Nachdem im Süden der reiche Jemen sich durch gewaltige Rüstungen unangreifbar gemacht hat, bleibt als empfindlichste Bruchstelle für den spannungsgeladenen Raum der Norden. In Eile rüstete England und ließ alle Beruhigungsmittel seiner seit jeher glänzenden arabischen Diplomatie spielen. Aber die Verhandlungen zwischen Ibn Saud und England scheiterten an dem Versuch den Irak direkt in die Abmachungen einzubeziehen. Der König Feisal, der Sohn Husseins, weigert sich Ibn Saud als den König von Hedschas anzuerkennen, und Ibn Saud weigert sich das Familienvermögen der Hussein herauszugeben. Dazu kommen Fragen des Rechts zur Grenzbefestigung usw.

Während die zentralarabische Expansivität im überwiegend beduinischen Transjordanien, jenem grotesken Kunstprodukt britischer Nationalstrategie, helle Erregung schuf und anlässlich der Konstituierung einer Art Gesetzgebender Versammlung scharfe nationale Strömungen unter der Bevölkerung auslöste, bringt sie die Nationalbewegung des Iraks in eine geradezu tragische Situation. Ganz ähnlich wie in der neuen Türkei oder auch wie in Südamerika heißt nationale Bewegung hier nicht Nations- sondern Staatsbildung; sind doch zum Beispiel einige der besten Führer des Iraks Kurden dem Blut nach, nicht Araber. Für eine solche dem Wesen nach westlich-europäische Idee und Tat wäre im hierarchischen Lebensreich eines Ibn Saud niemals Raum. So wird es für den Irak zu nationaler Pflicht sich zu wehren, zu wehren gegen Blutgenossen. Das Volk des Iraks aber ist nicht wehrhaft; unlängst erst scheiterte der Versuch die allgemeine Wehrpflicht einzuführen völlig. So glaubte der nationale Führer notgedrungen der höhern Zukunft seiner Nation und Idee zuliebe von eben dem England dringend Hilfe gegen seine Blutsbrüder, aber Staatsfeinde erbitten zu müssen, dessen völlige Verdrängung aus dem Land ihm höchste nationale Pflicht ist. Eine nationale Einigung Arabiens ist also auf lange hinaus unmöglich (siehe hier auch den Artikel Graf Arabien und England, 1928 I Seite 396 und folgende).

**Totenliste** Am 24. September starb in Paris, ungefähr 65 Jahre alt, *Abd el Chalek Sarwat*, der Führer der Liberalen Partei Ägyptens, einer kleinen Gruppe von Großgrundbesitzern und reichen Bürgern, die den sukzessiven und friedlichen Ausgleich mit England erstreben, aber eine demokratische Staatsordnung möglichst lange, und sei es mit englischer Hilfe, hintanhaltend möchten. Sarwat war der erste Ministerpräsident nach der Unabhängigkeitserklärung Ägyptens vom 28. Februar 1922; er regierte, solange es irgend ging, unter dem Standrecht, bis er 1924 doch Saglul weichen mußte. Nach dem Rückfall in die Despotie, den das Jahr 1925 brachte, finden wir ihn als Minister in der Einheitsfront aus Wafd und Liberalen wieder, die fast 2 Jahre Ägypten beherrschte. Im Herbst 1927 arbeitete er in London jenen großen englisch-ägyptischen Ausgleichsvertrag aus, den das Parlament schließlich ablehnte, worauf Sarwat verbittert im März 1928 zurücktrat. Er starb in Paris, wohin er sich zurückgezogen hatte.

Der georgische Nationaldemokrat *Nikolaj Ebralidse* starb in diesem Herbst in einem bolschewistischen Gefängnis. Er ist 65 Jahre alt geworden, von denen er unter dem zaristischen System viele als Gefangener verbringen mußte. Als dann nach dem kurzen Halbjahr der Freiheit des Jahres 1917 der bolschewistische Staatsstreich kam, und die eben errungene Unabhängigkeit Georgiens aufs neue vernichtet wurde, mußte Ebralidse wie viele seiner Genossen aufs neue in den Kerker wandern.

Mitte November erlag *Lala Lajpat Rai*, im Alter von 63 Jahren, den Verwundungen, die ihm bei dem Polizeiangriff auf die demonstrierende Bevölkerung von Lahore zugefügt worden waren. Lajpat war nach Gandhi und Das der größte unter den Politikern Indiens. Er stand an der Spitze des Kampfs gegen die sogenannten Erhebungen zur Reform der indischen Verfassung, die von der Simonkommission angestellt werden sollten. Auf dem jährlichen Indischen Nationalkongreß spielte er stets eine bedeutende Rolle. Er stand aber insofern im Gegensatz zu Gandhi, als er besonders stark die Interessen des Hinduismus gegenüber denen der Mohammedaner vertrat, während Gandhi von Religionskämpfen in der nationalen Bewegung nichts wissen wollte. Lajpat war

ein glänzender Debatter; seine Reden im Parlament und auf Kongressen waren in Indien berühmt. Besonders hervorzuheben ist noch, daß er sich auch auf dem Gebiet des sozialen Kampfs lebhaft betätigt hat. Ihm ist die Entstehung des Indischen Gewerkschaftsbunds mit zu verdanken. Er war auch 1927 auf dem Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes anwesend. Die indische Freiheitsbewegung hat viel durch den Tod dieses Mannes verloren, dessen Körper auf den Treppenstufen am Ufer des Ganges einem Scheiterhaufen übergeben wurde. »Aber«, wie Franz Josef Furtwängler in seinem schönen Nachruf im Vorwärts schrieb, »die lodernden Flammen, die nun seine Gebeine verzehren, werden den Mut der indischen Jugend entzünden. In diesem Sinne wird die Seelenwanderung des alten Hinduglaubens zu einer neuen, neuartigen Wahrheit.«

**Kurze Chronik** Anlässlich der Zehnjahrsfeier der Eroberung Lemberts durch die Polen kam es zu schweren Krawallen zwischen *Polen und Ukrainern*: Denkmalsattentate, von berittener Polizei mit der blanken Waffe zersprengte Demonstrationen, Studentenangriffe auf ukrainische Bureaus, Zeitungsstürme, Lädenplünderungen und dergleichen. Die Folge ist ein ständig engeres Verwachsen der verschiedenen ukrainischen Parteien zu einer irredentistischen Einheitsfront. ◊ Bei den Wahlen in *Lettland* erzielte die deutsche Minderheit eine Steigerung ihrer Stimmen auf 44 000 und eroberte damit ein 6. Mandat; das selbe gelang der russischen Minderheit, so daß jetzt unter 100 Abgeordneten 18 Vertreter der Minderheiten sitzen. ◊ Am 14. Oktober hielt der ungarische Ministerpräsident Bethlen in der "treuen Stadt" Ödenburg eine Rede, in der er der Erwartung Ausdruck gab, daß ein geeintes Deutschland eine Revision der *burgenländischen Grenzziehung* zulassen werde. Demgegenüber betonte der Bundeskanzler Seipel im erregten österreichischen Nationalrat, daß sich Ungarn in dem Protokoll, das die gemeinsamen Verhandlungen in Venedig 1921 beschloß, freiwillig bereiterklärt hat der Bevölkerung des Burgenlands durch Maueranschläge bekannt zu machen, daß ein gerechter Ausgleich gefunden sei. ◊ Am jüdischen Versöhnungstag kam es durch ein unverantwortliches Vorgehen der ara-

bisch inspirierten Polizei zu einem Zwischenfall an der Klagemauer in Jerusalem. Die gewaltige Erregung, die sich in den darauffolgenden Demonstrationen und Konferenzen der *Juden und Araber* bemächtigte, scheint auf Jahre hinaus die Möglichkeit einer jüdisch-arabischen Einheitsfront für die parlamentarische Umwandlung der Mandatsverwaltung verbaut zu haben. ◊ Als erste der Vertragsmächte verzichtet, in einem Ende November abgeschlossenen chinesisch-belgischen Staatsvertrag, Belgien auf das Recht der Exterritorialität in China spätestens von 1930 ab; dafür gewährt China die Erlaubnis auch außerhalb der offenen Plätze Handel zu treiben und Immobilien zu erwerben. Damit ist nach dem sehr zurückhaltenden Vertrag der Vereinigten Staaten ein großer Schritt zur Befreiung Chinas von den "ungleichen Verträgen" getan. ◊ Das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart gibt eine *Bibliographie des Auslandsdeutschtums* heraus, und zwar vorläufig über den Zeitraum von 1919 bis 1927.

#### Literatur

Das Buch *Johannes Öhquist's* Finnland /Berlin, Kurt Vowinkel/ ist eine Neubearbeitung einer früher in der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* veröffentlichten Landeskunde. Es enthält in gedrängter Fülle Daten, Zahlen, Hinweise zu Land, Volk, Geschichte, Staatsleben, Wirtschaft und Kultur, die in materieller Hinsicht jede Information ermöglichen. Etwas zu kurz kommen nur die Lebens- und Zeitprobleme des Landes, die volkliche Dynamik. Besonders dem schwedisch-finnischen Problem wird damit, daß man es als eine "Sprachenfrage" behandelt, die noch dazu heute im wesentlichen erledigt sei, nicht Genüge getan. ◊ Als letzter der deutschen Abgeordneten Südtirols flüchtete *Eduard Kent Nicolussi* Anfang dieses Jahres aus seiner Heimat. Er schildert nun in seinem Buch *Tirol unterm Beil* /München, C. H. Beck/ mit brennenden Worten aus eigenem Erlebnis heraus den Leidensweg Südtirols seit dem Zusammenbruch der österreichischen Front. Ein Buch, das man immer wieder aus der Hand legen muß, bis zur Unerträglichkeit erschüttert ob der Rechtlosigkeit eines ganzen Volksteils. Solche Gewaltakte sind nur in einem Europa möglich, das in seiner widernatürlichen Zerrissenheit sein inneres Gleichgewicht nicht finden kann.

## WISSENSCHAFT

### Biologie / Hans Haustein

Idealistische und moderne Biologie Über das Wesen der idealistischen Biologie und ihre Beziehungen zur modernen Biologie hatte Adolf Meyer /Hamburg/ auf der Homburger Tagung der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften im September 1927 einen bemerkenswerten Vortrag gehalten, der nun vor einem Monat im Archiv für Geschichte der Mathematik, der Naturwissenschaften und der Technik /Leipzig, F. C. W. Vogel/ gedruckt erschien. Hierin legt er vor allem die Tatsache klar, daß die idealistische Biologie von der idealistischen Epoche aus noch bis in die Gegenwart hineinragt. Die biologischen Systeme der Goethezeit von Georges de Cuvier, Etienne Geoffroy Saint-Hilaire, Johann Friedrich Meckel, Peter Camper, Wolfgang von Goethe, Lorenz Oken, Carl Gustav Carus, Gottfried Reinhold Treviranus, Karl Friedrich Burdach, Richard Owen, Johannes Müller bis Carl Ernst von Baer, Henri Milne-Edwards und Ludwig Johann Rudolf Agassiz stellen ein in sich geschlossenes System der Biologie monumentalster Art dar, das sich vom Aristotelischen ebenso deutlich unterscheidet wie von aller modernen Biologie. Diese Epoche wird nach ihren vorwiegend morphologischen Leistungen und ihrer Verquickung mit Theoremen der zeitgenössischen idealistischen Naturphilosophie gewöhnlich als die der idealistischen Morphologie bezeichnet. Diese Kennzeichnung ist nun nach Adolf Meyer nicht gerechtfertigt, da zahlreiche hierhergehörende Forscher echte Realisten waren, und die so signierte Biologie ebensowohl physiologischer und morphologischer Natur ist und gerade heute in der Physiologie noch bedeutende Leistungen vollbringt; vor allem aber, weil dadurch der logische und historische Ursprung unserer Biologie verdunkelt wird, nämlich ihre Entstehung aus der rein diagnostischen Systematik Cuviers, aus seinem klassischen Subordinationsprinzip. Dieses ordnet vollkommen reale Beziehungen und hat mit idealen zunächst gar nichts zu tun. Die Biologie jener Zeit war eben nicht wesensnotwendig mit dem Glauben an bestimmte Schöpfungsgedanken Gottes oder mit teleologischem Vitalismus verbunden, und der Name idealistische Morphologie trifft auch nur für eine

(allerdings nicht kleine) Anzahl der an ihrem Aufbau beteiligten Forscher zu. Die Grundlage der idealistischen Biologie bildet vielmehr der Begriff des Typus; alles andere ist nur Überbau und philosophische Ausdeutung. »Alle Typologie setzt überall, mag man sie auf Anorganisches, Organisches, Psychisches, Soziologisches, Historisches oder wo immer anwenden, präzise abgrenzbare Formen, "Gestalten", oder Verhaltens- und Wirkungsweisen voraus, die aber durch kontinuierliche Variationen so in Gruppen oder Klassen geordnet werden können, daß man ein Muster, ein Ur- oder "Idealbild" jeder Gruppe konstruieren kann, eben den Typus der Klasse . . . Die Grenzfälle des Typus sind die Mitglieder der Gruppe, die sich am weitesten vom Typus entfernt haben. Der Typus in diesem Sinn ist sehr oft auch ein realer Gegenstand, nicht weniger oft aber auch eine ideale Konstruktion. Der Typus ist somit das Grundthema, das in irgendeiner Gruppe bis zu den Grenzfällen variiert wird. Je größer und mannigfacher nun die Zahl der Gruppen und ihrer immanenten Variationen in einem Gegenstandsbereich ist, desto wertvoller und bedeutungsvoller ist die Typologie dieser Systeme. Da nun die Mannigfaltigkeit der Formen, Gestalten, Wirkungs- und Verhaltensweisen in der Biologie eine ungeheure ist, so ergibt sich ohne weiteres die gewaltige theoretische Bedeutung, die die an sich rein logisch formale typologische Durchgliederung (oder Systematisierung oder Theoretisierung) der organischen Gebilde und ihrer Funktionen gerade für die Biologie besitzen hat und noch besitzt.«

Adolf Meyer diskutiert folgende Thesen:

1. Idealistische Morphologie und Physiologie sind typologische Biologie.
2. Typologische Biologie spielt in der modernen Biologie überall noch eine sehr wichtige Rolle, ist aber prinzipiell auch überall durch Phylogenie theoretisch ersetzt, beziehungsweise wird durch kausale Physiologie ersetzt werden, soweit die Physiologie in Frage kommt.

Die moderne Biologie steht, unter historischem Blickwinkel betrachtet, an der Wende zweier Epochen, die, von grundverschiedenen Zielen beseelt, mit verschiedenen Maßstäben gemessen werden müssen. Die typologische Biologie, die zwar immer noch in der modernen Wissenschaft neue Werte schafft, steht theo-

retisch schon fast überall auf verlorenem Posten. Gibt die Typologie den immanenten Maßstab der Biologie von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, dann ist auch klar, daß aller Vitalismus und aller Idealismus nicht wesensnotwendig dazugehören. Sie sind Zutaten des Zeitgeistes, die auch durch philosophischen Zierrat radikal entgegengesetzten Charakters ersetzt werden können.

In 2fachem Sinn kann vom Typus in der Biologie, der Wissenschaft vom Organischen, geredet werden: von typologischer Morphologie und typologischer Physiologie, mit den entsprechenden typologischen Grundbegriffen, Bauplan und Funktionsplan, und den Vergleichsprinzipien der Homologie und Analogie und ihren Ergebnissen, den Form- und Funktionsmetamorphosen.

»Der Grundgedanke der "idealistischen Morphologie" ist die Hypothese, daß die organische Form etwas durchaus sui generis, ein logisches Primum, ist, das rein als solches erforscht werden kann und muß . . . Typologische Morphologie ist Geometrie und Kristallographie des Organischen.« Johannes Müller betont immer wieder, daß die Bildung der Organe völlig unabhängig von ihrer Betätigung ist. »Was ihm vorschwebte«, sagt treffend Martin Müller im Archiv für Geschichte der Medizin 1926, »war den allgemeinen Plan zu finden, den die schaffende Natur vom Anbeginn der organischen Welt bis in die menschenbelebten Tage der Jetztzeit verfolgt habe.« »Die beständige Tätigkeit, die in der organischen Materie wirkt, schafft«, sagt Johannes Müller im 1. Band seines Handbuchs der Physiologie, »auch nach den Gesetzen eines vernünftigen Planes mit Zweckmäßigkeit, indem die Teile zum Zwecke eines Ganzen angeordnet werden, und dies ist es gerade, was den Organismus auszeichnet.«

Die Erforschung der organischen Formen und Funktionen, der Organisation und der Fähigkeiten, und zwar rein als solcher in ihrem planmäßigen Zusammensein und Zusammenwirken, geschieht durch Beschreibung der typischen Formen und Funktionen, die naturgemäß auch die am meisten planmäßigen sind, und durch ihre variierende Überführung in die am meisten atypischen Grenzfälle. Das Cuviersche Subordinationsprinzip gibt dann den Zusammenhang zwischen den einfacheren und komplizierteren Formen und Funktionen. »Der

Sinn der Typologie ist also der, daß man sowohl aus den reinen Formen wie aus den reinen Funktionen, so wie sie an sich sind, theoretische Wissenschaften aufbauen kann, die uns bei der ungeheuren Mannigfaltigkeit der organischen Gebilde tiefe Blicke in das Wesen des Organischen eröffnen.«

Beim Aufbau der Typologie bedarf es eines Prinzips zum Vergleich der gleichwertigen Typen, das uns das Homologieprinzip in dem von Owen definierten Sinn bietet. Als homolog bezeichnet er »das selbe Organ bei verschiedenen Tieren trotz beliebiger Veränderung von Form und Funktion. Die klassische Homologie bezeichnet Typen dann als homolog, wenn sie die selben Lagebeziehungen unter ihren Teilen aufweisen.« In diesem Sinne kann man von Homologie zwischen an sich verschiedenen Typen, aber immer nur im Rahmen eines übergeordneten Typus reden, der beide Komponenten in höherem Sinne eint . . . Typus und Homologie sind einander völlig korrespondierende Begriffe, nur zwei Seiten des selben Sachverhalts, bei dem dieser einmal in seinem Beisichselbstsein (Typus), in seiner logischen Eigenstruktur, ein andermal im Hinblick auf verwandte organische Systeme charakterisiert wird.« Im System Cuviers hat die typologische Homologie als Typus zuerst ihre klassische Aufhellung gefunden, denn das Subordinationsprinzip ist die Methode zur Konstituierung von Typen. Die Koordination der Typen hat Cuvier allerdings minder beachtet als der Streit zwischen Geoffroy de Saint-Hilaire und ihm ersichtlich macht. Ebenso wie Geoffroy de Saint-Hilaire beherrschte Goethe eine typologische Grundanschauung, und nur auf Grund instinktiv erschauter Homologie konnte auch er beim Menschen nach dem Zwischenkiefer suchen.

Zur Homologie tritt noch das Prinzip der Metamorphosen, worunter eine sinnvoll angeordnete Reihe von Typen, die durch Homologie mit einander verbunden sind, zu verstehen ist. Die typologische Metamorphose kennt keine primitiven und keine höheren Glieder, und alle Metamorphosen sind reversibel. Auch hier besorgt Cuviers Subordinationsprinzip die vertikale Gliederung des Systems. So besteht das volle Bild der typologischen Morphologie in dem Ineinandergreifen der Begriffe Typus und Metamorphose und der Prinzipien der Subordination und Homologie.

Das stolze Ergebnis dieser Forschungsmethode war die vorphyletische klassische vergleichende Anatomie, wie sie noch Carl Gegenbaur 1859 in der 1. Auflage des Grundrisses der vergleichenden Anatomie gezeichnet hat. Das historische Schicksal der typologischen Morphologie war ihre "phyletische Transformation". Homologie bedeutet fortan Abstammungsgleichheit, Metamorphose Stammbaum oder Phylogenese, Typus besagt Stamm, und Subordination Abstammungsverhältnis. Wenn auch aus der Typologie durch rein terminologische Transformation keine echte Phylogenie geschaffen werden kann, so brach doch mit der Phylogenie eine ganz neue Epoche über die damalige Biologie herein. »Mit ihr hat sich das historische Jahrhundert auch in der Biologie durchgesetzt. Historie aber bedeutet aller Typologie gegenüber eine völlig neue Fragestellung, nämlich nach der tatsächlichen realhistorischen Abstammung der organischen Formen von einander.« Damit wurde gleichzeitig aus der reversiblen Metamorphose eine irreversible, eindeutig gerichtete Phylogenese. Zufällig kann natürlich eine Parallelität zwischen beiden bestehen, und diese ist auch oft vorhanden. »Historik ist eben etwas Grundverschiedenes von Typologie, eine ganz neue Sphäre der Wirklichkeit, und eine ganz neue Logik der Theorien ist mit der historischen Fragestellung dem schöpferischen Urgrund alles Geisteslebens abgerungen worden. Eine neue Offenbarung des Geistes ist der Menschheit zuteil geworden, an deren systematischem Aufbau sich zu üben dem Leben echten Sinn und Wert verleiht.« Die Frage, wie sich diese beiden grundverschiedenen und gegen einander kontingenten Welten der typologischen und der phyletischen Biologie zu einander verhalten, beantwortet Adolf Meyer dahin, daß alles das, was die Typologie über bestimmte organische Systeme an Metamorphosen aussagen kann, uns in dem Augenblick nicht mehr interessiert, wo wir die Phylogenie dieser Systeme ganz genau kennen, schon deshalb, weil uns die Phylogenie über diese Formen so viel Interessanteres und Wichtigeres sagt, daß wir alle Typologie über sie gut und gern entbehren können. In der Phylogenie ist sicher eine und die wichtigste der formphysiologischen Möglichkeiten verwirklicht, während sich unter den Metamorphosenkombinationen gar



keine zu finden braucht, die wirklich vorhanden gewesen ist. Die Phylogenie steckt jedoch noch in den Kinderschuhen. Nur sehr wenige beglaubigte Phylogeneseen liegen vor, und unter ihnen ist noch vieles, was seine hypothetischen Hauptbeweismittel nur transformierten typologischen Metamorphosen verdankt. Alles sonstige ist aber reine Typologie, und zwar in falscher Verkleidung. Weitestgehend muß man deshalb den Kritikern der Phylogenie folgen, um das wirklich Errungene an Phylogenie von allem rein Typologischen zu trennen.

Ist die Bauplantypologie zuerst in hoher Vollendung aufgebaut worden, so hat die Funktionsplantypologie oder klassische vergleichende Physiologie theoretisch bis in unsere Tage hinein nur als logisch völlig abhängiger Annex zur vergleichenden Anatomie figuriert. Erst in unseren Tagen fängt die vergleichende Physiologie an im typologischen Sinn das ihr allein eigentümliche Theoriegefüge aufzubauen. Hier ist vor allem das Werk Jakob von Uexkülls *Umwelt und Innenwelt der Tiere* /Berlin, Julius Springer/ hervorzuheben, ferner die Arbeit Hans Bökers Begründung einer biologischen Morphologie und Anthropologie, die 1924 in der Zeitschrift für Morphologie erschien.

Das die typologische Physiologie auszeichnende Prinzip ist das der Analogie. Nach ihm ist analog »ein Organ bei einem Tier, das die selbe Funktion hat wie ein anderes Organ bei einem andern Tier«. Uexküll hat uns die typologische Physiologie (die nichts mit phylogenetischer Physiologie zu tun hat) gegeben, das grandiose Gegenstück zur klassischen vergleichenden Anatomie. Dies erklärt auch seinen Kampf gegen das Vervollkommnungsprinzip in der tierischen Entwicklung, das eben niemals eine typologische sondern nur eine (oberflächliche) historische Idee ist. Die Grundkonzeption der Uexküllschen Physiologie ist der Funktionskreis. Jeder Organismus lebt in einer nur ihm eigentümlichen Umwelt. Die Umweltdinge eines Tieres sind nach Uexküll als solche durch eine doppelte Beziehung zum Tier charakterisiert. Einerseits entsenden sie spezielle Reize zu den Sinnesorganen des Tiers, andererseits bieten sie Wirkungsorganen des Tiers besondere Angriffsflächen. »Die gemeinsam ausgesandten Reize eines Objektes in der Umwelt eines Tieres bilden ein Merkmal für das Tier. Dadurch werden

die reizaussendenden Eigenschaften des Objektes zu Merkmalsträgern für das Tier, während die als Angriffsflächen dienenden Eigenschaften des Objektes zu Wirkungsträgern werden.« Beide fallen stets im gleichen Objekt zusammen und erklären die wunderbare Tatsache, daß alle Tiere in die Objekte ihrer Umwelt eingepaßt sind. Das Tier, dessen Körper den Mittelpunkt der Umwelt bildet, besitzt eine Innenwelt, die das gesamte Körpergefüge umfaßt, die an die durch die Bauart ihrer Rezeptoren zugewiesene Merkwelt stößt. Diese Rezeptoren haben nicht nur die Aufgabe bestimmte Reize aufzunehmen sondern auch alle übrigen abzublenden. »Alle von einem Merkmal stammenden Reize werden zunächst in Erregungen verschiedener Nerven verwandelt, die sich im Zentrum in einem nervösen Merknetz zusammenfinden und dadurch die Einheit des Merkmals schaffen . . . Jedem nervösen Merknetz entspricht bei höheren Tieren ein ebenfalls nervöses Wirknetz, von dem die Bahnen ausgehen, welche bestimmte Muskelgruppen zu einer einheitlichen Handlung zusammenfassen. So bindet eine in sich geschlossene Kette von Wirkungen bei jeder tierischen Handlung Subjekt und Objekt an einander . . . Diese Kette geht vom Merkmalsträger des Objekts in Form von einem oder mehreren Reizen aus, die auf die Rezeptoren des Tieres einwirken. Im Tier werden sie im Merknetz verbunden, greifen dann auf das Wirknetz über. Dieses erteilt den Effektoren eine bestimmte Bewegungsart, die wiederum in den Wirkungsträgern des Objekts eingefaßt ist. Wirkungsträger und Merkmalsträger sind aber durch das Gegengefüge verbunden.« So schließt sich der Kreis, den Uexküll als Funktionskreis bezeichnet. Die Idee des Funktionskreises definiert rein physiologisch ausgezeichnet das Prinzip der Analogie; ist es doch auch nicht im geringsten morphologisch-anatomisch belastet. Das Analogieprinzip kann demnach folgendermaßen definiert werden: Physiologische Systeme sind dann analog, wenn sie dem gleichen Funktionskreis angehören. Auch bei der physiologischen Typologie ist die Feststellung von Analogismen nur im Rahmen eines übergeordneten Typus rein physiologisch-funktionaler Natur möglich und wird ebenfalls durch Abstraktion nach dem Subordinationsprinzip gewonnen. Die letztmöglichen Ober-

typen, innerhalb deren man von typologischen Homologieen und Analogieen reden kann, sind mit den unableitbaren Stämmen des Tier- und Pflanzenreichs identisch. Diese letzten Urtypen könnte man typologisch definieren als Limites, zu denen Analogie und Homologie konvergieren. In diesem Fall spricht man daher besser von rein typologischer Äquivalenz (Adolf Meyer).

Ein Überblick über das Gegebene hat gezeigt, daß die »typologische Morphologie in prinzipieller Hinsicht die ihr gestellte Aufgabe gelöst hat und theoretisch überall durch die Phylogenie ersetzt worden ist, die, ohne ihre eigene Autonomie als historische Wissenschaft dabei aufzugeben, auch für die kausale Morphologie die wichtigere Grundlage abgibt als die morphologische Typologie. Immerhin ist diese auch neben der Phylogenie keineswegs entbehrlich für kausal-morphologische Problemstellungen, da Typologie und Formphysiologie sich mehr für das entwicklungsphysiologisch mögliche Organische interessieren als für das allein realhistorisch wirklich Gewordene, das der Phylogenie allein am Herzen liegt.« In der typologischen Physiologie dagegen ist alles erst im Beginn. Sie, die das historische wie das logisch-theoretische Zwischenglied zwischen der alten und der neuen Physiologie bildet, fehlte bisher. Jakob von Uexküll und seine Mitarbeiter haben dazu erst die Grundlagen gelegt. »So ruht die moderne Biologie als Ganzes noch überall auf den Schultern der idealistischen Biologie. Wir stehen mitten in einer Wende der Epochen. An solchen historischen Wendepunkten läßt sich die übliche horizontale Eingliederung einer bestimmten Epoche zwischen der ihr vorangehenden und der ihr folgenden nicht restlos durchführen. Hier spürt man die Verzahnung der Epochen in einander besonders deutlich und kann den eigentümlichen Charakter solcher Zeiten nur würdigen, wenn man der horizontalen Eingliederung eine vertikal-historische Durchdringung an die Seite setzt. Von der gegenwärtigen Biologie aus ist die idealistisch-typologische Morphologie bereits horizontal eingliedert in den Ablauf der Geschichte der Biologie, während die idealistisch-typologische Physiologie von der idealistischen Epoche von 1750 bis 1850 aus noch vertikal in die Gegenwart wie ein sich aufbauender Vulkan hinein- und hinaufragt.«

Sudhoff

Am 26. November beging Karl Sudhoff in dem von ihm geschaffenen Institut für Geschichte der Medizin an der Universität Leipzig im Kreis seiner Freunde und Schüler seinen 75. Geburtstag. Aus einer umfangreichen Praxis heraus, die er in Hochdahl bei Düsseldorf ausübte, übernahm 1905 der schon durch seine Paracelsusforschungen weithin bekannte Gelehrte den Lehrstuhl für Geschichte der Medizin an der Universität Leipzig, zu dessen Errichtung in Verbindung mit dem dazu nötigen wissenschaftlichen Apparat die Witwe des Wiener Medizinhistorikers Puschmann eine Stiftung gemacht hatte. Für diese Aufgabe gab es in ganz Deutschland keinen gediegenen Historiker und keinen großzügigen Organisator als Sudhoff, der seine Berufung durch seine Paracelsuswerke /1887 bis 1899/, durch seine Studien zur Naturwissenschaft, Industrie und Medizin am Niederrhein /1898/ und die Untersuchung über die Iatromathematiker /1902/ sowie durch die Historische Ausstellung für Medizin und Naturwissenschaften zu Düsseldorf /1898/, die Rheinische Goetheausstellung /1899/ und besonders durch den Plan für die Deutsche Gesellschaft für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften erwiesen hatte. 1901 gründete Sudhoff die Sektion für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften als Abteilung der Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte und brachte so die historische Forschung auf unserm Gebiet zu regem Leben. Es war kein Wunder, daß das von Sudhoff geschaffene Leipziger Institut bald das führende der ganzen Welt und ein Vorbild wurde, nach dem sich alle richteten. Er ist der große Forscher, auf den heute alle ihre weiteren Forschungen aufbauen. Für seine eigene und die von ihm angeregte Publikationstätigkeit zeugen die Mitteilungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften (26 Bände), die Klassiker der Medizin (32 Bände), die Studien zur Geschichte der Medizin (16 Bände), das Archiv für die Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik (9 Bände) sowie das Archiv für Geschichte der Medizin (19 Bände), das jetzt den Namen Sudhoffarchiv trägt.

Der 2. Band der Neuen Folge des Archivs für die Geschichte der Naturwissenschaften ist seinem Begründer Sudhoff mit folgenden Worten gewid-

met: »Dem durch seine Wissenschaft und ihre Verkündigung weit über Deutschland hinauswirkenden Forscher, der mit der Totalität menschlicher Erkenntnis die Universalität geistigen Strebens vereinigt, zum Hinweis auf das in der Linie seines Lebens zum Ausdruck gebrachte Beispiel leidenschaftlicher Hingabe an das Ziel historischer Gültigkeit.« Seine Arbeiten sind namentlich für den Historiker der Biologie unentbehrlich. Aus der großen Reihe seiner Publikationen seien nur seine Forschungen zur Geschichte der Syphilis, die medizinischen Inkunabeln, die anatomische Graphik im Mittelalter, das Handbuch der Geschichte der Medizin und die monumentale Gesamtausgabe des Paracelsus, von der jetzt die Bände 6 bis 12 der medizinischen und naturwissenschaftlichen Schriften vorliegen, hervorgehoben. Schließlich seien noch seine Veröffentlichungen zur Geschichte der Naturforscherversammlungen erwähnt, die Sudhoff als ihrem Archivar zu größtem Dank verpflichtet sind. Seit 1925 ist der 1919 zum Ordinarius Ernante durch das Gesetz "Alters" halber emeritiert worden. Seine Entbindung von seinen Amtspflichten hat jetzt erst recht seine Arbeitskraft für die historische Forschung freigegeben, und für seine ungebrochene Energie sprechen seine Studien- und Kongreßreisen, seine Forschungs- und Organisationstätigkeit auf den Gebieten der Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften sowie seine immer lebendige und geistreiche Art, in der er überall mit dem ihm eigenen Feuer anregend und führend in die Diskussion wissenschaftlicher Streitfragen eingreift. In Sudhoff, dem unbestrittenen Wiederbeleber der Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften, haben wir eine Persönlichkeit eigener Prägung vor uns, eine Führernatur, der hoffentlich noch für die nächsten Jahre beschieden ist nicht nur selbst die Ergebnisse eines langen arbeitsreichen Lebens zu ernten, vor allem die Paracelsusausgabe vollständig uns zu schenken, sondern auch bei ihren Schülern weiterhin ihren Einfluß wirksam zu sehen.

**Kurze Chronik** Eine Forschungsstelle für *Meeresgeologie* hat die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Reichsmarine und der Notgemeinschaft in Wilhelmshaven er-

richtet. Zuerst soll die aufbauende und zerstörende Tätigkeit der Meere am Wattenmeer untersucht werden, dann sollen sich die Studien auch auf die ganze Nordsee erstrecken. ◊ In Berlin soll ein Institut für *Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften* errichtet werden; mit den Vorarbeiten hierzu wurde bereits begonnen. ◊ Zum Direktor der jetzt als selbständiges Institut arbeitenden bisherigen Abteilung für Entwicklungsmechanik und Vererbung am Anatomischen Institut in Breslau wurde *Bernhard Dürken* bestimmt. ◊ Der Professor der physiologischen Chemie der Marburger Medizinischen Fakultät *Friedrich Kutscher* erhielt von der Philosophischen Fakultät das Ehrendoktorat für seine grundlegenden Forschungen über den Eiweißstoffwechsel und den Zusammenhang zwischen Pflanzenreich und niederer Tierwelt. ◊ Die Tschechoslowakische Akademie der Agrikulturwissenschaften in Prag nahm als ersten Deutschen unter die Zahl ihrer 20 Ehrenmitglieder den Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie in Berlin *Carl Neuberg* wegen seiner bedeutenden Verdienste um die Landwirtschaft auf.

#### Anthropogeographie / Karl Löwith

**Volkspsyche** Karl Nötzel, dem wir gediegene Werke über Tolstoj und Dostojewskij verdanken, macht in seiner neuen Schrift *Die russische Leistung* /Karlsruhe, G. Braun/ den Versuch die besondere Eigenart des russischen Menschen, des »voraussetzungslosen« Menschen, im Unterschied zum Europäer, zu erfassen. Zwar fühlt es ja jeder, der den russischen Menschen wenigstens aus der großen russischen Literatur eines Gontscharow, Tolstoj und Dostojewskij kennt, daß diese russischen Menschen "irgendwie" mehr und unbedingter "Menschen" sind als wir Europäer; aber Nötzels Verdienst ist es, daß er diesen unbestimmten und schwer faßbaren Eindruck zu begreifen versucht und zu Wort bringt, zwar in einer sehr rationalen und andererseits auch wiederum etwas sentimentalnen Art, aber doch so, daß man nach dem Lesen dieser wohlüberlegten Studie nun vieles besser versteht als man es zuvor verstanden hat. Das merkwürdige Zusammenbestehen von scheinbar ganz entgegengesetzten Antrieben und Verhaltensweisen, mit einem europäischen Schlagwort gesagt: der unglaublich realistische Idealismus und idealistische

Realismus des russischen Lebens, seine unbedingte Menschlichkeit, in eins mit einer kaum glaubwürdigen Unmenschlichkeit, diese rätselhafte Verbindung im Leben des russischen Menschen, wird von Nötzel so weit aufgeklärt, aus Landschaft, Geschichte, sozialen Verhältnissen und religiösen Voraussetzungen, daß Zusammenhänge aufleuchten, die man ohne die sachkundige Führung des Verfassers wohl kaum entdecken würde. Ein gut ausgewählter Literaturnachweis gibt dem Leser eine weitere Hilfe für das Verständnis dieses unverständlichen, weil wunderbar unverständigen, irrationalen Charakters des typischen Russen. Weitab von den Rätseln Rußlands führt das bedeutende, alle durchschnittliche Literatur über *Amerika* weit hinter sich lassende große Werk André Siegfrieds *Die Vereinigten Staaten von Amerika, Volk, Wirtschaft, Politik* /Zürich, Orell Füßli/. So nüchtern und rational dieses *Amerika* zunächst erscheint, so hat es doch auch seine Rätsel, die der Verfasser mit außergewöhnlicher Kenntnis durchleuchtet. Ein 1. Teil berichtet über die »ethnische und religiöse Krise des amerikanischen Volkes«, ein 2. über die Wirtschaft, und der 3. über die Politik. Tafeln, Tabellen, Karten und Pläne, die dem vorbildlich ausgestatteten Werk beigegeben sind, ermöglichen dem Leser ein gründliches Studium der amerikanischen Verhältnisse. Vom Wesen und Werden der amerikanischen Welt berichtet auch Moritz Julius Bonn in seiner klugen Studie *Geld und Geist* /Berlin, S. Fischer/. Von den politischen Strömungen ausgehend entwickelt Bonn den Sinn der "Prosperität", den Zusammenhang von Geld und Geist im Puritanismus und andere spezifisch amerikanische Phänomene.

Als Sonderband der Vierteljahrsschrift für Philosophie und Kunst Individualität /Dornach, Verlag für Freies Geistesleben/ erschien ein reichhaltiges und interessantes Sammelwerk über die *Schweiz* im 20. Jahrhundert. Das Buch orientiert gut und vollständig über das künstlerische und literarische Schaffen der repräsentativen Schweizer.

**Reisestudien** Um die sogenannte *ganze Welt* »bummelt« Richard Katz (Ein Bummel um die Welt; 2 Jahre Weltreise auf Kamel und Schiene, Schiff und Auto /Berlin, Ullstein/). Solche Reiseschilderungen können einem zwar Anlaß zu sehr "unzeit-

gemäßen Betrachtungen" geben, wenn man es nicht vorzieht sich ohne tiefergehende Ansprüche vom Verfasser für kurze Zeit eben unterhalten zu lassen. Er führt uns bis zu einem sehr zeitgemäßen Indianerzelt, dessen photographische Abbildung eine kleine Indianerin zeigt, die in ihrem höchst primitiven Zelt den vermutlich nicht weniger "primitiven" Klängen eines höchst komplizierten, allmodernsten Lautsprechers lauscht. Auf anderen Aufnahmen wälzen sich büßende Hindus »kilometerweit« auf dem Erdboden entlang; ein Heiliger der Yoga harret mit in die Erde eingegrabenem Kopf 45 Minuten lang in diesem Kopfstand aus (die 45 Minuten, von denen der Titel des Bildes spricht, sind darauf freilich nicht kontrollierbar); ein Baum, »älter als die Bibel«, wird uns gezeigt; 2 Damen, die ziemlich europäisch aussehen, sind dadurch bemerkenswert, daß ihr »Großpapa noch Menschen fraß«; das Bild eines Mädchens der Südsee erinnert in seiner Schönheit an die Gemälde Gauguins; in dem 15jährigen Maharadscha von Jaipur haben wir das »reichste Kind der Welt« vor uns, denn er heiratete mit 10 Jahren und hat ein Jahreseinkommen von 30 Millionen Goldmark; ein alter Hindu spult Seidenkokons ab; ein andermal, auf Bora-Bora, sehen dem Verfasser »17 Kinder beim Rasieren zu«. So bummelt der Leser mit dem Verfasser durch Afrika, Asien, Australien, Polynesien, Amerika, Cuba, und wer Zeit hat das schön ausgestattete Buch ganz zu lesen, wird von der "Welt" dann vieles wissen, was ihn im Grunde aber doch nichts angeht.

Bei weitem sachlicher und aufschlußreicher zu werden verspricht Knud Rasmussens Thulefahrt: 2 Jahre im Schlitten durch unerforschtes *Eskimoland*, dessen 1. Lieferung, aus dem Dänischen übersetzt, im Verlag der Frankfurter Sozietätsdruckerei erschien. Rasmussen, Eskimo und moderner Europäer seiner Abstammung nach, von Kindheit an der Sprache dieser sonderbarsten Nomadenvölker mächtig, ist der geborene Polarforscher. 1902 begann er seine polaren Reisen, 1912 die 1. Thuleexpedition. Erst die 5. bildete den Abschluß seiner unentwegten Bemühungen um die Kenntnis der zerstreuten Eskimovölker. Es ist nun erwiesen, daß auf diesem halben Weg um die Erde ein einheitliches Volk wohnt, das sich der gleichen Sprache bedient, die gleichen

Sänge und Sagen besitzt. Westlich der Hudsonbai liegt seine Urheimat. Wir folgen den Wanderungen der verschiedenen Stämme durch die Trümmerwelt des Eises. Eine noch nicht abgeschlossene Epoche der Völkerwanderung, eine noch lebendige Zeit der Heldensänge erwächst auf der heutigen Erde. Märchen und Zauberei, Riesen und beschwörende Geister lösen sich aus der grandios monotonen Umwelt. Die nächtliche Eiswelt erstarrter Kontinente und Meere hielt sie dem zudringlichen Blick des Europäers bisher verborgen. Nur der starke Wille zur Erkenntnis und die natürliche Liebe zu seinem Volk eines in beiden Regionen heimischen Mannes konnten den Bann brechen, der über allem Menschlichen in der nördlichen Kältezone der Erde lag. Der verschollene Mensch mit der vertrauten Sprache seiner eigenen Kindheit ist die Sehnsucht, das Glück Rasmussens. Einzig um seinetwillen nahm er die Mühen eines 3½-jährigen Aufenthalts im hohen Norden auf sich. Der eigentliche wissenschaftliche Expeditionsbericht soll noch folgen. Die Sprache des Buchs ist frei und groß, eine Fülle von Bildern veranschaulicht die Schilderung.

Im Auto durch *Persien* reiste kurz vor ihrem Tod die Romandichterin Annetta von Nathusius. Ihr Buch, das bei Carl Reißner in Dresden erschien, ist ein Produkt moderner Sportliteratur. Karawanen und Wüsten wechseln mit Auto-geschwindigkeit ab mit Moscheen und Fürstenhöfen. Der Schah führte der Verfasserin zu Ehren seine Armee in einer großen Festparade vor, 2 Innenaufnahmen von Moscheen sind während des Gottesdienstes angeblich mit "Lebensgefahr" gemacht worden. Gute Abbildungen fesseln den Blick bei der Lektüre dieses angenehm zerstreuenden Buchs.

Wiederum nur »gebummelt«, freilich nur in Amerika, wird von Heinz Otto (Mein Bummelleben in Amerika /Hamburg, Weltbundverlag/). Otto will keine wissenschaftliche Studie geben sondern unterhaltend von Amerika erzählen, an dessen fragwürdigen Geist er auch die europäische Welt verfallen sieht. Mensch, Tier, Landschaft und Leben werden humorvoll geschildert, ohne daß ein wirklicher Gewinn davon bliebe.

**Museen** Von der Preussischen Geologischen Landesanstalt in Berlin wurde im August ein Museum für *Angewandte Geologie*

eingerrichtet, das die Beziehungen der geologischen Wissenschaft zum Leben und die Abhängigkeit der menschlichen Kultur von den Bodenschätzen veranschaulichen soll. Es zeigt die Erze, die nichtmetallischen Minerale, brennbaren Stoffe, Salze nach ihrer Entstehung, Verbreitung, Gewinnung, die Beziehungen der Geologie zur Technologie, zum Bauwesen, der Landwirtschaft usw.; ebenso ferner die Methoden der geologischen Landesdurchforschung.

Die *asiatischen Sammlungen* der Berliner Museen sind, nach dem Ausscheiden F. W. K. Müllers aus der Ostasiatischen Abteilung, ganz neu organisiert worden. Sie wurden in 2 Abteilungen; eine völkerkundliche, besonders den ostasiatischen Religionen gewidmete, und eine künstlerische für chinesische und japanische Kunst geschieden, denen beiden der frühere Direktor der Ostasiatischen Kunstabteilung der Museen, Otto Kümmel, vorsteht. Vor allem wurden durch die Neuorganisation die Kunstsammlungen des Völkerkundemuseums, die in erster Linie Eugen Fischer zusammengebracht hat, mit den von Grosse und Kümmel erworbenen Kunstgegenständen des Kunstgewerbemuseums zu einer Einheit verschmolzen.

In Spoleto bei Perugia in Italien, dem antiken Spolegium, wurde in diesem Sommer in dem 1338 von Pietro Pianciani erbauten Stadthaus ein neues Museum begründet, das die bedeutendsten *prähistorischen, umbrischen, römischen und altchristlichen Altertümer* enthält, daneben mittelalterliche und moderne Kunstsammlungen. Einen ganz besonderen Schatz des Museums bildet die *lex Spoleatina* des 3. Jahrhunderts vor Christus, in der Waldfrevel mit Viehbuße bedroht wird. G. A. Rosa hat einen ausgezeichneten Katalog der Museumsstücke verfaßt.

**Kurze Chronik** Vom 1. bis zum 31. August fand in den Räumen der Handelshochschule Kopenhagens unter der tätigen Leitung J. von Stemmanns zum erstenmal ein *Dänischer Ferienkurs* statt, der sich die Aufgabe stellte die Teilnehmer in die Kenntnis der dänischen Sprache einzuführen und weiterhin das Ausland mit den kulturellen Bestrebungen Dänemarks, seinen bekannten Musterwirtschaften, Volkshochschulen, nationalen Schätzen und dergleichen, bekannt zu machen. Der Kurs war ausgezeichnet organisiert und gut besucht, und es wurde den aus allen

Ländern zusammengesetzten Teilnehmern der Aufenthalt in Kopenhagen und Umgebung in sehr zuvorkommender Weise angenehm und fruchtbar gemacht. Das Unternehmen wird von nun ab alljährlich im August wiederholt, und es ist sehr zu wünschen, daß diese billige und schöne Gelegenheit ein so wenig bekanntes Land wie Dänemark und seine Sprache gründlich kennenzulernen allgemein bekannt und genutzt wird, wie es ja bereits seit mehreren Jahren mit den Ferienkursen in den südlichen Ländern, in Frankreich, Spanien und Italien, zum Nutzen aller beteiligten Nationalitäten der Fall ist. Es mag daran erinnert werden, daß einer der größten Märchendichter neuerer Zeit, dessen Werke in Deutschland wie eigenes Gut geschätzt werden, Hans Christian Andersen, ein Däne ist, und daß Thorwaldsens Werk, in wunderbarer Vollständigkeit in dem Kopenhagener Thorwaldsenmuseum vereinigt, dort seinen unvergänglichen Adel beweist. Aber auch, wer sich mehr als für Kunst und Literatur für Landwirtschaft, Schweinezucht und Milchwirtschaft interessiert, wird in Dänemark auf seine Rechnung kommen. ◊ Ein Lehrstuhl zum Studium der *Ortsnamen* wurde an der Universität Upsala in Schweden errichtet, nachdem bereits vor 20 Jahren dort eine Kommission zur Sammlung aller alten Ortsnamen gebildet worden war. Die schwedischen Ortsnamen sind wissenschaftlich von höchstem Interesse, weil die Sprache sich dort durch Jahrtausende fast unverändert und ungemischt erhalten hat; die Namen reichen so bis ins Bronzezeitalter zurück. Auch die deutsche, englische und holländische Volkskunde wird aus diesen Studien mannigfachen Nutzen ziehen können. ◊ Zum erstenmal wurde an der Universität Berlin ein Lehrauftrag für *bengalische* Sprache und Literatur erteilt, und zwar an Reinhard Wagner in Berlin, den Verfasser des Buches *Bengalische Erzähler*. Er wird am Orientalischen Seminar über historische Grammatik des Neubengalischen lesen. ◊ Der Ägyptologe *Hermann Grapow*, der mit Adolf Erman zusammen das Wörterbuch der ägyptischen Sprache herausgibt, wurde zum Honorarprofessor in der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin ernannt. ◊ Der an die Frankfurter Universität berufene Heidelberger Professor *Franz Weidenreich*, der in Heidelberg das Biochemische Institut der von Portheim-

schen Stiftung geleitet hatte, wurde gleichzeitig mit der Leitung des neu geschaffenen Frankfurter Instituts für Physische Anthropologie betraut, das, mit privaten Mitteln errichtet, in den Räumen der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft untergebracht worden ist. Weidenreichs Arbeiten beschäftigen sich mit Problemen der Entwicklungsgeschichte und der Blutforschung. ◊ Der Greifswalder Romanist *Erhard Lommatzsch* wurde Ordinarius für Romanistik an der Universität Frankfurt. Lommatzsch gibt im Auftrag der Preußischen Akademie der Wissenschaften das von Tobler angefangene Altfranzösische Wörterbuch heraus; er schrieb auch zahlreiche Abhandlungen zur romanischen Philologie. ◊ Der Privatdozent der Völkerkunde und Philosophie in Leipzig *Hans Plischke* übernahm das Extraordinariat für Völkerkunde in Göttingen. ◊ Für Indogermanische Sprachwissenschaft *habilitierte* sich an der Universität Frankfurt Josef Weisweiler. ◊ Wegen Erreichung der Altersgrenze trat *F. W. K. Müller*, der Direktor der Ostasiatischen Abteilung des Museums für Völkerkunde in Berlin, in den Ruhestand. 1887 war Müller in Bastians Museum eingetreten, wo er hauptsächlich die Sammlungen aus dem Malaiischen Archipel bearbeitete. Seine sprachwissenschaftlichen Entdeckungen trugen viel zur Kenntnis der Kulturen der Sundainseln bei. In der Zeit des Boxeraufstands wurde Müller vom Kultusministerium nach China, Japan und Korea entsandt, um sich dort sprachwissenschaftlichen Studien zu widmen. Aus den Handschriftenfunden der preußischen Turfanexpeditionen entzifferte er die Sprache der Manichäer.

**Literatur** Über den Stand der Erforschung von Rassen, Völkern und Kulturen in urgeschichtlicher Zeit berichtet kritisch *Karl Hermann Jacob-Friesen* (Grundfragen der Urgeschichtsforschung /Hannover, Helwingsche Verlagsbuchhandlung/). Die Einleitung behandelt das schwierige Problem der Definition der Begriffe: Rasse, Volk, Kultur; der weitere Text den Stand der anthropologischen, philologischen und kulturhistorischen Forschungen. Dieser gelehrte und übersichtliche Gesamtbericht wird jedem von Nutzen sein, der die dabei vorausgesetzten fachlichen Kenntnisse überprüfen und erweitern will.

Psychologie / Rudolf Arnheim

**Arbeitsfreude** Es liegt auf der Hand, daß die Frage, welche psychologischen Faktoren dafür verantwortlich sind, ob eine Arbeit gern getan wird oder nicht, nicht nur von fachwissenschaftlichem sondern von einem eminent praktischen Interesse ist. Und so hat denn auch *Hendrik de Man* bereits im Titel seiner Untersuchung *Der Kampf um die Arbeitsfreude* /Jena, Eugen Diederichs/ angedeutet, daß er nicht nur erkennen sondern verändern will. Er arbeitet nicht experimentell sondern mit Fragebogenmaterial, und auch hierbei stützt er sich weniger auf die exakt zahlenmäßig faßbaren Resultate, denen er sogar ziemlich mißtraut, als auf das Qualitative der Aussagen. Er hat, im Anschluß an Vorlesungen, die er an der Frankfurter Akademie der Arbeit vor Arbeitern hielt, Fragebogen ausfüllen lassen, die sich auf die Arbeitsfreude beziehen, und die mit außerordentlicher Gewandtheit und Anschaulichkeit beantwortet worden sind.

78 Berichte werden verarbeitet. Einschränkung muß gesagt werden, daß diese nicht ohne weiteres als typisch für den durchschnittlichen Arbeiter angesehen werden dürfen; denn es handelt sich um relativ viele Versuchspersonen aus gelernten Berufen, und alle sind in der sozialen Bewegung tätig. Immerhin sagt de Man, daß sich seine Ergebnisse bei einer gewissen Vorsicht durchaus verallgemeinern lassen. Die 78 Berichte werden, soweit sich ihr Inhalt auf das Problem der Arbeitsfreude bezieht, in extenso veröffentlicht. Die quantitativen Ergebnisse, auf die de Man selbst, wie gesagt, mit Recht keinen entscheidenden Wert legt, sind: Der Prozentsatz derjenigen, denen die Arbeit Freude macht, beträgt bei den Ungelernten 11%, bei den Gelernten aber 67%. Je qualifizierter die Arbeit, um so mehr steigt der Prozentsatz der Arbeitsfreudigen. Im Gesamtdurchschnitt aller 78 Versuchspersonen ergeben sich 57% Arbeitsfreudige, 19% Arbeitsunlustige und 24% Mittelfälle, so daß also die Zahl der Arbeitsfreudigen im Durchschnitt aller Berufsarten erheblich überwiegt.

Der wichtige Grundgedanke de Mans besteht darin, daß der Drang zur Arbeitsfreude von vornherein der natürliche Zustand des normalen Menschen sei. Ob jemand gern oder ungern arbeite, das hänge nicht davon ab, welche Resultate sich bei ihm aus dem Gegeneinander

fördernder und hemmender Faktoren ergebe, sondern das Pluselement, das von negativen Momenten in ein Minus verwandelt werden könne, sei »von vornherein als psychische Gegebenheit da«. Es müsse von einer zielstrebigem Kraft gesprochen werden, »die durch verschiedene gegenständliche Hemmungen verwandelt: gesteigert, geschwächt, abgelenkt oder umgestaltet« werde; nach Arbeitsfreude strebe jeder Arbeitende, so wie jeder Mensch nach Glück strebe. »Arbeitsfreude verlangt gar nicht danach "gefördert" zu werden; es kommt nur darauf an, daß sie nicht gehemmt wird.« Ein wichtiger und zugleich ein schöner Gedanke.

Hendrik de Man analysiert zunächst die einzelnen Faktoren des Drangs zur Arbeitsfreude. Da ist vor allem der allgemeine Trieb zu Tätigkeit überhaupt; Untätigkeit, Arbeitslosigkeit (zum Beispiel auch bei Strafgefangenen) wird schon aus physiologischen Gründen als Qual empfunden. Hinzu kommen der Spieltrieb und der "Aufbautrieb", das Bedürfnis etwas Handgreifliches aus eigener Arbeit zu leisten, wobei sich diese Lust bald auf das Endprodukt der Arbeit, bald auf eine organisatorische Leistung, bald auf Verbesserung der Produktionsmittel (Erfindungen zur Vervollkommnung der Maschinen usw.) beziehen kann. Weiter der Erkenntnistrieb, die Freude am neu Erlernten; in diesem Sinn wird die Lehrzeit als eine Zeit besonderer Arbeitsfreude beschrieben: die Arbeit ist "interessant". Der Geltungstrieb, der vor allem bei Arbeitern mit gehobenem Posten (Werkmeistern) in Frage kommt. Der "Besitztrieb", eine nicht eben glückliche Bezeichnung für die freundschaftliche Verbundenheit des Arbeiters mit "seiner" Lokomotive, "seinem" Hobel; wird ein Arbeiter gezwungen das Werkzeug oder die Maschine zu wechseln, so stellt sich typisch Arbeitsunlust ein. Als »gelegentlich fördernde Motive« werden aufgeführt: der freundschaftliche Zusammenhalt der Belegschaft (ungenügender Kontakt mit der Gruppe führt bei dem Isolierten zu Arbeitsunlust); Herrschaft und Unterordnungsbedürfnis in der Hierarchie des Arbeitsverhältnisses; ästhetische Befriedigung an einer sauberen, guten Arbeit; Arbeit als Mittel zum Gelderwerb und als ein Werk zum Nutzen der Allgemeinheit. (Es berührt eigentümlich, daß dies nur sekundäre Motive sein sollen.) Ein wichtiger Impuls ist weiter das Pflichtgefühl, die Vorstel-

lung, daß ein jeder Mensch zu arbeiten hat. Ein starker soziologischer Druck wirkt so in der Richtung, daß man nicht unter lauter Tätigen müßig dastehen möchte. Selbst wo der Arbeiter aus politischen Gründen die Berechtigung seiner eignen Arbeit innerhalb einer kapitalistischen Gemeinschaft nicht anerkennt, wirkt die »traditionelle Norm« anspornend: »Nur sehr wenige Menschen haben die Kraft zur praktischen Umwertung aller Werte, die dazu gehört sich auch im Urteil über sich selbst ganz der Norm des sozialen Verhaltens zu entziehen, die schon als allgemein gültige Tradition da ist, bevor der einzelne kritisch zu denken anfängt . . . Etwas Ähnliches erlebte der Soldat im Weltkrieg, der sich etwa auf Grund seiner politischen Anschauungen bei vernunftmäßiger Erwägung als zum Kampfe "gezwungen" betrachtete, in der Regel aber auf eine Art handelte, die instinktmäßige Impulse verriet, für die in diesen Erwägungen kein Platz war. Es gab im Tagesdienst wie im Kampf Antimilitaristen sowohl wie Indifferente, die, statt möglichst wenig zu leisten, wie es ihrer erkenntnismäßigen Einstellung entsprochen hätte, möglichst viel leisteten, und zwar bis zum Lebensopfer, auf Grund von instinktmäßigen Impulsen, deren wahre Natur ihnen kaum zum Bewußtsein kam.« Man wird in diesem Zusammenhang auch den von Kurt Lewin formulierten Begriff des Aufforderungscharakters in die Debatte werfen dürfen; Nicht nur das ethische Gewohnheitsgebot und das Beispiel der anderen reizt zur Arbeit an, sondern das Vorhandensein ungetaner Arbeit, ungelöster Aufgaben übt von sich aus einen Anreiz aus.

Im letzten Hauptteil seiner Arbeit behandelt de Man die Hemmungen der Arbeitsfreude. Zunächst die technischen Hemmungen; Hier treten die für die Rationalisierung und Mechanisierung so wichtigen Fragen auf, wie sich das Prinzip der Teil- und der Repetitivarbeit auf die Arbeitsfreudigkeit auswirkt. Teilarbeit erweckt nicht an sich, wie man es oft hört, Arbeitsunlust. Wo sie als Hemmung auftritt, liegt das vielmehr zumeist daran, daß sie als "sinnlos" empfunden wird. Wir wissen aus Untersuchungen über den Aufbau von Alltagshandlungen, daß man eine solche Handlung in sinnvolle und sinnlose Stücke zerlegen kann, und daß ein an sich sehr spezieller Teilprozeß eines Handlungs-ganzes eine rundere Einheit bilden, das heißt sinnvoller sein kann als ein rela-

tiv großer Ausschnitt aus dem Ganzen. Die Teilarbeit schaffende Mechanisierung ist, nach de Man, noch nicht ohne weiteres als eine Dequalifizierung zu betrachten in dem Sinn, daß etwa der Handwerker des Mittelalters eine sehr viel selbständigere und intelligentere Arbeit geleistet habe als der heutige Industriearbeiter an seiner Maschine. Vielmehr hat die Mechanisierung teils dequalifizierend, teils auch ganz gegenteilig gewirkt. Wie hoch aber die Qualität der Arbeit von dem Arbeiter eingeschätzt wird, davon hängt, nach de Man, die Lust ab; eine etwas einseitige Auffassung, aber dennoch ein wichtiger Gesichtspunkt. »Der Dreher, der einen schwierigen Maschinenteil gut bearbeitet hat, kann darüber eine ähnliche Befriedigung empfinden wie der Handwerks-geselle von früher über das von ihm allein hergestellte Fertigprodukt«; dies aber eben, wie es scheint, nicht allein, weil er die Qualität dieser Arbeit ebenso hoch einschätzt, sondern weil sie eine relativ geschlossene und daher in ihrem Endeffekt befriedigende Aufgabe darstellt. »Der Schuhmacher F. machte früher in der Werkstatt Stiefel, jetzt schneidet er nur noch Schäfte. Aber er ist jetzt auf einen gut geschnittenen Schaft ebenso stolz wie früher auf einen gut gemachten Stiefel.« Teilarbeit bringt meist Repetitivarbeit mit sich, denn bei Teilarbeit pflegt der Arbeitsgang kürzer zu sein, sich rascher zu wiederholen. Das Einerlei der Repetitivarbeit bringt oft Arbeitsunlust mit sich, doch kommt, wie nur kurz angedeutet sei, hier die Rhythmisierung der Arbeit als lustbringendes Moment hinzu.

Von der Ermüdung sagt de Man, daß sie heutzutage seltener durch körperliche Überanstrengung als durch Langeweile, also durch einen psychischen Faktor, hervorgerufen werde. Auch Scheu und Ekel vor einer unangenehmen Arbeit wirken sich als frühzeitige Ermüdung aus. Schließlich kommen an technischen Hemmungen der Arbeitsfreude noch ungünstige technische Zustände im Betrieb in Betracht: schlechte Luft, Temperatur, Gerüche, schlechte Toiletten- und Garderobeanlagen, Betriebsgefahr, übermäßiger Lärm, mangelhafte Beleuchtung, Unsauberkeit der Arbeitsstelle, deprimierender Einfluß einer häßlichen, unwürdigen Umgebung (Numerierung des Arbeiters, Beaufsichtigung, Kontrolluhren, gefängnisartige Fabrikmauern, Sirensignal usw.). Von innerbetrieblichen Hemmungen führt de Man diese an: die



Unzufriedenheit mit den materiellen Bedingungen des Arbeitsvertrags, ungleiche Lohnsysteme und die autokratische Betriebshierarchie; von außerbetrieblichen: die dauernde Zugehörigkeit zu einer besitzlosen Klasse, die Existenzunsicherheit, die gesellschaftliche Geringschätzung der Handarbeit.

Im Zusammenhang mit de Mans Buch sei kurz auf diejenigen Kapitel hingewiesen, in denen *George Bernard Shaw* in seinem *Intelligent Woman's Guide to Socialism and Capitalism* /London, Constable & Co./ (jetzt auch deutsch bei S. Fischer in Berlin) ähnliche Probleme behandelt. In den Kapiteln *Incentive* und *The Tyranny of Nature* kommt er darauf zu sprechen, ob nicht gleicher Verdienst für alle, wie der sozialistische Staat ihn fordert, den Ansporn zur Arbeit und die Arbeitsfreudigkeit rauben werde. Er glaubt dies nicht, Er glaubt nicht einmal, daß sich niemand mehr finden werde die »schmutzige« Arbeit zu tun, denn Schmutzigkeit sei kein Einwand gegen die Schätzung einer Arbeit, wie der Beruf der Ärzte, Krankenschwestern, Mütter zeige, sondern ausschlaggebend für die Geringschätzung schmutziger Arbeiten wie Müllfahren usw. sei lediglich, daß sie als sozial minderwertig gelten. »Nichts ist einem gesunden Menschen so unangenehm wie Zeit vertun zu müssen. Man sehe nur, wie gesunde Kinder sich beschäftigen, bis sie müde werden. Es wäre für erwachsene Personen ebenso natürlich zum Spaß wirkliche Burgen zu bauen, wie es Kindern Spaß macht Sandburgen zu bauen.« Unsere Vergnügungen seien körperlich und geistig nicht weniger anstrengend als unsere Berufsarbeit, an der Anstrengung könne es also nicht liegen. »Jede Frau, deren Mann sich mit einer ihn interessierenden Arbeit beschäftigt, weiß, wie schwierig es ist ihn auch nur für die Mahlzeiten davon fortzubringen.« Und zum Schluß sagt Shaw, Herbert Spencer habe keine Gelegenheit vorübergehen lassen die Leute vor dem "Arbeitsfimmel" zu warnen. Die Arbeitswut könne von einem Menschen ebenso stark und mit ebenso schädlichen Wirkungen für seine Gesundheit Besitz ergreifen wie die Trunksucht. Womit wir de Mans Grundthese auf eine lustige, aber zweifellos richtige Art bestätigt finden.

Gemeinverständliche  
Schriften

In einem Sonderheft, betitelt *Die neue Jugend*, läßt die Zeitschrift *Forschungen zur Völkerpsychologie und So-*

ziologie, herausgegeben von Richard Thurnwald /Leipzig, C. L. Hirschfeld/, Vertreter der Jugendbewegung zu Wort kommen. Man findet unter anderm Aufsätze über Wandervogel und Pfadfinder, die jungnationale Bewegung, deutsche katholische Jugend, sozialistisch-proletarische Jugendbewegung und die Frau in der Jugendbewegung.

Unter dem Titel *Sexualkatastrophen* bringt Ludwig Levy-Lenz »Bilder aus dem modernen Geschlechts- und Eheleben« /Leipzig, A. H. Payne/. Magnus Hirschfeld berichtet über einzelne Fälle konstitutioneller Anomalie (Transvestiten, Kinderschänder, Homosexuelle, Lustmörder). Psychologisch wichtig sind weiter Gotthold Lehnerdts Ausführungen über die Prostitution und Johannes Werthauers Bericht über Ehe und Ehegesetzgebung.

In seinem Buch *Hinter der gelben Mauer: Von der Befreiung des Irren*, in der Sammlung Bücher des *Werdenden* /Stuttgart, Hippokratesverlag/, bringt Istvan Hollos in loser, fast belletristischer Form sehr lebendige Beobachtungen aus dem Betrieb eines *Irrenhauses*. Es wird immer wieder die Ähnlichkeit des Kranken mit dem Gesunden betont. Zum Schluß finden sich in dem Buch spekulative, psychoanalytisch gefärbte Schwärmereien.

#### Totenliste

Am 24. April starb in Warschau die Psychologin und Pädagogin *Josephine Joteyko*, eine Frau von außerordentlicher wissenschaftlicher Leistung. Sie war ursprünglich Medizinerin, wurde mehrmals vom Institut de France durch Preise ausgezeichnet, ging später nach Brüssel, wo sie die Internationale Fakultät für Pädagogik gründete und das Institut für Psychophysiologie leitete. Dann wurde sie als Dozentin an die Universität Warschau berufen; dort wirkte sie auch am Staatlichen Pädagogischen Institut. Neben ihrer Lehrtätigkeit gab sie die *Archives Polonaises de Psychologie* heraus. Die psychologische Forschung wurde durch sie in zahlreichen Abhandlungen und selbständigen Büchern bereichert. Am 27. Mai starb, 91 Jahre alt, *Konstantin Gutberlet*, Domkapitular und Lehrer an den Seminaren von Fulda und Würzburg. Dieser berühmte katholische Gelehrte war ein ungewöhnlicher Geist, durch tiefdringenden Scharfsinn wie außerordentlichen Umfang der Kenntnisse ausgezeichnet. Seine Schrift *Das Unendliche, mathematisch und metaphysisch betrachtet* /1878/ packt das Un-

endlichkeitsproblem in einer von der Norm abweichenden Weise an. Neben seinen Spezialfächern, der Theologie und der Philosophie, beherrschte er das gesamte Gebiet der Mathematik und Naturwissenschaften. Auch der Psychologie und ihren Methoden widmete er eingehendes Studium. Das zeigt außer seiner Psychophysik /1905/ auch eine Reihe anderer Arbeiten. In dem 1888 von ihm gegründeten und dann 37 Jahre hindurch geleiteten Philosophischen Jahrbuch beschäftigte er sich fortlaufend auch mit psychologischen Problemen. Charakteristisch für ihn war stets die Vereinigung naturwissenschaftlicher Studien mit philosophischen Spekulationen.

**Kurze Chronik** In Paris wurde ein *Institut National d'Orientation Professionnelle* gegründet. Es wird von Fontègne, Langier und Piéron geleitet und gibt jeden Monat ein Bulletin heraus. ◊ Vom 10. bis zum 14. September wurde in Utrecht die 5. *Internationale Psychotechnische Konferenz* abgehalten. ◊ Die *Weltliga für Sexualreform* auf wissenschaftlicher Grundlage, die Anfang Juli in Kopenhagen tagte, forderte die Gesetzgebung und die Öffentlichkeit aller Länder auf »praktische Folgerungen aus den biologischen, psychologischen und soziologischen Forschungsergebnissen des menschlichen Geschlechts- und Liebeslebens« zu ziehen. Sie erhob Einspruch gegen die Nichtbeachtung der Sexualforschung in dem projektierten neuen deutschen Strafrecht.

### Geschichte / Walther Koch

**Weltgeschichte** Zu dem von vielen Freunden und Verehrern seiner unabhängigen und geschlossenen Persönlichkeit gefeierten 80. Geburtstag *Hans Delbrücks* (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 1009) erschien eine Festschrift *Hans Delbrück, der Historiker und Politiker* /Berlin, Otto Stollberg/, in der Ferdinand Jakob Schmidt Delbrücks geschichtsphilosophische Grundgedanken, Konrad Molinski den Historiker Delbrück und Siegfried Mette den Politiker Delbrück behandeln. Aus diesen Beiträgen wird auf neue deutlich, wie fruchtbar die Verankerung der Delbrückschen Geschichtsauffassung in dem Erbe Rankes und Hegels für seine Zusammenschau der Weltgeschichte werden konnte, und wie andererseits seine kritischen, besonders kriegsgeschichtlichen Untersuchun-

gen ihn zu ganz neuen Einblicken führten, die ihn praktisch in Einzelfällen befähigten im Sinn einer rechtverstandenen ökonomischen Geschichtsauffassung gewisse grundlegende Zusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zu sehen, trotz seiner grundsätzlichen Ablehnung der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung als solcher. Auch als Politiker hat er es trotz seiner traditionsmäßig konservativen Herkunft und staatspolitischen Ablehnung der sozialdemokratischen Bewegung der Vorkriegszeit als politisches Gebot der Stunde erfaßt, daß nur eine positive Mitarbeit der sozialistischen Arbeiterschaft am Staatsaufbau die Zukunft des Deutschen Reichs sichern kann. Daher vermögen auch wir es, trotz dem Abstand in manchen Fragen, in Delbrück eine der heute wenigen selbständigen Auffassungen von Geschichte und Staatsleben anzuerkennen.

Nunmehr liegt als neuer Band der hier (in dieser Rundschau, 1925 Seite 309, 924, 1927 II Seite 759, 1928 I Seite 257 und folgende) schon mehrfach besprochenen Delbrückschen Weltgeschichte /Berlin, Otto Stollberg/ der 5. Teil vor. Er behandelt die Zeit von 1852 bis 1888, ist also noch nicht der letzte Band des Werks. Es ist über diesen Band, der bereits stark von Delbrücks persönlichen Erinnerungen, eigener Anteilnahme an der Politik dieser Jahre durchdrungen ist, nichts wesentlich Neues hier zu sagen. Die Probleme dieses Bismarckschen Zeitalters sind bereits hier, auch schon an der Hand des Ziekurschschen Werks, angedeutet worden (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 571 und folgende). Delbrück versteht es wieder meisterhaft die innere Politik in ihrer Verflochtenheit mit der äußern Politik im Sinn seines Meisters Ranke aufzufassen und so die Abwandlung des europäischen Staatensystems zugleich mit der innern Entwicklung der einzelnen Staaten darzustellen. So erscheint doch manches an sich Bekannte in neuer Beleuchtung und neuer Verbindung mit andern Bekannten. Die Entstehung und Anfangszeit des neuen Deutschen Reichs wird so in die gesamteuropäische Entwicklung eingegliedert, und dadurch erst Bismarcks Leistung in der europäischen Situation seiner Zeit ganz verstanden. Man muß sich zum Beispiel nur einmal die Abschnitte des Werks ansehen, die von den Beziehungen der Bismarckschen Politik zu Napoléon III handeln, um die

Hintergründe der zur Reichsgründung führenden Staatskunst Bismarcks kennenzulernen. Es lohnte sich dieser Bündnispolitik Napoléons III im einzelnen nachzugehen. Delbrück umreißt natürlich die wesentlichen Abwandlungen dieser Frage ganz im großen. Kaum nötig zu erwähnen ist, daß, abgesehen von den diplomatischen Verhandlungen, vor allem auch die militärischen Ereignisse der Kriege von 1864, 1866 und 1870-1871 durch Delbrück sehr eingehend und eigenartig analysiert werden. Hervorgehoben werden soll aber, daß Delbrück in diesem Band dem Ursprung und Wesen der Sozialdemokratie ein besonderes Kapitel widmet, in dem er allerdings den Marxismus völlig kritisch abtun zu können meint. Er meint die Bedeutung klassengeschichtlicher Vorgänge in der Geschichte dadurch abschwächen zu können, daß er ihnen die Ständekämpfe als politisch-soziale Kämpfe entgegensustellen versucht. Dabei wird die sehr naheliegende Frage nicht gestellt, wieweit nun diese politisch-sozialen Faktoren nicht doch von ökonomischen Ursachen mitbestimmt waren. Das ist um so verwunderlicher, als Delbrück selbst immer wieder praktische Beispiele dafür anführt, wie bestimmte politische und besonders auch militärische Erscheinungen von wesentlich wirtschaftlichen Momenten abhängen. So ist auch in diesem Band auf die große Bedeutung der Schwankungen der Goldwährung, die mit der Seltenheit der Goldfunde zusammenhingen, für Gedeih und Verderb der nationalen Entwicklung hingewiesen worden, wie bereits im alten Rom die mit bestimmten technisch-geologischen Ursachen zusammenhängenden Währungsfragen einen, gerade von Delbrück hervorgehobenen großen Einfluß auf die Heeresverfassung und damit auf die ganze Lage des Römischen Reichs ausübten. Freilich, bei aller grundsätzlichen Ablehnung des Marxismus, die wir als nicht berechtigt und nicht begründet gerade bei Delbrück empfinden, glaubt er doch die Herausbildung eines eigenen proletarischen Klassenbewußtseins, das sich von der Welt der bürgerlichen Demokratie löst, positiv bewerten zu müssen. »Die Partei, aus dem Gedanken der Revolution geboren, wachsend in Klassenkampf und Staatsfeindschaft, wird durch ihre eigene Organisation zum Gegenteil hinübergeführt; die utopischen Phantasien fallen ab als bloße Kampfmittel,

und der Kern, der bleibt, ist eine Partei, die ebenso sehr für den Staat wie gegen den Staat wertvoll werden kann.« Eine von der üblichen Auffassung abweichende Haltung nimmt Delbrück, wie schon früher als Politiker, so auch als Historiker, zu der preußischen Polenpolitik ein, die er scharf verurteilt. Ebenso hat er Bedenken gegen den Kurs in Elsaß-Lothringen nach 1871, die ja von vielen anderen geteilt werden. Der vorliegende Band hat es ja vorwiegend noch mit dem Zeitalter der Nationalstaatsbildungen zu tun. Aber schon in den achtziger Jahren wuchs das Deutsche Reich in die Weltpolitik hinein, der vorzüglich der letzte, hoffentlich recht bald erscheinende Band gewidmet sein wird. Doch werden in diesem Band bereits die englische und die französische Kolonialpolitik behandelt. Man kann gespannt sein, wie die Weltpolitik der letzten Jahrzehnte, die zum Weltkrieg führte, von Delbrück im letzten Band dargestellt werden wird.

**Kurze Chronik** Am 16. August begann in Oslo der 6. *Internationale Historikerkongreß*. Der

Fortschritt, den der Friedens- und Verständigungsgedanke in den letzten Jahren gemacht hat, drückte sich in der jetzt schon selbstverständlichen vollkommenen Gleichberechtigung der Deutschen und Österreicher aus, deren Vorträge zum Teil als besonders vorzüglich hervorgehoben wurden, wie auch in der immer wieder betonten Forderung: Geschichtsforschung und Geschichtsunterricht in den Schulen der Aufgabe rückhaltloser Wahrheitsfeststellung, auch wo sie für das eigene Volk belastend ist, und dem gegenseitigen Verständnis der Völker unter einander dienstbar zu machen. In hervorragender Weise betätigte sich der Generalsekretär der Internationalen Historikerkommission, L'Héritier /Paris/, in seinem Vortrag wie auch durch die vollendete Unparteilichkeit der Verhandlungsleitung, im Geist dieser Auffassung. ◊ Der Präsident der Ukrainischen Wissenschaftlichen Gesellschaft, M. J. Jaworskij, sprach innerhalb der Russischen Historikerwoche im Juli über die Ergebnisse der *ukrainischen* Geschichtsforschung in den Jahren 1917 bis 1927 und über die westeuropäischen Einflüsse auf die Ideenformung der sozialen Bewegung in der Ukraine im 2. und 3. Viertel des 19. Jahrhunderts. Er

behandelte besonders die Zeit der Jungen Ukraine, die Zeit des polnischen Aufstands von 1863 und die Epoche nach 1870. Die westeuropäischen Ideen, von denen er sprach, sind vor allem die Hegels, der französischen Utopisten, Comtes und endlich die des marxistischen Sozialismus. ◊ Zum Nachfolger Gustav Beckmanns auf dem Lehrstuhl der mittlern und neuern Geschichte an der Universität Erlangen wurde der bisherige außerordentliche Professor der Geschichte in Kiel *Otto Brandt*, ein Schüler Hermann Onckens und Max Lenz', berufen. Brandt habilitierte sich 1919 in Kiel mit einer Schrift August Wilhelm Schlegel; der Romantiker und die Politik /1919/. 1924 wurde er Professor in Kiel. Unter seinen Arbeiten sind zu nennen: England und die Napoleonische Weltpolitik 1800 bis 1803, eine Geschichte Schleswig-Holsteins, eine Arbeit über Emanuel Sieyès' *Qu'est-ce que le tiers-état?* ◊ Die Universität Leipzig berief auf den Lehrstuhl für klassische Archäologie an Stelle Franz Studniczkas den Jenenser Ordinarius *Herbert Koch*. Koch war wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Archäologischen Institut in Rom und dann in Athen; nach zahlreichen Studienreisen habilitierte er sich 1913 in Bonn, um dann 1918 nach Jena zu gehen. Seine Arbeiten liegen auf dem Gebiet der italienischen (etruskischen und römischen) Kunst und Kultur.

### Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

**Reichsjustiz** Nicht nur weite Gebiete des materiellen Rechts befinden sich infolge Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse und sozialen Grundauffassung im Zustand der Erneuerung, sondern auch die Fragen des formellen Aufbaus der Rechtsorganisation und der Justizverwaltung beschäftigen die öffentliche Meinung lebhaft. Hierher gehört vor allem die Übertragung der gesamten Justiz auf das Reich. In dankenswerter Weise hat sich mit dem Problem, allerdings ausschließlich gesehen vom Interesse der Rechtspflege, auch die letzte Tagung des Deutschen Juristentags in Salzburg befaßt. Daß die Interessen der Rechtspflege den Übergang der Justiz von den Ländern auf das Reich erwünscht erscheinen lassen, wird dem mit den Dingen wenig Vertrauten nicht ohne weiteres einleuchten. Aber auch von autoritativer Seite sind erhebliche Bedenken gegen die Ver-

reichlichung der Justiz geltend gemacht worden. Natürlich lassen sich diese wichtigen Fragen, die zudem in ihren Auswirkungen die lieben partikularistischen Traditionen zerstören, mit mancherlei Gründen von entgegengesetzten Seiten betrachten. Trotzdem sind stichhaltige Gründe gegen die Lösung der Frage im Sinn einer Übertragung der gesamten Justiz auf das Reich nicht vorgebracht worden. Die Einwendungen beschränken sich im Grund stets auf die Schilderung der Schwierigkeiten, die die Durchführung der Übertragung besonders im einzelnen machen wird.

Wer in der Schaffung des Einheitsstaats die wichtigste politische Voraussetzung für den Neubau und die weitere Entwicklung des Deutschen Reichs sieht, wird schon aus diesem Grund die Verreichlichung der Justiz als eine selbstverständliche Forderung ansehen. Aber auch abgesehen hiervon sprechen aus dem reinen Interesse der Rechtspflege entscheidende Gründe für diese Maßnahme. In erster Linie gehört hierher die Beseitigung der komplizierten und sachlich hemmenden Doppelarbeit auf dem Gebiet der Vorbereitung von Gesetzgebungswerken, die heutzutage einen der größten Hinderungsgründe für die Schaffung großer einheitlicher Entwürfe in den schwebenden Fragen des öffentlichen und privaten Rechts bildet. Ferner ist es ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand, daß die Gerichtsorganisation an den Landesgrenzen haltmachen muß, obwohl diese Grenzen heute den wirtschaftlichen Notwendigkeiten in keiner Weise entsprechen. Das Bedürfnis der Rechtspflege fordert hier ausschließlich die Berücksichtigung wirtschaftlicher und verkehrsmäßiger Vernunft. Wenn in Bezirken mit starker Vermischung der Landesgrenzen schon jetzt durch Gerichtsgemeinschaftsverträge unter den beteiligten Ländern die größten Unzulänglichkeiten aus der Welt geschafft werden mußten, so ist dies der beste Beweis für die Notwendigkeit einheitlicher Justizverwaltung, durch die allein ein wirtschaftlich vernünftiger Aufbau der Gerichtsgrenzen möglich ist. Auch die Einheitlichkeit der Vorbereitung, der Ausbildung und der Dienstvorschriften sowie des Disziplinarrechts für die Richter sollte die Einsichtigen überzeugen. Vor allem gehört hierher die Frage der Richterernennung, die nach einheitlichen Gesichtspunkten, vielleicht nach Anhörung der Reichsjustizmittelbehörden, von einer Stelle aus dem Interesse der Rechtspflege zweckmäßiger die-

nen kann als bei der gegenwärtigen Vielheit der Auffassungen über Personalpolitik von 18 Länderjustizministern. Hierher gehört auch die sowohl vom Standpunkt der Rechtspflege wie von dem der Politik überaus wichtige einheitliche Leitung der Staatsanwaltschaft. Mit Recht ist gerade der Umstand, daß die Staatsanwaltschaft nicht einer einheitlichen Reichsinstanz unterstellt ist, als eine der Quellen der Vertrauenskrise der Justiz bezeichnet worden. Die Verreichlichung der Justizverwaltung würde auch eine Reihe von anderen Fragen mitlösen, beispielsweise die der Freizügigkeit der Rechtsanwaltschaft.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Übertragung der Justiz auf das Reich mit der politischen Lösung der allgemeinen Reichsreform verbunden werden soll oder nicht. Vom Standpunkt der Rechtspflege ist diese Frage im letzten Sinn zu entscheiden, denn die Verbindung mit der politischen Reichsreform bedeutete zweifellos eine weitere und nicht unbedenkliche Hinausschiebung der Schaffung einer Reichsjustiz. Etwas anderes ist es, ob die Übertragung der Justizverwaltung auf das Reich ohne gleichzeitige Bildung des Einheitsstaats politisch möglich ist oder mit der notwendigen unbedingten Großzügigkeit und unkomplizierten Einfachheit des Aufbaus gelöst werden kann. Diese Frage, die für die Übersichtlichkeit der künftigen deutschen Justizorganisation und die Durchsichtigkeit des Aufbaus entscheidend ist, wird noch eingehender Prüfung bedürfen. Falls diese Prüfung, wie es wünschenswert wäre, die Unabhängigkeit beider Probleme von einander ergäbe, könnte die große Reichsjustizreform unverzüglich in Angriff genommen werden.

#### Informationsmittel

In der Österreichischen und Ungarischen Serie der von der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden begründeten Wirtschaftsgeschichte und Sozialgeschichte des Weltkrieges behandelt Franz Exner *Krieg und Kriminalität in Österreich* /Wien, Hölder-Pichler-Tempsky/. Das Werk ist als hervorragender Beitrag zur Sozialgeschichte des Weltkrieges zu werten. Mit Recht hebt der Verfasser in der Umschreibung der Aufgabe hervor, daß die Sozialgeschichte der Kriegszeit ohne ihre Kriminalgeschichte immer ein Torso bleiben wird. Wer den Schlußfolgerungen des Buchs auch nicht in jedem Fall zustimmen kann, wird doch in der Fülle des Materials und seiner klaren und fein-

sinnigen Durcharbeitung ein Bild der Kriegskriminalität und der Kriminalität der Kriegszeit entrollt sehen, das jedem Urteilsfähigen die Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen ohne weiteres selbst ermöglicht.

Als willkommenes Informationsmittel kann eine von Heinrich Pohl herausgegebene Quellensammlung *Das Recht des Reichstags* /Berlin, Georg Stilke/ bezeichnet werden. Soweit übersehen werden kann, ist die Sammlung vollständig. Die Anordnung erscheint zweckmäßig. In übersichtlicher und erschöpfender Weise stellt Kurt Klink die Reformbestrebungen im *Ehescheidungsrecht* unter diesem Titel dar /Berlin, Carl Heymann/.

#### Tagungen

Das *Institut de Droit International* tagte unter dem Vorsitz des ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Hammarström im August in Stockholm. Aus Deutschland waren der Reichsgerichtspräsident Walther Simons sowie die Professoren Karl Neumeyer, Karl Strupp und Hans Wehberg anwesend. Simons wurde zum ordentlichen Mitglied des Instituts ernannt.

Die *Internationale Akademie für Vergleichende Rechtswissenschaft* hielt vom 1. bis zum 3. August ihre 4. Jahresversammlung im Haag ab. Unter anderem wurde beschlossen die wichtigsten und gebräuchlichsten juristischen Abkürzungen für jedes Land herauszugeben, auf die Einberufung eines Internationalen Kongresses für Rechtsvergleichung hinzuwirken sowie eine Vereinigung der verschiedenen Rechtsfakultäten auf internationaler Grundlage herbeizuführen.

Auf dem am 6. und 7. Oktober in Stettin abgehaltenen Vertretertag des *Preussischen Richtervereins* wurden Fragen der Justizreform (Rationalisierung der Gesetzgebung, Einschränkung der Rechtspflege, Neuorganisation der Staatsanwaltschaft, Neugliederung der Gerichte und ähnliches) behandelt.

Die *Vereinigung der Preussischen Staatsanwälte* tagte in diesem Jahr vom 12. bis zum 14. Oktober in Essen. Der ehemalige Reichsjustizminister Eugen Schiffer sprach dort über Justizreform, der Oberreichsanwalt Georg Werner über Staatsanwaltschaft und Öffentlichkeit.

**Kurze Chronik** Die Juristische Fakultät der Universität Berlin stellt für 1928-1929 die folgenden **Preisaufgaben**: 1. »Wie stellt sich das Römische Recht und das Gemeine Recht

zu den sogenannten positiven Vertragsverletzungen?« 2. »Die Kirchengutsveräußerungen nach katholischem und deutschem Bürgerlichen Recht.« 3. »Gesetzesbegriff und Gewaltenteilung in Preußen in der Zeit vom Allgemeinen Landrecht bis zur Märzrevolution.«  $\diamond$  Die Verwaltungsakademie Berlin veranstaltet in ihrem Wintersemester eine Vortragsreihe über Probleme der *Verwaltungsreform*, in der unter anderen der preussische Ministerpräsident Otto Braun über das Problem des Einheitsstaats und der ehemalige Staatsminister Bill Arnold Drews über Reform in der innern Verwaltung sprechen.  $\diamond$  Das Universitätsinstitut für die gesamte Strafrechtswissenschaft und Kriminalistik in Wien umfaßt auch in diesem Winter wiederum einen Lehrgang zur *kriminologischen Ausbildung* künftiger Strafruristen.  $\diamond$  Eine nicht gewöhnliche *Stiftung* fiel der Universität Krakau zu: Der polnische Strafrechtslehrer Edmund Krzymuski, der vor kurzem in Ostende starb, hat sein gesamtes bedeutendes Vermögen der Juristischen Fakultät dieser Universität vermacht.  $\diamond$  Der Privatdozent an der Universität Heidelberg Erik Wolf folgt einem Ruf als Ordinarius für Strafrecht, Zivil- und Strafprozeßrecht und für Rechtsphilosophie in Rostock, als Nachfolger Friedrich Wachenfelds.  $\diamond$  Von der Juristischen Fakultät der Universität Rostock erhielt Else Koffka, eine Tochter des Berliner Landgerichtsdirektors Koffka, einen Lehrauftrag für Strafrecht.

#### Literatur

Als 8. Heft der Öffentlich-rechtlichen Abhandlungen /Berlin, Otto Liebmann/ erschien eine größere Schrift *Eduard Kerns* Der gesetzliche Richter. Sie enthält in ihrem 1. Teil rechtsvergleichende und geschichtliche Darstellungen des Themas unter besonderer Berücksichtigung des englischen, amerikanischen, französischen und preussischen einschlägigen Verfassungsrechts. Im besondern Teil werden die gefundenen Grundsätze auf die wichtigsten Einzelfragen angewandt. Hier werden vor allem die Militär-, Wucher-, bayrische Volksgerichtsbarkeit und der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik behandelt. Der Verfasser bemüht sich das juristische vom politischen Element zu trennen, was naturgemäß bei dem auch politischen Inhalt des Themas, dem Verfasser vielleicht unbewußt, nicht immer gelingen, auch der Sache nach nicht gewünscht werden kann. Im ganzen ist das Buch in seinem Inhalt anregend und dazu fesselnd geschrieben.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

#### Roman

Der Lyriker *Franz Werfel* hat auch schon früher Erzählungen geschrieben. Aber erst nach seinem *Verdiroman* (der alle ergreifen mußte, die zur Musik Verdis ein Verhältnis oder, nach Abstreifung veralteter Bildungskonvention, ein neues Verhältnis gewonnen haben) hat er ganz merkbar Freude am Erzählen gefunden, und zwar so, daß seine tiefe Menschenliebe, sein musikalischer Schwung, seine strömende Singkraft jetzt nicht mehr einem kleinen Kreis sondern allen, die überhaupt lesen, zugute kommen. Sein letzter Roman, *Der Abituriententag* /Wien, Paul Zsolnay/, erzählt ganz schlicht eine Geschichte: Die ehemaligen Abiturienten eines Gymnasiums finden sich zusammen, nachdem sie schon in die Jahre der Bürgerlichkeit gerückt sind. Was von den ehemaligen Träumern oder Realisten übrigblieb: der knurrige Kanzlist, der Lebensgenießer und Großkaufmann, der pedantische Schulmeister und der exakte Beamte, das alles enthüllt sich, als die einstigen Abiturienten zusammenkommen, um einen Abend der Erinnerungen zu begehen. Außerhalb des Bundes blieb aber der bedeutendste von ihnen, der eigentlich geistige Mensch, der jedoch entgleiste oder vielmehr fortgehetzt wurde, weil er unbequem war. Dieser Ausnahmehensch steht dem korrekten Mann, dem Untersuchungsrichter, gegenüber, und nun mißt sich mittelmäßige Intelligenz an der Ausnahmenatur, und doch, siehe, das entgleiste Genie trägt nur den gleichen Namen wie der, der als gefährlicher und trotzdem spornender Geist über all den Mittleren geschwebt hatte. Vielleicht dachte Werfel hier ein Symbol zu erschaffen. Das gefährliche Genie trägt niemals einen richtigen Namen, es ist niemals in die bürgerliche Regelmäßigkeit einzuspannen. Es fürchten sich diejenigen, die nur in ihr bürgerliches Ich wollen, vor der Forderung, die in seiner Existenz steckt.

Der Russe *Konstantin Fedin* wirkt ein sehr kompliziertes Netzwerk von Ereignissen zusammen, um seinen Roman zu schichten. Wie alle Russen der jüngern Generation liebt er nur das Knallige, das Kinoromantische. Dazu kommt aber eine wirkliche Intensität des Erlebnisses. Es träufeln dem Schriftsteller Menschenkenntnis, Leid, auch Ironie und Bissigkeit aus allen Poren. Der Romanschriftsteller blieb nicht in seiner Mansarde

oder in seinem Dichtermausoleum, er trieb sich herum und sah Tausendfältiges, das er nun niederschrieb. Alles trägt den Stempel der Wahrhaftigkeit. Alles ist Selbstbiographie. Fedin schrieb 2 Romane Städte und Jahre /Berlin, Malikverlag/ und Die Brüder /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/. Die Jahre sind die Zeiten des Weltkriegs und des Umsturzes in Rußland. Die Städte sind deutsche Krähwinkel, die noch wilhelminisch röcheln. Da hat ein russischer Student mit deutschen Künstlern noch 1914 Freundschaft geschlossen. Während der Deutsche Soldat des Weltkriegs wird, bleibt der Russe als Geisel für die deutsche Landessicherheit zurück. Der Russe findet das rote Brodeln seines Landes erst nach dem Ende des Kriegs. Liebesgeschichten werden in diesen Roman gewoben. Ein verworrenes Durcheinandergehen der Schicksale. Es ist interessant, wie dieser Russe die deutschen Menschen betrachtet; literarisch durchaus angekränkt; den deutschen "Imperialismus" und seine heroischen Blüten zeichnet er wie etwa Heinrich Mann. So geht der jungrossische Epikerstil in den deutschen Erzählerstil über. Diese Mischung sieht sehr natürlich aus. Daß aber die Originalität Fedins nicht sehr groß sein kann, erweist sich beim Lesen seines 2. Romans Die Brüder. Da wird die Gesellschaft des Bolschewismus familienblattmäßig ausgemünzt. Ginge alles das nicht auf der russischen Erde vor sich, man würde von dem Buch kaum feuilletonistisch angeregt werden. Die Lehre aus dem Ganzen: Konstantin Fedin wird nur angeregt, wenn er die Vergangenheit überdenkt. Er wird schon eingeschläfert und schläfert selber ein, wenn er Zustände beschreibt, in denen er sich heute mit Behaglichkeit streckt. Wenn Walter Harich in seinem Roman Angst /Berlin, Th. Knaur Nachfolger/ den Komplex des verängsteten Menschen in all seinen Abschweifungen und Ausschweifungen verfolgt, so ist nicht nur das Bemühen lobenswert. Der Dichter sucht sich die Domäne zum Entfallen seiner Hellsichtigkeit. Und er bringt in einer merkwürdig suggestiven Erzählerweise ein Werk zustande, das man atemlos und mit stärkstem Gefühl liest. Dieses Buch rechtfertigt die Knaursche Sammlung, die sich sonst im Übersetzen der gleichgültigsten angelsächsischen, vorwiegend amerikanischen Bücher (übrigens gibt es überhaupt nur wenige amerikanische Bücher, die nicht gleichgültig sind) nicht genug tun kann.

Der Amerikaner John Dos Passos gehört vielleicht zu den wenigen, deren Bücher nicht gleichgültig sind. Aber er ist nun wieder ein Idylliker. (Welch ein Mißverständnis überhaupt, wenn man die Amerikaner als die Menschen der Lebensraserei nimmt. Sie sind nichts weniger als das, Aber es gehört bei uns zum guten Ton des Kurtürstendamm davon überzeugt zu sein. Ebenso wie man bei uns immerzu vom Tempo und Rhythmus der Zeit spricht: weil man im ganzen herzlich wenig davon hat.) Der Roman Manhattan Transfer /Berlin, S. Fischer/ erzählt von dem winzigen Bohemevolk, das im Labyrinth der Wolkenkratzer herumwimmelt. Dos Passos besitzt eigentlich gar kein soziales Gewissen. Er betastet nur mit seiner allerdings sehr spürsamen Neugierde einige hundert Menschen, die unter den 6 Millionen New Yorks existieren wollen: Armutswelt, Theaterwelt, Jobberwelt, Spitzbuben und Idealisten, Fanatiker, Mystiker, dreckige Leute und Aristokraten. Während wir in Deutschland und auch in Europa uns "amerikanisieren" wollen und häufig darauf verzichten das Leben der Romane zu mikroskopieren, gefällt sich Dos Passos gerade in jener Technik des Mikroskopierens, die bei uns als unamerikanisch verpönt ist. Nach landläufiger Auffassung ist alles Existieren jenseits des Atlantischen Ozeans ein wildes Durcheinander, ein kaum faßbares Gegröhle und Gezerre. Nun zeigt uns Dos Passos innerhalb der Wolkenkratzerwände die schönsten Krähwinkelein.

**Luschnat** Um die Seelenkenntnis, die uns trotz aller Aufgeklärtheit und Abgeklärtheit noch sehr notwendig ist, bemüht sich der lyrische Erzähler David Luschnat. (Mehrere seiner Kurzdichtungen kennen die Leser aus den Sozialistischen Monatsheften, in denen sie zuerst erschienen.) Luschnats Buch Abenteuer um Gott /München, Paul Stangl/ ist ein Band mit entzückenden und tief sinnigen Miniaturen. An 100 Singgedichte, geschrieben in beschwingter Prosa, werden um dieses unerschöpfliche Thema variiert. Es erwacht eine Märchenstimmung. Man glaubt orientalische Gleichnisse zu lesen. Der Aufstieg vom Alltäglichen zur erfreuenden und auch niederdrückenden Weisheit wird vollzogen. Die Liebenden und die Hartherzigen, die Schwärmer und die Nüchternen, sie werden alle irgendwie zu dem Göttlichen wieder hinaufgezogen. Keinem bleibt die

Einkehr erspart. Dabei ist die Einfädelung des Sinngedichts oft köstlich. Man denke: Einem Geschäftsreisenden geht auf der Eisenbahn sein Koffer verloren. Nun zankt er sich mit dem Gepäckmeister und dem Polizisten herum, er wird auf einige Stunden eingesperrt, und da beginnt das Rumoren in seinen Gedanken. Auch der Geschäftsmann entdeckt plötzlich Gott, und sie entdecken alle Gott, die Großen und die Kleinen, die Toren und die Schriftgelehrten, die Pilger und die sieghaften Krüppel.

**Rebellendichtung** Kurt Virneburg stellt sich in den Dienst junger Dichter, Lyriker und Erzähler:

*Stimmen der Jüngsten* /Berlin, Verlag Der Aufbruch/. Man begegnet da Otto Rombach, Ludwig Kunz, Willi Schäferdieck, Friedrich Norden, Hans Kafka, Georg Zenike, Hansjürgen Wille und anderen, besonders aber dem Lyriker Walter Kordt, dessen Balladen Ruhrstädte als ein höchwichtiges Dokument modernster Rebellendichtung zu schätzen sind. Während die anderen noch literarisch durch Vorbilder überlastet sind, hebt sich Kordt aus der Masse heraus. Seine Gesinnung ist feurig, sein Wort wild, sein Reim und sein Rhythmus sind jugendlich undiszipliniert. Es fesselt gerade diese Zuchtlosigkeit. Das Dunkle und Freudlose des Arbeiterschicksals beleuchtet dieser Dichter. Er zerrt an den Nerven, er zerreißt Illusionen, er verschönert nicht. Er gespenstert. Die Bizarrierie reizt aber. Man geht mit dem Rebellen. Es wurde ein Talent entdeckt, das nicht nur literarisch sondern auch menschlich sehr merkwürdig ist.

Ein lyrischer Schreihals ist *Oskar Kanehl*. Er kommandiert: *Straße frei* /Berlin, Der Spartakusbund/. Zwecklyrik, doch oft gesteigert durch die Glut der Verbitterung und Empörung.

Hans Mühle zieht den Querschnitt durch die Arbeiterdichtung der Gegenwart. Er gibt Gedichte proletarischer Dichter heraus und betitelt das ganze Buch *Das proletarische Schicksal* /Gotha, Leopold Klotz/. Er ist ein kluger Sucher. Neben den Arbeiterdichtern, die wir schon kennen, wie etwa Preczang und Petzold und Barthel und Lersch und Engelke, erscheinen bisher kaum bekannte, wie etwa Marie Frenzel und Erich Grisar und Kurt Klauer und Arthur Mellen und Wilhelm Thaschyk. Thaschyk zum Beispiel ist ein junger ungelerner Arbeiter, erst 21 Jahre alt. Der Herausgeber achtete darauf, daß sich Talent mit Gesinnung deck-

ten. Er war zum Glück nicht nur menschenfreundlich sondern auch kritisch, und darum gerade wurde sein Buch von der Arbeiterlyrik außerordentlich wertvoll. Der Arbeiter als Rebell, aber auch als Schwärmer in der Natur, als Wanderer, als Feierabendsänger und Gottesucher. Sehr geschickt gliedert Hans Mühle seinen Stoff. Man sage nicht, daß nur die Behaglichkeit notwendig ist, damit der Dichter sich entfaltet. Wir wissen, daß zum Beispiel Lersch und Barthel erst zerschossen werden mußten, bevor sie einige Monate Ruhe im Kriegslazarett fanden und mit ihren körperlichen Kräften auch die Geistesheiterkeit zum Formen ihres lyrischen Überflusses gewannen. Man könnte ironisch sagen, daß diese schöne Zeit vorbei ist, in der sich die Arbeiterdichter sammeln durften. Aber das Schicksal sorgt dafür, daß die Arbeiter ausgesperrt werden und wieder Ruhe finden zum lyrischen Dichten. So viel Jugend, auch so viel Alter, das nicht zu beugen ist, dichtet in der deutschen Arbeiterklasse. Vergessen wir das nicht.

**Sudermann †** Hermann Sudermann, der, im Alter von 71 Jahren, am 21. November in Berlin an einer Lungenentzündung starb, wurde immer wieder attackiert, weil er die großen Fragen der Zeit nicht packte sondern nur nebensächliche und schon erledigte Probleme für naive Romanleser und ebenso unschuldige Theaterbesucher auseinandersetzte. Aber die Erfindungskraft dieses Erzählers, die Theatertechnik dieses Dramatikers wirkten immer wieder, wenn die großen technischen Fähigkeiten auch oft schreckten oder gar zurückstießen. Während man anfangs Sudermann gar zu verachten, galt er im Ausland als der Repräsentant der deutschen Literatur, und die großen Darstellerinnen Eleonora Duse und Sarah Bernhardt spielten seine Magda. Sudermann traf die beste Kolportage dort, wo sie sich am gewinnendsten fassen läßt. Er amüsierte, und er schien trotzdem ein Rebell. Seine Romane *Frau Sorge* und *Der Katzensteg* und seine Lebenserinnerungen und seine Litauischen Geschichten, das griff alles hinein in die nie verlöschbare Kinderromantik der Millionen. Der tolle Professor, von dem hier bei seinem 70. Geburtstag die Rede war (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 863), ging sogar weit darüber hinaus, ins Menschlich-Problematische. Und sein neuester Roman, der erst nach seinem Tod erschien und ein in hohem Maß



amüsantes und rührendes Buch ist: Purzelchen /Stuttgart, J. G. Cotta Nachfolger/, zeigt, daß dieser Mann, je älter er an Jahren wurde, um so mehr die Erscheinungen im Leben der Jüngsten begriff. Vielleicht nur das Äußere der seelischen Vorgänge, vielleicht auch nur bei banalen Erlebnissen. Aber das alles ist mit einer merkwürdigen Frische gesehen, und so ganz unbeschwert von Altersurteilen (die sich übrigens in allen Lebensaltern zu finden pflegen). Und so muß man sich schließlich sagen, daß Sudermanns Kritiker, so recht sie auch in ihrer Tendenz zu ihrer Zeit hatten, schließlich doch von dem Erzähler Sudermann überlebt und damit für heute ins Unrecht gesetzt worden sind.

**Kurze Chronik** Sigrid Undset wurde mit dem *Nobelpreis* für das Jahr 1928 bedacht. Ihr großer Roman Kristin Lavranstochter /Frankfurt, Rütten & Loening/ ist ein weitschichtiges Epos. Das Mittelalter Norwegens wird beschrieben, doch es schreibt eine sozial empfindende, mit unserer Zeit eng verbundene Frau. Soeben erschien ein neuer, 4bändiger Roman Undsets Olav Audunssohn auf Hestviken /Frankfurt, Rütten & Loening/. Diese gütige Frau kassiert aber das stattliche Vermögen auch nicht für sich und ihre eigenen Kinder ein, da sie sich in guten Lebensumständen befindet, sondern sie bestimmte die Preissumme für wohltätige Stiftungen. ◊ Im Archiv des dänischen Schlosses Lindenberg bei Aalborg entdeckte man mehrere *Briefe Goethes und Schillers*, die an Ernst Graf Schimmelmann gerichtet waren (dazu ein unvollendetes Schauspiel Schimmelmanns). ◊ Zum Präsidenten der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie wurde, nachdem Wilhelm von Scholz zurückgetreten war, *Walter von Molo* gewählt. ◊ Zum Nachfolger August Sauers auf dem Lehrstuhl für deutsche Literaturgeschichte an der Deutschen Universität in Prag wurde der Wiener Professor *Herbert Cysarz* ernannt. Von Cysarz erschien kürzlich ein größeres Werk, betitelt Von Schiller bis Nietzsche.

**Literatur** In diesem Jahr haben die Literaturhistoriker sehr fleißig gearbeitet. Die Franzosen, die immer wieder, von Zeit zu Zeit, Neues erfinden müssen, haben eine neue Gattung der literarischen Biographie, die Biographie romancée, erschaffen.

Man erzählt das Leben eines Menschen wie einen Roman, bemüht sich mehr um Außerliches und vernachlässigt mit Bewußtsein das Seelische, das eigentlich Produktive. Es soll das Spiegelbild des Dargestellten herauskommen, und der Leser soll nun das Eigentliche der Person, die Leistung, selbst dazutun. Der Autor hat diese feine Achtung vor dem Leser, daß er ihm diese Arbeit zumutet. Es kommen wichtige und dabei unterhaltende Bücher zustande. Ein Meisterwerk dieser Art ist André Maurois' *Disraelibuch* /Berlin, S. Fischer/. Inspiriert von solchen Neigungen schrieb Rudolf Kayser seine *Stendhalbiographie*, die er das Leben eines Egotisten nannte /Berlin, S. Fischer/. In diesem Jahr hat auch Stefan Zweig über Stendhal geschrieben, mit der Zärtlichkeit und Behendigkeit, die ihn auszeichnet. Kayser ist gründlicher, aber auch trockener. Diese Biographen versäumen es aber die Zeit zu skizzieren, aus der das Genie hervorkam, die das Genie überwand. Und das ist bei Stendhal immerhin bedenklich, da er ja selbst immer wieder die Unzulänglichkeit seiner Epoche begeisterte und die Leser glücklich pries, die seine Bücher erst in unseren Jahren zur Hand nehmen werden. ◊ Herbert Eulenberg stellt aus den Aufzeichnungen *Heines* das zusammen, was er Memoiren nennt /Berlin, Rembrandtverlag/. Es ist das die Sammlung dessen, was zur Biographie Heines notwendig ist. Eulenberg verbindet sich seit jeher durch eine besondere, manchmal romantisch verschnörkelte Brüderschaft mit dem Genie Heinrich Heines. Und außerdem sind beide Düsseldorf: was gar nicht so unwichtig ist. Eulenberg bewundert und vergöttert. Und das ist nicht nur sehr schön sondern auch sehr notwendig. Denn immer noch wird Heinrich Heine bespuckt und verscholten. Man gönnt ihm nicht einmal das Steindenkmal. Darum ist es gut, daß die krausen und verliebten Köpfe immer wieder sagen, wie groß, wie heilig, wie verehrungswürdig er für uns alle sein muß. ◊ Charmian London, die Witwe *Jack Londons*, erzählt das abenteuerliche Leben ihres Gatten /Berlin, Universitas/. Es ist ein Buch der Liebe und Pietät, und dabei sehr lesbar. Die Frau, die ihrem verstorbenen Gatten die Treue bewahrte, schreibt ohne Distanz und trägt mit Bienenfließ alles zusammen, was den großen Erzähler glorifiziert. Der starke Mann, der an Überarbeitung zugrunde ging, wird sichtbar. Eine tragische Biographie wird in diesem Buch erzählt.

Bewegungskunst / Heinrich Spaemann

**Johannafilm** Der Anteil der Franzosen, der Initiatoren der Filmkunst (die dann andere fortsetzten, ausbauten oder umbogen), an der Herstellung künstlerischer Filme wird von der deutschen Kritik gewöhnlich unterschlagen und meist gar nicht gesehen. So kennt auch das interessierte Publikum von französischen Filmen fast gar nichts, wenn man vielleicht Jacques Feyders *Therese Raquin* (siehe die Rundschau Bühnenkunst, 1928 I Seite 551) ausnimmt. Schon Feyders *Fall Crainquebille*, den in Berlin die Kamera neu herausbrachte, ist kaum bis in die nächste Provinz gelangt, ein Werk, von dem man nichts Besseres sagen kann, als daß es in der ganz französischen Atmosphäre, in der filmisch sauberen, menschlich einfachen Erzählung das Niveau der *Novelle des Anatole France* hatte. Wie wenige aber kennen René Clair, *Cavalcanti*, *Etienne de Beaumont*, *Man Ray* oder *Picabia*? Hier macht eine ganze Reihe von Künstlern den Versuch den Film auf eine geistige Ebene zu bringen, in der er stellenweise heute schon die Bemühungen der neuen Malerei und Dichtung weit überholt.

Die letzte und bisher großartigste Film-tat Frankreichs ist der auch in Berlin kürzlich aufgeführte Film *Johanna von Orléans*. Er zeigt von der Geschichte *Johannas* genau das, was man bisher für filmisch nicht faßbar hielt, den mit Marter und Tod endigenden Prozeß, das Verhör der Jungfrau durch geistliche Richter, den Kampf eines jungen reinen, sich jenseits von Gesetz und Buchstaben wählenden Menschen mit den Vertretern von Doktrin und Macht. Auch hierbei noch beschränkt sich der Regisseur *Carl Th. Dreyer*, soweit es möglich war, auf das menschlich Nächste, ja, auf das Geistige als solches, den Niederschlag der äußeren Vorgänge in den Regungen der Gesichter. Der Film besteht aus zirka 3000 Großaufnahmen. Die Großaufnahme gibt dem Gesicht schon rein optisch die Dimension einer Landschaft, im selben Maß steigert sie die Deutlichkeit des Ausdrucks. Was sich da auf dem kindlichen und wissenden Antlitz der Jungfrau und in den Mienen ihrer Gegner abspielte, wirkte mit einer so gewaltigen und gleichzeitig präzisen Eindringlichkeit, wie sie noch bei wenigen Kunstwerken erlebt wurde. Das Wesentliche: *Johannas* Spiel im Lachen und im Weinen wie in der leisesten Regung, war

Leben, war echt; das der Mönche war es nicht ganz und gar, doch bis zu einem ungewöhnlichen Grad. Wie der Regisseur das bei einem historischen Film erreichte, ist wichtig zu wissen. Niemand war geschminkt, es gab keine Masken, keine Perücken, keine künstlichen Bärte. Die Darsteller mußten monatelang ihr Haar wachsen lassen oder es beschneiden, sich Tonsuren rasieren und dergleichen mehr, wie es der Gang des Films erforderte. Der ganze Film wurde fix und fertig gebaut, mit allen Einzelheiten, und dann wurde vom Anfang des Manuskripts bis zu seinem Ende eine Szene hinter der andern gespielt. Die Regie machte also den Versuch den Zustand des Dokuments herzustellen, darüber hinaus verlangte sie von den Schauspielern nichts sondern überließ die eigentlich filmischen Aktionen, die Auswahl und künstlerische Organisation des filmisch Wirksamen, der Arbeit mit Kamera und Schere. Das gleiche Prinzip wurde auch beim *Potemkinfilm* befolgt, dem ebenfalls ein Dokument zugrunde lag, dann noch in ein paar späteren Russenfilmen. Die Tatsache, daß diese alle ebenso wie einige unmittelbar nach dem Leben hergestellten Filme (*Berlinfilm*, *Montmartre*, *Dokument von Schanghai*, *Leo Lania Maschinenfilm*) zu den besten der Kinetographie zählen, entspricht der wesentlichsten Forderung, die man an die Filmkunst überhaupt stellen muß: daß sie mit realen Größen arbeitet, mit echter Münze zahlt. Der Film erweckt die unmittelbare Vorstellung tatsächlichen Lebens. Man traut der Kamera zu, daß sie die Wahrheit sagt, und in der Tat, sie entlarvt jedes "Spiel" als solches und zerstört dann, was sie mit einer beliebigen Naturaufnahme bereits bewirkt hatte, den Kredit. Deshalb braucht der Film Menschen, nicht Schauspieler, oder aber der Schauspieler muß die Rolle, die ihm zuerteilt wird, schon als Mensch verkörpern, damit er "echt" ist. *Chaplin* ist hier kein Einwand sondern Bestätigung, er sucht sich nur die Haut, in die er fahren kann, die Gestalt, in der er seine einzigartige Aufgabe zu lösen vermag. Auch *Dreyer* möchte seinen Schauspielern am liebsten keine "Rollen" zumuten, nur einen Geist, den sie haben, und eine Leidenschaft, die sie äußern müssen, wie es ihnen liegt. Deshalb fotografiert er, wo es angeht, nur ihre Gesichter. Nur ganz selten zwang ihn das Historische des Dokuments dieses Prinzip an manchen Stellen zu durchbrechen.

Die Krieger steckte er in neutrale neuzeitlich zugeschnittene Waffenröcke und erreichte damit, daß sie als Menschen echt blieben. Und die Verkörperung des englischen Feldherrn ist es mindestens für den, dem jenes England, das Johanna auf den Scheiterhaufen, Napoleon nach Sankt Helena brachte, heute und immer lebendig ist. Gewiß, ein anderer wird es nicht so empfinden, und ihn zwingt der Film vielleicht nicht dazu. Das wäre also ein Mangel. Aber gegenüber dem zwingenden Positiven, das uns bei diesem Film erschütterte, käme jener Mangel im Negativen kaum in Betracht. Das absolut Neuartige, das hier aus Frankeich kam, ist von den an den gängigen Amerika-filmen hängenden Filmkritikern nicht erkannt worden. Dieser Konservatismus unserer Öffentlichkeit, die an dem gestrigen Amerika hängt, wird vielleicht erst dann überwunden werden, wenn ein neues Europa eine Machtgrundlage für einen neuen Geist geschaffen hat.

**Gebrauchsfilme** Kann das Kino heute schon den Aufgaben genügen, die ihm künstlerisch aus seinen

Mitteln gestellt sind? Man wird bei der Beantwortung dieser Frage duldsam sein müssen, wenn man das soziologische Moment des Kinobesuchs erfaßt.

Was die Volksmassen abends ins Kino treibt, ist ungestillter Lebenshunger. Länder, die wie die katholischen mit Weltanschauung, andere, die mit Naturanschauung und Brot gesättigt sind, haben keine Filmproduktion. Der Film als das ungeheure Geschäft, das er darstellt, ist zunächst einmal eine Antwort auf das laufende Band und das Elend der Mietskasernen. Wenn der junge Proletarier "ausspannen" will, spannt er sich in Wirklichkeit ein, das heißt, er sucht das Leben nicht dort, wo es bequemer ist, auch nicht, wo es "höher" ist, das heißt in gestalteter Form erscheint, sondern wo es unmittelbar stärker ist als das seine, und wo es gleichzeitig seiner eigenen Anschauungsweise und Beurteilung zugänglich bleibt. Er geht also aufs Radrennen oder zum Boxkampf. Nicht ins Variété, wie viele meinen; den weit-aus größten Prozentsatz der Variétébesucher stellt der Bequemlichkeitstypus, der es sich dann gut gehen läßt, während andere für ihn arbeiten. Das Variété ist dem jungen Proletarier viel zu sehr Bühne, er läßt es lieber, wo es primitiv hervortritt, in den Kneipen und Wirtshäusern an sich herankommen. Ins

Kino aber geht er etwa, um einen *Harry-Piel-Film* zu sehen. Nach einer kürzlich vorgenommenen Statistik sind die *Harry-Piel-Filme* die absolut meistgespielten, nicht nur in Deutschland sondern auch in Rußland (allerdings hat man dort von offiziell bolschewistischer Seite versucht ihn als antikollektivistisch zu verfemen: ohne Erfolg). Harry ist der Mann, der mit Motoren, Fahrzeugen, Frauen und jeglichem Handwerk umzugehen versteht, und zwar mit allen gleichmäßig gut, der Mann der Unabhängigkeit, der niemals einen Herrn über sich oder einen Diener unter sich hat. Der Mann, der sich durchzusetzen versteht, und, um sein Ziel zu erreichen, auch mal was riskiert, indem er zum Beispiel, was andere eben nicht tun, mit dem Motorrad eine Treppe herunterfährt. Schließlich der Mann, der sich in 100 Situationen, wo unsereiner verloren wäre, durch Geistesgegenwart und Uner-schrockenheit behauptet. Daß das "Leben" in den *Harry-Piel-Filmen* nicht ganz der Wirklichkeit entspricht, ist deswegen nicht wichtig, weil es auf die Fabel überhaupt nicht ankommt, niemand würde sie behalten, lediglich die Situationen und ihre akrobatische Bemeisterung sind das Interessante. Darum tritt *Harry Piel* auch nie als "Rolle" sondern immer als er selber auf, und er hat eine belustigende Art mit einem geschlossenen und einem plinkernden Auge das ganze Leben als einen Rahmen aufzufassen, in das sein Räuberhauptmannsportrait hineinpaßt. Seine Filme sind nicht "kitschig", wie mitgerissene Beurteiler hinterher hineininterpretieren; denn was *Harry Piel* darin macht, und was man von ihm erwartet, ist echt. Auf der Bühne ja, wenn von den Gefahren immer nur die Rede ist, und die Taten ausbleiben oder bloß markiert werden; oder im Roman, wo der Verfasser nicht die sprachlichen oder psychologischen Mittel hat, um die Taten begreiflich oder anschaulich zu machen: da ist so etwas "kitschig", denn es ist gelogen. Natürlich gibt es auch schlechte *Harry-Piel-Filme*: das sind die, in denen er sich übernimmt. Aber von den "guten" kann das Großstadtkino gar nicht genug bekommen. Sie sind immer noch besser als *Emil-Jannings-* oder *Conrad-Veidt-* oder *Werner-Krauß-Filme*, in denen viel schlimmer und viel raffinierter gelogen wird. Auf einer andern Ebene als die *Harry-Piel-Filme*, aber ihr parallel, bewegen sich die *Adolphe-Menjou-Filme*. *Menjou*

ist Franzose. Er hat das Parfum des Stendhalschen Romanhelden. Man traut ihm einen Cyrano de Bergerac zu, ohne aber dessen Taten von ihm zu verlangen. Es genügt ihn eine Krawatte binden zu sehen, um einen vollkommenen und unverlierbaren Eindruck zu haben. Er ist der Idealfall eines Filmschauspielers, dem man keine fremde Rolle zuzuteilen braucht (und auch keine zuteilen darf), weil er selber eine ist, eine fertige Gestalt, fast schon eine Idee. Ironische, kindliche, skeptische und galante Züge vereinigen sich bei ihm in einer Mischung, die man, wenn sie einem Dichter gelänge, als Meisterwerk preisen würde. Menjou ist eine Dichtung seines Schöpfers, der es mit ihm gewissermaßen auf französisch sagt. Menjou wurde von Chaplin entdeckt. Seitdem hat er eine Reihe von Regisseuren gehabt, die ihn "amerikanisch" nahmen und ihm manches vom Typus des männlichen Filmhelden anzuhängen versuchten, der das Ideal jenes Landes ist. Da Menjou auch einen schlechtsitzenden Anzug mit unnachahmlicher Haltung zu tragen versteht, so hat es ihm nicht geschadet. Offenbar fand er nun aber im Gentleman von Paris einen Mann, der ihm das richtige Maß nimmt: den Franzosen d'Arrost.

**Bakerrevue** Daß Josephine Baker (siehe über sie diese Rundschau, 1928 I Seite 167) bei ihrem neuen Auftreten in Berlin enttäuschte, war nicht ihre Schuld. Man brachte sie in einer Revue heraus, die so ziemlich das Trostloseste, Albernstes und Läppischste war, was sich bei dieser Gelegenheit ausdenken ließ. Die Musik war blinder Lärm, der Dialog leeres Stroh, und die Handlung an den Haaren herbeigezogen. Die Schauspieler überstanden sichtlich bedrückt ihr schlecht präpariertes Pensum. Einbezogen in dies Malheur wirkte Baker immer noch wie ein Mensch zwischen Kleiderständern. Ihr vorzuwerfen, sie habe nur gemimt, was ihr früher zu eigen gewesen, besteht kein Grund. Man kann schließlich einem Fisch nicht vorwerfen, daß ihm das Wasser fehlt. Der Lichtblick in diesem dunkeln Abend war eine Einlage im Programm: Hal Sherman, Sherman ist nach Harry Reso und Ben Blue der dritte Mann, der einen Oberkörper aus Holz und Beine von Gummi besitzt. Zugleich ist er, wie im Märchen, der beste. Aller Zwiespalt menschlicher Natur findet bei ihm sein komisches Gleichnis. Wenn er mit roten

Backen und gutem Lachen, friedfertig wie ein kleiner Angestellter, vors Publikum tritt, erinnert er nicht nur äußerlich an Chaplin. Die Seele, die ungesetzliche, unschuldsvolle, rebellische Seele, die bei Chaplin das Panzerhemd der Wohlanständigkeit und Bürgerlichkeit alle Augenblicke zum Verrutschen bringt: ihm ist sie in die Beine gefahren, sie sitzt ihm in den Kniekehlen und in den Füßen und führt dort ein phantastisches Eigenleben. Unvergeßliches Schauspiel: Sherman, der mit brillenbewehrtem Auge Notenpapier folgsam wie Paragraphen schluckt, während die Beine dazu ein ausgelassenes Lied trällern. Oder: Sherman, wie er aufrecht und rotwangig seinen Platz im diesseitigen Leben behauptet, während sein Gebein gleichsam nicht von dieser Welt ist, bis es mit ein paar wilden Seitensprüngen seinem Besitzer endgültig davonläuft.

**Gymnastiktanz** Die Hellerau-Laxenburg-Schule zeigte in einer Berliner Vorführung ihre imponierende gymnastische und musikalische Systematik. Was sie an tänzerischen Versuchen darbot, blieb dilettantisch und unzureichend. Wie kommt es, daß all diese Mädchen und ihre Lehrerinnen bei der einfachsten Zweckbewegung, beim Umblättern eines Notenheftes oder bei einer Verbeugung, völlig versagen? Keine einzige hat mehr die Grazie, die natürliche Form, die unbefangenen Frauen, auch "ungebildeten", eigen ist. Es ist das eine Erscheinung, der man bei allen den Gymnastikschulen begegnet, die ähnlich analysierend arbeiten. Wie sie zustande kommt, mag man in Kleists Marionettentheater nachlesen. Wer durch "Bewußtmachung" imstande ist komplizierte Muskelgruppen in Tätigkeit zu setzen, von denen der Laie keine Ahnung hat, verliert die Natürlichkeit, die darin besteht, daß eine Bewegung noch das Formelement der heilen, unberührten Gestalt des Menschen enthält. Erst ein tiefes, nicht nur über das bestimmte Bewegungsgebiet sondern über den ganzen Menschen hinausgreifendes Wissen stellt diese Gestalt, und damit auch die Grazie, wieder her. (Die Girlschulen usw. sind der Gefahr sie erst zu zerstören nicht ausgesetzt, da sie nur drillen.) Die Gymnastikerin hat es daher außerordentlich schwer einen künstlerischen Tanz zu machen, schwerer als jeder Laie. Bei der Balletteuse, bei der Jazztänzerin, bei der Volkstänzerin enthält jede Bewegung, jede Figur auch, oder

vor allem, das Formelement einer Zeitgestalt oder Volksgestalt. Eine solche Tänzerin braucht darum noch nicht viel zu "sein", um mir eine, wenn auch unvollkommene Gestaltvorstellung zu geben. Die Gymnastikerin muß in ihre Bewegungen, wenn sie schon nicht das Formelement ihrer eigenen Gestalt enthalten, etwas sonst erkennbar Gültiges hineinlegen. Da sie schon eine ganz große Künstlerin sein müßte, um dies zu vermögen, so holt sie das Gültige meistens aus einem künstlichen Fonds, dessen Entstehung durch die ganze Art ihrer Gymnastikexistenz begünstigt wird.

Palucca

Eine wahre Freude sind Gret Paluccas Technische Improvisationen. Hier ist

Palucca leicht, witzig, geistvoll, voll Laune. Sie vergeistigt ihre ungewöhnlich ausgebildete Technik, sie beherrscht sie, spielt mit ihr, und da, wo sie tatsächlich improvisiert, oder wo eine starke Volksmusik sie auf die Flügel nimmt, immer da, wo sie keine Zeit hat sich etwas vorzunehmen, bezaubert sie. Hier deckt sich das, was sie macht, mit dem, was sie ist, und sie erscheint von Jahr zu Jahr leichter und freier.

Leider kennt Palucca ihre Grenzen nicht. Der größere Teil ihres eigenen und ihres Gruppenprogramms ist von der Art, die sich etwas vornimmt, aber nichts ist. Sie hat da einen bestimmten Typus Tanz herausgebildet, der, wie alles, wozu man nur ein bestimmtes geistiges Wollen braucht, einen riesigen Schülerkreis findet: einen Tanz der Abstraktion, den man mit ein paar Vergleichen abgrenzen muß. Auch die Girtänzerin abstrahiert, nämlich vom Individuellen der Frau das Allgemeine, allen Gemeinsame, das Erotische. Sie bringt es logischerweise in dem Generalnenner 40 gutgepudertes Mädchenbeine unter. Die Wigmantänzerin abstrahiert vom Allgemeinen der Frau ihr Individuelles (und hält es fälschlicherweise für das Allgemeine, Allgemeingültige; hier steckt das Moment des "Kitsches"). Palucca will etwas Drittes. Sie versucht von ihrer Person überhaupt zu abstrahieren. Ihre Bewegungen sind lediglich als räumliche und dynamische Energien, als konstruktive Glieder einer abstrakten Tanzgestalt gedacht. Nun besteht zwar ein abstrakter Film tatsächlich aus abstrakten Elementen, und der abstrakte Maler ist nur konsequent, wenn er die manuelle Herstellung von Bildern durch die maschinelle des Spritzverfahrens ersetzt. Pa-

luccas Bewegungen aber, oder die ihrer Gruppe, sind in Wahrheit nicht abstrakt, können es auch nicht sein. Der Mensch führt sie ja aus, sie vermögen infolgedessen auch nur durch das Medium des Menschlichen (das schon in der Musik gegeben sein kann) auf uns zu wirken. Fehlt aber das "Menschliche", oder werden die menschlichen Impulse der Musik unterschlagen, so werden die Bewegungen überhaupt nicht wirken, dann kann aber auch die Gestalt, für die diese Wirkungen Voraussetzungen sind, nicht zustande kommen. Versucht man die beabsichtigte Gestalt tatsächlich zu sehen, so entsteht der Eindruck, daß hier auf einer höhern Ebene das selbe geschieht, wie wenn viele Menschen aus ihren Leibern ein M oder ein S formieren, was in Amerika an der Tagesordnung ist. Auch hier das Moment des "Kitsches". Die Hybris Paluccas, in der Art, wie sie ihre Grenzen überschreitet, ist eine Zeiterscheinung; sie entsteht bei Künstlern aus dem Drang Aktivität zu entfalten. Das reale und soziale Leben ist in starker Bewegung, der reine Künstler steht nicht mehr in sehr gutem Kurs, und der werdende oder nicht gefestigte will nicht mehr bloß Gefäß sein sondern unmittelbar wirken. Fehlt ihm nun die Möglichkeit mit seiner Kunst reale Wirkungen zu verbinden, einerlei ob durch geschäftliche, politische oder religiöse Propaganda, vielleicht, weil der Weg dahin für ihn zunächst ein bißchen weit ist, so wird er abstrakt. Für die Mehrzahl der abstrakten Künstler war das nur der Weg zur "Wirklichkeit" selbst. Ein Schritt weiter, und man war beim Plakat, beim Bauentwurf oder beim Film. Hier kann der Künstler wieder zum Künstler werden, indem er sein Wissen oder Empfinden von der Gestalt des Lebens in der Organisation von Wirkungen verwendet, die den Zweck einer Lebensgestaltung haben. Diesen Schritt könnte auch Palucca tun. Es wäre dann das selbe, wie wenn die Menschenmassen, die heute ein M formieren, morgen ein Kampfbataillon bildeten. Es fehlt uns in Deutschland eine Truppe in der Art der Blauen Blusen, an die Paluccas frische Mädchen manchmal erinnern.

Girls

Den Girls (oder ihren Re-gisseuren) fällt nichts Neues mehr ein. Nicht ihr La-

tein, aber ihr Algebra ist zu Ende. Die beschränkte sich anfangs aufs Multiplizieren mit 1: das klassische Prinzip der Tillergirls, »oft kopiert, nie erreicht« in

der Präzision, mit der immer *ein* Schritt, *ein* Takt, *ein* Motiv von 30 Beinen gleichzeitig gehauen, gestochen oder getrommelt wurde. Eine weitere Rechnungsart fand Alfred Jackson hinzu; die Addition gleicher Größen ad infinitum  $1 + 1 + 1 + \dots$  Jacksons Vorbild waren die Bleisoldaten, bei denen man den vordersten anstößt, damit die übrigen sich einer wie der andere der Reihe nach umlegen. Die Spezialität der Jacksonsgirls ist die Exaktheit, mit der 30 Beine nacheinander das selbe tun. Der Effekt der beiden Methoden ist nur rechnerisch der gleiche. Es ist ein Unterschied, ob ich mir gleich die Totale oder die ganze Aufrechnung geben lasse. Hier sehe ich das Uhrwerk laufen, dort, wie es aufgezogen wird, und wie es abschnurrt. Die Tillergirls kommen uns einfach-klassisch, als tadellos funktionierendes Fertigtabrikat, die Jacksonsgirls verkörpern etwa die Metaphysik des Reißverschlusses, bei ihnen sitzt der liebe Gott mit unsichtbarer Regieleine hinter der Kulisse. In den Haushaltlisten der Variétés und Schaubühnen rangiert die Girltruppe heute als reizend netter, aber schon abgenutzter Gebrauchsgegenstand.

**Totenliste** Am 8. November starb in Amerika der schwedische Filmregisseur *Mauritz Stiller*, in seinem 45. Lebensjahr. Er war einer der ersten Filmregisseure, die sich nicht mit der Entfaltung von Prunk- und Massenszenen begnügten. Seine schwedischen Filme, Gösta Berling, Herrenhofsage, Herrn Arnes Schatz, wirkten namentlich durch ihre wundervolle Landschaft, die hier zum erstenmal in Handlung und Menschenleben einbezogen war. Nur war dies ein Leben verflüsselter Epochen, das sich nicht völlig mit der Wirklichkeit der Natur verband. In Erotikon erkannte Stiller die Bedeutung des Details und die Aufgabe der Kamera in der Hinleitung auf knapp Wesentliches und wesentlich Wirkliches. Diese vertiefte Auffassung vom Wesen des Films setzte er dann in einem seiner letzten Filme, *Hotel Stadt Lemberg* genannt, meisterlich durch.

Am 11. November erlag *Anita Berber* einer Tuberkulose. Ihre künstlerischen Anfänge verhießen ihr eine glänzende Karriere. Sie erfüllte eine der wesentlichsten Voraussetzungen der Tanzkunst; sie hatte Temperament, Leidenschaft. Ihr Gefühl war echt, ja tragisch, denn es war immer noch stärker als ihre Mittel, es trieb sie dahin sich wahllos aller

Ausdrucksmittel zu bedienen, die einem Leben zu Gebot stehen. Darum kam sie nicht zu einer Gestalt, sie vermochte sich niemals völlig zu objektivieren, ohne jedoch diesem Zwang entsagen zu können. Ihrem Verlangen sich "aus zu leben" erschienen schließlich die gewaltsamsten und wenigstgestalteten Mittel als die stärksten. Daran ging sie, ging ihr Körper zugrunde. Zuletzt führte sie ein obskures Dasein in letztklassigen Lokalen der Provinz. Ihr Leben war eine Tragödie, wie man sie in Filmen und Chansons besingt und meist erst erkennt, wenn sie schon beendet ist.

**Kurze Chronik** Vom 20. bis zum 27. Juni wurde in Paris eine *Gedenkwoche für Isadora Duncan* veranstaltet. Sie begann mit einer Festversammlung in der Sorbonne unter dem Ehrenpräsidium Edouard Herriots. Vorträge und eine Ausstellung gaben eine Übersicht über das Lebenswerk Duncans; die Leistung ihrer Schülerinnen wurde dann in einer vom Colonneorchester begleiteten Vorführung gezeigt. ◊ Die 3 großen *filmischen Wochenschauen* Frankreichs; Pathé, Gaumont und Métro, haben sich zu einer einzigen zusammengeschlossen. Aus Frankreich stammt bekanntlich die Wochenschau überhaupt; die erste war das Pathé-Journal. Durch gemeinschaftliche Arbeit an Stelle der Konkurrenz wird nun eine Vollkommenheit dieser Leistung angestrebt. Sie täte auch den Wochenschauen, die man in deutschen Kinos gemeinhin sieht, sehr not. ◊ Iwan Goll berichtete in der Berliner Zeitung am Mittag, daß in diesem Jahr in Paris, in einem sonst unbekanntem Lokal, *Negertänze* veranstaltet werden, denen darum besonderes Interesse zukommt, weil es sich nicht um die jetzt schon üblichen Vorführungen amerikanischer Neger zum Amusement der Weiben handelt sondern um eine Vereinigung afrikanischer Neger, die in Paris arbeiten und ihren Lebensunterhalt verdienen (als Hotelangestellte, in Filmgesellschaften, als Hausgehilfinnen usw.), und die nun eine Art Heimatbund gebildet haben. Sie tanzen nicht für Zuschauer sondern für sich. Nur »einheimische afrikanische Bewegungen. Die Beine und der Oberkörper so steif und ruhig wie möglich; der ganze Tanz geht in der Hüftengegend vor sich. Kein Schieber sondern ein fanatisches, kaum sinnliches Wiegen. Einem Europäer gänzlich unbekannt. Es sind Heimatsreminiszenzen.«

**Bühnenkunst / Gerhart Scherler**

**Zeitdrama** Niemandes Name unter den modernen Dichtern ist zurzeit so zugkräftig und mit solchen Erfolgen verknüpft wie der des mythischen Dramatikers Ferdinand Bruckner, den bisher noch niemand zu Gesicht bekommen hat. Sein neuestes Stück *Verbrecher*, Serienschlager des Deutschen Theaters in Berlin, stellt das Packendste dar, was ein Dramatiker heute Zuschauern vorsetzen kann. Eine zahllose Folge von Szenen voller pikantester Dinge, die alle unerhört geschickt plaziert sind. Seine Verbrecher geben einen Querschnitt durch ein Haus, in dem viele schreckliche Sachen passieren. Eine breite Basis wird so gelegt und fortgeführt in einem Gerichtsakt, wobei alle Parteien zur Anklage stehen, und die Justiz am schlechtesten abschneidet. Die Auflösung aller dieser Schicksale erfahren wir nur teilweise, wie das Stück überhaupt nur eine Aneinanderreihung von Episoden ist. Aber das hat der Autor natürlich so gewollt: daß alle diese Episoden ihre Synthese in einer sozialen Anklage finden. Ob diese Tendenz von dem zuschauenden Bürgertum erfaßt wurde, bleibe dahingestellt. Daß die Verbrecher ein großer Erfolg wurden, beruht jedenfalls auf der Aufführung, die ganz hervorragendes Theater war. Heinz Hilperts Regie bewältigte dieses komplizierte Stück dank großartigster und wirksamster Unterstützung des Bühnenmalers Rochus Gliese und seines Assistenten und Beleuchters Edgar Ullmer in unübertrefflichster Weise und erzielte Theaterwirkungen überragender Art. Lucie Höflisch in der durchgeführten Rolle des Stücks, der Köchin und Mörderin Puschek, bot eine überwältigende Leistung und verstand alles menschliche Interesse wachzurufen, das das Stück verdient. Ein Gewinn für das ernste Theater war Hans Albers in der Rolle des Kellners Tunichgut, der von einem Dutzendrevuespieler hiermit zu einem Schauspieler aufgerückt ist. Ein anderer Gewinn auch Gustaf Gründgens in der Rolle eines invertierten Hochstaplers; ein Schauspieler, der aus Hamburg kommt und jetzt in Berlin sehr zu beachten ist.

**Klassikerdarstellung** Das Staatliche Schauspielhaus brachte in Berlin als Neuinszenierung den *Egmont* auf die Bühne. Man muß diese Aufführung leider als völlig

mißglückt ansehen, was vor allem in einer unglücklichen Rollenbesetzung lag. Es war dramaturgisch vielleicht interessant, aber nicht richtig den Gegensatz Egmont-Alba so herauszuarbeiten, daß das Schwergewicht ganz zugunsten Albas ausfallen mußte. Alba erscheint hier nicht nur als der politisch Klügere sondern auch als der Weisere und Lebensstärkere, als der berechtigte Sieger. Die Gestalt des Alba aber ist nicht Problem des Stücks; denn Alba ist ein Fertiger, nur Gegenspieler, er darf nie Achse sondern höchstens Maßstab im Stück sein. Der halbe, träumerische, unkluge und offene Egmont ist eine Gestalt, die auch heute unser ganzes Interesse beanspruchen dürfte; aber es war grundsätzlich verkehrt ihn von einem reifen Mann wie Eugen Klöpfer darstellen zu lassen. Schon das Physische der Gestalt war unmöglich. Die Erfassung der Rolle ebenso verkehrt. Egmont ist kein lärmender, polternder Tölpel sondern ein junger, unfertiger, feingliedriger, flandrischer Aristokrat, dessen Tragik es ist zu früh, während er innerlich noch nicht entwickelt ist, der Liebhaber eines Volks, das Opfer eines Volks zu werden, zerbrechend an einer Aufgabe, die zu groß für ihn war. Der Alba Rudolf Forsters (wer ersann ihm diese lächerlichste Maske?) war gesammelte Kraft, mit jedem Wort ein Mann, die überragendste Rolle in der Aufführung. Über diesen wunderbaren Schauspieler vergißt man alle Unzulänglichkeiten und Maniertheiten der Aufführung. Von haltendem Eindruck auch der Brackenburg Walter Francks, eine gute Auffassung der Gestalt. Erfreulich war auch, daß Erich Riewe, in dem hervorragende schauspielerische Möglichkeiten schlummern, endlich eine, wenn auch kleine Rolle erhielt, die seiner männlichen Art mehr entgegenkam als die blondlockigen Prinzen, die er sonst spielen mußte.

Max Reinhardts Neuinszenierung von *Romeo und Julia* im Berliner Theater war eine völlig mißglückte Sache. Interessant daran festzustellen ist eigentlich nur das Versagen, weil es nicht zufällig war. Reinhardt ist den heutigen Forderungen nach einer sauberen, menschlich interessierenden Aufführung des Theaters in keiner Weise gewachsen, abgesehen von gewissen, ihm liegenden Salonkomödien und amerikanisierenden Minderwertigkeiten. Man sieht bei ihm nie Schicksal, nie Tragödie, er hat nur Spielereien und Nebendinge, die auf das Manierteste übersteigert und zum

Hauptinhalt gemacht werden. Der Romeo ist für ihn eine wüste Schlägerei zwischen 2 Familien, ein Dorado für eine komische Alte (die Amme hat mehr Text für ihre Albereien als die Julia), Veranlassung zu Ballettszenen oder Arien und zu theaterhistorischen Ausgrabungen, was die Dekoration betrifft, die er von Ernst Schütte als gut gebaute Front des Palladiotheaters errichten läßt, und die sich nach 5 Minuten als ein szenisches Umding erweist. Nur von der wunderbaren, großen, reinen, tragischen Liebe zwischen Romeo und Julia bekommt man nichts zu spüren. Elisabeth Bergner, um deren wegen man diese ganze Aufführung veranstaltete, ließ gänzlich kalt und war die denkbar unmöglichste Besetzung für diese Rolle, die ihrer Art ganz fremd bleibt. Noch weniger begreiflich war die Besetzung des Romeo mit einem Schauspieler, der nicht einmal, wie Bergner, eine Persönlichkeit einzusetzen hat. Nach dem vor der Aufführung geführten oder inszenierten Kampf um sein Auftreten mußte man annehmen, daß dieser noch unbekannt Franz Lederer uns die große Erleuchtung bringen würde, den wahren Romeo, wie unsre Zeit ihn empfinden muß. Aber zu unserm Erstaunen stand dann auf der Bühne ein netter junger Mann mit dem ungenierten Betragen eines Provinzmatadors, dem Romeoleidenschaft bestimmt völlig fremd ist. Was sind das alles für Schauspiele außerhalb der Schauspielbühne?

#### Französische Filmkunst

Carl Th. Dreyer, der zu einem Kreis junger französischer Filmregisseure gehört und seit einigen Jahren in Paris arbeitet, ist mit seinem Filmwerk *Johanna von Orléans* ein ganz großer Wurf gelungen (siehe die Rundschau Bewegungskunst, in diesem Band Seite 1130 und folgende). Keinem Film unserer Tage kommt solche Bedeutung zu wie diesem Dokument von der heiligen Johanna. Dreyer hat auf alle herkömmlichen Mittel verzichtet und ganz neue Wege beschritten. In diesem Film gibt es kein dekoratives Beiwerk; der örtliche Hintergrund ist nur durch das Notwendigste angedeutet. Der Film ist ganz auf den Menschen gestellt, man sieht fast nur Köpfe in Großaufnahme (und was für einprägsame und charakteristische Köpfe!), die Spieler treten mit gänzlich ungeschminkten Gesichtern vor die Kamera, aber von diesen Gesichtern ist erschreckend deutlich zu lesen, was die

Heilige zu erwarten hat. Der szenische Puritanismus erweist sich als ein großer Vorzug, da nur das Stoffliche, die Tragödie der Johanna, zum Ausdruck kommt und unmittelbar auf uns wirkt. In einer einzigen fortlaufenden Szene rollt der Film vor unseren Augen ab und bringt als den tragischen Vorgang nur den Ketzerprozeß mit der Verbrennung, was sich hier absolut deckt. Dieser Film gibt uns ein unmittelbares Erlebnis gewaltigster Dimension; nicht einer Vergangenheit sondern eines Geschehens, das über alle Historie hinweg uns die in der Gegenwart wirkenden Kräfte zeigt, die es in ständig sich erneuerndem Kampf erst in der Zukunft zu überwinden gilt. Solches Band, das von der Vergangenheit in die Zukunft führt, schafft auch für jeden, der als Mensch und nicht als Routinier an die Dinge herangeht, diese französische Kunst. Denn es ist kein Zufall, daß dieser Film aus dem Land kommt, das den Hundertjährigen Krieg geführt, dann später die Große Revolution gemacht, bei allem die Kontinuität festgehalten, sie aber immer wieder durch Explosionen erneuert hat, und von dem wir auch in Zukunft das Neue zu erwarten haben. Abgesehen von dem grundsätzlichen Gewinn brachte uns der Film die Bekanntschaft mit einer Menschen-darstellerin von größtem Ausmaß: Maria Falconetti. Wer diesen Kopf, dies tränschwere, durchgeistigte und doch unschuldige Gesicht sah, dem wird es nie wieder aus dem Gedächtnis schwinden. Er wird nun wissen, wie eine Heilige (die ihm sonst ein Buchbegriff oder ein Archaismus blieb, über den er erhaben war) wirklich in diesem Leben ist: die Heilige, um deren Existenz Bernard Shaw wohl gewußt haben mag, die er aber, in Selbsterkenntnis seiner Intellektualität, zu gestalten unterließ.

**Totenliste** Am 12. Juli tötete sich die Pariser Revueschauspielerin *Jenny Golder*, aus Gründen, die noch heute unbekannt sind. Dieser charmante Revuestar, der das Pariser und das ausländische Publikum durch sein Temperament fortriß, war, was man vielleicht auch aus manchem in ihrer Darstellung merken konnte, auch ein Mensch ungewöhnlich starken Gefühls. Sie war Ostjüdin, blieb es auch ihrer Art nach; die Jüdische Rundschau berichtete bei ihrem Berliner Gastspiel von der herzerfrischenden Art, mit der sie sich in jiddischer Sprache unterhielt. Sie ist 32 Jahre alt geworden.



Mitte Juli starb in Dresden *Carl Perron*, wenige Wochen nach seinem 70. Geburtstag. Er war neben Scheidemantel der bedeutendste Bariton in der Blütezeit der Dresdener Oper um die Jahrhundertwende. Die Gestalten, die er seiner Art nach am besten verkörperte, waren Hans Heiling, Vampir, Fliegender Holländer, Eugen Onegin; später auch die Straußfiguren des Jochanaan und Orest. Sein Tod erinnert uns an jene Epoche der deutschen Opernkunst, die Sänger großen Formats hervorgebracht hat.

Im Juli starb in Dresden auch die Opernsängerin *Katharina Fleischer-Edel*, im Alter von 54 Jahren. Sie war eines der bekanntesten Mitglieder der Hamburger Oper, noch aus ihrer Glanzzeit unter Pollini. Sie verkörperte vornehmlich die mehr lyrischen Wagnerrollen, sang auch mehrfach in Bayreuth.

Am 21. Juli starb nach kurzer Krankheit in Smallythe in der englischen Grafschaft Kent die älteste der englischen Schauspielerinnen, *Ellen Terry*, in ihrem 81. Lebensjahr. Was Eleonora Duse für Italien, was Sarah Bernhardt für Frankreich, was damals vielleicht Agnes Sorma für Deutschland bedeutete, bedeutete Ellen Terry für England. Sie hat alle tragenden Frauenrollen verkörpert. Ihr Ruhm blieb ihr auch in den Jahrzehnten ihres Ruhestands.

Am 26. Juli starb in Berlin die Tragödin des ehemaligen Königlichen Schauspielhauses *Marie Barkany*, 76 Jahre alt. Sie gehörte zu ihrer Zeit zu den berühmtesten Schauspielerinnen; weniger freilich wegen ihrer Darstellungskunst als wegen ihrer Erscheinung, die den Schönheitstypus jener Zeit repräsentierte, und auch wegen der Schönheit ihrer Stimme. Sie hat übrigens auch mit einer deutschen Truppe in Paris gastiert und wurde dort mit der Palme der Akademie ausgezeichnet.

Mitte August wurde die italienische Opernsängerin *Emma Cavelli* das Opfer eines Automobilunfalls. Sie hatte auf Tourneen als Partnerin Carusos große Erfolge errungen. In letzter Zeit war sie Eigentümerin des Teatro Costanzi, der Opernbühne Roms, die sich neuerdings neben der Mailänder Scala künstlerisch behauptet.

Am 8. November starb *Mattia Battistini* in Rieti. Wie alt er geworden ist, weiß man nicht und hat es ja auch in Berlin immer wieder erlebt, daß er als Siebzigjähriger noch mit seinem wundervollen Bariton alle anderen auf der Bühne ver-

gessen machte. Seine Gesangkunst war derart, daß Battistini durch sie fast zu einer mythischen Persönlichkeit wurde. Man bemerkte an ihm zwar kaum etwas von einer geistig besonderen Auffassung, aber er war in der vollständigen Ausgeglichenheit aller Elemente, die es zu beherrschen gab, so schlechthin vollendet, daß man seinen Tod als den eines Unersetzlichen beklagen muß. Noch in den letzten Jahren hatte man ihn in Berlin als Rigoletto, als Germont, als Renato, als Scarpia erleben können; und sein Gestalten ganz aus dem Gesang heraus schuf eine Atmosphäre, in der auch die neben ihm Wirkenden gleichsam potenziert erschienen. Es ist schwer sich die Tatsache klarzumachen, daß Battistini schon in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein Sänger von Weltruf war, und daß, als er jetzt, am Ausgang des 3. Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts, starb, es keinen Sänger gab, der ihm an Weltruf gleichkam.

**Kurze Chronik** Die Nordische Gesellschaft hat in Lübeck ein *Nordisches Theater* gegründet.

Es spielt mit dem Ensemble des Lübecker Stadttheaters. ◊ An die Städtischen Theater Düsseldorfs wurde *Jascha Horenstein* als Kapellmeister verpflichtet. Bisher hat er sich bekanntlich nur als Konzertdirigent betätigt. ◊ Einen ähnlichen Übergang vom Konzert- zum Operndirigenten sollte *Wilhelm Furtwängler* vollziehen. Er war für die Wiener Staatsoper in Aussicht genommen. Aber die Verhandlungen zerschlugen sich, und Furtwängler bleibt in Berlin, als Dirigent des Philharmonischen Orchesters. Ob er auch hier sich in der Oper betätigen wird, bleibt einstweilen unentschieden, da in der Städtischen Oper neben Bruno Walter für ihn kaum ein Wirkungskreis gefunden werden dürfte. ◊ Der Generalintendant der Vereinigten Stadttheater in Köln *Fritz Rémond* hat wegen Erreichung der Altersgrenze sein Amt niedergelegt. Zu seinem Nachfolger wurde Max Hofmüller aus München bestimmt. Rémond war ursprünglich Schauspieler, dann Opernsänger, sang sogar den Parsifal in Bayreuth. 1911 übernahm er an Stelle Max Martersteigs die Leitung der Kölner Bühnen. Seine Direktionszeit war für die Oper recht fruchtbar. Unter ihm wurde Prokowjews Liebe zu den 3 Orangen uraufgeführt. Seine Dirigenten waren Otto Lohse, Gustav Brecher, Otto Klemperer und jetzt Eugen Szenkar.

## KULTUR

### Innenkolonisation / Otto Karutz

**Siedlungsprobleme** Das Jahresende bietet Anlaß die Probleme der deutschen Siedlung, die im letzten Jahrzehnt auftauchten und auch im abgelaufenen Jahr zwar noch nicht gelöst, aber in ihren Grundzügen und Ursachen immerhin vielfach geklärt sind, noch einmal in großen Zügen aufzuzeigen. Im deutschen agrarischen Gesamtproblem nimmt die Siedlung teils aus wirtschaftlichen teils aus politischen Gründen eine besondere Stellung ein. Die dichtere Besiedlung der menschenarmen Gebiete des deutschen Ostens ist angesichts des immer stärker werdenden slawischen Drucks eine unbestrittene Notwendigkeit. Dazu kommen unsere ernährungs- und finanzpolitischen Bedürfnisse, die beide Zehntausende von Bauern und selbsthaften Landarbeitern auf dem Boden erfordern, auf dem heute noch wenige hundert Grundbesitzer schalten. Wird doch nur so für die Bevölkerung ausreichende Möglichkeit geschaffen sich zur Hauptsache aus deutschen Agrarprodukten zu versorgen. Die natürliche größere wirtschaftliche Elastizität aber und damit die bessere finanzielle Lage gerade der Massen der bäuerlichen Betriebe bedarf im übrigen nach den vielen umfang- und aufschlußreichen Untersuchungen dieser Frage keiner weiteren Erörterung. Mit Recht hat daher die ländliche Siedlung in den letzten Jahren immer im Mittelpunkt der agrarpolitischen Arbeit und Erörterung gestanden. Trotzdem macht sich heute fast überall Enttäuschung über das bisher darin Erreichte bemerkbar. Kann man hierin eine Änderung erwarten?

2 Dinge treten, neben dem allgemeinen Kurs der Wirtschaftspolitik, bei der Untersuchung der Problematik der Siedlung heute als entscheidend in den Vordergrund: 1. das Siedlungsverfahren, 2. die Siedlungsfinanzierung. Ausgleichung und Stabilisierung des agrarischen Produktions- und Produktionsmittelmarkts sowie die kreditpolitische Bereinigung in der ostdeutschen Landwirtschaft werden dem lebensfähigen und darum lebensberechtigten Teil des deutschen Landbaus wieder eine sichere Existenzgrundlage und gleichzeitig der Siedlung das für sie unbedingt notwendige allgemeinwirtschaftliche Fundament geben. Von der kreditpolitischen Bereinigung in der ostdeutschen Landwirtschaft wird aber die Sied-

lung nicht nur mittelbare Unterstützung haben, sie wird dadurch auch unmittelbar wesentlich gefördert werden. Im Sanierungsprogramm des neuen Präsidenten der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse spielt die sogenannte Aufnahmeorganisation eine besondere Rolle (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 365, 552 und folgende). Sie soll bei dem notwendigen kreditpolitisch-operativen Eingriff im Osten den wahrscheinlichen Zusammenbruch des Güter- und Pachtmarkts verhindern und dabei anfallenden Boden wieder in die Produktion, die Wirtschaft einschalten. Neben der Abgabe von Land an eine relativ kleine, noch gesunde Käuferschicht für größere Objekte bleibt als Mittel hierzu nur eine schnelle großzügige Besiedlung der aufgenommenen Betriebe. Diese bevorstehende große Aufgabe erfordert zur befriedigenden Lösung eine Neuorientierung im Siedlungsverfahren, eine Verbesserung der Siedlungsfinanzierung. Und zwar muß dies umgehend geschehen, denn die neueste Veröffentlichung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse über die Ergebnisse ihrer Betriebsuntersuchungen im Osten erweist durchschlagend, daß der Zeitpunkt für den erwähnten operativen Eingriff schon sehr nahegerückt ist (siehe dazu weiter unten den Abschnitt Informationsmittel).

Die Erkenntnis ist allgemein, daß bisher seitens der Siedlungsunternehmen einschließlich der privilegierten Landgesellschaften und der zuständigen Behörden das Siedlungsverfahren unerwünscht kompliziert und dadurch ganz unnötig verteuert, daß in der darum seit langem dringenden Verfahrensreform vieles versäumt worden ist. Wir haben aber inzwischen auch durch eine Reihe methodischer Versuche, die in den letzten Jahren unternommen wurden, genügend Erfahrungen gewonnen, um die verschiedenen bekannten Reformvorschläge hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit und voraussichtlichen Wirkung einigermaßen genau beurteilen zu können. Danach werden die großen Richtlinien für die Verfahrensreform etwa folgende sein: stärkere Beweglichkeit der mit der Siedlung befaßten Behörden, weitgehende Beschleunigung der Verfahrensdurchführung (Höchstgrenze für die Durchführung eines Verfahrens 1½ Jahre), übersichtlichere Kostenreglung, Heranziehen der Bauernorganisationen als Siedlungsträger, entweder direkt oder besser noch durch organische Verbindung (Kapitalbeteiligung)

mit der Aufnahmeorganisation, Wiederaufgreifen des mittelalterlichen Siedlungsprinzips der Dorf- und Hofpatenschaften, endlich organisierte Mitarbeit der zukünftigen Siedler am Aufbau und bei der Einrichtung ihrer Stellen.

Vielleicht bedarf es zur Durchführung dieser Verfahrensänderungen auch erst einzelner Personalveränderungen an den maßgebenden Stellen der zuständigen Verwaltungen. Dabei etwa entstehende Pensionslasten dürften jedoch durchaus im Verhältnis stehen zu den Gewinnen an Siedlungserfolg, die eine beschleunigte Verfahrensreform im angedeuteten Sinn bringen dürfte.

Der entscheidende Punkt ist die Siedlungsfinanzierung. Gewiß, wir haben neben den Siedlungsfonds der Länder bisher schon 3 Jahre lang jährlich 50 Millionen Mark Reichszwischenkredite für Siedlungszwecke zur Verfügung gehabt (dem Vernehmen nach soll allerdings gerade hier, es klingt kaum glaubhaft, in Zukunft erheblich eingespart werden), aber wie sind diese Mittel verwandt worden? Die in den letzten Tagen veröffentlichten Zahlen über die mit Reichsmitteln vorgenommenen Ankäufe (siehe weiter unten den Abschnitt Kurze Chronik) sind erschreckend. Der Durchschnittspreis für jeden bisher angekauften Morgen beträgt 251,54 Mark. Das ist unter den heutigen Verhältnissen viel zu viel; denn rechnet man einmal die entstehenden Verfahrenskosten (Folgeeinrichtungen, Gebühren usw.) sowie die Gebäudekosten mit einem mittlern Pauschale von 250 bis 270 Mark dazu, dann kommt man für den besiedelten Morgen bereits auf einen Preis von rund 500 bis 520 Mark für den Siedler. Das kann bei durchschnittlichen ostdeutschen Bodenverhältnissen von keinem Siedler, ganz unabhängig von der Stellengröße, weder heute noch in Zukunft getragen werden. Große Schuld an den gerade durch die Käufe mit Reichsmitteln hochgetriebenen Bodenpreisen trägt die Beschränkung der Verwendungsfähigkeit dieser Mittel auf bestimmte Gebiete. Hier muß alsbald Wandel geschaffen werden, indem man diese Beschränkung aufhebt und gleichzeitig Höchstsätze für die zu bewilligenden Ankaufspreise (höchstens 150 Mark pro Morgen) festsetzt. Außerdem sichere man die Reichsmittel in voller Höhe bis zum Ablauf der in der Reichstagsresolution von 1926 festgelegten 5 Etatsjahre, dann ist bereits sehr geholfen. Im übrigen muß baldigst das Problem des

Siedlungsdauerkredits gelöst werden. Schließlich könnte man angesichts der nationalen Dringlichkeit der Siedlung auch dem ostdeutschen Grundbesitz einen Teil der Siedlungskosten in der Weise auflegen, daß man ihn oder die aus der 1. Hypothek Berechtigten nicht in Kapital sondern in Tilgungsrente entschädigt. Für die Zukunft kann man ja dabei einmal eine eventuelle Kapitalisierung dieser Tilgungsrenten ins Auge fassen. Heute aber, da uns die Kapitalnot unter den Nägeln brennt und gleichzeitig die politische und wirtschaftliche Aufgabe großzügiger Siedlung vor uns steht, da muß ohne irgendwelche Skrupel die Lösung zeitlich unwichtigerer Fragen zurückgestellt, und nur das wirklich Entscheidende mit aller Kraft angepackt werden. Nur so wird ein Siedlungsergebnis erreicht werden, das den Anforderungen entspricht, die die bevölkerungs- und agrarpolitische Lage Deutschlands stellt, nur so wird zum kommenden 10. Jahrestag des Reichssiedlungsgesetzes die Erfüllung der Erwartungen endlich nähergerückt, die man 1919 in agrar- und bevölkerungspolitisch interessierten Kreisen des deutschen Volkes an den Erlaß dieser Magna Charta der deutschen Innensiedlung geknüpft hat.

Tagungen

Vom 28. September bis zum 1. Oktober 1928 hielt in Koblenz der *Bund Deutscher*

*Bodenreformer* seinen 32. Bundestag ab. In einer Reihe allgemeinerer Referate historischen und berufspolitischen Inhalts bildeten die beiden großen aktuellen Vorträge Friedrich Aereboes über die Steuerfrage in ihrer Bedeutung für die Gesundheit unserer Agrarzustände und Richard Liertz' über Eigentum und Enteignung die Höhepunkte der Tagung, die im übrigen besonders auf die erneute Propagierung des Bodenreformgesetzes eingestellt war. Die genannten beiden Vorträge erschienen im Jahrbuch der Bodenreform 1928 (Jena, Gustav Fischer). Anschließend an den Bodenreformtag veranstaltete das Heimstättenamt der Deutschen Beamtenschaft, ebenfalls in Koblenz, eine *Beamtenheimstättentagung*, auf der die ideellen und praktischen Seiten der Beamten-siedlung eingehend erörtert wurden. Bei der Gelegenheit legten die im Heimstättenamt der Deutschen Beamtenschaft zusammengeschlossenen sämtlichen Beamtenorganisationen erneut ein unumwundenes Bekenntnis zur Bodenreformbewegung ab.

**Informationsmittel** Zusammen mit der 2. Auflage ihrer Richtlinien für die Durchführung von Orts- und Pachtsteuer im Rahmen der landwirtschaftlichen Kreditkontrolle bringt die Landwirtschaftlich-Betriebswirtschaftliche Abteilung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse eine Arbeit ihres Leiters Karl Brandt über die Lage der landwirtschaftlichen Großbetriebe in den östlichen Landesteilen (Berlin, Paul Parey). Die Richtlinien geben einen ausgezeichneten Einblick in Systematik und Aufbau der bei der Preußenkasse eingeführten örtlichen *Betriebskontrolle*. Sie werden stets einen wichtigen Bestandteil der gesamten deutschen wissenschaftlichen Taxliteratur bilden. Von den praktischen Ergebnissen der gesamten Kontrollarbeit berichtet die andere Arbeit. Ergänzt durch sehr klare und anschauliche graphische Darstellungen bringt sie, nach einführenden Bemerkungen über Ziel und Methode der Verschuldungserhebung der Preußenkasse, zunächst die Ergebnisse der Verschuldungserhebung zum 31. Dezember 1927 in Gesamtzusammenstellungen und nach Landesteilen. Dabei zeigen sich die Pachtbetriebe stärker gefährdet als die Eigenbetriebe, und als Hauptkrisenherde ergeben sich entsprechend den bisherigen Annahmen Pommern, besonders Vorpommern, Grenzmark und Ostpreußen. Danach werden diese Ergebnisse kritisch untersucht, insbesondere werden die statistischen Fehlerquellen gezeigt, an den Ortstaxergebnissen wird aber die Größe ihres Einflusses als relativ gering nachgewiesen. Im Vergleich mit anderen gleichartigen Untersuchungen wird dann die Lage der Großbetriebe im Sommer 1928 erörtert und eine, wenn auch langsame weitere Verschlechterung festgestellt. Die abschließende Prognose über die voraussichtliche Entwicklung der Lage bis zum Frühjahr 1929 verdeutlicht mit aller Schärfe den Ernst der Lage und beweist durchschlagend die Notwendigkeit mit einem mutigen Eingriff der "schleichenden Krise" zu Leibe zu gehen.

**Kurze Chronik** Das Reichsarbeitsministerium erstattete am 29. November dem Reichstagsausschuß für Landwirtschaftliches Siedlungswesen und Pachtfragen einen Bericht über den Stand der Finanzierung der *landwirtschaftlichen Siedlung*. In den Rechnungsjahren 1926 bis 1928 sind danach für die Siedlung in dünnbevölker-

ten Gebieten bisher an Reichskrediten rund 129,76 Millionen Mark bereitgestellt worden, von denen der Siedlungsausschuß bei der Rentenbankkreditanstalt rund 116,99 Millionen entsprechend verwandt hat. Bis einschließlich 27. November 1928 sind 444 657 Morgen für rund 111,86 Millionen Mark angekauft worden, was einen durchschnittlichen Morgenpreis von 251,54 Mark ergibt. 1927-1928 sind dabei auf 190 684 Morgen 2962 Neusiedlerstellen, meist unter 80 Morgen Größe, ausgelegt worden; 8588 Morgen fanden für Anliegersiedlung Verwendung. Mit Mitteln aus den Überschüssen der Reichsgetreidestelle wurden 75 254 Morgen der Besiedlung erschlossen; diese Fläche umfaßt zum größten Teil erst durch die Siedler kultiviertes Ödland. ◊ Nach erneuten Verhandlungen des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium hat nunmehr das *Bodenreformgesetz* eine sachlich zweifellos verbesserte Formulierung erhalten, in der es dem Vernehmen nach vom Reichsarbeitsminister in Erledigung der bekannten Reichstagsresolution vom 5. Mai 1926 (siehe die Rundschau Staatssozialismus, 1926 Seite 480 und folgende, sowie diese Rundschau 1927 I Seite 170) dem Reichstag zugeleitet werden soll; im Jahrbuch der Bodenreform 1928 ist die neue Fassung als Entwurf eines Wohnheimstättengesetzes abgedruckt.

**Literatur** Der bekannte Berliner Anwalt *Adolf Asch* hat in 2. vermehrter Auflage sein Buch *Der Grundstückskauf* herausgebracht (Berlin, Georg Stilke). Er gibt damit die erste zusammenfassende Darstellung des gesamten Rechts des Kaufvertrags über Grundstücke einschließlich der damit verknüpften Nebengeschäfte. Auch das gesamte Steuerrecht, die Probleme des modernen Grundstücksverkehrsrechts, wie Genehmigungspflicht und Schwarzkauf, endlich alle aus dem Zusammenhang von Grundstückskauf und Aufwertungsrecht sich ergebenden Fragen werden an der Hand der sorgfältig verarbeiteten Rechtsprechung eingehend behandelt. Die knappe, aber stets klare Sachdarstellung wird außerdem verständlich sehr geschickt durch Abdruck von grundlegenden Urteilen und Textwiedergabe gesetzlicher (vor allem steuerrechtlicher) Bestimmungen ergänzt. So ist ein Büchlein entstanden, das Wissenschaft und Praxis gleicherweise dient.

Außenkolonisation / Herman Kranold

**Australien** Das australische Festland bildet eine englische Selbstverwaltungskolonie, die wieder in mehrere, teilweise selbständige Einzelkolonien zerfällt; außerdem gehören neuerdings einige früher deutsche Südseeinseln respektive Teile von solchen als Mandatsgebiete mehr oder weniger eng dazu. Das Festland selbst ist erst seit ungefähr 100 Jahren von Europa aus besiedelt worden, und sein eigentlicher Aufstieg datiert erst seit ungefähr 1870. Im Jahr 1871 waren 486 000 Personen in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion einschließlich Bergbau usw. tätig, während es im Jahr 1921 schon 1 336 785 waren. In dieser Zeit hat sich gleichzeitig eine entscheidende Wandlung in der Zusammensetzung der Erwerbstätigen vollzogen: im 1. Jahr entfallen auf die Urproduktion 62,4 %, im letzten Jahr nur 45,3 %; Gleichgewicht herrschte zwischen Urproduktion und Verarbeitung im Jahr 1891. Die Industrialisierung greift also stark durch, sie träte noch deutlicher zutage, wenn in der Statistik der Beschäftigten der Bergbau in seinen verschiedenen Formen von der agrarischen Urproduktion getrennt ausgewiesen wäre. Trotzdem ist Australien auch heute noch überwiegend ein Land der Kapitaleinfuhr, wenn es auch imstande gewesen ist einen (mit den Jahren immer wachsenden) Teil seines Kapitalbedarfs selbst zu bilden. Mit der schnellen Entwicklung der Bevölkerung ging eine erhebliche Zunahme der Einkommen einher. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet war, wenn man das Jahr 1911 mit der Standardzahl 1000 ansetzt, im Jahr 1910 ein Maximum von 1067 erreicht, nachdem 1901 der Aufstieg mit 702 seinen Anfang genommen hatte. Von 1910 an hielt sich der Stand bis zum Kriegsausbruch auf ungefähr gleicher Höhe und sank dann für längere Zeit erheblich unter 1000, um erst 1924-1925 wieder mit einem erheblichen Sprung auf 1077 zu steigen. Die soziale Bewertung dieser Zahlen ist natürlich sehr schwierig, weil man die Pyramiden des Einkommensaufbaus in den verschiedenen Zeiten mit einander vergleichen müßte, um ein wirklich begründetes Urteil abgeben zu können; dazu reicht das Material aber nicht aus. In der Anzahl der Erwerbstätigen steht Australien im Jahr 1921 ungefähr in der Mitte zwischen den Vereinigten Staaten, in denen 39,4 % der Bevölkerung, und

England und Wales, in denen 45,3 % erwerbstätig waren; für Australien lautete die Zahl 42,2 %. Charakteristisch ist, daß der Anteil der Männer mit 50,8 % (fast genau wie in den Vereinigten Staaten) eine Kleinigkeit mehr als die Hälfte beträgt, während er in England mit 47,7 % etwas hinter der Hälfte zurückbleibt. Es ist bekannt, daß bei großen Wanderungsbewegungen, namentlich wenn sie länger anhalten, das Einwanderungsland einen Männerüberschuß, das Auswanderungsland einen Frauenüberschuß aufweist, weil die Frauen erst nach und nach, und nicht insgesamt, den Männern folgen. Von den erwerbstätigen Personen waren 84,7 % Erwachsene, und zwar 70,1 % Männer. In England und Wales dagegen wurden 60 % erwachsene Männer und 21,4 % erwachsene Frauen gezählt. Die Verschiedenheit des Anteils der beiden Geschlechter entspricht der verschiedenen Bevölkerungszusammensetzung; der starke Anteil der Erwachsenen in Australien an den Erwerbstätigen überhaupt aber hat seine Ursache zum Teil darin, daß Länder mit länger dauernder Einwanderung im Verhältnis mehr Erwachsene aufzuweisen haben als Länder mit länger dauernder Auswanderung, weil auch Kinder und Jugendliche nur langsam und unvollständig der Wanderbewegung der Erwachsenen folgen, zum Teil aber auch in der die Arbeit der Jugendlichen recht weitgehend beschränkenden sozialpolitischen Gesetzgebung. Um sich über die Lage der Arbeitenden klar zu werden, muß man zunächst einmal die Verteilung der Einkommen betrachten. Von 2,2 Millionen Einkommensträgern entfielen in Australien 1920-1921 nur 2,83 % auf die Gruppe mit weniger als 1000 Mark jährlich, während sich 1914-1915 in dieser Gruppe noch nicht weniger als 34,81 % befanden. Zwischen 1000 und 2000 Mark standen 1920-1921 13,4 % (1914-1915 22,63 %). Vor dem Krieg waren also fast drei Fünftel der Bevölkerung den Familien mit weniger als 2000 Mark Einkommen zuzurechnen, nach dem Krieg dagegen nur noch ungefähr ein Sechstel. Das ist natürlich eine außerordentliche Verbesserung. Dadurch ist naturgemäß prozentual die Besetzung der Mittelgruppen stärker geworden; nicht weniger als 62 % der Einkommensträger hatten 1920-1921 ein Einkommen, das zwischen 3000 und 5000 Mark lag. Nun ist es natürlich nicht möglich die Einkommen ohne weiteres ihrer Kaufkraft nach mit den deutschen

zu vergleichen. Der Anteil der indirekten Steuern an den Staatseinnahmen ist recht hoch, fast die Hälfte des finanziellen Staatsbedarfs wird aus Zöllen und Verbrauchssteuern gedeckt. Dafür steht allerdings auf den kleinen Einkommen wieder eine sehr viel geringere Einkommensteuer als etwa in Deutschland. Außerdem aber wird ein immerhin erheblicher Teil der öffentlichen Mittel in den verschiedenen Zweigen der Wohlfahrtspflege der Bevölkerung wieder zugeführt, ohne daß er bei der Einkommenstatistik berücksichtigt wird. Es handelt sich dabei um erhebliche Beträge. Im Jahr 1925-1926 leistete allein die Regierung des Australischen Bundes für 440 Millionen Mark Zahlungen an Kriegspensionen, Alters- und Invalidenpensionen und Mutterschaftsunterstützungen. Das beträgt auf jeden Einkommensträger immerhin rund 200 Mark. Im selben Jahr zahlten die Einzelstaaten außerdem noch zur Erziehung, der öffentlichen Gesundheitspflege usw. jährlich 400 Millionen Mark zu, was bei 2,2 Millionen Einkommensträgern wieder rund 180 Mark jährlich für den einzelnen ausmacht. Man kann also annehmen, daß diese öffentlichen Leistungen im Durchschnitt die Belastung der unteren Einkommensklassen durch indirekte Steuern ungefähr aufwiegen, so daß die Verteilung der Einkommen also wohl an den angegebenen Zahlen gemessen werden kann. Zu ähnlich günstigen Schlüssen kommt man auch, wenn man den Wert der Produktion, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, betrachtet. Danach ist seit 1901 eine Steigerung des Werts der Pro-Kopf-Produktion eingetreten, die etwa ein Drittel der damaligen Größe ausmacht. Der Krieg hat allerdings einen erheblichen Rückschlag gebracht. Bis 1925 hat sich aber dieser Rückschlag im wesentlichen wieder ausgeglichen. Wenn die Steigerung nicht stärker in die Erscheinung tritt, so offenbar, weil die Bevölkerung sich allmählich in ihrer Zusammensetzung vom kolonialen Typus entfernt und sich dem nach europäischen Begriffen normalen Typus nähert. Der Index der Industrieproduktivität zeigt nämlich den Kriegsrückschlag nur in geringem Maß, im übrigen aber seit 1908 einen unaufhörlichen Aufstieg, so daß 1925 das Maximum erreicht wurde. Bei der Landwirtschaft sind die Schwankungen von Jahr zu Jahr allerdings viel stärker, was auch ganz natürlich ist. Hier fällt

das Maximum in das 1. Kriegsjahr 1915, das Minimum in das letzte Jahr vor dem Krieg, 1914, in dem infolge der Desorganisation der Weltwirtschaft durch den Kriegsbeginn große Vorräte der überseeischen Ernte unverkäuflich blieben. Die Nachkriegszeit hat eine schnelle Erholung, das Jahr 1924 zunächst ein Maximum gebracht. Im ganzen steht aber auch hier die Produktivität sehr viel höher als im 1. Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Dieses günstige Bild wird vervollständigt durch die Tabelle der Lohnindizes. Setzt man das Jahr 1911 in allen Wirtschaftszweigen für erwachsene Männer mit 1000 an, so ergibt sich eine, nur in der Deflation der Jahre 1922 und 1923 durch einen ganz kleinen Rückschlag unterbrochene, im übrigen aber stetige Steigerung der Löhne bis auf 1914 im Jahr 1926, das heißt also in 15 Jahren eine Verdoppelung. Dazu muß, wenn man die Löhne richtig würdigen will, auch noch in Rechnung gestellt werden, daß die Sozialpolitik in dieser Zeit ganz erheblich ausgebaut wurde, und daß Arbeitslosigkeit größeren Umfangs kaum vorkommt. Die Arbeitslosigkeit schwankte von 1906 bis 1925 zwischen einem Minimum von 4,7 % im Jahr 1911 und einem Maximum von 11,2 % im Jahr 1921. Nun kann man in kolonialen Gebieten mit starker Einwanderung annehmen, daß in der Nähe des Minimums der Arbeitslosigkeit jene Zahl liegt, die charakteristisch für die Schwierigkeiten bei der Einordnung der Einwanderer in das Wirtschaftsleben ist. Zieht man also jene 4,7 % ab, so ergibt sich, daß die Arbeitslosigkeit im allgemeinen um 2 bis 3 % der Erwerbstätigen pendelt, wobei die konjunkturellen Ausschläge relativ sehr gering sind. Dazu werden schon seit längerer Zeit erhebliche Erwerbslosenunterstützungen gezahlt. Im ganzen ergibt sich also auch ein gegenüber dem europäischen materiell sehr viel günstigeres Bild.

Es wäre verfehlt daraus ohne weiteres auf andere Kolonialgebiete Rückschlüsse zu ziehen. Australien ist insofern ein atypisches Kolonialgebiet, als die Eingeborenen, eine in eine Wirtschaft europäisch-kapitalistischer Art natürlich sehr viel schwerer und langsamer einzuordnende Bevölkerung, ausgerottet respektive ausgestorben sind, so daß die Einwanderer ihr Gemeinwesen unbehindert durch Vorbewohner oder Traditionen nach rationellen Methoden in den freien Raum hineinbauen konnten.

**Rassenfragen** Über Rassenfragen in Südafrika spricht sich ausgiebig das Buch P. A. Silburns *South Africa: White and Black, or Brown?* /London, Allen & Unwin/ aus. Es tritt einer Vermischung zwischen der weiß- und der schwarzfarbigen Bevölkerung Südafrikas entgegen. Inwieweit dabei Rassenhochmut, inwieweit wirklich schlechte Erfahrungen mit "Mischlingen" mitsprechen, ist schwer zu entscheiden. Der Verfasser ist ein britischer Imperialist und von weißem Rassenhochmut gewiß nicht frei, wie der Satz zeigt: »Wenn der Vermischung nicht Einhalt geboten wird, so wird die Rassenzukunft Südafrikas aussehen wie diejenige von Mexico, Brasilien, Haiti und Liberia.« Andererseits ist er imstande gewissen Tatsachen unbefangenen ins Gesicht zu sehen. So sieht er, daß beim Andauern der jetzigen Bevölkerungsentwicklung die Anzahl der Eingeborenen immer stärker die der weißen Bevölkerung Südafrikas überholen muß. Schon jetzt ist jene 4mal so groß wie diese. Dann kommen plötzlich wieder antisemitische Äußerungen (beim Engländer eine gewisse Seltenheit) vor. Aber auch, wenn man diese Dinge abzieht, bleibt genug des Lohnenden. Wenn zum Beispiel das grundlegende Gesetz, das durch die Union von Südafrika 1909 konstituiert wurde, charakterisiert wird mit den Worten: »Unter diesem Gesetz wurden 5½ Millionen eingeborene britische Untertanen ohne Warnung oder Befragung der Gnade und Ungnade der knappen Mehrheit von 1¼ Millionen weißen Südafrikanern ausgeliefert, die nach Eingeborenenland und billiger Arbeit hungrig sind«, so geht dieser Satz zunächst zwar gegen die »knappe Mehrheit« der Weißen, nämlich gegen die Buren; aber offensichtlich sind auch die übrigen Weißen dabei nicht geschont; denn schließlich handelt es sich ja um ein Gesetz von Londoner Provenienz. Um diese übrigen Weißen, das heißt um die englische Bevölkerung Südafrikas, geht es dem Verfasser allerdings schließlich ganz allein. Er will Verhältnisse schaffen, durch die die Neger gehindert werden den ungelerten weißen Arbeitern Südafrikas Konkurrenz zu machen; denn dadurch »ziehen jene die weißen Arbeiter zu sich nieder«; dann folgt Rassenmischung durch Heirat, und die Mischrasse bildet sich. Der Verfasser will daher selbständig, mit einer gewissen

Selbstverwaltung ausgestattete Reservate für die eingeborene Bevölkerung bilden, und zwar so große, daß dort eine selbständige agrarische Bevölkerung unter modernen Verhältnissen ansässig werden kann. Dadurch will er den Zuzug von Negermassen zur südafrikanischen Industrie aufheben und der von ihm befürchteten Rassenmischung Einhalt tun. Unabhängig von diesen seinen Methoden aber scheint der Plan doch, weil er einen Weg zur Entfaltung der besten Produktivkräfte der Eingeborenen erschließt, der Überlegung auch nach unserm Standpunkt wert; denn wir wissen aus vielen Teilen Afrikas, daß die Eingeborenen sehr wohl imstande sind große, selbständige, modern wirtschaftende Bauernmassen aus sich hervorzubringen, und daß damit ihnen ein wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg gesichert wird, der ihnen auf andere Weise nicht erschlossen werden kann.

**Informationsmittel** Die *Canadian Gazette* in London legt neben ihrem umfangreichen, schön ausgestatteten Jahrbuch über Canada (*Canadian Progress* 1927) auch noch eines über *Westindien* vor (*The Yearbook of the British West Indies* 1928). Beide Bücher enthalten umfangreiche statistische Angaben und sehr viele gut veranschaulichende Abbildungen. Der Band über Westindien behandelt außer dem eigentlichen Britisch Westindien die Inselgruppen der Bermudas, der Bahamas und die festländischen Gebiete Britisch Guyana und Britisch Honduras. Ein Anhang geht auch noch auf die Verhältnisse in den amerikanischen, französischen, holländischen Gebieten ein, die den englischen in jener Gegend benachbart sind. Von W. G. Freeman und R. O. Williams liegt eine alphabetische Materialsammlung über die Nutz- und Zierpflanzen der britischwestindischen Inseln Trinidad und Tobago vor; *The Useful and Ornamental Plants of Trinidad and Tobago*, von der Regierungsdrukerei in Trinidad gedruckt, ein wundervolles Hilfsmittel bei der Bearbeitung aller landwirtschaftlichen Fragen dieser beiden interessanten Kolonien. Eine angenehme Zutat ist die Klassifizierung der Pflanzen unter dem Gesichtspunkt des praktischen populären Interesses am Schluß. Zur Kenntnis der Verhältnisse in dem *französischen Afrika* liegen 2 Werke vor, verfaßt von E. Rouard de Card.

Einmal eine Darstellung und Interpretation der französischen Mandate über Togo und Kamerun (*Les mandats français sur le Togoland et le Cameroun*), sodann eine Zusammenstellung der Abgrenzungsverträge in Französisch Afrika aus den Jahren 1914 bis 1925 (*Traité de délimitation concernant l'Afrique française*); beide erschienen bei A. Pedone in Paris. Für eingehende Arbeiten sind diese Werke unentbehrlich.

Sehr interessant ist dann auch die Sammlung von Gesetzen, Erlassen und Verfügungen über das Recht des Grund und Bodens im *belgischen Kongogebiet*, die der Antwerpener Professor Heyse unter dem Titel *Régime Foncier du Congo Belge* erscheinen ließ /Brüssel, René Weverbergh/. Besonders interessant ist es den Inhalt der neueren Gesetze und Verordnungen mit dem Rechtszustand zu vergleichen, der vor dem Krieg bestand, und den das seinerzeit auch hier angezeigte Werk Walz' Das Konzessionswesen im belgischen Kongo kennzeichnete. Ein sehr umfangreiches Literaturverzeichnis mit Nachweis der amtlichen Quellen für das kongolische Bodenrecht ist beigegeben.

In der von der Carnegiestiftung herausgegebenen Serie *Wirtschaftliche und soziale Geschichte des Weltkriegs* ist ein Heft von B. Nogaro und Lucien Weil über die kolonialen Arbeitskräfte in Frankreich während des Krieges erschienen (*La Main d'Oeuvre étrangère et coloniale pendant la guerre* /Paris, Les Presses Universitaires de France/). Im ganzen waren am 1. Oktober 1918 noch in den verschiedenen Heeresverwaltungen in Frankreich 179 000 exotische Arbeitskräfte tätig, davon 65 000 aus Nordafrika, 43 000 aus Indochina, 36 000 aus Madagaskar und 35 000 Chinesen. Auf die Arbeiten an der Front entfielen davon im ganzen aber nur 12 000, die übrigen verteilten sich auf die Rüstungsindustrie, Luftfahrt, Landwirtschaft und Transport, Bergbau usw. Die Gesamtzahl der während des Krieges zu diesen Zwecken nach Europa gebrachten kolonialen Menschen in Frankreich war 223 000. Die im französischen Heeresverband militärisch Tätigen sind dabei nicht mitgezählt.

**Kurze Chronik** Der diesjährige *Nobelpreis* für Medizin wurde dem Direktor des Pasteurinstituts in Tunis, Charles Nicolle, für seine Arbeiten über das Fleckfieber verliehen. Er hat

außer wertvollen Arbeiten über Tollwut und Malaria sich vor allem das Verdienst erworben im Jahr 1911 entdeckt zu haben, daß das Fleckfieber, eine der gefährlichsten Kolonialkrankheiten, von Mensch zu Mensch durch Läuse übertragen wird. Während des Krieges hat die Kenntnis dieser Tatsache unendliche Not verhüten helfen. ◊ Im November 1927 wurde in Leipzig eine *Deutsche Zentralstelle für Wanderungsforschung* unter Leitung Hugo Grothes ins Leben gerufen. Alle Seiten der Wanderungsprobleme sollen gleichmäßig berücksichtigt werden. Eine Zeitschrift *Archiv für Wanderungswesen* wird herausgegeben. Das Problem des Eindringens der europäischen Menschen in tropische Gebiete wird besonders erörtert werden. Auch kolonialgeschichtlich werden die Forschungen des Instituts recht interessant sein. ◊ Eine ausführliche Liste in der englischen, in Jamaica erscheinenden Zeitschrift *Tropical Agriculture* ergibt, daß eigene *koloniale Landwirtschaftsverwaltungen* in 37 verschiedenen englischen Kronkolonien, Protektoraten und Mandatsgebieten bestehen. ◊ Die Ausfuhr von *Superphosphaten* aus Algerien und Tunesien betrug im Jahr 1926 3,4 Millionen Tonnen gegenüber 1,8 Millionen im Jahr 1920. Neuerdings sind im Grenzgebiet zwischen diesen beiden Kolonien neue Lagerstätten gefunden worden, deren Umfang auf rund 1 Milliarde Tonnen geschätzt wird; der Durchschnittsgehalt dieser Phosphate an Phosphorsäure beträgt etwa 62 %. Auch in Marokko wurden neuerdings erhebliche Vorkommen entdeckt, die 5 bis 6 Milliarden Tonnen umfassen sollen, einen durchschnittlichen Gehalt an Phosphorsäure von 67 % haben und verhältnismäßig nahe an der Küste liegen, also leicht und billig abzubauen sind. Der Abbau ist seit einigen Jahren in Angriff genommen. Im Jahr 1921 gewann er nur 8000 Tonnen, im Jahr 1927 dagegen schon 1,4 Millionen Tonnen. Zu den Hauptbeziehern der Phosphate gehört auch Deutschland. Bei dem chronischen Phosphormangel der europäischen Landwirtschaft und bei der fortschreitender Intensivierung überseeischer Landwirtschaftsgebiete dürften die Vorkommen immer wichtiger werden. ◊ Am 28. Juli begann *Leo Frobenius* eine neue Expedition nach Afrika. Sie soll 2 Jahre dauern und namentlich das britische Mashonalandprotektorat näher untersuchen.



**Literatur** Eine interessante wirtschaftlich - geographische Studie ist *H. Müller-Minys* Schrift *Moderne Industrien im tropischen Afrika* /Berlin, B. G. Teubner/. Das Buch ist eine umfangreiche, sehr brauchbare Stoffsammlung, die überall auf die Quellen zurückgeht. An einer Reihe von Stellen kommen Wendungen vor, die einer Beschaffung von Arbeitern für private industrielle Zwecke durch Zwangsmaßnahmen das Wort zu reden scheinen. Es ist für die Beurteilung der Ausbeutung afrikanischer Arbeiter durch die europäischen Unternehmer wichtig, daß solche Propaganda gegen ein bestehendes anderes System geführt wird. In großen Teilen Afrikas ist eben der Arbeitermangel für industrielle Zwecke recht groß. Da die meisten Kolonialverwaltungen heute Zwang nicht mehr ausüben, um ihn zu bekämpfen, so hat sich in der Gestaltung der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen ein erheblicher Wettbewerb zwischen den Industriellen um die Arbeitskräfte erhoben.  $\diamond$  In seinen 13 Briefen aus Deutsch Südwestafrika /München, Albert Langen/ schildert *Hans Grimm*, sonst als Romanschriftsteller bekannt, vor dem Krieg 14 Jahre in Südafrika ansässig, seine Eindrücke bei einem Besuch der frühern deutschen Kolonie nach dem Krieg. Es ist zweifellos ein Verdienst dieser Schrift, daß sie mit der in Deutschland üblichen bürenfreundlichen Mythologie gründlich aufräumt; dafür kann man ihr manche Torheit verzeihen. Grimm will darauf hinaus, daß das ganze afrikanische Land, außer Ägypten, Abessinien und der Südafrikanischen Union, der Souveränität des Völkerbunds unterstellt wird, und daß sich alle Nationen an der Stellung der Verwaltungsbeamten für diese »Völkerbundskolonie« beteiligen sollen. Ob gerade der Völkerbund der geeignete Träger dafür wäre, mag eine Frage für sich sein; erfreulich ist jedenfalls die Erkenntnis, daß sich »auf andere als auf übernationale Weise die koloniale Frage des mit Menschen überfüllten Mitteleuropas nicht lösen läßt, und auch die deutsche koloniale Frage keine andere als letzte Lösung finden« wird. Wenn der Verfasser allerdings glaubt, daß Deutsch Südwestafrika als ein geeignetes Versuchsgebiet dafür in Betracht käme, so werden darüber die Meinungen auseinandergehen. Trotzdem bleibt es ein Buch, mit dem sich auseinanderzusetzen

lohnt. Ein Mann, der auf seine Art ein Deutschnationaler ist, und doch Sätze schreibt wie den: »Uns Deutsche geht die schwarze Gefahr nichts an, wir sind nicht einmal da für andere davon zu reden«, sollte auch von Andersorientierten ernst genommen werden. Besonders sympathisch berührt an dem Buch, daß aus ihm eine seltene rechtliche Gesinnung spricht, wenn sie auch im Einzelfall vielleicht irreeht. Verunzierend wirkt die Manie fremde Worte angeblich zu verdeutschen. Wenn man zum Beispiel »Rückgefühl« liest und nach längerem Studium entdeckt, daß Ressentiment gemeint ist, fühlt man sich vor den Kopf geschlagen.  $\diamond$  Als historische Urkunde hat die Sammlung der Zionistischen Reden *Arthur James Lord Balfours* Wert (Speeches on Zionism /London, Arrowsmith/). Sie ist von Israel Cohen herausgegeben und interessant hauptsächlich wegen des kurzen Vorworts des frühern Hohen Kommissars für Palästina, Sir Herbert Samuel, aus dem hervorgeht, daß auch dieser Liberale, genau wie Balfour, die ganze Angelegenheit hauptsächlich durch die Brille des britischen Imperialismus ansieht. Die Sammlung beginnt mit der berühmten Balfourdeklaration vom 2. November 1917 und reicht bis zum November 1927.  $\diamond$  Über den Kautschukbau in Indochina liegt eine größere, die Kultur und Ausbeutungsmethoden in einzelnen eingehend erörternde Arbeit von *André Crémazy* und *William Bazé* vor (L'hévéaculture en Indochine /Paris, Emile Larose/). Die Arbeit zeigt, daß diese Kultur heute schon technisch und wirtschaftlich auf erheblicher Höhe steht, daß aber auch im Fall einer dauernden Senkung des Kautschukpreises Möglichkeiten genug zur Produktionsverbesserung bestehen, um die Kautschukpflanzen Indochinas lebensfähig zu erhalten.

## EINZELNES

### Neuerschaffungen

**Kriegsschilderung** Den Krieg, wie er im Innern Deutschlands erlebt wurde, schildert das Buch *Ginster*, von ihm selbst erzählt /Berlin, S. Fischer/. Den Mittelpunkt der Erzählung bilden ein schüchterner und unbeholfener junger Mann und sein kleinbürgerlicher Verwandten- und Freundeskreis. Der junge Mensch ist kränklich und wird nach einer kurzen militärischen Ausbildungszeit in einer westlichen Gar-

nison als untauglich entlassen. Wie sich in ihm und seinem Kreis Kriegeausbruch, die wechselvollen Geschehnisse an den Fronten, die Not im Innern und schließlich Zusammenbruch und Revolution widerspiegeln, das wird in humoristisch-satirischer Weise dargestellt; aber der Humor ist gequält und geht auf Stellen, und die Satire hat nicht die Größe, die dem Objekt der Darstellung angemessen wäre, wie sie etwa dem Untertan Heinrich Manns eigen ist.

In sehr reizender und naiver Art zeigt ein anderes Buch, *Schlump*: Das Buch vom unbekanntem Soldaten, von ihm selbst erzählt /München, Kurt Wolff/, wie ein junger Mensch, der der Natur so ganz besonders gesund und glücklich geraten ist, den Krieg durchmacht. Zuerst die Rekrutenschinderei; dann die Front mit allen Gräßlichkeiten; und dann das bequeme Etappenleben mit seinen Scherebereien. Und ziemlich alles hat der Erzähler vollauf mitgemacht. Schließlich ist aber an seiner gesunden Haut alles wieder wie Öl abgelaufen, und immer wieder ist die Lebenslust obenauf. Gewiß gibt es das, und es ist herrlich, wie die Natur, besonders in solchen Jahren, so ganz ihren eigenen Weg gehen kann. Aber das Buch nennt sich das Buch vom »unbekanntem Soldaten«, als sei damit ein Typus gegeben, und daran kann man nicht glauben. Dem unbekanntem Soldaten hat all das Gift sicher lange im Blut gesessen; man lese in der Vossischen Zeitung, in der Erzählung Im Westen nichts Neues, die Schilderung Erich Maria Remarques, der auch jung und gesund hinausging.

Lisbeth Stern

**Bauart und  
Zeitforderung**

Eine Stunde Architektur  
von *Adolf Behne* /Stuttgart,  
Akademischer Verlag Fritz

Wedekind & Co./ ist ein ganz ausgezeichnetes Buch, und man kann sich schwer einen bessern Interpreten für die junge Bauart denken als Behne es ist. Seine Propaganda hat die ganze Leidenschaftlichkeit und Stoßkraft einer neuen Idee. Auf einem Blatt gibt er Abbildungen und Grundrisse von ganz verschiedenen Bauten oder auch anderen Dingen und daneben dann in lebendigen Abschnitten kurz und scharf die Ideen. Er zeigt, wie früher auf formale Schönheit hin gebaut wurde, und wie man auf wirtschaftliche Brauchbarkeit durchaus keine Rücksicht nahm. Der Formalismus, der eigentlich in jedem Stil einer Kunstpoche drin steckt, ja eigentlich mit Kunststil über-

haupt identisch ist, ist das Tote und der Ballast, der sich dem Leben entgegenstellt. Je mehr sich das Bauen in den Dienst des Lebendigen stellt, um so mehr befreit es sich von allem, was Stil heißt. Das Wertmaß für Wohnbauten ist ihre Leistungsfähigkeit, genau, wie man die Güte einer Maschine oder eines Instruments messen würde. Dem Einwand, daß zum Schaffen von nur Zweckmäßigem keine Phantasie und keine Größe gehören, antwortet Behne, daß die Sachlichkeit, die er fordert, mehr umfaßt als die momentane Zweckmäßigkeit, indem sie immer einen Vektor in die Zukunft hat. Der Ballast von Stil muß immer weiter fallen, so daß die Wohnhäuser nichts sind als eine gute Handhabe für den arbeitenden Menschen.

Das alles ist ganz ausgezeichnet. Nur wird Behne, vielleicht gerade wegen der richtigen Anschauung der Gegenwart, der Vergangenheit nicht ganz gerecht, für uns kommt es gewiß darauf an »dem Leben so nah wie möglich zu kommen«, und gewiß ist heute Bewegungsfreiheit das wesentlichste Bedürfnis. Aber das war doch nicht früher der Fall. Da kam es doch auf ganz andere Dinge an, auf Dinge, die in den damaligen Bauten auch durchaus zum Ausdruck kamen. (Übrigens war das Bauernhaus, das nicht mit Bedienung rechnete, doch immer praktisch und wirtschaftlich.) So sind die mittelalterlichen Bauten auch in ihrem Sinn durchaus richtig. Wenn man Zusammenhang mit Gott sucht und Versenkung in ihn, dann wäre Bewegungsfreiheit doch nur falsch; sie könnte nur ablenken und zerstreuen. Außerdem hatte das "Zuhause" damals sicher auch einen ganz andern Sinn als bei uns heute. Im großen und ganzen war man wohl in den selben Räumen durch sein ganzes Leben, und alles, was der einzelne von außen an Anregungen aufnahm, floß wieder zurück in diese 4 Wände. Und in der Barockzeit wiederum ist doch dem Bedürfnis nach einer sich weit öffnenden Welt auch wahrhaftig in ihren Schlössern Rechnung getragen. Nur galt alles damals dem einzelnen, der sich in irgendeinem Sinn weltbeherrschend und fürstlich fühlte. Arbeit in dem Sinn von heute, wo die Arbeit alles ist und die Person kaum etwas, gab es doch damals nicht. Drum kann man auch nicht sagen, daß unsere Bauweise eine Art Lösung von allem Bisherigen ist, sondern sie ist eben nur richtig für uns und für heute.

Lisbeth Stern

Berlin

In der Sammlung *Orbis Urbium* /Wien, Hans Epstein/ erschien als 5. Band Berlin in Bildern, aufgenommen von *Sascha Stone*, mit einer sehr guten Einleitung von *Adolf Behne*. Es wird da die Entwicklung Berlins als der Stadt gezeigt, die den Osten und Westen Europas in ihren Handelsbeziehungen verknüpft. Die Photographieen betonen anschließend daran das alte Berlin mit seinem Mühlendamm und den alten Brücken. Es folgen die höfischen Bauten. Allem voran steht als Symbol des modernen Berlins das Klingenbergwerk. Die Aufnahmen sind ausgezeichnet, vor allem darin, wie die Motive herausgeschnitten sind. Immer geben sie größere und charakteristische Zusammenhänge. Aber es ist merkwürdig, daß trotz diesen in jedem Sinn glänzenden Aufnahmen das eigentliche Gesicht Berlins doch nicht herauskommt. Es mag wohl daran liegen, daß das sehr Malerische und fast Romantische der Photographieen einen falschen Eindruck erweckt. Diese tiefe Volltonigkeit ist ja nicht das Licht von Berlin. Berlin hat in seiner Farbe und seinem Licht doch immer eine gewisse nüchterne und sachliche Härte. Der Schwung Berlins liegt eben nicht in seinem Licht, nicht in seiner Geschichte und den Bauten sondern einzig und allein in der Schärfe seines Gerichtetseins. Alle diese Beziehungen von all den Passanten, den Autos und den Wagen, überhaupt das ganze Kraftfeld der Stadt, in dem der einzelne da herumschwimmt, das sind aber natürlich Dinge, die in einzelnen Photographieen nicht zu fassen sind. Vielleicht auch gar nicht einmal im Film. Um das so ganz zu fühlen, muß man selbst mitten drin sein, und vielleicht müssen noch andere Organe mit dabei sein als allein die Augen. Übrigens sind in dem Buch die ganz modernen Wohnbauten nicht genug vertreten.

Lisbeth Stern

Tierbücher

Das Landkind lebt mit Tieren, dem Großstadtkind soll man von Tieren erzählen, als Gegengewicht gegen Auto, Radio und das Übermaß des Technischen überhaupt. Aber wie soll man erzählen? Das ist die Frage, die jeder anders beantwortet. Die Tiere in den Doktor-Dolittle-Büchern *Hugh Loftings* /Berlin, Williams & Co./ werden gleich beim Kennenlernen ohne Schwierigkeiten in den Freundeskreis der Kinder eingereiht. Sie sind so menschlich, so verständlich und brauchbar, man

kann mit ihnen in der Tiersprache sprechen, wenn sie nicht gar wie der alte, weise Papagei Polynesia die Menschensprache beherrschen. Wenn die Einfachheit und Kindgemäßheit des köstlichen 1. Bandes Doktor Dolittle und seine Tiere in den folgenden nicht mehr ganz erreicht ist, so macht doch das Wiederfinden der alten Freunde in neuen Erlebnissen den Kindern große Freude.

Von der Eigenatmosphäre der Tiere wird hier freilich wenig gegeben. Es gibt aber für das wißbegierige Kind und seinen Erzieher eine große Auswahl der verschiedensten Zwischenstufen bis hin zu den wundervollen Büchern *Bengt Bergs*, die bei Dietrich Reimer in Berlin erschienen und an Tierliebe und Beobachtung das Schönste sind, das mir bekannt ist, aus denen man schon den Siebenjährigen erzählen oder mit Auswahl vorlesen kann; zum Selbstlesen wird man sie erst den Größeren geben.

Für die Sechs- und Siebenjährigen gibt es auch schon Tierbücher zum Selbstlesen, die noch viel zu wenig bekannten, billigen Bücherchen des Verlags *Otto Maier* in Ravensburg. Jedes Bändchen erzählt eine zusammenhängende Geschichte von einem bestimmten Tier: vom Eichhörnchen, vom Hasen, vom Rotkehlchen, vom Fuchs, oder auch von einer Gruppe Baumeister unter den Tieren. Die Bücher sind in der allerersten Schulschrift, erfreulich in Antiqua, gedruckt und farbig illustriert.

Da gibt es aber im Leben des Stadtkinds das große Erlebnis des Zoologischen Gartens, und bald wird der Wunsch geweckt auch von diesen fremdartigen Lebewesen mehr zu wissen. Tiger, Leoparden, Affen, vor allem aber das Wundertier, der Elefant, der gerade, weil er so groß ist, die Kinder zu enttäuschen pflegt, daß er nicht noch viel größer ist, sie alle leben in den Dschungelbüchern *Kari der Elefant* und *Jugendmukherd* im Dschungel von *Dhan Gopal Mukerdschi* /Frankfurt, Rütten & Loening/. Hier schreibt zum erstenmal ein wirklicher Inder, der den Dschungel von Jugend an kennt und liebt. Er weiß viel Erlebtes und Gesehenes von seinen Bewohnern zu erzählen und läßt ihnen doch ganz den Zauber des Geheimnisvollen, der um diese fremden Tiere immer bleibt.

Über die Tierbücher *Svend Fleurons* (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 1058) braucht man nicht mehr viel zu sagen, denn fast jeder kennt sie oder hat doch davon gehört. Tillip, die Ge-

schichte einer Buntspechtfamilie /Jena, Eugen Diederichs/, meisterhaft in der ganz ins einzelne gehenden, subtilen Vogelwelt- und Naturbeobachtung, ist kein Kinder- oder Jugendbuch. Seine Feinheiten können erst die Älteren nachempfinden und schätzen.

Ganz aufs Geschehen, aufs Abenteuerliche ausgehend ist Michael, der Bruder Jerrys, ein Hunderoman von *Jack London* /Berlin, Universitas/. Hier geht nicht der Mensch zu den Tieren in ihre Welt, hier lebt ein Hund mit Menschen; ganz auf sie eingestellt, mit ihnen abhängig, lebt er ihr Schicksal mit, das zugleich das seine ist. Das Buch ist spannend wie die schönste Indianergeschichte, will aber noch anderes. Es will »die Menschen überreden sich zu einer Bewegung zu organisieren, um die Leiden der Tiere zu mildern«. An und um Michael, der seinen Herrn verloren hat und zum Zirkushund gemacht werden soll, schildert es die unerhörten Grausamkeiten bei der Dressur der im Zirkus und Variété auftretenden Tiere. Otilie Kollwitz

Jugendbücher Die *Thienemannbücher*, das sind Bücher, die zu je 2 Mark im Verlag K. Thienemann in Stuttgart erscheinen und hier schon öfter besprochen wurden, sind in Druck und Ausstattung sehr gut. Von den 3 neuesten erscheint mir inhaltlich am erfreulichsten und zu empfehlen für größere Kinder das Ameisenbuch *Die Herren des Waldes* von N. M. Ilgerd, mit Bildern von Rudolf Sieck. Ein Forscher erzählt vom Leben des Ameisenstaates, von der Gründung, dem fabelhaften Anwachsen bis zur Blütezeit, von Kampf und Tätigkeit dieses Volkes mit der "Gemeinschaftsseele". Das Buch Albert Semsrotts *Der Durchbruch der Mäwe* ist ein Kriegsbuch, erzählt von dem Steuermann des Kaperkreuzers, der 1915 die englische Blockade durchbrach. Selbstverständlich kann man sehr geteilter Meinung darüber sein, ob man jungen Menschen Kriegsbücher schenken soll, aber der Titel des Buches sagt ja, worum es sich handelt, und wer es kauft, wird die Frage für sich bejaht haben. Das Buch ist sehr gut geschrieben, Gehässiges habe ich nicht in ihm gefunden. Es schildert eine tollkühne Abenteuerfahrt, Erlebnisse einiger weniger, gefährlich, weil in der Vorstellung der Kinder dieses Buch die verführerische Gleichsetzung von Krieg, Heldentat und Abenteuer begünstigt, und es sah meist ja wohl anders

aus. Sophie Kloerss' Buch *Die verhexten Spatzen mit Bildern von Rolf Winkler*, ist für die Sechs- bis Zehnjährigen bestimmt. Die Kindergeschichten rechnen etwas zu sehr auf die Sentimentalität der kleinen Mädchen, die man nicht noch unterstützen sollte. Die Tiergeschichten werden ihnen Spaß machen. Friedrich Donauers Buch *Das sinkende Kreuz*, mit Bildern von Karl Mühlmeister, schildert den Untergang des Oströmischen Reiches. Es ist spannend geschrieben. Schließlich noch Thienemanns *Jugendkalender 1929*. Er bringt Erzählungs- und Bilderproben aus vielen Kinderbüchern des Verlags, daneben Rätsel, Spiele, Scherzaufgaben. Er ist natürlich auch eine Art Verlagskatalog.

Das Buch *Marie Hamsuns Die Langerudkinder im Winter* /München, Albert Langen/ ist ein ganz lebenswahres schlichtes Mutter-Vater-Kinder-Buch, das weder das Kennen des 1. Bandes (*Die Langerudkinder*) noch irgendetwas anderes voraussetzt. Irgendwann im Herbst setzt es ein, läßt uns Kinder, Tiere, Bubenstrieche, Weihnachten, Krankheit, Schule und eine zarte Kinderliebe mit erleben und hört irgendwann im Frühjahr wieder auf. Daß es die Frau und die Kinder Knut Hamsuns sind, die wir da kennen lernen, gibt dem Buch noch einen besondern Reiz.

Der von Adele Schreiber herausgegebene *Abreißkalender Mutter und Kind* /Stuttgart, Hippokratesverlag/ ist sorgfältig durchgearbeitet und ausgewählt, anregend, bejahend und voller Wärme. Seine Blickrichtung ist unbedingt erfreulich, im Text ist überflüssige Gefühlsbetonung klug vermieden, das Bildmaterial ist ausgezeichnet, sehr bereichert durch die Einfügung zweier Serien Mutterliebe in der Tierwelt und Mütter berühmter Maler.

Ein »Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt und Land«, *Kinderland*, herausgegeben von den Kinderfreunden im Vorwärtsverlag in Berlin, ist reichhaltig und gut illustriert. Es erzählt vom Alltagsleben, von Arbeit, Streik, Kinderrepublik, roten Falken und Maifeiertag. Es steht auch anderes drin: Tier- und Pflanzengeschichten, lustige und ernste Gedichte, Kasperlestücke und Beschäftigungsanleitungen. Es ist für Arbeiterkinder bestimmt, wird aber auch anderen Kindern Freude machen, die aus ihm von den ganz anderen Lebensbedingungen ihrer Altersgenossen aus anderen Schichten erfahren.

Otilie Kollwitz